

E. VARGA:
DIE WELTBEDeutUNG
DES REVOLUTIONÄREN KAMPFES DER
ENGLISCHEN ARBEITERSCHAFT

1. Die englischen Arbeiter wollen nicht in alter Weise weiterleben

„Das Grundgesetz der Revolution, das von allen Revolutionen und im besonderen von den drei russischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts bestätigt ist, besteht in folgendem: zur Revolution genügt es nicht, daß die ausgebeuteten und geknechteten Massen die Unmöglichkeit, in alter Weise weiter zu leben, einsehen und eine Aenderung fordern; zur Revolution ist nötig, daß die Ausbeuter nicht nach alter Weise leben und regieren können. Nur wenn die „Unterschichten“ nicht in alter Weise leben wollen und die „Oberschichten“ in alter Weise nicht leben können, nur dann kann die Revolution siegen. Diese Wahrheit wird anders so ausgedrückt: die Revolution ist ohne gesamt-nationale (die Ausbeuteten wie die Ausbeuter berührende) Krisis nicht möglich. Folglich gehört zur Revolution erstens, daß die Mehrheit der Arbeiter (oder auf jeden Fall die Mehrheit der bewußten, denkenden, politisch aktiven Arbeiter) vollkommen die Notwendigkeit der Umwälzung begriffen hat und bereit ist, ihretwegen in den Tod zu gehen; zweitens, daß sogar die regierenden Klassen eine Regierungskrise durchleben, die die rückständigsten Massen in die Politik hineinzieht (das Merkmal jeder wirklichen Revolution ist die Verzehnfachung, sogar die Verhundertfachung der zum politischen Kampf fähigen Vertreter der werktätigen und ausgebeuteten Massen, die bis dahin apathisch waren), die Regierung schwächt und den Revolutionären deren schnellen Sturz ermöglicht.

In England . . . reifen offenbar beide Bedingungen für eine erfolgreiche proletarische Revolution heran*“.

Die wichtigste Erkenntnis, die der englische Generalstreik und in noch größerem Maße der Bergarbeiterstreik uns brachte, ist, daß Millionen Massen des englischen Proletariats „nicht in alter Weise leben wollen“. Die zähe Ausdauer, mit der die Bergarbeiter im Kampfe ausharren, obwohl sie schwerste Entbehrungen dulden müssen; die Begeisterung, mit welcher Millionen anderer Arbeiter ihnen zu Hilfe eilten; das stürmische Drängen anderer Arbeitermassen zum Solidaritätsstreik; die Erbitterung der Massen über den Abbruch des Generalstreiks, — all dies beweist die Richtigkeit der Worte Lenins, die er vor sechs Jahren schrieb:

„In England . . . reifen offenbar . . . die Bedingungen für eine erfolgreiche proletarische Revolution heran“.

Die englischen Arbeiter wollen nicht in alter Weise leben. Diese große Tatsache, dieses Vorhandensein eines der zwei, von Lenin für entscheidend gehaltenen Vorbedingungen für die erfolgreiche proletarische Revolution,

* Lenin: Die Kinderkrankheit des Radikalismus im Kommunismus. Viva-Ausgabe, Seite 101. (Hervorhebung am Schlusse von mir. E. V.)

drängt alles andere — Verrat der Gewerkschaftsführer, Unklarheit der Massen über Wege und Ziele — in den Hintergrund. Klarheit über Weg und Ziel zu schaffen, dem in alter Weise nicht leben wollenden Proletariat den Weg der Eroberung der Macht weisen: diese Aufgabe fällt der KP Englands zu. Sie wird die Aufgabe lösen. Die Erfahrungen der Massen in ihren Kämpfen wird die Lösung erleichtern. . .

Die englischen Arbeiter wollen nicht in alter Weise leben. Aber der Weg, den sie wandeln müssen, um auf neue Weise leben zu können, ist ihnen unklar. Ihr Kampf ist ein revolutionärer Kampf. Hierüber kann kein Zweifel bestehen. Aber ein Kampf, in welchem die große Masse der Kämpfenden zwar tatsächlich revolutionär kämpft, sich dessen aber selbst noch nicht bewußt ist, ja, den revolutionären Charakter seines Kampfes leugnet. Die Ideologie des demokratischen Parlamentarismus, des über den Klassen stehenden Staates, die Ideologie des „unpolitischen“ Trade-Unionismus, erworben in langen Jahrzehnten der friedlichen Beteiligung der Arbeiter an den imperialistischen Ueberprofiten, lastet schwer auf dem englischen Proletariat! Diese falsche Ideologie erschwert es ihnen, den richtigen Weg zu finden. Die Erfahrungen der letzten Wochen haben aber dieser falschen Ideologie starke Stöße versetzt und den Weg zum Begreifen des Kommunismus geebnet. —

Die Ideologie des über den Klassen stehenden Staates! Die kämpfenden Arbeitermassen sehen, wie alle Machtmittel des Staates gegen sie eingesetzt werden: wie Militär und Polizei gegen sie aufgeboten, wie die Kommunisten verhaftet, die Verständigungsmittel für die Bourgeoisie monopolisiert wurden usw. Sie erkennen: der Staat steht nicht über den Klassen.

Aber damit ist die demokratisch-parlamentarische Ideologie noch lange nicht erledigt. Ihren Anhängern bleibt die Ausflucht, der Staatsapparat würde anders arbeiten, wenn im Parlament eine Majorität der Labour Party vorhanden, an der Regierung ein Labour-Kabinett wäre. Es ist sehr wahrscheinlich, daß breite Arbeitermassen aus den Ereignissen nicht den richtigen Schluß auf den Klassencharakter des bürgerlichen Staates, sondern auf die Notwendigkeit, eine Labour-Mehrheit bei den nächsten Wahlen zu schaffen, ziehen werden. Vielleicht muß die englische Arbeiterklasse auch eine Arbeiterregierung, nicht „nur im Amte“, aber auch „an der Macht“ erproben, um die Ideologie der entscheidenden Macht des Wahlzettels und des über den Klassen stehenden Staates wirklich überwinden zu können. —

Einen schwereren Stoß hat die unklare, syndikalistische Ideologie der Allmacht des friedlichen Generalstreiks erlitten. Die Verfechter dieser Ideologie hatten die unklare Vorstellung, durch wiederholte Anwendung des Generalstreiks die Bourgeoisie zu zwingen, auf Kosten ihres Profits den Arbeitern einen „menschwürdigen Lohn“ (living wage) zu gewähren. Diese Vorstellungen haben sich zwar zu keiner geschlossenen Theorie verdichtet, spielen aber in der Ideologie der Arbeiter eine große Rolle. Der vorzeitige Abbruch des Generalstreiks verhinderte es, daß die englischen Arbeiter die Undurchführbarkeit dieser Methode klar erkannt hätten. Der Generalstreik nahm ein Ende in dem Moment, als der friedliche Generalstreik in einen politischen Kampf um die Macht umzuschlagen drohte. In manchen Ortschaften hatten sich Arbeiter-Komitees zur Verteilung der Lebensmittel, zur Kontrolle der Verwendung der Elektrizität, zur Kontrolle der Lebens-

mitteltransporte gebildet. Es waren dies Keimzellen der in Bildung begriffenen Sowjets, obwohl die Arbeiter, die sie bildeten, dies selbst nicht wußten. Noch einige Tage, und die Notwendigkeit der Verbindung dieser Sowjetkeime untereinander hätte sich von selbst ergeben. Noch einige Tage, und die Regierung der Bourgeoisie wäre genötigt gewesen, gegen diese Sowjetkeime gewaltsam vorzugehen, wodurch der Charakter dieser Organisationen, als Keime der künftigen Arbeitermacht, den Arbeitern klar zum Bewußtsein gekommen wäre . . .

Aber auch die Ideologie des „friedlichen“ Generalstreiks ist noch nicht ganz überwunden: Viele Arbeiter glauben sicher: hätte der Generalrat das „zweite Aufgebot“ ebenfalls in den Kampf gestellt, hätten die Führer der Gewerkschaften sich nicht als feige Schwächlinge erwiesen, so hätte der Generalstreik Erfolg gehabt. Von einem aus den richtigen Leuten zusammengestellten Generalrat geführt, würde ein friedlicher Generalstreik von Erfolg sein. Nicht die Methode des friedlichen Generalstreiks, sondern die Führer haben versagt. — Vielleicht wird es zur endgültigen Ueberwindung dieser Ideologie notwendig sein, daß die englische Arbeiterschaft einen „friedlichen Generalstreik bis zu Ende“ durchmacht.

Besser als die Arbeitermassen selbst haben die Agenten der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterschaft, die MacDonalds, Thomas und Co., die revolutionäre Bedeutung des Kampfes erkannt. Deshalb waren diese Agenten bemüht, den Kampf, den sie zu verhindern nicht vermocht hatten, so rasch als möglich zu beenden. Deshalb verbreiteten sie bewußt eine Panikstimmung im Kreise der schwankenden Generalratsmitglieder. Deshalb verkünden jetzt Thomas und MacDonald, daß der „Generalstreik“ künftig als Form des Kampfes der Arbeiterschaft nicht mehr angewendet werden darf. Diese Herren wissen ganz genau, daß man Millionen zu einem „friedlichen“ Generalstreik nicht mobilisieren kann, ohne die Gefahr eines Kampfes um die Macht heraufzubeschwören.

Klar sah auch die Bourgeoisie die Bedeutung des Kampfes. Sie führte den Kampf unvergleichlich besser als der Generalrat. Sie hatte sich darauf 9 Monate vorbereitet. Sie hatte ihn provoziert. Aber daß die Millionen Massen der Arbeiterschaft den Kampf geschlossen aufnahmen, daß die Führung des Kampfes aus den Händen der Bourgeoisie treu ergebenen „Arbeiterführer“ in die Hände spontan sich bildender Komitees überzugehen drohte, versetzte die Bourgeoisie in panischen Schrecken. Sie hatte dem Gespenst der proletarischen Revolution unmittelbar ins Angesicht geblickt. Daher auch keine Siegesstimmung, als die Verrätergarde den bedingungslosen Abbruch des Generalstreiks, den Sieg der Bourgeoisie präsentierte. Die Bourgeoisie hat die Ueberzeugung, daß es ein zweites Mal nicht so glatt ablaufen wird. —

Trotz der durch feigen Verrat erlittenen Niederlage hatte der Generalstreik der englischen Arbeiter eine epochemachende Bedeutung. Er bewies handgreiflich, daß die eine der allgemeinen Vorbedingungen Lenins zur siegreichen proletarischen Revolution, daß die Massen nicht in der alten Weise weiterleben wollen, in England vorhanden ist. Die Erfahrungen des Generalstreiks erschütterten die alte Ideologie der Arbeitermassen und öffneten den Weg zur Annahme der kommunistischen Lehre, zur geistigen

Eroberung der proletarischen Avantgarde, zur Bildung einer kommunistischen Massenpartei, zur Ersetzung der Agenten der Bourgeoisie durch revolutionäre Kommunisten in der Führung der Arbeiterschaft. Alle subjektiven Bedingungen zum Siege der proletarischen Revolution wären damit geschaffen. — Die Entwicklung geht sicher in dieser Richtung: w a n n sie ihr Ziel erreichen wird, läßt sich nicht leicht bestimmen.

II. Der Niedergang der Wirtschaft Englands

Will das englische Proletariat offenbar nicht in alter Weise weiterleben, so kann mit guten Gründen behauptet werden, daß die englische Bourgeoisie nicht mehr lange in alter Weise weiterleben kann.

Wie lebte die englische Bourgeoisie?

Wenn man alle Einzelheiten beiseite läßt und nur die große Linie der Entwicklung im Auge behält, so sehen wir: die englische Bourgeoisie scheidet aus der unmittelbaren Führung der Produktion immer stärker aus, wird zu einer parasitären Rentner-Bourgeoisie. Die Bedeutung des industriellen Kapitals* wird immer geringer, die Bedeutung des Bankkapitals, der ausländischen Kapitalanlage, der Ausbeutung der Kolonien vergrößert sich. Der Betrag des Passivums der Handelsbilanz, d. h. die Warenmasse, die England von der übrigen Welt ohne Entgelt erhält, wurde immer größer. Der Wertbetrag, den die englische Bourgeoisie ohne Gegenleistung von der übrigen Welt erpreßte, war aber noch größer: denn außer den ohne Gegenleistung aus dem Auslande bezogenen Waren wurde ein weiterer Teil zur Vergrößerung der Kapitalanlagen im Ausland verwendet, also für die Vermehrung des Auslandseinkommens in der Zukunft reserviert. So lebte die englische Bourgeoisie, wobei sie noch die Möglichkeit hatte, der englischen Arbeiteraristokratie Abfälle aus der Ausbeutung der Welt zukommen zu lassen.

Wir wollen diesen Entwicklungsgang mit wenigen Zahlen illustrieren:

Der englische Ackerbau schrumpft immer mehr zusammen: Grasland und Jagdgründe nehmen seine Stelle ein. (Während des Krieges trat in dieser Entwicklung eine Unterbrechung ein.)

	In 1000 Acres				
	1905	1913	1919	1924	1925**
Getreide und Hülsenfrüchte	7 054	6 922	8 371	6 671	—
Weide und Wiese	17 200	17 567	15 782	16 429	—

Dementsprechend ist die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten von Jahrzehnt zu Jahrzehnt geringer geworden: 1921 beträgt sie nur mehr 8,5 Prozent der Erwerbstätigen. Es gibt in England keine Bauernklasse, was für das Kräfteverhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie von besonderer Bedeutung ist.

* Industrielles Kapital im Sinne von Marx: „Das Kapital, welches im Verlauf seines Gesamtkreislaufes diese Formen (Geldkapital, produktives Kapital, Warenkapital) annimmt und wieder abstreift und in jeder die ihr entsprechende Funktion vollzieht, ist industrielles Kapital — industriell hier in dem Sinne, daß es jeden kapitalistisch betriebenen Produktionszweig umfaßt“. (Kapital II, Seite 26.)

** Endgültige Vergleichsdaten liegen nicht vor: aber aus den Daten für England und Wales ist der weitere Rückgang der mit Getreide bebauten Fläche zweifellos. —

Das Zusammenschrumpfen des Ackerbaues ging im 19. Jahrhundert zusammen mit einer starken Ausdehnung der Industrie. Zur Zeit Marx' war England unbestritten das führende Industrieland, die industrielle Werkstätte der Welt. Im 20. Jahrhundert wurde aber England in der Entwicklung der Industrie von seinen Gegnern weit überholt. Das zeigen folgende Daten:

	Förderung in Millionen Tonnen					
	Steinkohle		Eisen		Stahl	
	1900	1913	1900	1913	1900	1913
England	229	292	9,1	10,6	6,0	7,8
Deutschland	109	190	7,6	12,9	7,4	15,3
Frankreich	33	40	2,7	5,2	1,9	4,7
Belgien	23	23	1,0	2,5	0,9	2,5
Ver. Staaten	245	517	14,0	31,4	10,3	31,8

Während die anderen Länder ihre Eisen- und Stahlproduktion verdoppelt haben, hat sich die Englands bloß um 20 Prozent gehoben. In der Nachkriegszeit ging dann die Produktion Englands in Kohle, Eisen und Stahl absolut gegenüber 1913 zurück.

Sie betrug:

	Millionen Tonnen	
	1925	1913
Kohle	242	292
Eisen	6,3	10,6
Stahl	7,4	7,8

Ein absolutes Abfallen machten die anderen wichtigsten Industrien Englands, auf denen der Export des Landes beruhte: Maschinenbau, Schiffbau, Textilindustrie, durch. Unmittelbare Produktionsdaten liegen nicht vor, nur Schätzungen der Gesamtproduktion. Und zwar wird die Produktion der letzten Jahre geschätzt:

Bowlie*	87	Prozent	des	Jahres	1913
Layton**	95	„	„	„	„
Weir***	86	„	„	„	„

Indirekt zeigt der Rückgang der Quantität der im Lande verarbeiteten Rohstoffe das Zusammenschrumpfen der gesamten Industrie.

Der reine Import von „Rohstoffen und Halbfabrikaten“† (Import abzüglich Reexport) betrug zu Preisen von 1913 berechnet: (Balfour Bericht I, Seite 639):

	Mill. Pfd. Sterl.	1913 = 100
Jahresdurchschnitt 1900—1904	158,5	72,8
„ 1905—1909	179,3	82,3
„ 1910—1913	204,7	94,—
„ 1913	206,2	100,—
„ 1922	163,9	79,5
„ 1923	163,6	79,3
„ 1924	185,7	90,1

* Berühmter englischer Nationökonom.

** Redakteur des „Economist“.

*** Bekannter englischer Großindustrieller.

† „Raw materials and articles wholly or mainly unmanufactured.“ Diese Warengruppe enthält die wichtigsten industriellen Rohstoffe, wie Baumwolle, Wolle, Jute, Metalle, Holz, Häute.

Diese Zahlen legen Zeugnis ab für das weitere Zusammenschrumpfen der englischen Industrie. Da der Produktionsapparat größer ist als vor dem Kriege, die Bevölkerung und die Zahl der Industriearbeiter ebenfalls, so muß ein Teil des Produktionsapparates chronisch stillliegen und ein bedeutender Teil der Arbeiter chronisch arbeitslos sein.

Die Erscheinungen der seit 1920 chronischen Industriekrise wurden von den englischen Wirtschaftspolitikern häufig untersucht. Am eingehendsten von der Balfour-Kommission*. Das wichtigste Ergebnis ist, daß der Export Englands an Industriewaren, verglichen mit 1913, sich folgendermaßen gestaltet hat:

Industriewarenexport zu den Preisen von 1913 berechnet¹:

	Mill. Pfd. Sterl.	in % von 1913
Jahresdurchschnitt 1900—1904	264,6	64,3
„ 1905—1909	327,5	79,6
„ 1910—1913	387,4	94,2
„ 1913	413,8	100,0
1922	279,6	66,4
1923 ²	303,5	73,3
1924	325,1	78,6

¹ I. Seite 640. Der einleitende Teil des Berichtes, Seite 4, betont, daß diese Berechnung den Rückgang des Exports übertreibt, und schätzt für 1924 den Gesamtexport Englands („United Kingdom“ = England im engen Sinne, Wales und Schottland) auf 90 Prozent des Jahres 1913.

² Diese Statistik ist (wie auch die vorhergehende) natürlich nicht ganz pünktlich. 1913 wurde die Gruppierung etwas geändert: 1923 schied Irland aus dem Innenhandel aus und die Ausfuhr dorthin fungiert von da an als Außenhandel. Beide Änderungen lassen den Export der Nachkriegszeit höher erscheinen, als es sein sollte.

Wir sehen, der Export von Industriewaren ist im Jahre 1924, auf gleicher Preisbasis berechnet, unter das Niveau des Jahresdurchschnitts 1905—1909 zurückgegangen.

Der Export von Industriewaren ist aber für die Wirtschaft Englands von ausschlaggebender Bedeutung. Daher wurden auch die Ursachen des Rückganges mit großem Aufwande untersucht. Das Balfour-Komitee gibt folgende Ursachen an**:

- a. Verminderung der Kaufkraft der Bevölkerung in den Absatzländern der englischen Industrie;
- b. Entwicklung einer eigenen Industrie***;
- c. Verdrängung der britischen Exportwaren durch andere.

Wir wollen uns mit den ersten zwei Ursachen — die in gleicher Weise alle europäischen Industrieländer treffen — an dieser Stelle nicht weiter be-

* Die bisherigen Ergebnisse sind in 2 Bänden erschienen:

Committee of Industry and Trade.

I Survey of Oversea Markets, London 1925.

II Survey of Industrial Relations, London 1926.

** I. Seite 5.

*** Im allgemeinen werden die erhöhten Zölle als eine der Hauptursachen der Absatzkrise der europäischen Industrie betrachtet. Die Berechnungen des englischen Handelsamtes für das Balfour-Komitee kommen für das Jahr 1924 zu einem anderen Resultat. Der Zoll auf die wichtigsten englischen Exportwaren („staple exports“) in den

schäftigen: sie sind Komponenten der allgemeinen Krise des europäischen Kapitalismus. Was die dritte anbelangt, so leugnet der Balfour-Bericht, daß England im Export bis zum Jahre 1923 (!) von seinen Konkurrenten zurückgedrängt worden wäre. Im Gegenteil: Der Anteil Englands am Weltexport war bis dahin gestiegen. Derselbe betrug*:

1913 13 Prozent,
1923 14 Prozent.

Daher das Hauptergebnis der Untersuchung: nicht spezielle Ursachen der englischen Wirtschaft, sondern die allgemeine Wirtschaftslage sei an dem Rückgang des Exports gegenüber der Vorkriegszeit schuld.

Wir glauben aber, daß seit 1923 hierin ein großer Wandel eingetreten ist. Der Prozeß des Zusammenschrumpfens der englischen Industrie hat seither weitere Fortschritte gemacht. 1923 war ein besonders günstiges Jahr für England, da sich zwei wichtigste Konkurrenten, Deutschland und Frankreich, durch die Ruhrbesetzung gelähmt hatten. Insbesondere hat die Ausfuhr britischer Waren in dem letzten Jahre weiter abgenommen — infolge der verstärkten Konkurrenz der Länder, die eine Inflation durchgemacht haben. Verarbeitete Daten liegen noch nicht vor, aber aus Zeitungsnachrichten läßt es sich zweifellos feststellen.

III. Die Nachteile der Vermeidung der Inflation

Diese Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit der britischen Industrie ist u. E. der Vermeidung der Inflation, der Stabilisierung der Valuta zur vollen Vorkriegsparität zuzuschreiben.

Die Inflation bedeutet immer eine Stärkung des industriellen Kapitals auf Kosten aller anderen Elemente der Wirtschaft, insbesondere auf Kosten des rententragenden Kapitals! In England, wo das Bank- und Rentenskapital im Verhältnis zum industriellen Kapital viel stärker ist als auf dem Kontinent, wo die Verschmelzung von Bankkapital und Industriekapital zum Finanzkapital viel weniger fortgeschritten ist als auf dem Kontinent: wo das Bankkapital seine Rolle als Weltbankier unter

18 wichtigsten Exportmärkten betrug in Prozenten des Wertes ausgedrückt (Seite 545):

		Britisches Reich			
		1914	1924	1914	1924
Indien	2%	10%	Südafrika	7%	9
Australien	6%	9%	Neuseeland	8%	8½
Canada	15%	13%			
		Fremde Staaten			
		1914	1924	1914	1924
U. S. A.	19%	32	Brasilien	88	41
Deutschland	17%	10	Belgien	10	8½
Argentinien	24	20%	Aegypten	8	8
Frankreich	21%	12%	Italien	18%	15%
Japan	19%	10%	Spanien	42	37%
China	5	5	Schweden	23	12%
Holland	2%	2%			

* Ebenda. Seite 3.

allen Umständen wiedergewinnen möchte, siegte in der Frage, auf welchem Kursniveau stabilisiert werden solle, das Interesse des Bank- und Rentenskapitals über jenes des Industriekapitals. So kehrte England als einziges kriegsführendes Land Europas zur Vorkriegsgoldparität zurück und verschärfte damit, — wie wir zeigen werden — den Niedergang der britischen Industrie, schwächte die Konkurrenzfähigkeit nicht nur gegenüber den Ländern mit aktueller Inflation, sondern auch gegenüber Deutschland und jenen Ländern, die zwar ihre Valuta stabilisiert haben, aber infolge der Inflation sich der Bürde der Kapitalrente entledigten.

Es hat bekanntlich in England selbst eine nicht unbedeutende Opposition gegen die Rückkehr zum Goldstandard gegeben. Das Industriekapital hatte, durch seine mächtige Organisation, die Federation of Britt. Industries, dagegen Stellung genommen. Mac Kenna, Keynes führten schüchtern unklare Argumente für eine Inflation an. Aber die Interessen des Bankkapitals trugen den Sieg davon!

Die Bedeutung der Rückkehr zur Goldparität können wir marxistisch in folgender Weise erläutern:

Wir können zu unserem speziellen Zweck das jährliche Wertprodukt* der kapitalistischen Gesellschaft in drei Einkommengruppen zerlegen:

- a. Arbeitslohn;
- b. Profit und Grundrente;
- c. „Kapital-Rente“.

Die „Kapital-Rente“ ist ein abgespaltener Teil des gesamten jährlichen Wertprodukts, enger gefaßt, des Profits, der jenen Leuten zufällt, die Geld in irgend einer Form zinstragend angelegt haben: also in Kriegsanleihe, Obligation von Staaten, Städten, kapitalistischen Unternehmungen, Bankguthaben, Lebensrenten aus Versicherungen usw.

Die Rückkehr zum Goldstandard — wie es in England erfolgte — bedeutet, daß sämtliche Kapital-Renten-Ansprüche zum vollen Goldwert befriedigt werden.** Aus dem jährlichen Wertprodukt müssen die Renten in vollem Betrage abgezogen werden. Den Anteil des Arbeitslohnes unverändert vorausgesetzt, bedeutet es eine Verminderung des dem industriellen Kapital verbleibenden Profits um die Gesamtsumme des Renteneinkommens.

Der ökonomische Mechanismus, durch welchen der Anteil der Rente aus dem Gesamtprofit entnommen wird, ist verschieden. Bei Industrieobligationen geschieht der Abzug vom Profit des betr. Unternehmens unmittelbar. Bei Staatsschuldenverzinsung auf dem Umweg der höheren Besteuerung des Profits, bei Kommunalanleihen durch lokale Besteuerung des Profits, bei Bankguthaben durch Erhöhung des Zinsfußes usw.

In jenen Ländern, die nach einer Inflation ihre Valuta neu stabilisiert haben, wurde die Kapitalrente zum größten Teile expropriert. D. h., das

* Wertprodukt, nicht Produktenwert, in welchem der durch den Arbeitsprozeß auf das neue Produkt übertragene Wert des vernutzten konstanten Kapitalteils, sowohl des zirkulierenden als des fixen pro rata seiner Abnützung mit enthalten ist!

** Dies bedeutet nicht vollen Vorkriegswert, da die Kaufkraft des Goldes gegenwärtig um $\frac{1}{3}$ geringer ist als vor dem Kriege. Ein gleich großes nominelles Einkommen bedeutet daher ein um ein Drittel gekürztes Realeinkommen.

Einkommen aus Arbeitslohn wieder als unverändert vorausgesetzt, entfällt der Abzug vom Profit des industriellen Kapitals für Kapitalrente fast vollkommen. In Deutschland z. B. beträgt das tatsächliche Renteneinkommen nach allen Aufwertungen nur einige Prozent des ursprünglichen Nominalwertes.

Wenn wir also alle anderen Elemente gleichsetzen, so hat das industrielle Kapital der Inflationsländer vor jenem Englands den großen Vorteil, von dem Abzug für Kapitalrente befreit zu sein.

Die quantitative Bedeutung dieser Tatsache läßt sich aus folgenden das Renten-Einkommen bildenden Daten ungefähr abschätzen:

S t a a t s s c h u l d e n

	Mill. £
Das englische Budget weist für Verzinsung der Staatsschulden . .	355
auf. Hiervon gehen 35 Millionen £ an Amerika; ein Posten, der zwar für das industrielle Kapital eine Belastung, für die englische Rentnerklasse aber kein Einkommen bildet.	

S p a r e i n l a g e n

Vor dem Kriege betragen die Einlagen in den eigentlichen Sparkassen* 230 Millionen Pfund; 1924: 363 Millionen; von den Renteneinkommen aus Bankkonten sehen wir ab, da diese überwiegend industrielles Kapital in seiner Phase als Geldkapital darstellen. Als Verzinsung pro Jahr können wir rund annehmen.	15
--	----

L e b e n s v e r s i c h e r u n g e n

Im Jahre 1924 wurden an Lebensversicherungssummen, Renten usw. ausgezahlt.**	40
--	----

O b l i g a t i o n e n

Es ist uns nicht gelungen, die Gesamtsumme der fixverzinslichen nichtstaatlichen Obligationen festzustellen. Die sechs großen englischen Eisenbahngesellschaften haben aber allein eine fixverzinsliche Last (Debenture und Preferred Stock) von 666 Millionen Pfund (13,5 Milliarden Mark, analog der von der Reparationskommission für die Reichseisenbahngesellschaft festgestellten 11 Milliarden Mark). Die durchschnittliche Verzinsung der Obligationen beträgt 1925 5,11 Prozent.*** Verzinsung der Eisenbahnschulden allein 34 Millionen Pfund. Wenn wir noch 16 Millionen Pfund für alle Arten anderer Obligationsschulden hinzurechnen, erhalten wir pro Jahr	50
zusammen Millionen £	450†

* Post office und Trustee's: laut Angaben verschiedener Jahrgänge des Statistical Abstract for the United Kingdom.

** Statistical Abstract 1924, S. 220.

*** Economist 26/1, 1926.

† Diese Zahl ist natürlich nur eine annähernde, da aber 355 Mill. Staatsschuldenzinsen sicher sind, kann die Abweichung nicht zu groß sein.

Von der Größenordnung dieser Summe erhalten wir einen Begriff, wenn wir uns daran erinnern, daß das Nationaleinkommen Englands 1914 von Chiozza-Money auf 2100 Millionen £ für das Jahr geschätzt wurde, vom „Economist“ für das Jahr 1924 auf rund 4000 Millionen £. (Nr. vom 10. November 1925.) Das Renteneinkommen beträgt daher — nach unserer sicher zu niedrigen Berechnung — über ein Zehntel des Nationaleinkommens.

Wie schwer das Renteneinkommen auf das industrielle Kapital Englands lastet, geht aus folgender Ueberlegung noch klarer hervor. Die englischen Kohlenkapitalisten forderten einen Lohnabbau von ungefähr durchschnittlich 10 Schilling die Woche pro Arbeiter. (Wir nehmen runde Zahlen, um die Berechnung zu erleichtern.) Eine Million Arbeiter angenommen, beträgt das wöchentlich eine halbe Million Pfund, jährlich 26 Millionen. (23 Millionen Pfund Subventionen hätten hingereicht, um 9 Monate hindurch die Kohlenindustrie profitabel zu gestalten.) Gegenüber dem Renteneinkommen sind dies aber ganz kleine Summen, ein Zwanzigstel der von uns errechneten Summe des Renteneinkommens.

Es kommen noch weitere Lasten in den hohen Pensionen und der Arbeitslosenunterstützung hinzu. Zu der letzteren haben nach Berechnungen des Genossen Beer in einer Spezialarbeit im Durchschnitt der letzten drei Jahre beigesteuert pro Jahr:

Der Staat	12 Millionen Pfund
Die Unternehmer	28 „ „
Die Gemeinden	36 „ „
<hr/>	
zusammen: 76 Millionen Pfund	

Die Beiträge der Arbeiter zur Arbeitslosenversicherung sind hier nicht mit einbegriffen. Dies bedeutet ebenfalls eine Belastung des Profits des industriellen Kapitals mit jährlich 1,5 Milliarden Mark.

Natürlich fällt ein großer Teil des Renteneinkommens an die Eigner des industriellen Kapitals selbst oder an ihre Familienangehörigen. Dies stärkt die industrielle Bourgeoisie als Klasse, ändert aber nichts daran, daß der Profit des industriellen Kapitals als ökonomisches Ganzes um den Betrag der Rente — wenn wir den Anteil des Arbeitslohnes am Wertprodukt als gleichbleibend voraussetzen — gekürzt wird. Privatwirtschaftlich ausgedrückt: der Umstand, daß die Aktionäre eines industriellen Großunternehmens aus anderen Quellen eine Rente beziehen, ändert absolut nichts an der Tatsache, daß der Profit dieses Unternehmens durch das Gewicht des mitzuschleppenden Teiles der Rente beschnitten wird bzw. daß die Produktionskosten erhöht werden. Letzteres ist insbesondere für die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte von Wichtigkeit.

Die Tatsache der Erhaltung bzw. Wiederherstellung des Goldstandards hat auf die ganze Gestaltung der englischen Wirtschaft eine sehr tiefgehende Wirkung gehabt. Es ermöglichte dem englischen Bankkapital, den Kampf um seine Rolle als Weltbankier mit dem amerikanischen Bankkapital aufzunehmen. Es hatte eine starke Einwirkung auf die Gestaltung des inneren Marktes. In England ist die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes verhältnismäßig groß, weil eine kauffähige Rentnerschicht vorhanden ist. Die für den inneren Markt arbeitenden Industriezweige erfreuen sich einer relativ günstigen Konjunktur, während die Exportindustrie darniederliegt. Der

Import des Landes ist aufsteigend, der Export fallend.* Die Passivität der Außenhandelsbilanz steigt von Jahr zu Jahr. Im Gegensatz hierzu besteht in Deutschland eine starke Absatzkrise auf dem inneren Markt, während die Exportindustrien (Chemische, Elektro-Industrie) sich einer relativ günstigen Konjunktur erfreuen.

So sehen wir, daß die verschiedene Art der Stabilisierung in England und den kontinentalen Industrieländern die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse grundlegend beeinflußt hat.

IV. Das Dilemma der englischen Bourgeoisie

Nichts steht dem Kapitalisten, der die Profitinteressen des industriellen Kapitals vertritt, ferner als eine marxistische Analyse der Verteilung des gesellschaftlichen Einkommens. Er kennt nur die Differenz zwischen Kostenpreis und Verkaufspreis seiner Ware, die seinen Profit ergibt. Alle Kostenelemente: Arbeitslohn, Materialkosten, Obligationszinsen, Steuern usw. sind für ihn gleichartig. Er sieht aus unmittelbarer Erfahrung, daß der Kostenpreis seiner Waren zu hoch ist gegenüber der Konkurrenz auf dem Weltmarkt, er sucht daher die Kosten zu vermindern: er wettet gegen die hohen Steuern, die hohen Eisenbahnfrachten; vor allem aber sucht er gegen die hohen Löhne vorzugehen. Tatsächlich gehen aber die gegenwärtigen großen Lohnkämpfe in England zu einem großen Teil um die Frage:

Soll der Anteil des arbeitslosen Renteneinkommens an dem gesellschaftlichen Gesamtprodukt auf Kosten des Arbeitslohnes oder auf Kosten des Profits des industriellen Kapitals gedeckt werden.

Der durch die Rückkehr zum Goldstandard in vollem Nominalwert rechtlich verbürgte Anteil der Kapitalsrente an dem gesellschaftlichen Wertprodukt bildet eine untragbare Belastung für das industrielle Kapital Englands im Konkurrenzkampfe mit dem von dieser Last befreiten industriellen Kapital der Inflationsländer. Das Problem ist objektiv — wenn auch dem Kapitalisten selbst nicht bewußt:

Entweder: Konfiskation des Renteneinkommens durch eine Inflation wie in den Konkurrenzländern.

Oder: Herabdrückung des Arbeitslohnes unter das Niveau der Konkurrenzländer, um die Rentner erhalten zu können.

Eine Inflation würde die Möglichkeit für das englische Bankkapital, die Rolle des Weltbankiers zu spielen, vernichten. Damit eine wichtige Ein-

* Der Außenhandel Englands gestaltete sich in den letzten Jahren in folgender Weise:

	Export britischer Waren:		Reiner Import:	
	zu dem jew. Preise	zum Preis d. Jahres 1913	zu dem jew. Preise	zum Preis d. Jahres 1913
	In Millionen Pfund			
1910—1913	474	493	611	615
1921	703	372	979	484
1922	719	262	899	570
1923	764	391	978	626
1924	795	396	1140	701
1925	773		1169	

¹ Die Aenderung durch das Ausscheiden Irlands ist hier berücksichtigt. Die Daten sind, außer für 1925, dem Band I des Balfour-Komitees, Seite 636, entnommen.

kommenquelle des Landes. Es würde zugleich der englischen Industrie die Möglichkeit nehmen, ihre Konkurrenzfähigkeit durch Verbindung des Industrieexports mit Kapitalexport zu stärken.

Noch wichtiger ist aber der klassenpolitische Gesichtspunkt. In England gibt es keine Bauernklasse. Eine Inflation würde das Kleinbürgertum ruinieren, die in England besonders große Rentnerklasse vernichten.* Die Großbourgeoisie würde auf diese Weise ganz isoliert, des schützenden Walls der am Bestande des Kapitalismus mitinteressierten Schichten beraubt, dem Proletariat gegenüberstehen.

Laut den vorläufigen Daten der Berufszählung vom Jahre 1921 betrug die Zahl der Selbständigen in England und Wales (Zahlen für Großbritannien sind uns noch nicht bekannt): 1 511 197; der Lohn- und Gehaltsempfänger: 16 736 447.

Auf jeden Selbständigen entfallen also mehr als 11 Lohnempfänger, wobei unter diesen „Selbständigen“ noch zahlreiche Halbproletarier enthalten sind. Bei einer Inflation, die die Rentnerklasse und Teile der selbständigen Händler und Gewerbetreibenden proletarisiert, würde die Großbourgeoisie absolut isoliert dem Proletariat gegenüberstehen. Dies wäre in der gegenwärtigen Periode des Niederganges des Kapitalismus, der sich äußerst verschärfenden Klassenkämpfe für die englische Bourgeoisie verhängnisvoll. Sie kann sich ihrer letzten Hilfstruppen im Kampfe mit dem Proletariat nicht berauben. Sie muß daher die Rentnerklasse mitschleppen.

Die englische Bourgeoisie ist um so mehr auf ein Bündnis mit den Rentnern und dem Kleinbürgertum — bei Fehlen der Bauernschaft — angewiesen, als ihre frühere Anhängerschaft in der Arbeiterschaft im Verschwinden ist. Die allgemeine Krise der Weltwirtschaft, die Erschwerung der Konkurrenzfähigkeit durch die Last des Renteneinkommens, die Verminderung der kolonialen Profite durch den Widerstand der kolonialen und halbkolonialen Völker nimmt der englischen Bourgeoisie die Möglichkeit, eine privilegierte Arbeiteraristokratie durch Opferung eines Teiles der Mehrprofite zu erhalten. Hierdurch wird das Verhältnis der Bourgeoisie zur Arbeiterklasse grundlegend geändert. Während früher die Arbeiterschaft der Exportindustrie: Maschinenbauer, Schiffsbauer, Textilarbeiter, die Arbeiteraristokratie bildeten, leiden gegenwärtig gerade diese Schichten am stärksten unter der Arbeitslosigkeit** (bzw. Kurzarbeit) und sind darum den stärksten Angriffen

* Wie groß die Schicht der Rentenempfänger in England ist, konnte ich leider aus dem mir vorliegenden Material nicht feststellen. Die Rentner figurieren nicht als besondere Schicht in den Statistiken. Andererseits gibt es unter den Rentenempfängern eine sehr große Zahl, die ihr Einkommen nicht auf Kosten des industriellen Kapitals beziehen: Leute, die ihre Renten als Pension von der indischen, ägyptischen Regierung usw. erhalten, wo sie einige Jahre als Beamte gedient hatten; ferner Renten vom Auslandskapital; Dividenden (unmittelbarer Anteil am Profit des industriellen Kapitals) usw. Sicherlich bilden aber die Rentner einen ganz bedeutenden Teil der Bevölkerung Englands.

** Die Arbeitslosigkeit betrug in Prozenten aller Versicherten des betreffenden Zweiges Ende März 1925: Eisenwerke 20,1; Dockarbeiter 24,3; Maschinenbauer 12,0; Schiffsmaschinenbauer 24,1; Schiffsbauer 36,7; Leinenweberei 29,6.

Hingegen war die Arbeitslosigkeit in den geschützten Industrien: Bauindustrie 8,8; Buchdruckerei 5,5; Lebensmittel 7,0.

auf ihre Lohnhöhe ausgesetzt. Die Bourgeoisie hat nämlich — wenn sie in Bedrängnis ist wegen Verminderung ihres Profits — entweder den Weg der Herabsetzung der Lohnkosten, Verbilligung der Produktionskosten im allgemeinen oder Erhöhung der Preise. Letzteres ist nur bei dem auf die inländische Produktion angewiesenen Konsum möglich: in anderen Industriezweigen stößt es auf die Weltmarktkonkurrenz. Daher sehen wir, daß die Lohnerhöhung im Vergleich mit der Vorkriegszeit in den sheltered industries bedeutend größer ist als in den der Weltmarktkonkurrenz ausgesetzten Industriezweigen. Hier einige Beispiele:

Prozentuale Erhöhung des vollen Wochenlohnes
vom 1. Januar 1925*. — August 1914 = 100.

Exportindustrien:

Kohle	49 bis 67
Eisen	21 „ 85
Maschinen	44 „ 76
Schiffbau	35 „ 68
Baumwolle	61

Ungefährer Durchschnitt 60**.

Geschützte Industrien:

Bau	81 bis 106
Eisenbahnen	85 „ 161
Buchdrucker	107 „ 117
Bäcker	88 „ 112
Kommunalarbeiter	101

Ungefährer Durchschnitt 100**.

Erhöhung über August 1914:

Lebenshaltungskosten Juni 1925	72,0
Großhandelsindex	64,2

Wir sehen, daß selbst nach den einseitigen Angaben der Kapitalisten die Reallöhne in den „ungeschützten“ Industrien Englands bereits im Jahre 1924 unter dem Vorkriegsniveau standen. Nach den Berechnungen der Gewerkschaften standen alle Löhne Ende 1924 real auf 97,2 Prozent gegenüber Juli 1914, wobei die Verfälschung des Lebenshaltungsindex zu Ungunsten der Arbeiterschaft nicht in Betracht gezogen ist***. Die Reallöhne in den ungeschützten Industrien müssen also noch niedriger gewesen sein.

Die englischen Exportindustrien sind unfähig, ihre Arbeiter als Arbeiteraristokratie zu erhalten. Ja, sie greifen ständig die hohen Löhne der Arbeiterschaft in den sheltered industries an, mit der Motivierung, daß hierdurch indirekt die Produktionskosten in den Exportindustrien erhöht werden: hohe Eisenbahntarife wegen der hohen Eisenbahnerlöhne; hohe Kommunalsteuern infolge hoher Gehälter der Kommunalarbeiter usw.

Auch die absolute Höhe der Wochenlöhne ist in den sheltered industries durchwegs höher als jene der ungefähr gleichen Qualifikation in den Weltmarktindustrien†.

* Survey of Industrial Relations: Band II des Balfour-Komitees, London 1926, Seite 88 passiv.

** Ebenda. Seite 7.

*** The Labour Yearbook. 1925. Seite 47.

† Survey of industrial Relations: Band II des Balfour-Komitees. Tabelle Seite 71.

Die englische Bourgeoisie ist in der Zwangslage, eine Herabsetzung der realen Lebenshaltung des gesamten Proletariats zu versuchen. Alle Errungenschaften der Arbeiterschaft in der Kriegs- und Nachkriegszeit sollen restlos liquidiert werden, ja, die Lebenshaltung soll unter das Niveau der Vorkriegszeit, auf und unter das Niveau der konkurrierenden Länder herabgesetzt werden.

Die Forderung der Bourgeoisie, daß die Arbeiterschaft in alter Weise, d. h. wie vor 20 Jahren leben soll, steht im krassen Widerspruch mit dem Willen der Arbeiter, nicht in alter Weise zu leben, sondern ihre Lebenshaltung zu erhöhen. — Der Streik der Kohlenarbeiter bedeutet einen Teil des allgemeinen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit, der bei der weltwirtschaftlichen Lage des englischen Kapitalismus unvermeidlich ist.

V. Die herrschenden Klassen Englands können nicht in alter Weise leben

Aus all dem folgt: die herrschenden Klassen Englands können nicht in alter Weise weiterleben. Das ganze System des Bündnisses zwischen Kapitalisten und der Arbeiteraristokratie ist in voller Auflösung. Eine allgemeine Herabsetzung der Einkommen aller Klassen ist unvermeidlich; man kann aus einer Produktion von 86—95 Prozent der Vorkriegszeit bei einer um 5 Prozent vermehrten Bevölkerung und einer Verminderung des imperialistischen Raubeinkommens unmöglich jedem Menschen das gleiche Realinkommen zukommen lassen, ohne eine Desakkumulation.

Tatsächlich hat das englische Volk als Ganzes in der Nachkriegszeit bisher besser gelebt als vor dem Kriege. Die Einfuhr von Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren ist größer als vor dem Kriege.

Die Ausgaben für die Einfuhr dieser Waren betragen:*

	Millionen Pfund Sterling			
	zu den jeweiligen Preisen	Prozent der Gesamt- Einfuhr	zu den Preisen des Jahres 1913	Prozent der Gesamt- Einfuhr
1910 bis 1913	263	40,0	260,5	42,1
1923	484	49,4	319,2	49,7
1924	543	47,7	349,2	48,7
1925	Ungefähr das gleiche Zahlenverhältnis: pünktliche Zahlen liegen (wegen Irland) nicht vor.			

Rund die Hälfte der Einfuhr, um 10 Prozent der Gesamteinfuhr mehr wurde in der Nachkriegszeit für Essen, Trinken und Rauchen verausgabt!

Es ist dies nicht bloß eine Preiserhöhung, sondern eine Erhöhung des pro Kopf-Verbrauches, wie es die folgenden Zahlen für einige wichtige Importwaren zeigen. Die inländische Produktion kann als gleichbleibend vorausgesetzt werden.**

* Survey of Overseamarkets Seite 636 und Seite 639. Die Aenderung durch das Ausscheiden Irlands ist berücksichtigt. Prozent-Zahlen von mir berechnet.

** Die Zahlen sind für 1910 bis 1913 und 1922 bis 1924 im „Statistical Abstract“ für je ein Jahr pro Kopf errechnet. Wir haben daraus einen Durchschnitt für je drei Jahre berechnet. Die Zahlen 1925 sind von uns annähernd berechnet aus den Importdaten des Board of Trade Journal vom 14. Januar 1926.

**Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung an importierten
Lebensmitteln, in engl. Pfund-Gewicht:**

	1910 bis 1913	1922 bis 1924	1925
Weizen	256	258	215
Mehl	26	28,8	19
Geräuchertes Fleisch (Bacon)	13,7	20,7	19
Rindfleisch (Beef)	21,2	28,2	26,7
Hammelfleisch (Mutton)	12,9	13,7	11,8
Butter	10	11,3	12,2
Käse	5,6	6,7	6,6
Zucker	81	78	—
Tee	6,6	8,7	8
Reis	6,8	5,2	—

Diesen Zahlen darf keine zu große Bedeutung und Pünktlichkeit beimessen werden. Die Erhöhung des Pro-Kopf-Konsums für die letzten Jahre ist zum Teil dem Ausscheiden Irlands, wo die Lebenshaltung viel niedriger ist, zuzuschreiben. Auch die Aenderungen der Lebensmittelproduktion im Inland sind nicht berücksichtigt. Aber das Zusammenfallen in der Entwicklung der Wertzahlen des Außenhandels mit diesen Mengenzahlen gibt doch die Möglichkeit, sicher anzunehmen, daß die Lebenshaltung des englischen Volkes — trotz des verminderten Reallohns der Arbeiterschaft der Exportindustrie und trotz der Massenarbeitslosigkeit — sich erhöht hat.

Bei vermindelter Inlandsproduktion vermehrter Verbrauch! Die Differenz kann nur auf Kosten der Akkumulation, insbesondere auf Kosten der ausländischen Kapitalneuanlagen geschehen. In den letzten Jahren häuften sich immer mehr die bürgerlichen Stimmen, die behaupteten, die „unsichtbaren“ Einnahmen Englands deckten nicht mehr das Defizit der Handelsbilanz, England zehre bereits von seinen ausländischen Kapitalien.

Es ist schwer, die Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Behauptung festzustellen, da die Zahlungsbilanz sehr viel schwankende Posten enthält.

Folgende Tabelle zeigt zum mindesten die Linie der Entwicklung.*

	In Millionen Pfund Sterling						
	1907	1910	1913	1922	1923	1924	1925
Ueberschuß der Einfuhr an Waren und Edelmetallen	142	159	158	171	203	341	386
Reineinkommen aus der Schifffahrt	85	90	94	110	115	130	124
Reineinkommen aus der ausländischen Kapitalanlage	160	187	210	175	150	185**	215**
Kommissionen (Banken usw.) ..	25	25	25	30	30	40	40
Andere Dienste	10	10	10	10	10	15	15
Insgesamt „Unsichtbarer Export“ ..	280	312	339	325	305	370	394
Frei für ausländ. Kapitalanlagen	138	153	181	154	102	29	8***

* Die Tabelle bis 1925 aus dem Balfour-Bericht I S. 665; für 1925 „Times“, 21. I. 26. Die Daten der Tabelle sind für 1907 und 1910 dem „Economist“, für spätere Jahre den Monatsberichten der „Midland-Bank“ entnommen. Dem ausgewiesenen Einfuhrüberschuß sind vom Balfour-Komitee 8 Millionen Pfund Sterling für Diamanten dazugeschlagen.

** Nach Abzug von 35 Millionen Pfund für die Zahlungen an die Ver. Staaten.

*** Die amtliche revidierte Aufstellung der „Times“ bringt einen Ueberschuß von 28 Mill. Pfd. Sterling heraus, weil den amerikanischen Zahlungen Regierungseinnahmen von anderen Regierungen in der Höhe von 20 Mill. Pfd. Sterling gegenübergestellt werden.

Wir sehen: Verdoppelung des Einfuhrüberschusses, Verschwinden des für neue ausländische Kapitalanlagen freien Ueberschusses ist das Ergebnis der letzten Jahre. In diesem Jahre wird angesichts des schweren Schadens, den die Ausfuhr durch den Kohlenstreik erleidet, die Passivität der Zahlungsbilanz nicht mehr zu bemänteln sein. Wir sehen den neuen Widerspruch: die englische Bourgeoisie ist zu dem Goldstandard zurückgekehrt, um ihre Rolle als Weltbankier wiederzugewinnen. Inzwischen verschwindet aber die ökonomische Grundlage selbst, die England ermöglichte, die Rolle des Weltbankiers zu spielen: die Möglichkeit, jedes Jahr große Summen im Auslande anzulegen.

Jedes Problem des englischen Wirtschaftslebens, das wir tief genug verfolgen, führt uns zu der Erkenntnis, daß die schwersten Widersprüche vorliegen, die zu den erbittertsten Klassenkämpfen führen müssen. Es ist eingetreten, was Lenin vor sechs Jahren vorausgesehen hatte: die Bedingungen für eine erfolgreiche proletarische Revolution reifen heran. Die Arbeiter wollen nicht, die herrschenden Klassen können nicht in alter Weise weiterleben. . .

Schon sind auch die ersten Anzeichen dessen vorhanden, daß die regierenden Klassen eine Krise durchmachen. Die herrschenden Klassen sind angesichts des scharfen Widerstandes der Arbeiterschaft gegen die — für die Konkurrenzfähigkeit der englischen Industrie im Weltmarkt von den englischen Kapitalisten geforderte — Verschlechterung der Arbeitsbedingungen verwirrt und in Fraktionen zerrissen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Baldwin selbst weitere Staatssubventionen zur Vermeidung des allgemeinen Streiks für die Kohlenindustrie bewilligen wollte, aber von seinen scharfmacherischen Kollegen im Ministerium durch Rücktrittsdrohung zu dem Kampf gezwungen wurde. In der Liberalen Partei sehen wir einen scharfen Kampf zwischen dem noch nicht zur konservativen Partei übergegangenem Rest des großbourgeoisem Flügels unter Führung Asquiths gegen den kleinbürgerlich-radikalen Flügel unter Lloyd George. Dieser skrupellose Demagoge hat es für richtig gefunden, sich äußerlich auf die Seite der Arbeiter zu stellen: er hat immer bewiesen, daß er eine sichere Nase für die Stimmung des Volkes hat. Die Vertreter der Interessen der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterschaft, die Macdonald, Henderson, Thomas usw. haben einen guten Teil ihres Einflusses bei der Arbeiterschaft eingebüßt: damit auch ihren Kredit bei der Bourgeoisie. Der scharfmacherische Flügel der Konservativen verkündet die Notwendigkeit eines Kampfes gegen die Gewerkschaften selbst*, gegen diese Institutionen, die immer — solange die Weltlage es der englischen Bourgeoisie erlaubte, eine Arbeiteraristokratie zu ihrem Schutze zu unterhalten, — ein Schutzwall der kapitalistischen Herrschaft war. Die Konsequenzen der Tatsache, daß die englische Bourgeoisie nicht mehr in alter Weise leben kann, zeigt sich — noch nicht in einer Krise —, wohl aber in einer in der englischen Geschichte noch nie dagewesenen Verwirrung innerhalb der herrschenden Klasse.

* Am 23. 11. 25 bereits erklärte der Innenminister Joynson Hicks in einer öffentlichen Versammlung in Isleworth, „daß den englischen Arbeitern eine Mussolinische Kostprobe nützlich wäre“ (that a touch of Mussolini would do them good).

VI. Dem neuen Generalstreik entgegen

In der Weihnachtsnummer der „Times“ hat die wegen ihrer Offenherzigkeit berühmte Frau Asquiths, Lady Oxford, das in England sensationelle Wort ausgesprochen: es werden „Vorbereitungen zur Revolution“ (preparations for revolution) getroffen. Vier Monate später stand die Arbeiterschaft Englands in einem revolutionären Kampf zur Abwehr der weiteren Verschlechterung der Lage der Bergarbeiter. Der Generalstreik endete durch den Verrat der Führer mit einer Niederlage der Arbeiter. Der Bergarbeiterkampf dauert zur Zeit der Niederschrift dieser Zeilen die siebente Woche.

Obwohl friedlich verlaufen, obwohl durch den Verrat der Führer verloren, war der Generalstreik doch ein weltgeschichtliches Ereignis. Klasse stand gegen Klasse. Macht gegen Macht in bitterer Entschlossenheit, das erstemal in England, seit fast hundert Jahren.

Deshalb reicht die Bedeutung dieser Ereignisse weit über die Grenzen Englands hinaus. Nicht in einem beliebigen, besiegten oder minder wichtigen Lande hat der Niedergang des Kapitalismus zu einem der Revolution nahekommenden Kampf der Klassen geführt, sondern in England, der größten imperialistischen Macht Europas, der zweiten Macht der Welt nach den Vereinigten Staaten. Die englische Bourgeoisie, die über ein Gebiet von 36 Millionen Quadratkilometern mit einer Bevölkerung von 450 Millionen unmittelbar herrscht, ist vor die Notwendigkeit gestellt, das alte System der Klassenharmonie im Mutterlande selbst aufzugeben und zu gewaltsamen Mitteln zu greifen, um die Arbeiterschaft im Mutterlande selbst niederzuhalten und ihr eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen aufzuzwingen. Und dieser Kampf ist von der Bourgeoisie nicht irgendwie mutwillig heraufbeschworen worden, sondern aus schwerer ökonomischer Notwendigkeit. Die englische Bourgeoisie kann die Rentner und Kleinbürgerschichten nicht durch eine Inflation enteignen wie ihre europäischen Konkurrenten, weil sie bei dem Fehlen einer Bauernklasse hierdurch absolut isoliert der Arbeiterschaft gegenüberstehen würde. Das englische industrielle Kapital kann andererseits bei Vorhandensein der Last des Renteneinkommens und der stetigen Verminderung der kolonialen Ueberprofite nur auf Kosten des Proletariats seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte erhalten. Das ist das Problem. Hic Rhodus, hic salta. . .

Der Kampf selbst verschlechtert die Lage der Bourgeoisie. Das Jahr 1926 wird ganz sicher eine weitere Verminderung der Ausfuhr, eine weitere Verschlechterung der Handels- und Zahlungsbilanz bringen. Der langandauernde Kohlenstreik reißt eine große Lücke in das englische Wirtschaftsleben. Die Folge wird zur Ursache.* Obwohl ihr der Schreck in alle Glieder gefahren ist über die revolutionäre Solidarität der Arbeiter-

* Wenn wir die Gestaltung der Arbeitslosigkeit in England in den letzten fünf Jahren betrachten, so finden wir, daß die Prozentzahl der Arbeitslosen in den Gewerkschaften das erstemal April 1921 im Zusammenhang mit dem damaligen Streik der Kohlenarbeiter die 10-Prozent-Grenze überschritten hat; sie hat ihren Massencharakter seither nicht wieder verloren!

klasse, wird die englische Bourgeoisie den Kampf fortsetzen müssen: sie kann nicht anders. . .

Der innere Kampf schwächt die außenpolitische Schlagkraft Englands. Es ist zwar der englischen Bourgeoisie in der letzten Zeit gelungen, die zwei Gefahrenpunkte ihrer Weltposition, Aegypten und die Sowjetunion, einigermaßen einzukreisen. Die Vereinbarung mit der Türkei über Mossul, die Einsetzung von England ergebenden Regierungen in Griechenland* und Polen, die Vereinbarung mit Italien zur Aufteilung Abessyniens in Einflußsphären; all dies sind Schachzüge zur Einkreisung Aegyptens und Sowjetrußlands. England ist der Schutzpatron aller reaktionären arbeiterfeindlichen Regierungen (Horthy-Regime) und Parteien in der ganzen Welt. Aber wenn sich Arbeiterkämpfe von der Dauer und Intensität, wie der Kohlenarbeiterstreik: wenn sich Solidaritätsstreiks, wie der von Anfang Mai, oft wiederholen werden, wird es der englischen Bourgeoisie sehr bald an Kraft fehlen, ihre gegenrevolutionäre Weltrolle zu spielen, es wird ihr die Kraft fehlen, die revolutionäre Bewegung der kolonialen und halbkolonialen Völker niederzuhalten. Mit verbissener Wut muß die englische Bourgeoisie heute bereits den Boykott englischer Waren in China dulden. Hongkong, das boykottierte, verarmende, bankrotte Hongkong, ist das Sinnbild der Zukunft. . .

Das englische Proletariat aber rüstet bereits geistig zu neuen Kämpfen, zu einem neuen Generalstreik. . . Umsonst schlagen sich Thomas und Macdonald, ihre Schuld vor der Bourgeoisie büßend, an die Brust und winseln: Nie wieder Eisenbahnerstreik, nie wieder Generalstreik! In der jüngsten Nummer der „Railway Review“, des Organs des englischen Eisenbahnerverbandes, der NUR, dessen Generalsekretär der Liebling der englischen Bourgeoisie, der Freund des Herzogs von Wales, der dreifache Doktor h. c. Thomas ist, finden wir an leitender Stelle folgende Zeilen**:

„Nach der großartigen Offenbarung der klassenbewußten Scheidungslinie der Gesellschaft, die uns allen vor Augen trat, gehören wir nicht zu denjenigen, die da glauben, daß dies der letzte Generalstreik gewesen sei. Der nächste Generalstreik wird nicht auf Befehl der Gewerkschaftsbeamten kommen, sondern wird ein spontaner Ausbruch der Arbeiter sein, als Antwort auf eine industrielle Offensive oder kriegerische Unternehmen. Und da wir Augenzeugen der Zähigkeit der Leute waren, die alles riskierten, was ein Arbeiter riskieren kann, so scheint es uns, daß der kürzlich stattgefundene Generalstreik nur eine Probeaufführung war, in der wir unsere Kräfte fühlten. Der geistige Zustand jedes Streikenden ließ nichts zu wünschen übrig. Drei Millionen Männer gingen auf Befehl in den Kampf und riskierten alles . . . Sie riskierten alles im vollen Bewußtsein, daß der Sinn für Treue und Solidarität unter der Arbeiterklasse gewachsen ist und sie durch alle Gefahren hindurchführen wird, ganz gleich, was die „Führer“ beschlossen haben mögen: der Geist der drei Millionen Männer blieb bis ans Ende unerschüttert.“

Die englischen Proletarier, selbst die Eisenbahner, deren Generalsekretär der offenste, abgefemtteste, schuftigste Verräter ist, bereiten sich bereits, drei Wochen nach der schmachvollen Niederlage, zu einem neuen General-

* Der gegenwärtige griechische Ministerpräsident ist ein gewesener Sekretär des in England lebenden Venizelos; er wurde unmittelbar aus England zur Uebernahme des Ministerpräsidiums nach Athen geschickt!

** „Railway Review“ vom 4. Juni 1926.

streik vor. Die Meinung der Eisenbahner ist sicher auch die aller anderen Proletarier. Diesen zweiten Generalstreik werden aber nicht mehr die alten Verräter führen, sondern aus der Tiefe der revolutionären Arbeiterbewegung werden neue Führer auftauchen, die es, unter Leitung der Kommunistischen Partei Englands, verstehen werden, daß ein Generalstreik kein wirtschaftlicher Kampf, sondern ein revolutionärer Kampf um die Macht ist. Die Periode der gewaltigsten Klassenkämpfe ist für England angebrochen. Wir wollen schließen, womit wir begonnen haben, mit den Worten Lenins:

„In England reifen offenbar . . . die Bedingungen für eine erfolgreiche proletarische Revolution heran.“

HERMANN REMMELE: ZUR BEURTEILUNG DER LAGE IN DEUTSCHLAND

Die Wirtschaftslage

Die Verschärfung der ökonomischen Krise im internationalen Maßstabe und die sich daraus ergebenden politischen Krisenerscheinungen im Lager der Bourgeoisie äußern sich im verstärkten Maße in Deutschland. Im Oktober und November 1925 setzte eine derart rapid zunehmende Arbeitslosigkeit ein, die sich bis heute fortwährend steigert und die große Arbeitslosigkeit in der Inflationsperiode 1922/23 bereits übersteigt. Man kann sagen, die Hälfte der Industrie wurde stillgelegt, die Schornsteine hörten auf zu rauchen. Während die unterstützten Arbeitslosen im Juli 1925 195 000 betragen, das heißt von der Gesamtzahl der Arbeiterschaft 3,5 Prozent, und die Zahl der Kurzarbeiter sich auf 5,2 Prozent bezifferte, betrug die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Dezember 1925 1 499 000, das sind 16,4 Prozent der unterstützungsberechtigten Arbeiter, und die Kurzarbeiterzahl stieg gleichfalls auf 9,1 Prozent der unterstützungsberechtigten Arbeiterschaft. Die gleichen Zahlen stiegen im Januar 1926 auf 2 310 000 unterstützungsberechtigte Erwerbslose, das sind 22,6 Prozent, während die Zahl der Kurzarbeiter gleichfalls auf 22,5 Prozent stieg. Im Februar stieg die Zahl der unterstützungsberechtigten Erwerbslosen abermals auf 2 560 000. Und so ging es von Monat zu Monat weiter. Selbst noch im Juni stieg allein in Berlin die Zahl der Erwerbslosen um 14 000 innerhalb drei Wochen. Und neuerdings kündigt der Krupp-Konzern an, daß er bis November weitere 4000 Arbeiter entläßt.

Da aber neben den unterstützungsberechtigten Erwerbslosen noch ein erheblicher Teil ohne Unterstützung vorhanden ist, ist anzunehmen, daß die Ziffer der Erwerbslosen die Zahl von 3 Millionen übersteigt und an 3½ Millionen heranreicht. Hinzu kommen noch rund 2½ Millionen Kurzarbeiter, die unter dem gleichen niedrigen Einkommen stehen wie die Erwerbslosen-Unterstützten. Diese 6 bis 6½ Millionen Arbeiter Deutschlands sind die Hälfte der in Industrie, Verkehr und Handel beschäftigten Arbeiter überhaupt.

Also nahezu die Hälfte der gesamten deutschen Arbeiterschaft ist entweder vollständig erwerbslos oder erhält durch Kurzarbeit so niedrige Löhne, die zum größten Teil nicht wesentlich über die Erwerbslosenunterstützung hinausgehen, in manchen Kategorien sogar darunter bleiben. Das kennzeichnet die Lage der Arbeiterklasse.

Die Wirkung der Wirtschaftskrise auf die Kleinbourgeoisie, die selbständigen Handwerker und Gewerbetreibenden, ist gezeichnet durch die Ruine des Wirtschaftslebens. Die Konkurse und Bankrotte der kleineren und mittleren kapitalistischen Unternehmungen vermehrten sich so stark, daß selbst die Gerichte und die Vollzugsbehörden bewegliche Klagen dar-

über anstimmen, daß sie trotz Heranziehung aller Hilfskräfte nicht in der Lage sind, den Schutt der Konkurse und Bankrotte hinwegzuräumen. Um nur einige Vergleichszahlen zu nennen:

Die Konkurse in Deutschland betragen vor dem Kriege im Durchschnitt pro Jahr 7000 bis 8000. Im Jahre 1925 10 813. Für das Jahr 1926 sind folgende Zahlen angegeben:

Januar	2013
Februar	1920
März	1710

Also bereits im ersten Vierteljahr 5643, so daß auf das Gesamtjahr mindestens 20 000 Konkurse gegenüber 10 813 im Jahre 1925 zu rechnen sind. Hinzu kommen noch die Geschäftsaufsichten, bei denen an Stelle einer Konkursverwaltung der Betrieb unter Aufsicht der Handelsgerichte gestellt wird, also angekündigte Konkurse, die nicht durchgeführt werden.

An Geschäftsaufsichten gab es im Jahre 1925 im ersten Vierteljahr 731. Im Januar 1926 1428, im Februar 1465, im März 1426. Mithin im ersten Vierteljahr 1926 4319 gegenüber 731 im ersten Vierteljahr 1925. Das Jahr 1926 dürfte im Lager des Kleinbürgertums etwa rund 40 000 wirtschaftliche Ruine hinterlassen. Das kennzeichnet die Lage des Kleinbürgertums.

Die Großbourgeoisie nutzt die Wirtschaftskrise in ähnlicher Weise wie die Inflationskrise: 1. durch Konzentration, 2. Aufsaugung des Kleinkapitals, 3. Rationalisierung. Unter der Losung „Gesundungskrise“ werden die kleinbürgerlichen Mittelschichten enteignet, wird das Proletariat unter der Last der Massenerwerbslosigkeit erhöhten Ausbeutungsmethoden unterworfen. Am Ende der Wirtschaftskrise wird stehen entweder ein vollkommen versklavtes Proletariat und pauperisiertes Kleinbürgertum oder — die soziale Revolution.

Wie reagiert die Arbeiterklasse auf die Wirtschaftskrise und die Offensive des Großkapitals?

Die im ADGB, der reaktionärsten Sektion der Amsterdamer Internationale, zusammengeschlossenen Gewerkschaftsbürokraten folgen den Losungen und Anforderungen der Großbourgeoisie. Die Arbeitsgemeinschaftspolitik erachten sie als die Rettung aus der Wirtschaftskrise. Sie sehen nur in der Beseitigung der Wirtschaftskrise das Mittel zur Beseitigung des Elends der Arbeiterklasse. Und hier folgen sie auch vollständig dem Programm der Großbourgeoisie auf Rationalisierung, das angeblich die Wirtschaftskrise überwinden soll. Sie sind die schärfsten Feinde der Losungen der Kommunisten, die Produktionskontrolle durch Betriebsräte und Gewerkschaften und Verstaatlichung der stillgelegten Betriebe unter Aufsicht der Gewerkschaften und Betriebsräte fordern.

Zur Unterstützung dieser Politik und um gleichzeitig der Linksorientierung und Radikalisierung der Mitgliedermassen der Gewerkschaften entgegenzuwirken, die immer mehr die Notwendigkeit der Methoden des englisch-russischen Gewerkschaftsbündnisses anerkennen, und Studienreisen nach Rußland fordern, unternahmen die führenden Gewerkschaftsbürokraten eine Reise nach Amerika, um die Ausbeutungsmethoden der amerikanischen Bourgeoisie zu studieren, die sie den deutschen Arbeitern als

Rettung vor den verheerenden Wirtschaftskrisen zu propagieren gedenken. Mit dieser Reise beabsichtigt der ADGB zwei Aufgaben zu lösen: 1. die deutschen Arbeiter gefügig zu machen, das immer schwerer drückende Joch des Kapitals weiter zu tragen, 2. um in der Amsterdamer Internationale durch Anschluß an die amerikanischen Gewerkschaften ein Uebergewicht gegen die sich breit machenden oppositionellen Tendenzen in der Amsterdamer Internationale zu erlangen.

Das ist das Rettungsprogramm und das Ziel der Gewerkschaftsbürokratie.

Das Verhalten der deutschen Arbeiter zu den Gewerkschaften ergibt sich am besten aus folgenden Zahlen: von den rund 13 Millionen deutschen Arbeitern in Industrie, Handel und Gewerbe waren 1914 $3\frac{1}{2}$ Millionen organisiert, im Jahre 1920/21 rund 8 Millionen und gegenwärtig sind es wieder $4\frac{1}{2}$ Millionen. Das Verhältnis der deutschen Arbeiterschaft zu der Politik der Gewerkschaftsbürokratie zeigt sich am deutlichsten im Rückgang der Mitgliederzahlen innerhalb der letzten fünf Jahre. Dieser Rückgang ist aber auch zu gleicher Zeit die Hauptursache davon, daß der Einfluß der Kommunisten in den Gewerkschaften stark gemindert ist und erst in den letzten Monaten wieder eine Stärkung dieses Einflusses zu verzeichnen ist, wie das die Metallarbeiterwahlen beweisen, bei denen wir wieder zum ersten Mal in Berlin mit 13 625 gegen 10 195 Stimmen den Sieg über die Reformisten davongetragen haben.

Diese zwei Faktoren: Die Politik der Gewerkschaftsbürokratie für die maßgebende sozialwirtschaftliche Klassenorganisation des Proletariats, die Gewerkschaften, und die Tatsache, daß nur ein Drittel aller deutschen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert ist, sind die Ursachen, daß das deutsche Proletariat der Offensive der Großbourgeoisie fast wehrlos gegenübersteht.

So ist zu erklären, daß seit Einsetzen der großen Wirtschaftskrise es zu keinerlei großen Arbeiterkämpfen kam. Wie wenig man aber daraus die Schlußfolgerung ziehen darf, daß das deutsche Proletariat in seiner heutigen Lage vollkommen passiv sei, beweisen die großen außerparlamentarischen politischen Kämpfe, die das deutsche Proletariat in den letzten Wochen als Beginn einer politischen Offensive geführt hat.

Die deutsche Arbeiterklasse folgt unter dem starken Drucke der Wirtschaftskrise zwei Tendenzen, die einander bedingen, obgleich sie scheinbar im schärfsten Gegensatz zueinander stehen. Von der Befürchtung getragen, daß Wirtschaftskämpfe in dieser Krise im Hinblick auf die gewaltige Reservearmee aussichtslos sind, verharren sie gegenüber der wirtschaftlichen Offensive des Unternehmertums in Passivität, während zugleich dieser Druck das Gesamtproletariat zu großer Aktivität auf politischem Gebiet treibt. Durch die Feststellung dieser Tendenzen behaupten wir weder, daß es einen Gegensatz zwischen wirtschaftlicher und politischer Aktivität des Proletariats im ganzen gibt, noch daß ein Teil der Arbeiter sich aktiv verhält, der andere passiv. Gerade das Gegenteil trifft zu. Diese Tendenzen zeigen nur, wie das deutsche Proletariat immer mehr von der Erkenntnis durchdrungen wird, daß die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme, wie sie vor dem deutschen Proletariat stehen, unter der Herrschaft der Bourgeoisie und der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt nicht gelöst werden können und die Lösung dieser Probleme

nur durch die soziale Revolution erfolgen kann. Das deutsche Proletariat hat durch seine Klassenkämpfe in der Vergangenheit bewiesen, daß es sehr wohl versteht, den wirtschaftlichen Kampf zur Lösung von politischen Aufgaben zur Anwendung zu bringen. Gegenwärtig aber lastet die Arbeitslosigkeit derart auf den Arbeitern, daß sie, um schweren Opfern zu entgehen, dem Streik zugunsten von Teilforderungen ausweichen. Das deutsche Proletariat vollzieht darum zunächst seine Sammlung und seinen Aufmarsch unter politischen Losungen. In den Konferenzen dagegen haben die Arbeiter wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß sie, wenn die revolutionäre Krise eintritt, und wenn sie unmittelbar vor der Frage des Kampfes um die Macht stehen, es verstehen werden, im gegebenen Augenblick auch den Wirtschaftskampf zur Durchführung seiner politischen Ziele anzuwenden.

So kann die augenblickliche Passivität gegenüber den sozialwirtschaftlichen Problemen nach genügender Sammlung für politische Ziele einer äußerst gesteigerten Aktivität auch in Wirtschaftskämpfen weichen.

Das Bestehen dieser zwei Tendenzen läßt sich durch folgende Tatsachen illustrieren:

a. für die erste Tendenz

1. Trotz zunehmender Verschlechterung der Lebensbedingungen, Arbeitsverhältnisse, Verlängerung der Arbeitszeit, Zunehmen des Antreibersystems und Senkung der Löhne sind keine nennenswerten Arbeitskämpfe zu verzeichnen.

2. Trotz stärkster Kraftanstrengung von seiten der KPD war es nicht möglich, während des englischen Generalstreiks und des englischen Bergarbeiterstreiks eine aktive Solidaritätsaktion mittels Streiks und Boykotts zur wirksamen Verhinderung der Lieferung von Streikbrecherkohle nach England und den englischen Absatzgebieten zu verhindern.

b. Kennzeichen der zweiten Tendenz

1. Unter der Arbeiterschaft hat die Linksentwicklung große Fortschritte zu verzeichnen. Diese Linksentwicklung wurde in der Hauptsache bedingt und gefördert durch die Umstellung der Politik und der Leitung der KPD nach Erscheinen des Offenen Briefes des EKKI. Sichtliche Erfolge dieser Politik sind: Die Spaltung der SPD in Sachsen, die Bildung einer großen Anzahl von Einheitskomitees, die ungeheure Mobilisierung der Massen beim Volksentscheid, das Eindringen der kommunistischen Losungen in die kleinbürgerlichen Massen.

2. Die ungeheure Beteiligung des Proletariats bei den Demonstrationen und Kundgebungen der KPD, die am sichtbarsten wurden bei der Fürstenteignungsdemonstration im März, wo sich allein in Berlin 250 000 Arbeiter beteiligten, obgleich die SPD zur gleichen Zeit Gegenversammlungen veranstaltete, um die Arbeiter von den kommunistischen Demonstrationen fernzuhalten, und das Reichstreffen des RFB zu Pfingsten, bei dem selbst nach bürgerlichen Pressemeldungen 300 000 Teilnehmer zu verzeichnen waren, darunter 80 000 uniformierte Frontkämpfer.

3. In der im November-Dezember vorigen Jahres begonnenen und im Volksentscheid am 20. Juni gipfelnden Kampagne zur Enteignung der Fürsten ist es gelungen, im März 12¼ Millionen Wähler und im Juni

15 Millionen Wähler zu mobilisieren. Das ist die Hälfte aller an den Wahlen sich beteiligenden Reichstagswähler, also eine Stimmenzahl zur Berufung der Hälfte aller Reichstagsitze, trotzdem sich dieser Reichstag mit Zweidrittelmehrheit gegen die Fürstenenteignung wendete und die Sozialdemokratie nur gezwungen durch den Massendruck den kommunistischen Enteignungsantrag unterstützte. Und trotzdem 15 Millionen, obwohl dieser Antrag nicht nur die schärfste Kampfansage an die Monarchie, sondern zugleich auch die schärfste Kampfansage an die kapitalistische Eigentumsform war. Nach dem Eingeständnis aller politischen Parteien und namhafter Führer der Bourgeoisie, wie Stresemann, hat die Fürstenenteignungskampagne der Kommunisten sämtliche politischen Parteien zersetzt und selbst die treuesten Stützen der Bourgeoisie, die monarchistischen Rechtsparteien, in vollkommene Verwirrung gebracht. Die Zahl der Arbeiterstimmen betrug im Höchsthalle 9 Millionen. Bei der letzten Wahl hatten Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen rund 9,8 Millionen Stimmen. Beim Volksentscheid wurden mindestens ein bis zwei Millionen Arbeiter durch Bedrohung mit Entlassung an der Ausübung ihres Wahlrechts gehindert. Infolgedessen mußten aus dem Lager der Bourgeoisie rund sechs Millionen Stimmen zum Proletariat übergegangen sein. Da Zentrum und Demokraten nur über rund 5 Millionen Stimmen verfügen und das Zentrum auf seine Anhänger äußersten Terror ausübte, um deren Wahlbeteiligung zu verhindern, also aus diesem Lager höchstens 3 Millionen sich an der Abstimmung beteiligten, kamen etwa zwei bis drei Millionen aus dem Lager der monarchistischen Rechtsparteien. Dies charakterisiert am deutlichsten den gewaltigen Zersetzungsprozeß in allen bürgerlichen Parteien, der den Kommunisten mit der Fürstenenteignungskampagne gelungen ist. Diese Kampagne war seit Jahren der größte Erfolg der Kommunistischen Partei.

4. Unter der gesteigerten Aktivität der Kommunisten zwingen die sozialdemokratischen Arbeitermassen die sozialdemokratische Führung viermal* zur Kapitulation. Die Absicht des sozialdemokratischen Parteivorstandes sowohl im Herbst 1925 wie im Januar 1926, mit den bürgerlichen Parteien die Koalition zu bilden, wird durch den Protest der sozialdemokratischen Arbeiter verhindert. Der Versuch des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, in der Fürstenenteignungskampagne mit den bürgerlichen Parteien gegen die Kommunisten eine Front zu bilden, müssen die Parteinstanzen unter dem Druck ihrer Arbeiteranhänger aufgeben und zuerst einen Volksentscheid ankünden für Fürstenabfindung, endlich auch diese Position aufgeben und sich dem kommunistischen Gesetzentwurf anschließen.

5. Die Delegiertenwahlen zum Verbandskongreß des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Berlin brachten zum ersten Male seit 1922 einen Sieg der kommunistischen Gewerkschaftsopposition gegen die Reformisten, was ein deutliches Zeichen für die Radikalisierung und Linksorientierung der deutschen Arbeiterklasse ist.

* In den ersten Julitagen fällt die SPD-Leitung unter dem Drucke der von den Kommunisten mobilisierten Massen zum fünften Mal um, indem sie ihr Bündnis mit den bürgerlichen Parteien für ein Abfindungsgesetz preisgeben muß.

Alle diese Tatsachen zeigen, daß seit Einsetzen der Wirtschaftskrise im November v. J. sich in der deutschen Arbeiterklasse ein scharfer Radikalisierungsprozeß vollzieht, der zu starker politischer Aktivität führt, während zu gleicher Zeit das deutsche Proletariat in der Führung von Wirtschaftskämpfen äußerst vorsichtig und zurückhaltend ist. Das sind die typischen Erscheinungen, die man feststellen kann und die den Charakter der Lage in Deutschland aufzeigen. In welchem Tempo sich die Dinge in Deutschland weiter entwickeln, wird stark beeinflußt von der Aktivität und der Spannkraft der Kommunistischen Partei. Daß die Partei auf dem richtigen Wege ist, zeigen die Erfolge. Jedenfalls kann man aus dem bisherigen Gang der Ereignisse die Schlußfolgerung ziehen, daß auch das deutsche Proletariat erneut großen und entscheidenden Klassenkämpfen entgegengeht und heute mit viel mehr und reichlicheren Erfahrungen diese Kämpfe führen wird.

Moskau, den 2. Juli 1926

G. WOITINSKI: ZUR BEURTEILUNG DER LAGE IN CHINA*

Die Ereignisse im Norden und die Regierung des Südens

Der Rückgang der Volksarmee hinter die Nankou-Tunnels, das Vorrücken der Mukdentruppen diesseits der Großen Mauer von Schanghai-Huan sowie die Befestigung der Positionen Wu Pei-fus im nördlichen China und im Tale des Jangtse, all das mußte notgedrungen die Lage in Kanton beeinflussen.

So wirkten sich denn auch diese Ereignisse im südlichen China sowohl in militärisch-strategischer wie politischer Beziehung aus. Und wenn die militärisch-strategische Lage der Kantoner Regierung sich erst jetzt, zwei Monate nach der Umgruppierung der Kräfte im Norden, zu verändern beginnt, indem hier jetzt den Verteidigungsfragen mehr Aufmerksamkeit zugewandt wird als bisher, so übten diese Ereignisse auf die politische Lage Kantons einen unmittelbaren Einfluß nicht nur im Augenblick ihres Eintretes, sondern auch im ganzen Verlaufe derselben aus.

Es ist, im ganzen genommen, schwer und wäre gewissermaßen auch unangebracht, die militärisch-strategische und die politische Lage der südlichen Regierung auseinanderzuhalten. Im vorliegenden Falle ist jedoch eine ziemlich erhebliche Besonderheit vorhanden, die bei der Beurteilung der Lage Kantons die Durchführung einer solchen Abgrenzung gestattet. Es handelt sich darum, daß die Einflußsphäre der Kantoner Regierung, das Territorium, auf das sich ihre Herrschaft erstreckt, sich weder an die Einflußsphäre Tschang Tso-lins noch an die Wu Pei-fus anlehnt. In dieser Beziehung unterscheidet sich die militärische Lage Kantons auch wesentlich von der Lage der Volksarmeen, die sich gleichzeitig in den ehemaligen Einflußsphären Tschangs und Wu Pei-fus befanden. Zwischen der Provinz Kwangtung (die zum Territorium der Kantoner Regierung gehört) und etlichen Provinzen, die jetzt von Tschang Tso-lin beherrscht werden, befindet sich eine Reihe von Provinzen, die entweder zur Einflußsphäre eines dritten großen Generals, nämlich Sun Tschuan-fangs gehören, oder halb unabhängig und selbst bereit sind, sich an Kanton im Kampfe gegen Wu Pei-fu anzulehnen.

Der Gedanke der Bildung einer Süd-Westlichen Föderation aus den Provinzen Kwangtung, Kiangsi, Fukien, Kweitschou, mit Kanton an der Spitze, wurzelt, neben anderen tieferen Gründen, teilweise in der militärisch-strategischen Lage Kantons und seiner benachbarten Provinzen. Wenn auch Tschang Tso-lin oder Wu Pei-fu (in der Hauptsache der letztere) zur Zeit noch nicht imstande sind, ihren Angriff unmittelbar gegen Kanton zu richten, so schließt doch die im Norden eingetretene Lage diese Möglichkeit nicht aus. Wu Pei-fu scheint auch in der Tat alles Mögliche zu unternehmen, um sich aufs neue in den Besitz der ganzen Provinz Hunan zu setzen. General

* Siehe Heft 4 d. Z. Seite 325, Fortsetzung und Schluß des Artikels.

Tang, der sich gegen ihn erhoben hat, hat Kanton gegenüber seine Loyalität erklärt. Damit beschleunigt er zugleich die Möglichkeit eines Vorstoßes Wu Pei-fus gegen den Süden. Dies um so mehr, als die Lage Wu Pei-fus im Norden eine derartige ist, daß er eine weitere Befestigung derselben lediglich im Resultate eines unmittelbaren Kampfes mit Tschang Tso-lin erreichen kann. Die gegen die Kantoner Regierung gerichteten Pläne Wu Pei-fus werden aber großen Schwierigkeiten begegnen, denn auf seinem Wege befinden sich nicht nur die „neutralen“ südwestlichen Provinzen, sondern auch Sun Tschuang-fang, der die wichtigsten Küstenprovinzen beherrscht. Wenn dieser auch nicht an der Verteidigung Kantons interessiert ist, so ist er doch bestrebt, den Einfluß seines ehemaligen Gebietes Wu Pei-fus einzudämmen.

In Erkennung der ganzen Kompliziertheit der zur Zeit eingetretenen Lage trifft die Kantoner Regierung einerseits alle Vorkehrungen zu einer militärischen Verteidigung und setzt andererseits die Politik fort, die auf den Abschluß eines Bündnisses mit den benachbarten Provinzen abzielt. Man darf es sich bei der Beurteilung der gegenwärtigen Lage der Kantoner Regierung allerdings nicht verhehlen, daß die in militärischer Beziehung günstige Situation, wie sie im Januar-Februar dieses Jahres im Zusammenhang mit dem Kampf der Volksarmeen gegen Tschang Tso-lin und Wu Pei-fu bestanden hat, sich nunmehr zum Schlechteren gewandt hat.

Die Kantoner Regierung wird eine überaus elastische Politik des Manövrierens führen und es darauf anlegen müssen, einem bewaffneten Zusammenstoß mit dem Norden auszuweichen. Die Möglichkeit eines solchen Manövrierens ist nicht ausgeschlossen, da die vorübergehende Atempause der Volksarmee und die in der letzten Zeit auftauchenden Gerüchte über einen Waffenstillstand mit Tschang Tso-lin im Norden eine Situation schaffen können, die von Wu Pei-fu die Konzentrierung seiner gesamten Kräfte im Norden fordern müßte. Andererseits könnte die Möglichkeit einer gewissen Uebereinkunft zwischen den Volksarmeen und Sun Tschuan-fang die Lage Wu Pei-fus noch komplizierter gestalten und ihn zwingen, sich in seinen Bestrebungen gegen den Süden zu bescheiden.

Eine analoge Lage bestand in China schon im Sommer 1923. Damals hatte Wu Pei-fu, der noch über ungleich viel größere Machtmittel verfügte als gegenwärtig, alles Nötige für eine militärische Expedition gegen den Süden vorbereitet. Es muß hier noch bemerkt werden, daß um jene Zeit die Armee Feng Yu-hsiangs noch einen Bestandteil der Truppen Wu Pei-fus bildete. Dessen ungeachtet konnte der Feldzug nicht durchgeführt werden, da diese Pläne Wu Pei-fus aggressive Aktionen Tschang Tso-lins verursachten, der die Verringerung der Truppenmacht Wu Pei-fus im Norden ausnützen wollte, um sich da neue Positionen zu erobern.

Ungeachtet all dieser Möglichkeiten bleibt jedoch die Situation der südlichen Regierung so sehr kompliziert, daß sie nur mit Hilfe einer festen zentralisierten Leitung und eines klaren taktischen Aktionsplanes mit Erfolg überstanden werden kann.

Die Kantoner Regierung besitzt gegenwärtig bedauerlicherweise weder das eine noch das andere in genügendem Maße.

Die Ereignisse des 20. März dieses Jahres, die in Kanton den Versuch Tschang Kai-schis, eines ZK-Mitgliedes der Kuo-min-tang und Hauptes der bewaffneten Streitkräfte Kantons, brachten, sich durch eine militärische

Demonstration einen größeren Einfluß in der Regierung zu sichern, deckten den ganzen Umfang der Gegensätze zwischen dem rechten und linken Flügel der Kuo-min-tang auf, die sich besonders nach dem zeitweiligen Triumph der Reaktion im Norden vertieften. Zur Zeit hat Tschang Kai-schi seinen Fehler offenbar eingesehen und sogar eine Reueerklärung abgegeben, in der er die Regierung Kantons bittet, die Schuldigen, darunter ihn selber, zu bestrafen. Es wäre aber überaus leichtsinnig, wollte man annehmen, daß damit für den gegebenen Zeitabschnitt der Kampf innerhalb der Kuo-min-tang erschöpft und die Hauptgefahr für das Bestehen der revolutionären Kantoner Regierung beseitigt sei.

Um das Problem der Kantoner Regierung zu verstehen, die, wie schon im vorigen Aufsatz von uns erwähnt, im ganzen Osten die erste Volksregierung bildet, deren Bestehen allein schon als große Errungenschaft der Freiheitsbewegung in China und als Fingerzeig dessen anzusehen ist, wie in unserer Epoche die Kolonialvölker vom Feudalismus zu höheren Formen des öffentlichen Lebens übergehen werden, — um dieses Problem zu verstehen, ist es erforderlich, sich mit drei Hauptfragen zu beschäftigen, und zwar einmal mit dem Verhältnis der Imperialisten zu Kanton, zweitens mit den Errungenschaften der Kantoner Regierung im letzten Jahre und drittens mit der Ideologie der Kuo-min-tang-Zentristen, die darauf Anspruch erheben, die einzigen Kenner der Theorie des „wahren“ Sun-Yat-senismus zu sein.

Beginnend mit dem Winter des Jahres 1924, d. h. um jene Zeit, als der Kongreß der Kuo-min-tang zuerst einberufen und nicht nur Programm und Statuten der Partei festgelegt, sondern auch unter der Leitung Sun Yat-sens die revolutionäre Volksregierung geschaffen wurde — umgaben die Imperialisten aller Länder Kanton mit einer Atmosphäre unerhörter Feindseligkeit. Abgesehen davon, daß die Kantoner Regierung in der englischen, amerikanischen, japanischen, französischen und anderen Presse als Häuflein halber Diebe, halber Räuber gestempelt wurde, „die Kanton die Sowjetherrschaft aufzudrängen versuchten“, abgesehen davon, daß in ganz China die amerikanischen, englischen und japanischen Missionare, sowie Diplomaten aller Art und Politiker die chinesische Bourgeoisie wie überhaupt die gesamte Bevölkerung einzuschüchtern versuchten, indem sie ihnen unglaubliche Märchen über den Kommunismus erzählten, abgesehen von alledem — gaben die Imperialisten ihrem Haß gegen Kanton auch durch entschiedenere Mittel Ausdruck. Sie versuchten mehr als einmal, Kanton vermittlels der Bajonette habhaft zu werden. Selbst die sogenannte Arbeiterregierung Mac Donalds veranstaltete eine bewaffnete Demonstration in den Gewässern Kantons, mit der Absicht, eine Intervention durchzuführen, wenn eine solche Chancen haben sollte.

Wodurch wurde solch unverhüllter Haß gegenüber der Kantoner Regierung auf seiten der Imperialisten hervorgerufen? Die Antwort auf diese Frage können wir in einem Teile der Deklaration des 2. Kongresses der Kuo-min-tang finden, der genau zwei Jahre nach dem ersten Kongreß, d. h. im Januar dieses Jahres stattgefunden hat. In diesem Teile der Deklaration wird folgendes gesagt:

„In seinem Vermächnis hat Sun Yat-sen, der Vorsitzende unserer Partei, erklärt: „All mein Bemühen um die Verwirklichung der Volksrevolution in den letzten 40 Jahren galt dem Ziele der Erlangung von Freiheit und Gleichheit für unser Land“. Daraus

geht hervor, daß das Ziel der Volksrevolution die Erlangung von Freiheit und Gleichheit für die Nation bildet. Deshalb muß gegenüber den ungleichen Verträgen, die China von den Imperialisten aufgezwungen wurden, Verträgen, die dem chinesischen Volke die Freiheit und Gleichheit rauben, sowie gegenüber dem bestehenden Imperialismus die erste Aufgabe der Volksrevolution die Niederwerfung des Imperialismus bilden.

Auch auf die Methoden zur Niederwerfung des Imperialismus hat unser Vorsitzender in seinem Vermächtnis hingewiesen, indem er sagt: „Durch Erwecken unseres ganzen Volkes und durch die Vereinigung der Kräfte mit anderen Nationen der Erde, die bereit sind, uns im gemeinsamen Kampf gegen die Kräfte des Imperialismus als gleich anzusehen“.

Die hier angeführten Worte Sun Yat-sens sind nicht nur auf dem Papier geblieben: schon im Herbst 1924 weckten die Losungen „Hinweg mit dem Imperialismus!“, „Hinweg mit den ungleichen Verträgen!“, „Einberufung der Allchinesischen Nationalversammlung!“, die von Sun Yat-sen und der linken Kuo-min-tang (darunter auch den Kommunisten) ausgegeben wurden, den größten Widerhall im ganzen Lande. Die Imperialisten bezeichneten Sun Yat-sen schon damals als Aufrührer und drohten, ihm das Land in Schanghai auf seiner Reise nach dem Norden zu verbieten. Sie erkannten, daß die auf den Kampf mit dem Imperialismus und auf das Erwachen der Volksmassen sich stützende Politik Sun Yat-sens eine unbesiegbare Macht werden könnte, eine Macht, vor der sie sich gezwungen sehen könnten, den Rückzug anzutreten.

Nach dem Tode Sun Yat-sens steigerte sich noch die Feindseligkeit der Imperialisten gegenüber der Kantoner Regierung, weil diese die von Sun eingeschlagene Politik fortsetzte. Die Imperialisten setzten alles in Bewegung, um die Volksregierung in Kanton durch die Hand der inneren Konterrevolution zu stürzen. Lange Zeit hindurch wurde der konterrevolutionäre General Tscheng Tsching-ming, der die militärischen Expeditionen gegen Kanton organisierte, von den englischen Behörden in Hongkong ausgerüstet; diese Versuche brachten nur Fehlschläge. Tscheng Tsching-ming wurde geschlagen und aus der Provinz Kwangtung vertrieben.

Mit besonderer Klarheit empfanden aber die Imperialisten den Sinn der vor zwei Jahren vom revolutionären Teil der Kuo-min-tang ausgegebenen Losungen nach den großen Ereignissen in Schanghai im Sommer des vorigen Jahres. In allen Großstädten Chinas, insbesondere in Schanghai und Kanton, ging der Kampf der Arbeitermassen gegen die ausländischen Unternehmer Hand in Hand mit dem Kampf der kleinbürgerlichen Elemente der städtischen Bevölkerung. Diese Bewegung erhielt damals die scharf ausgeprägte Form eines antiimperialistischen Kampfes.

Der chinesische Geschichtspräsident an der Universität Futschou S. G. Tschang äußert in einem Aufsatz vom 20. März dieses Jahres in dem in Schanghai erscheinenden amerikanischen Organ „Weekly Review“ folgendes:

„Zwei Meinungen stehen sich bezüglich des plötzlichen Ausbruches des Patriotismus der chinesischen Arbeiter gegenüber. Einerseits erblicken etliche im allgemeinen Boykott und in den Teilstreiks, die gegen Großbritannien und Japan gerichtet sind, niedrige Machenschaften Moskaus. Es bedarf aber wahrlich nicht der Fähigkeiten der klugen Jünger Lenins, um die Bedeutung eines allgemeinen Boykotts gegen England und Japan für Rußland zu erkennen. Andere erblicken wiederum in der gegenwärtigen Bewegung der chinesischen Arbeiter den Ausdruck einer allgemeinen chinesischen Bewegung. „Fort mit dem Imperialismus“, „Schluß mit den ungleichen

Verträgen“, und „China den Chinesen“ — sind keine leeren Worte mehr, die von Zeit zu Zeit vorgebracht werden. Sie bilden das Mittel zur Erreichung bestimmter Ziele der Partei Kuo-min-tang, und die Arbeiter unterstützen die Partei zwecks Erreichung dieser Ziele. Beide Meinungen haben ihre Berechtigung; die Wahrheit liegt aber irgendwo zwischen diesen beiden: die bolschewistische Propaganda und das im Gefolge der Ereignisse vom 30. Mai bei der Tragödie in Schamin (Stadtteil Kantons) entfachte nationale Selbstbewußtsein haben sich vereinigt und die zur Zeit herrschende proletarische Psychologie in China erzeugt.“

Wir werden weiter unten uns noch einmal mit dem Aufsatz dieses Professors beschäftigen müssen. Hier soll nur gesagt werden, daß der Verfasser des Aufsatzes, dem in keiner Beziehung Sympathien für den Kommunismus nachgesagt werden können, die ungeheure Bedeutung der neuen Psychologie des chinesischen Arbeiters für den revolutionären Kampf in China ganz richtig hervorhebt. Und wenn die Kantoner Regierung sich in der Hauptsache im Resultat der Schanghaier Ereignisse befestigen konnte, so war für das Erwachen der Arbeiter des südlichen China wie der Arbeiter des gesamten Landes die revolutionäre Politik der Kantoner Regierung selbst von keiner geringen Bedeutung. Neben den Arbeitern hat die Kantoner Regierung die Massen des städtischen Kleinbürgertums und Hunderttausende, in Bauernverbänden organisierte Bauern in die Freiheitsbewegung hineingezogen.

Das sind die wichtigsten Gründe, die beim Imperialismus eine solch wütende Feindschaft gegen Kanton erzeugt haben. Der Boykott der englischen Waren, die Abwanderung von mehr als hunderttausend chinesischen Arbeitern aus Hongkong nach der Beschießung einer friedlichen Demonstration nach Kanton, sowie die Boykotts und Streiks, die das Leben Hongkongs für viele Monate lahmlegten und sich in ihren Folgen noch auf Jahre hinaus fühlbar machen werden, das alles machte die Kantoner Regierung zum Objekt des tödlichsten Hasses der englischen Kolonisatoren Hongkongs.

Zu Beginn war die Wut der Imperialisten gegen die Kantoner Regierung in ihrer Gesamtheit gerichtet. Von den Imperialisten wurde kein Unterschied zwischen der rechten und linken Bewegung der Kuo-min-tang gemacht. Beide Flügel wurden gleichermaßen als Bolschewiki und Diener der USSR bezeichnet. Nach Maßgabe der Entwicklung der Ereignisse in den Küstenprovinzen und im nördlichen China, sowie des Anwachsens der Arbeiterbewegung im ganzen Lande und der sich steigernden Differenzierung in der Kuo-min-tang veränderten die Imperialisten ihre Taktik in schroffer Weise: Zu Beginn versuchten sie, die Kantoner Regierung gegen die Arbeiterorganisationen auszuspielen. Sie verbreiteten die Gerüchte, die Streikkomitees in Kanton hätten die Rechte der Kantoner Regierung usurpiert. Ueber die Regierung selbst begann man in sympathisierenden Tönen zu sprechen, indem man sie als ehrlich, befähigt usw. bezeichnete. Da aber in der Regierung die Vertreter der linken Bewegung der Kuo-min-tang überwogen, mußten alle Versuche der Imperialisten, die Regierung gegen die Arbeiterorganisationen auszuspielen, ebenso scheitern, wie ihre früheren Versuche, die Kantoner Regierung durch eine innere Konterrevolution zu stürzen.

Mit dem Herbst des vorigen Jahres beginnt die neueste Etappe in der imperialistischen Politik gegenüber Kanton. Sie setzen jetzt auf eine andere Karte, indem sie nunmehr den rechten Flügel der Kuo-min-tang unterstützen. Sie beginnen, die sogenannten rechten Sun-Yat-senisten zu verteidigen, d. h. die

Vertreter des rechten Flügels der Kuo-min-tang, die die Interessen jenes Teiles der chinesischen Bourgeoisie und des reichen Bauerntums widerspiegeln, die einerseits mit der allgemeinen Politik der Kantoner Regierung unzufrieden sind und andererseits Kompromisse mit den Imperialisten suchen. In der englischen, amerikanischen und japanischen Presse Chinas wimmelt es in der letzten Zeit von Artikeln, die den „wahren“ Sun-Yat-senismus, den chinesischen Nationalismus und ähnliches verhimmeln, indem sie sie dem Internationalismus der chinesischen Kommunisten gegenüberstellen, die angeblich bestrebt seien, auf Kosten der nationalen Interessen Chinas den Internationalismus zu fördern.

Ein ernstes, gut berechnetes Spiel; denn nach Maßgabe der Erweiterung der revolutionären Bewegung in China ist die Ummodelung des rechten Flügels der Kuo-min-tang in der Richtung der Bildung einer bürgerlichen Partei eine unvermeidliche Erscheinung. Es handelt sich außerdem darum, daß der rechte Kuo-min-tangflügel gegenwärtig um die Beherrschung der Kuo-min-tang, um die Ausschaltung des revolutionären Gehaltes dieser Partei, mit einem Worte um die Besitzergreifung der Kuo-min-tang kämpft.

Die imperialistischen Ideologen in China unterstützen unter dem Scheine einer Verteidigung der Kuo-min-tang vor den Kommunisten die rechten Kuo-min-tangmitglieder in ihrem Kampfe gegen die linken, in der Absicht, die ihnen verhaßte Kuo-min-tang zu spalten und unter dem Aushängeschild des wahren Sun Yat-senismus die Politik der nationalen Partei Chinas gegen die chinesischen Volksmassen, gegen die USSR, in der Richtung der Interessen des Weltimperialismus zu lenken. Eine solche Taktik der Imperialisten gegenüber Kanton schließt jedoch ihre offene Politik der Unterstützung der chinesischen Reaktion im Norden Chinas und ihre Verschwörerpolitik gegenüber der Kuo-min-tang in ihrer Gesamtheit nicht aus. Die Rollen der imperialistischen Agenten werden eben in Abhängigkeit von den Bedingungen des einen oder anderen Rayons in China verteilt.

Zur Charakterisierung der neuen Taktik der Imperialisten gegenüber Kanton will ich einige Auszüge aus der großen Monatsschrift des Fernen Ostens „Far Eastern Review“, das in Schanghai herausgegeben wird und die Interessen der japanischen Finanziers und Industriellen vertritt, anführen. Vor 5—6 Jahren gehörte dieses Organ den amerikanischen Kapitalisten. In der Aprilnummer der erwähnten Monatsschrift wird ein Leitartikel, „Der Sun Yat-senismus“, der aus der Feder des bekannten amerikanischen Journalisten in China, George Sokolski, stammt, mit folgender Erklärung der Redaktion begleitet:

„Die „Far Eastern Review“ hat sich dem Sun Yat-senismus gegenüber stets mit Ehrerbietung verhalten. Das Journal hat stets den Standpunkt vertreten, daß die Ausländer in China die Bedeutung Suns nicht genügend geschätzt haben und daß ihnen viele Schwierigkeiten als Folge ihrer Opposition Sun und seinen Anhängern gegenüber entstanden sind, einer Opposition, die die Entrüstung und den Antagonismus vieler Chinesen hervorgerufen hat. Es ist interessant, darauf hinzuweisen, daß nach dem Tode die Persönlichkeit Sun Yat-sens eine schier religiöse Bedeutung erlangt hat.“

Das sind die Beteuerungen, ein Jahr nach dem Tode des Führers der Kuo-min-tang, seitens eines imperialistischen Organs, das sich der neuen Taktik seiner Herren anpaßt.

Herr Sokolski, der einer der Redakteure dieses Journals ist, ist gleichzeitig auch für die Engländer tätig und wurde jüngst von der englischen Offiziösen

in China, „North China Daily News“, die sich durch ihr exklusiv feindseliges Verhalten gegenüber den chinesischen Volksmassen hervortut, das sie sogar aus der Reihe der anderen imperialistischen Blätter besonders hervorhebt, nach Hongkong und Kanton entsandt. Die Mission Sokolskis bestand nach der Erklärung des Blattes darin, „die Lage an Ort und Stelle zu studieren und eine Serie von Artikeln für die englische Offiziöse zu schreiben“.

Indem er nun in seinem ersten Aufsatz der erwähnten Serie Kanton beschreibt, erklärt der Autor gleich zu Beginn, daß,

„wenn man nach Kanton komme, um Kritik zu üben, nach der ersten Bekanntschaft mit der Lage der Wunsch entschwinde, übles über Kanton zu sagen, und eher der Wunsch empfunden werde, einige Unzulänglichkeiten und die Unerfahrenheit der Regierung zu übersehen“, weil „in Kanton Leben, Tätigkeit, Bewegung, oft wohl überflüssige Bewegung, überall jedoch der Geist der Jugend zu spüren sei, ein gesunder Wettstreit der jungen Leute unter 40 Jahren in dem Bestreben, in nationalem Sinne populär zu werden und das Wohlwollen der Nation zu erwerben, jedoch nicht im Wege militärischer Eroberungen, sondern durch Schaffung einer guten Zivilverwaltung und einer arbeitsfähigen Regierung“.

Bei der Besprechung des Charakters des Kuo-min-tang ruft der Autor in Berechnung des nötigen Effektes aus: „Nirgends in Kanton habe ich eine so warm empfundene und zugleich ruhige und feierliche Zeremonie beobachtet, wie bei der Verlesung des Vermächtnisses Sun Yat-sens vor Beginn der Arbeiten des Exekutivkomitees der Kuo-min-tang“. Indem er weiter den Ernst und die überaus gespannte Aufmerksamkeit der Anwesenden für jedes vorgebrachte Wort aus dem Vermächtnis betont, die ein fast religiöses Verhalten der Kuo-min-tang-Mitglieder verraten, stellt der Autor die Frage: „Was ist das für ein Vermächtnis, das sich jetzt in religiöse Gebote für Millionen von Chinesen verwandelt“, und gibt darauf die Antwort: „Das Vermächtnis lehrt die Mitglieder der Kuo-min-tang, daß sie 3 Prinzipien folgen müssten: Dem Nationalismus, dem Demokratismus und dem Anrechte des Volkes, zu leben; damit aber diese 3 Prinzipien voll und ganz verwirklicht würden, müsse China 3 Stadien passieren: ein kriegerisches, ein erzieherisches und ein konstitutionelles.“

Die englischen, amerikanischen und japanischen Blätter haben damit zum ersten Male ohne Hohn Besprechungen über die Prinzipien und die Taktik der Kuo-min-tang gebracht. Die Imperialisten tun es natürlich nicht deshalb, weil sie, nach Erkennung des Sun Yat-senismus, endlich beschlossen haben, der Welt von dessen wahrer Bedeutung Kunde zu geben. Die englischen und amerikanischen Missionare, Professoren und Diplomaten haben die Prinzipien und die Plattform Sun Yat-sens selbstverständlich schon lange gekannt. Jetzt aber, wo sie durch den Gang der Freiheitsbewegung in China gezwungen sind, nach neuen Kampfmethoden gegen die Kuo-min-tang zu fahnden, machen sie ein erstauntes Gesicht, als wenn sie vom „wahren“ Sun Yat-senismus jetzt erst etwas gehört hätten.

Im zweiten Teile des erwähnten Aufsatzes jedoch wird es selbst dem ahnungslosen Leser vollkommen klar, wofür die Lobeshymne des Publizisten der englischen Offiziösen gebraucht wurde.

Der Autor entwickelt, gestützt auf die ihm vom Sohne Sun Yat-sens, Sun Fo, gegebenen Erläuterungen, die grundlegenden Gedanken des Aufsatzes, die die Bedeutung desselben durchaus erkennen lassen. Er spricht davon, daß „der Kommunismus in den Prinzipien Sun Yat-sens keinerlei Grundlage

habe: Der Kommunismus steht für den Internationalismus ein, das Vermächtnis Sun's jedoch weist die Anhänger der Kuo-min-tang an, nur an die Doktrin des Nationalismus zu glauben. Der Nationalismus in der Deutung der Kuo-min-tang, so sagt der Autor weiter, bedeutet Patriotismus in dem gleichen Sinne, wie er in britischen, amerikanischen und französischen Schulen gelehrt wird; er bedeutet Liebe zur Heimat und das Bestreben, ihr zu dienen; bedeutet Treue zur Landesflagge und die Bereitschaft, für diese zu sterben. In dem gleichen Sinne interpretiert der Journalist der imperialistischen Presse die anderen Prinzipien der Kuo-min-tang, indem er die vollkommene Unvereinbarkeit derselben mit den Prinzipien des Kommunismus behauptet. In der Auslegung der Prinzipien der Kuo-min-tang durch diesen kecken Provinzjournalisten ist natürlich nichts Originelles zu finden. Wir haben die Auszüge aus seinem Artikel auch nicht deshalb hergesetzt. Die Bedeutung des Artikels besteht darin, daß er auf den neuen Plan des „ideologischen“ Kampfes der Imperialisten gegen die Freiheitsbewegung in China hinweist. Die Kantoner Regierung wird nicht mehr ganz als bolschewistische bezeichnet. Es liegt hierzu kein Bedürfnis mehr vor. Es ist nunmehr notwendig geworden, die Politik einer allseitigen Unterstützung des rechten Kuo-min-tang-Flügels zu betreiben, um im Zeichen einer antikommunistischen Kampagne der linken Kuo-min-tang Schläge versetzen zu können, die zu einer Aufsaugung derselben durch die Rechten oder einer Zertrümmerung derselben führen.

Daß der Artikel Sokolskis nicht nur die Meinung einer Journalistengruppe von englischer Orientierung darstellt, dafür spricht schon die Tatsache, daß er auch von der „Far Eastern Review“, einem Journal japanischer Orientierung, veröffentlicht wurde und auch das in Tokio erscheinende amerikanische Organ „Transpacific“ sich auf ihn beruft und ihm einen Leitartikel widmet. In dieser Wochenschrift vom 1. Mai lesen wir:

„Der Bericht und die Analyse Mister Sokolskis über die Lage in Kanton müssen als die nüchternsten, verständigsten und genauesten unter allen ähnlichen, bis jetzt in der Presse erschienenen bezeichnet werden.“

Dem Beginne dieser neuen Taktik der Imperialisten ging eine wütende Kampagne gegen die Kommunisten und gegen die Freiheitsbewegung voraus, die unmittelbar nach dem Rückzug der Volksarmeen einsetzte. Die unglaublichsten Entstellungen der Taktik der Kommunistischen Partei in der imperialistischen Presse, die unsinnigsten Beschuldigungen der linken Kuo-min-tang in der Durchführung des Kommunismus, die in einheitlicher imperialistischer Front durchgeführte Attacke gegen die Politik der USSR in China, zugleich mit einer Kampagne gegen die Kommunisten haben zweifelsohne eine gewisse Rolle im Sinne einer Vorbereitung der Provokationen seitens des rechten Kuo-min-tangflügels in Kanton im März gespielt. Die Märzereignisse haben die Imperialisten in ihren Hoffnungen beflügelt, Kanton mit Hilfe der rechten Kuo-min-tang aus einer Basis des revolutionären Kampfes der chinesischen Volksmassen in einen Puffer zwischen der revolutionären Bewegung und der Reaktion und bestenfalls wiederum in die unmittelbare Sphäre des imperialistischen Einflusses zu verwandeln.

Die Bedeutung der rechten Kuo-min-tang als einer gegenrevolutionären Macht, die sich in zunehmendem Maße von der Freiheitsbewegung im Lande entfernt und Kompromisse und Unterstützung bei den Imperialisten sucht,

wird mit jedem Tage klarer. Noch größere Aufmerksamkeit der konsequenten chinesischen Revolutionäre verdient jedoch das Zentrum der Kuo-min-tang. Diese Bewegung wird von einem der jungen, eifrigen Anhänger Sun Yat-sens, Tai Tsi-tao geleitet, ihr Kennzeichen ist zwar politische Impotenz, doch ist sie ihrer Ideologie nach ein Faktor, der unbedingt die Freiheitsbewegungen des Landes aufzuhalten vermag und ihrer Taktik nach letzten Endes als Instrument der Rechten anzusprechen ist.

Bevor wir zum Schlußteil unseres Aufsatzes übergehen, den Strömungen in der Kuo-min-tang, ist es notwendig, vorher noch bei den Errungenschaften der im letzten Jahre von der linken Kuo-min-tang geleiteten Kantoner Regierung zu verweilen. Hören wir hierzu die Ansicht des chinesischen Professors S. G. Tschang, dessen Aufsatz wir schon oben erwähnten. In dem gleichen Organ „China Weekly Review“ vom 3. April sagt er, indem er das Fazit seiner „Analyse des Kantoner Bolschewismus“ zieht:

„Ein gerechtes Kriterium für die Beurteilung eines Individuums oder einer Regierung ist der Grad des von ihnen erreichten Erfolges. Dieser aber wird sehr oft schon durch praktische Resultate bestimmt. Wenn man über die Kantoner Regierung nach ihren Errungenschaften urteilen soll, so kann nicht der geringste Zweifel darüber auftauchen, daß sie ihr Bestehen mehr als gerechtfertigt hat. Wie wir schon oben erwähnt haben, hat sie weder in der Politik noch in der Oekonomie, noch im öffentlichen Leben des südlichen Chinas eine ideale Periode geschaffen. Im Gegenteil, sie hat genügend viel Unbequemlichkeiten und Entbehrungen dem Volke und insbesondere der Kaufmannschaft gebracht. Andererseits aber hat sie das nationale Selbstbewußtsein der Massen gehoben, die Entwicklung der Arbeiterorganisationen gefördert, das politische Niveau der Staatsbeamten gehoben, eine gesunde soziale Atmosphäre geschaffen, die Hoffnung auf ein besseres China und ebenso die Ueberzeugung derjenigen gestärkt, die da glauben, daß die Rettung Chinas allein in den Händen des chinesischen Volkes liegt.“

Die gesamten Schlußfolgerungen seines Aufsatzes summierend, sagt Professor Tschang unter der Aufschrift „Die Errungenschaften Kantons“ weiter:

„1. Dank der gesteigerten Macht und der Popularität der Kantoner Regierung ist in der ganzen Provinz eine politische Stabilität eingetreten. Wer vorher mit der Geschichte Kwangtungs bekannt war, dem erscheint dieses fast wie ein Wunder. Beredter als alles andere spricht es für die Energie und die Fähigkeiten der Kuo-min-tang, die durch Moskau gefördert wird. Diese politische Stabilität stellt in vielen Beziehungen einen überaus großen Erfolg der Kantoner Regierung dar, was auch darin schon zum Ausdruck kommt, daß eine benachbarte Provinz, Kiangsi, um die Angliederung an Kwangtung unter der Leitung des zentralen Exekutivkomitees der Kuo-min-tang, auch wenn diese Partei eine bolschewistische sei, gebeten hat.

2. Der Abbruch aller Beziehungen mit Hongkong durch Kanton und die Fortsetzung des Boykottes gegen Großbritannien haben neben dem Erwachen des Nationalismus zumindest vorübergehend den Außenhandel Kantons gesteigert. Welche Vorzüge man Kanton hinterher auch werde einräumen müssen, so ist doch ein Resultat schon jetzt erreicht und wird für das südliche China von unschätzbare Bedeutung sein, und zwar: die Eröffnung Wampus als Seehafen: die Kommission zur Eröffnung des Hafens von Wampu ist mit dem Studium aller einschlägigen Möglichkeiten beschäftigt und lenkt die allgemeine Aufmerksamkeit in gesteigertem Maße auf dieses Projekt. Wenn dieser Plan realisiert wird, so wird es nicht so sehr dank der Weitsichtigkeit der Kuo-min-tangbehörden als vielmehr infolge der Kurzsichtigkeit der britischen Regierung geschehen.

3. Die gut ausgebauten Arbeiterorganisationen bilden jetzt dank dem wohlwollenden Verhalten des Kuo-min-tang-Exekutivkomitees zu ihnen einen ständigen nützlichen Faktor. Die nützliche Tätigkeit dieses Faktors ist in schnellem Steigen begriffen, da die organisierten Arbeiter in mancher Beziehung gewisse Industriegebiete praktisch kontrollieren. Zuviel des Guten pflegt aber oft schädlich zu sein, und man muß hoffen, daß das Kuo-min-tang-Exekutivkomitee imstande sein wird, den Arbeitervereinigungen und den Streikenden wertvolle Ratschläge zu geben.

4. Das Ziel der Kuo-min-tang ist die Demokratie, doch ist dieses Prinzip noch lange nicht verwirklicht. Die Schaffung verschiedener neuer örtlicher Zivilinstitutionen durch die Partei wird jedoch das Volk mit den Formen der republikanischen Regierung bekanntmachen, und so wird sich die Zukunft der Volksregierung in steigendem Maße festigen.“

Des weiteren verbreitet sich der Autor über das moralische Niveau der Regierungsmitglieder und findet, daß Kanton in dieser Beziehung ganz China ein Beispiel gebe. Professor Tschang behandelt dann endlich die Erfolge der Regierung auf dem Gebiete der Finanzpolitik und des Handels:

„Eine weitere Errungenschaft der Parteiregierung besteht darin, daß sie einen stabilen Staatskredit schaffen wird. Dies wird durch die Gründung einer Zentralbank erreicht. Die Geschichte dieser Bank und die wachsende Popularität der Sun-Yat-senistischen Kredite erinnern ihrem Wesen nach an die Geschichte der Reichsbank der USSR und an die sensationelle Wiederaufrichtung des Tscherwonzen.“

Indem er die Politik der Kanton-Regierung billigt, die das Monopol für den Handel mit Naphtha und Petroleum einführt, weist der Autor diejenigen ab, die eine solche Politik als praktische Einführung des Kommunismus bezeichnen.

Der Autor erwähnt nichts über die Schaffung einer wirklichen Volksarmee durch die Kantoner Regierung, nichts über die Organisierung der Bauern und ebensowenig etwas über die Hineinziehung von Millionen Hausarbeitern in das politische Leben. Im großen und ganzen aber entspricht das hier in den Spalten des Organs der amerikanischen Kapitalisten von einem chinesischen Professor, der kein Kuo-min-tang-Mitglied ist, abgegebene Urteil der Wirklichkeit. Selbstverständlich lassen all diese im letzten Jahr erreichten Erfolge Kantons noch viel zu wünschen übrig. Die Kantoner Regierung hat mit dem Aufbau der Staatsgewalt durch das Volk erst begonnen und ist an die Organisation der Volksmassen erst herangetreten. In der Provinz Kwangtung sind an den Orten noch keine Behörden geschaffen. Ebenso hat die Regulierung der Staatssteuern eben erst begonnen; auch die Durchführung der Bodenreform entsprechend der Entschließung des I. Kongresses der Kuo-min-tang hat noch nicht eingesetzt. Nichtsdestoweniger weist das schon Erreichte auf die ungeheuren Möglichkeiten hin, die sich der Regierung eröffnen, wenn sie es versteht, in wachsendem Grade die 30 Millionen betragende Bevölkerung ihrer Provinz und dann die Bevölkerung der benachbarten Provinzen in das politische Leben hineinzuziehen.

Die Imperialisten begreifen vorzüglich die „friedliche“ Gefahr, die ihnen seitens Kantons droht, wenn die bestehende Regierung bleibt und die begonnene Politik fortgesetzt wird. Es ist deshalb durchaus verständlich, daß der ganze imperialistische Apparat in China gegenwärtig darauf gerichtet ist, Kanton von innen her zu sprengen. Und unter diesen Bedingungen beginnt der rechte Flügel der Kuo-min-tang wirklich in steigendem Maße eine konterrevolutionäre Rolle zu spielen. Schon im Herbst des vergangenen Jahres versammelte sich im Augenblicke des überaus verschärften Kampfes Kantons gegen Hongkong ein Teil der ZK-Mitglieder der Kuo-min-tang, die die rechte Strömung vertreten, in den westlichen Hügeln Pekings am Grabe Sun Yat-sens zu dem Zwecke, um ein dem bestehenden ZK paralleles eigenes politisches Organ zu gründen. Sie faßten eine Entschließung, in der die Kantoner Regierung verurteilt und die tatsächliche

Entfernung der Kommunisten aus der Kuo-min-tang gefordert wird. In der Entschließung war weder ein Wort oder gar eine Tatsache enthalten, die auf eine unrichtige Politik der Kantoner Regierung, keine einzige Tatsache, die auf eine Inkonsequenz der Kantoner Regierung im Sinne der Prinzipien und des Programms der Kuo-min-tang hingewiesen hätte. Das ganze Dokument war aber gegen Kanton aus dem Grunde gerichtet, weil die Mitglieder des ZK, die die Kantoner Regierung leiten, angeblich die Rechte der anderen Mitgliedern des ZK, die sich außerhalb Kantons befinden, usurpierten. In diesem Dokument wurden auch Verdächtigungen in zweideutiger Form über die Aufrichtigkeit der USSR gegenüber China ausgesprochen; ebenfalls ohne Anführung irgend einer Tatsache und ohne jede bestimmte Beschuldigung.

Die imperialistische Presse griff damals diese Aktion der rechten Kuo-min-tang-Mitglieder auf und steigerte seitdem in zunehmendem Maße die Kampagne gegen Kanton, indem sie die rechten Kuo-min-tang-Mitglieder unter ihren Schutz nahm.

Der Verrat dieser Gruppe der rechten Kuo-min-tang trat besonders deutlich hervor auf dem Hintergrunde der um diese Zeit schon einsetzenden Sammlung der reaktionären Kräfte im Norden Chinas und der Repressalien gegenüber der Arbeiterbewegung in Schanghai.

Die politische Kommission der Kuo-min-tang im Norden nahm damals eine Resolution an, die aus von ihr nicht abhängigen Gründen nicht veröffentlicht werden konnte: diese Resolution sollte die Erwiderung auf die Deklaration der rechten Kuo-min-tang-Mitglieder sein. Indem sie die politische Lage im Lande um diese Zeit kennzeichnet und die erreichten Erfolge der nationalen Bewegung als Ergebnis des Kampfes der Massen unter der Leitung der Kuo-min-tang und der Kommunistischen Partei vermerkt, erklärt die politische Kommission:

„Allein durch einen weiteren Kampf der Volksmassen, die von einem politischen Block aller revolutionären und demokratischen Organisationen des Landes geleitet werden, wird ein Sieg über die Imperialisten und die reaktionären Militärs erreicht und im Lande die Voraussetzungen für eine revolutionäre Volksherrschaft und für die Vereinigung des gesamten China geschaffen werden können. Es muß leider konstatiert werden, daß von Anbeginn des Aufstieges der Freiheitsbewegung, nach den Erschießungen in Schanghai, einige hervorragende Kuo-min-tang-Mitglieder, die ehemals aktive Revolutionäre waren, jedoch schon bei Lebzeiten unseres Führers sich von den Prinzipien der revolutionären Lehre der Kuo-min-tang zu entfernen begannen, den Kopf verloren, dann aber auf die eine oder andere Weise gegen die revolutionäre Bewegung aufzutreten begannen. Diese Kuo-min-tang-Mitglieder, die sich formell im ZK nach dem 1. Kongreß befanden, waren tatsächlich in der Parteiarbeit passiv, da sie in der Seele gegen die Prinzipien unseres Führers gerichtet waren, dem sie sich nur formell unterordneten. Nach dem Tode des Führers begannen sie innerhalb der Partei Gruppen zu bilden, um die Führung in derselben, wenn auch um den Preis der Spaltung, an sich zu reißen.

Seit den Schanghaier Ereignissen lassen sich die politischen „Verdienste“ dieser ZK-Mitglieder der Kuo-min-tang in folgendem zusammenfassen:

- a. sie haben an der Freiheitsbewegung in keinem der großen Zentren des Landes irgendwie teilgenommen;
- b. sie fuhren fort, im Augenblick der höchsten Zuspitzung des revolutionären Kampfes in der Sphäre vollständigen Apolitismus zu verharren;
- c. sie reschierten von neuem auf der politischen Arena gleichzeitig mit dem Erscheinen der Mukdener Reaktion in Schanghai und den anderen Städten der Küstenprovinzen und mit dem Beginn der konterrevolutionären Aktionen in der Provinz

Kwangtung. Ihr Auftreten ist gekennzeichnet durch einen scharfen politischen und ideologischen Kampf gegen den linken Kuo-min-tang-Flügel und gegen die Kommunisten, die die ganze Zeit über gemeinsam an der Spitze des Freiheitskampfes des Landes marschierten.

d. Gleichzeitig entzogen sich diese Kuo-min-tang-Mitglieder nicht nur einem Kampfe gegen die Mukdener Militärs und die anderen Reaktionäre, sondern unterstützten einerseits durch ihren Kampf innerhalb der Kuo-min-tang, durch die Schwächung des Willens und der Disziplin der Partei, und andererseits durch die Versuche, die Volksarmeen mit den Mukdener Militärs zu versöhnen, diese letzteren.

e. Diese Kuo-min-tang-Mitglieder verbreiteten im nördlichen und zentralen China durch die Presse und in öffentlichen Versammlungen verlogene Gerüchte über die Kantoner Regierung, um diese zu diskreditieren, und unterstützten so die konterrevolutionären Kräfte Tschang Tso-lins und die englischen Imperialisten in ihrem Kampfe gegen das revolutionäre Kanton.

f. Endlich trugen diese Kuo-min-tang-Mitglieder, indem sie eine Kampagne gegen die höchsten Kuo-min-tang-Organe: das ZK, das Politische Büro und die Nördliche Politische Kommission, im schwierigsten Augenblick des Befreiungskampfes einleiteten, Verwirrung in die Reihen der ganzen national-revolutionären Front.

Die Erklärungen dieser Kuo-min-tang-Mitglieder, daß sie beabsichtigten, gleichzeitig sowohl gegen die linke Kuo-min-tang und die Kommunisten wie auch gegen die reaktionären Elemente zu kämpfen, die aus der Kuo-min-tang noch bei Lebzeiten des Führers ausgeschlossen wurden, sind nur leere Phrasen; denn in der Tat unterstützten sie diese reaktionären Kräfte und gehen mit ihnen Hand in Hand. Als beste Widerlegung dieser Erklärung der rechten Kuo-min-tang-Mitglieder kann die Deklaration Tai Tsi-taos und seines Sohnes über ihre Beziehungen zum ZK der Kuo-min-tang und zu den Kommunisten dienen, die in der Presse unter dem Diktat einer Gruppe von faschistisch gestimmten jungen Leuten erschienen ist."

Wenn auch diese Resolution, wie oben erwähnt, nicht veröffentlicht wurde, so spiegeln doch die hier niedergelegten Gedanken voll und ganz die Ansicht der linken Führer und der erdrückenden Mehrheit der Kuo-min-tang-Mitglieder wider.

Was hat nun diese Gruppe der rechten Kuo-min-tang-Mitglieder erreicht? Sie hatten formell die beiden Forderungen aufgestellt, daß die Kantoner ZK nicht alle Rechte usurpieren dürfe, d. h., daß es die Fragen gemeinsam mit den Mitgliedern des ZK lösen solle, die sich außerhalb Kantons befinden und nicht den Wunsch haben, in Kanton zu arbeiten, und zweitens, daß die Kommunisten die Kuo-min-tang verlassen sollten. Wie oben erwähnt, haben sie nicht einen einzigen Beweis erbracht, der darauf hinwiese, daß die Anwesenheit der Kommunisten der Kuo-min-tang oder der Freiheitsbewegung überhaupt zum Schaden gereicht hätte. Sie hätten dieses auch nicht beweisen können, denn die Tatsachen sprachen vom geraden Gegenteil. Die zentristischen Kuo-min-tang-Mitglieder mit Tai Tsi-tao an der Spitze haben in dieser Beziehung die Rechten voll und ganz unterstützt, indem sie ihnen die nötige ideologische Basis gaben.

Um die Ideologie des Kuo-min-tang-Zentrums zu verstehen, muß man bei den Grundgedanken Tai Tsi-taos und bei der ideologischen Differenzierung der Freiheitsbewegung in China verweilen.

Die Ideologie des Kuo-min-tang-Zentrums

Der Aufschwung in der national-revolutionären Bewegung Chinas führte naturgemäß zu einer starken Konsolidierung der Kuo-min-tang-Partei. Schon unmittelbar bei Einsetzen der Schanghaier Ereignisse begann in der Partei ein neuer frischer Wind zu wehen. Der Geist des gleichgültigen Ver-

haltens zu den verschiedenen politischen Tendenzen innerhalb der Partei beginnt zu schwinden. In zunehmendem Maße beginnen praktisch die gegensätzlichen Strömungen der wichtigsten sozialen Zwischenschichten in der von der Partei Sun Yat-sens geleiteten allgemeinen nationalen Front hervorzutreten.

Bis zum letzten Jahre gab es und es gibt auch jetzt noch keine einheitliche Ideologie in der Kuo-min-tang, wie es auch keine bestimmte klare theoretische Grundlage für die Tätigkeit der Partei gibt. Dieses konnte aber auch gar nicht erwartet werden, denn die soziale Basis der Kuo-min-tang ist ziemlich bunt, und die Grundprinzipien des Sun Yat-senismus werden von den Vertretern der städtischen Bourgeoisie und Beamtenschaft, die der Partei angehörten und noch jetzt angehören, anders ausgelegt als von den Vertretern der Arbeiter und der revolutionären Intelligenz, die ihren Einfluß auf die Handwerker- und Bauernmassen üben.

Mit dem Eintritt der Kommunistischen Partei in die Kuo-min-tang hat sich naturgemäß der Prozeß einer ideologischen Herausbildung zweier Pole in der Kuo-min-tang-Partei vertieft. Die Kommunistische Partei förderte die Herausbildung zweier Strömungen, zweier ideologischer Zentren in der Kuo-min-tang nicht nur objektiv im Prozesse ihrer eigenen dialektischen Entwicklung, sondern auch subjektiv, bewußt, indem sie die organisatorische Festigung und das Wachstum des linken Kuo-min-tang-Flügels förderte und theoretisch das Programm und die Taktik der Kuo-min-tang als einer revolutionären Partei beleuchtete.

Die beiden Pole in der Kuo-min-tang spiegeln schon jetzt ziemlich klar die beiden Entwicklungstendenzen Chinas wider: die eine zeigt das Hinstreben der chinesischen Bourgeoisie zur kapitalistischen Entwicklung des Landes hin, zur Schaffung einer starken Herrschaft, wenn auch nur im Rayonmaßstabe, gestützt auf die militärischen Kräfte der chinesischen Militärs und in Zusammenarbeit mit dem ausländischen Kapital. Die andere Tendenz spiegelt die Interessen der Bevölkerungsschichten wider, die zur Befreiung vom Drucke der Imperialisten und zur Demokratisierung des Landes im Wege der Vollendung der Revolution von 1911 hinstreben. Der Versuch in Kanton muß als Beginn der Realisierung der Hoffnungen und Bestrebungen der Arbeiterschichten der Bevölkerung gelten. Der linke Flügel der Kuo-min-tang ist der Ideologe dieser Tendenz. Man kann aber mit Bestimmtheit behaupten, ohne den Vorwurf einer tendenziösen Darstellung oder Verdrehung der wirklichen Praxis und der in China in den letzten zwei bis drei Jahren wirklich geschehenen Tatsachen fürchten zu müssen, daß der linke Flügel der Kuo-min-tang lediglich dank der Hilfe der Kommunisten sowohl auf ideologischem wie auch auf praktischem Gebiet vermocht hat, die Resultate zu erreichen, die ihn zum Führer und Ideologen der zweiten revolutionären Tendenz gemacht haben.

Zwischen diesen beiden Polen in der Kuo-min-tang gibt es eine Strömung, die mit Recht als die zentristische bezeichnet wird. Ideologisch ist sie der Kuo-min-tang gefährlicher als der rechte Flügel; denn die rechte Kuo-min-tang wird mit der weiteren Entwicklung der Bewegung in zunehmendem Maße durch den Gang der Ereignisse entlarvt. Ihre antirevolutionäre Taktik verrät voll und ganz ihre wirkliche Ideologie. Mit jedem Tage stehen sie in zunehmendem Maße in den Augen der Massen als Helden

des dem chinesischen Volke feindlichen Lagers da. Die rechten Kuo-min-tang-Mitglieder sagen und schreiben nichts über ihre Ideologie, denn es ist ihnen vollkommen klar, daß dieses ihre vollständige Isolierung in der Kuo-min-tang bedeuten würde. Sie bedienen sich aber für ihre anti-revolutionären Aktionen der Ideologie des Zentrums und kämpfen unter ihrer Flagge gegen den linken Kuo-min-tang-Flügel und gegen die Kommunisten.

Der Ideologe des Zentrums der Kuo-min-tang ist, wie von uns schon erwähnt, Tai Tsi-tao, der vor sechs Jahren sich in der ersten kommunistischen Zelle betätigte. Der Autor dieser Zeilen kennt Tai Tsi-tao seit einigen Jahren zur Genüge. Er ist ein überaus aufrichtiger Idealist, aber ein Mensch ohne politisches revolutionäres Temperament. Man kann ihn keineswegs mit den Zentristen der sozialdemokratischen Parteien des Westens vergleichen. Tai Tsi-tao dürstet ohne allen Zweifel nach der Befreiung Chinas und hofft auch nicht an deren Erreichung ohne Revolution, ohne bewaffneten Kampf. Er haßt den Kapitalismus und wünscht auch keine kapitalistische Wirtschaftsordnung für China. Seine Blicke sind aber nicht nach vorwärts gerichtet, nicht nach der Seite des sich gestaltenden chinesischen Proletariats, nicht nach der Seite der sich konsolidierenden chinesischen Bourgeoisie, nicht auf die gegenwärtigen Prozesse der sozialen und politischen Differenzierung Chinas, sondern zurück nach den vor-kapitalistischen Zeiten, nach den Zeiten des Konfuzionismus, der in der Periode der zentralisierten Macht der agrar-theokratischen Herrschaft in China blühte. Den sich bildenden Kapitalismus in China und seine Ideologie will Tai Tsi-tao nicht durch die neuen, im Lande emporwachsenden Kräfte, sondern mit der alten Ideologie des Konfuzionismus niederkämpfen. Den Konfuzionismus stellt er der Ideologie des Kapitalismus entgegen. Den wahren Sun Yat-senismus bezeichnet er als über den Klassen stehende Ideologie, als Ideologie der Nation. Die rechte Kuo-min-tang verurteilt Tai Tsi-tao deshalb, weil sie unehrlich sei, sich um die Interessen des Volkes nicht kümmern, die Bedeutung der Disziplin in einer revolutionären Partei nicht begreife. Er geißelt sie auch dafür, daß sie die Partei der Kuo-min-tang als Pfründe und Einnahmequelle benutzen wolle. Er führt aber auch gegen die Kommunisten Krieg. Indem er diese als Revolutionäre betrachtet, sagt er, daß für sie in der Kuo-min-tang kein Platz sei. Der Hauptgrund, weshalb die Kommunisten nicht mit der Kuo-min-tang Hand in Hand gehen könnten, liegt seiner Ueberzeugung nach darin, daß die Kommunisten für den Klassenkampf eintreten. Der Klassenkampf aber verhindere die Vereinigung der Nation für den Kampf um ihre Unabhängigkeit. Auch nach den Schanghaiereignissen und nachdem die Arbeiterstreiks, die anfänglich gegen die ausländischen Unternehmer gerichtet waren, in einen Kampf gegen die nationalen Kapitalisten übergingen, konnte sich Tai Tsi-tao nicht nur nicht von der Unvermeidlichkeit des Klassenkampfes überzeugen, sondern er beschuldigte sogar in bestimmter Weise die Kommunisten, die den Arbeitern geholfen und sie geleitet hätten. Die Tatsache des Bestehens des Klassenkampfes in China wird von Tai Tsi-tao nicht anerkannt, selbst nachdem auf Ersuchen und Bestehen der chinesischen Kaufleute und Unternehmer in Schanghai von chinesischen Generalen auch solche Führer der Arbeiterbewegung wie Lju Chua niedergeschossen werden.

Tai Tsi-tao fährt fort, an das Gefühl und das Gewissen beider Seiten zu appellieren. In seinem Kampfe gegen die Kommunisten beschränkt sich Tai Tsi-tao jedoch nicht nur auf eine ideologische und politische Kampagne. Im Herbst des vorigen Jahres berief er gemeinsam mit den rechten Kuo-min-tang-Mitgliedern eine Konferenz der rechten ZK-Mitglieder in Peking ein: er gab ihnen ein Banner. Die oben erwähnte Deklaration der rechten Kuo-min-tang-Mitglieder ist im Geiste der wenige Monate vorher veröffentlichten Broschüre Tai Tsi-taos verfaßt. Einige Zeit nach dieser Konferenz erkennt Tai Tsi-tao den von ihm begangenen organisatorischen Fehler. Er entfernte sich für ein halbes Jahr von der politischen Arena. Auf Einladung des ZK der Kuo-min-tang nahm er am 2. Kongreß teil und wurde von neuem in das Exekutivkomitee gewählt. Zwischen dem linken und rechten Flügel der Kuo-min-tang schwankend, fährt Tai Tsi-tao jedoch fort, den objektiven Interessen der Rechten auch nach dem Kongresse zu dienen, denn seine Forderungen bezüglich der Entfernung der Kommunisten aus der Kuo-min-tang gibt dem rechten Flügel eine starke Waffe in die Hand für ihren Kampf gegen die Linken.

Tai Tsi-tao würde vermutlich sehr verletzt sein, wenn man ihm sagte, daß sein Standpunkt die neue Taktik der Imperialisten in China fördere, daß die Imperialisten für Geld niemals einen solchen Verfechter ihrer auf die Spaltung der Kuo-min-tang gerichteten Pläne anwerben könnte, wie ihn objektiv Tai Tsi-tao darstellt. Zu unserm allergrößten Bedauern trifft dies aber zu.

Hat die oben beschriebene Ideologie des Kuo-min-tang-Zentrums einen Einfluß auf die Massen? Man muß darauf antworten, daß es der Fall ist. Selbstverständlich aber nicht auf die Arbeiter, denn wahre Sun Yat-senisten, als die sich die Anhänger Tai Tsi-taos fühlen, können nicht zu den Arbeitern von Schanghai, Nanking, Hankou oder Kanton mit der idealistischen Propaganda von der Einheit der Nation, von der Schädlichkeit des Klassenkampfes kommen, wenn die Arbeitermassen der großen Zentren in diesen Kampf schon voll und ganz hineingezogen sind. Zu den Herzen und Hirnen der revolutionär gestimmten Jugend findet aber die Ideologie Tai Tsi-taos Zutritt. Die nationalistischen Stimmungen haben sich in den letzten Jahren in China sehr schnell verbreitet. Die gegen die Imperialisten gerichtete nationale Bewegung mußte notgedrungen unter einem gewissen Teile der revolutionären Jugend Strömungen wachrufen, die die chinesische Kultur den fremdländischen Kulturen gegenüberstellte, Strömungen, die einen engen Patriotismus und Messianismus verraten. Es ist deshalb verständlich, daß die Ideen Tai Tsi-taos unter der Intelligenz, die einen bedeutenden Teil der Kuo-min-tang, besonders im nördlichen und zentralen China ausmachen, entsprechenden Widerhall finden. Ein großer Teil der im politischen Kampf unerfahrenen Intelligenz wünscht nicht nur eine einheitliche nationale Front, sondern hält auch für die gegenwärtige Zeit das Bestehen einer einzigen Partei für möglich und notwendig, die die Interessen der ganzen Nation zum Ausdruck bringt, nämlich der Partei Kuo-min-tang. Es ist daher verständlich, wieso die Anschuldigungen gegen die Kommunisten, daß sie als Internationalisten mehr auf die internationale Revolution als auf die Nationalinteressen Chinas bedacht seien, daß sie mit der Organisierung der Arbeiter den Klassen-

kampf im Lande stimulierten und diesen Kampf durch ihre Betätigung in der Kuo-min-tang auch in diese Partei trügen, — ihren Widerhall unter der nationalistisch gestimmten Intelligenz und dem rückständigeren Teil der Arbeiter im südlichen China finden.

Unter allen von Tai Tsi-tao in seiner Broschüre aufgestellten Thesen ist diejenige am gefährlichsten, die die Absonderung der Kommunistischen Partei von der Kuo-min-tang, d. h. den Austritt der Kommunisten aus der national-revolutionären Partei fordert. Freilich, er mildert dieses Verlangen indem er die Bildung eines Koalitionsexekutivkomitees aus beiden Parteien vorschlägt. Dadurch wird aber die Gefahr einer Trennung der Kommunistischen Partei von der Kuo-min-tang nicht verringert. Den Führern der Kommunistischen Partei und des linken Kuo-min-tang-Flügels ist es vollkommen klar, daß ein Austritt der Kommunisten aus der Kuo-min-tang eine Besitzergreifung der Partei durch die Rechten und eine Entartung derselben zu einer Partei von Kompradoren, Politikastern und hohen Beamten bedeuten würde. Und keine idealistischen Wünsche Tai Tsi-taos könnten einen solchen Ausgang verhindern.

Auf dem 2. Kongreß der Kuo-min-tang behielt der linke Flügel die Oberhand, die Rechten erwiesen sich in der Minderheit, sieben Kommunisten wurden in das Zentralkomitee der Kuo-min-tang gewählt. Die vom Kongreß angenommenen Resolutionen zeugen von einem Siege der revolutionären Taktik über den Opportunismus. Etliche rechte Führer wurden aus der Partei ausgeschlossen. Aber schon im März, zwei Monate nach dem Kongreß, ereigneten sich in Kanton Dinge, die davon zeugen, daß die Rechten, die sich mit dem ZK der Kuo-min-tang um die Zeit des Kongresses scheinbar versöhnt hatten, in Wirklichkeit nur ein für sie erfolgreiches taktisches Manöver vollzogen. Sie erhielten Zutritt nach Kanton und nützten ihren dortigen Aufenthalt für die Vorbereitung der Sprengung der Partei von innen her aus. Die Zentristen üben keine offene Unterstützung, scheinen aber weiterhin der Meinung zu sein, daß die Intrigen der Rechten durch die Tatsache der Betätigung der Kommunisten innerhalb der Kuo-min-tang gefördert werden. Dieser überaus gefährliche Standpunkt der Zentristen gießt auch weiterhin Wasser auf die Mühle der Rechten.

Welches ist nun die nächste Perspektive für Kanton und die Kuo-min-tang? Man kann mit Bestimmtheit nur eines sagen. Die Kantoner Regierung wird der zurzeit eingetretenen, überaus schwierigen Lage nur dann mit Erfolg entgehen können, wenn sie festen Kurs hält auf die Durchführung der Beschlüsse des 2. Kongresses der Kuo-min-tang, der Beschlüsse, die zur Entwicklung und Erweiterung jener Errungenschaften führen müssen, die von uns oben erwähnt wurden.

Damit aber dieser Kurs ermöglicht werde, muß der linke Kuo-min-tang-Flügel auf die Isolierung und Entlarvung der Rechten hinarbeiten. Gegen sie muß ein entschlossener ideologischer Kampf geführt werden. In dieser Frage darf es keinerlei Schwankungen geben. Was aber die Zentristen anbelangt, so muß gegen sie in der Hauptsache ein ideologischer Kampf geführt werden. Der Idealismus Tai Tsi-taos muß entthront werden. Den breiten Parteimassen wie auch der außerhalb der Partei stehenden Intelligenz muß die ganze Haltlosigkeit der Idee einer Befreiung der Nation

ohne Hineinziehung der Arbeitermassen in den Kampf auf Grund ihrer wirtschaftlichen Interessen klar gemacht werden. Gleichzeitig muß der linke Flügel der Kuo-min-tang es begreifen, daß ungeachtet aller guten Absichten Tai Tsi-taos und seiner Anhänger, diesen keinesfalls die Möglichkeit gegeben werden darf, mancherlei organisatorische Machinationen, die letzten Endes nur den Rechten nützen müssen, zur Ausführung zu bringen.

Endlich muß auch der linke Kuo-min-tang-Flügel es erkennen, daß in der gegenwärtigen Zeit, mehr als jemals, ein inniges Zusammenarbeiten mit den Kommunisten unerlässlich ist.

30. Mai 1926

A. MARTYNOW:
MARXISMUS ODER ÖKONOMISCHER
FATALISMUS?

Otto Bauers neues Buch, bescheiden „Der Kampf um Wald und Weide“ betitelt, ist von ungewöhnlichem Interesse. Der Verfasser sagt:

„Zugleich lehrten der Sieg des Bolschewismus in Rußland und die Niederlagen des Sozialismus in Mitteleuropa, daß die industrielle Arbeiterklasse die Macht nicht erobern, nicht behaupten kann, solange sie es nicht versteht, breite Massen des Landproletariats unter ihre Führung zu bringen. Die Sozialdemokratie muß daher jetzt ganz anders an die Agrarprobleme herantreten, als sie dies in den Agrardebatten der neunziger Jahre getan hat.“

„Das erste ist: Die Mehrheit des Volkes gewinnen! ... Sind wir die Mehrheit des Volkes, dann können wir mit dem Stimmzettel die Herrschaft in der Republik erobern.“

Die Lehren der Oktoberrevolution und der westeuropäischen Gegenrevolutionen veranlaßten die österreichische Sozialdemokratie, die Agrarfrage in ihrem ganzen Umfang zur Beratung zu stellen, sie veranlaßten den Führer der österreichischen Sozialdemokratie, Otto Bauer, das obige Buch über die Agrarfrage zu schreiben; sie veranlaßten schließlich seine Partei, auf dem letzten Parteitag ein neues Agrarprogramm anzunehmen, das von den Bolschewisten vieles entlehnt. Das spricht für eine gewisse Linksschwenkung Otto Bauers und seiner Partei. Doch darf man in bezug auf ihre „Linksrichtung“ keinen Irrtum aufkommen lassen:

Otto Bauer sieht, daß die sozialdemokratischen Arbeitermassen allmählich von der Genügsamkeit ihrer Führer abrücken; daß sie den Glauben verlieren, daß die Sozialdemokratische Partei fähig sei, sie zum Sozialismus zu führen; daß sie den Verleumdungen keinen Glauben mehr schenken, die von ihren Führern bezüglich der Bolschewiki und der Sowjet-Macht so lange ausgestreut wurden. Um nun nicht den Einfluß auf das Proletariat zu verlieren, versucht Otto Bauer, ihm die neue, verlockendere Aussicht auf ein Zusammengehen mit der Bauernschaft zu eröffnen. Aeußerlich genommen, ist das eine Nachahmung des Bolschewismus, aber dem Wesen nach ist es nur eine Schutzfarbe gegen die bolschewistische Gefahr, denn zugleich mit der Aneignung mancher Thesen des bolschewistischen Agrarprogramms machen die österreichischen Sozialdemokraten das ganze Programm unwirksam, indem sie ihm seine Schärfe nehmen.

Otto Bauer zieht die Linksschwenkung der Arbeitermassen in Betracht und bemüht sich, ihnen gegenüber eine revolutionäre, orthodoxe, marxistische Sprache zu führen, aber seine revolutionäre Maske ist nicht imstande, den Opportunisten gänzlich zu verbergen. Besonders kennzeichnend ist in dieser Hinsicht der Leitartikel im offiziellen Parteiorgan der österreichischen Sozialdemokratie, der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ vom 4. April 1926. In diesem Leitartikel ist folgendes zu lesen:

„Wir wollen die alte revolutionäre Sozialdemokratie bleiben! Daß ist der Wille unserer sich nach großem Erleben sehrenden Jugend: revolutionäre Sozialdemokraten wollen wir sein. Alle gebrauchen dies Wort: revolutionär. Aber verstehen auch alle, was es bedeutet?“

Der Verfasser meint, das sei nicht der Fall, und fährt fort:

„Das also ist der Kern des revolutionären Denkens: nicht überschätzen, was zu erreichen ist, solange der Kapitalismus besteht! Nicht aufgehen im Kampfe um einzelne Lohnerhöhungen, um einzelne Reformen! Sondern alle Kraft auf die Eroberung der Staatsgewalt konzentrieren!“

Nach diesen Zeilen könnte wohl der leichtgläubige Leser glauben, endlich wieder eine wirklich marxistische Sprache zu hören. Doch die Losung der Machtergreifung wird weiter folgendermaßen kommentiert:

„Aber wie können wir die Staatsgewalt erobern? Der große Erfolg der russischen Revolution lockt: Wie die Russen müssen wir es machen! Im blutigen Bürgerkrieg die Bourgeoisie niederwerfen, die Diktatur des Proletariats aufrichten. Wißt ihr, wie es die Russen gemacht? . . . Immer wieder mußte die rote Armee hunderte Kilometer weit zurückziehen, um sich vom Feinde loszulösen, sich neu zu organisieren, bis sie schließlich stark genug wurde, die Söldner des Weltkapitals zu schlagen. Glaubt ihr, man könnte das in unserem kleinen Oesterreich — zwischen Horthy und Mussolini! — nachmachen? . . . Die Geographie entscheidet über die Strategie — das gilt nicht nur für Völkerkriege, gilt auch für Klassenkämpfe!“

Also ist die bolschewistische revolutionäre Methode gut, aber leider aus geographischen Erwägungen in Oesterreich nicht anwendbar, weil es doch an der Möglichkeit zum Manövrieren fehlt. Aber wir wissen genau, daß es einen Moment gegeben hat, in dem die österreichische Sozialdemokratie über genügende Möglichkeiten zum Manövrieren verfügte. Und zwar damals, als in Oesterreich die stärkste revolutionäre Gärung bestand, als zur gleichen Zeit in dem benachbarten Ungarn und in Bayern die Räteregierung herrschte, als auf diese Weise ein großes Territorium zum Manövrieren zur Verfügung stand, ein Territorium, das Oesterreich, Ungarn und Bayern umfaßte. Was tat damals die österreichische Sozialdemokratie? Handelte sie da nach bolschewistischer Art? O nein! Sie beeilte sich damals, die revolutionären Keime in Oesterreich zu ersticken, und weigerte sich, Ungarn materielle Hilfe zukommen zu lassen. Damals erklärte sie ihr Verhalten nicht mit geographischen, sondern mit diplomatischen Erwägungen: sie hätte sich ja der Entente gegenüber zur Einhaltung der Neutralität verpflichtet. Es ist klar, daß die österreichischen Sozialdemokraten unter jedweden Bedingungen einen Vorwand finden werden, um nicht revolutionär, auf bolschewistische Art vorzugehen und um vor der Bourgeoisie die Waffen zu strecken.

Welchen Inhalt geben sie ihrer „revolutionären“ Losung, „alle Kraft auf die Eroberung der Staatsgewalt zu konzentrieren“? Der oben zitierte Leitartikel antwortet darauf folgendes:

„Das erste ist: Die Mehrheit des Volkes gewinnen! . . . Sind wir die Mehrheit des Volkes, dann können wir mit dem Stimmzettel die Herrschaft in der Republik erobern.“

Der kreißende Berg gebar eine Maus! Der Verfasser des Leitartikels sieht übrigens selbst den Einwand voraus: wird denn die Kapitalistenklasse in einer derartig gefährlichen Situation, wenn die Sozialisten in der Mehrheit sein werden, nicht den Versuch machen, die Republik zu stürzen und sich dem Monarchismus und dem Faschismus in die Arme zu werfen? Auf diesen Einwand hat der Verfasser eine Antwort bereit: Ja, die Kapitalistenklasse wird es tun, wenn sie es kann. Damit sie es aber nicht könne und gar nicht wage, müssen wir

„Heer, Polizei, Gendarmerie nicht von uns abstoßen, sondern zu uns herüberziehen, zur Treue zur Republik erziehen“.

Darauf also laufen in Wirklichkeit die stolzen Worte hinaus: „wir wollen die alte revolutionäre Sozialdemokratie bleiben“; darauf also läuft die revolutionäre Parole hinaus: „alle Kraft auf die Eroberung der Staatsgewalt konzentrieren“: durchdringt die Gendarmen, die Polizisten und das bürgerliche Heer, die jetzt der kapitalistischen Reaktion mit Herz und mit Hand ergeben sind, mit republikanischem Geist, und dann werdet ihr imstande sein, ohne den Kampf mit ihnen aufnehmen zu müssen, ohne Bürgerkrieg, allein durch parlamentarische Abstimmung, den Sozialismus zu verwirklichen. Eines nur bleibt unklar: wenn es möglich ist, die Gendarmen, die Polizisten und die bürgerlichen Offiziere durch republikanische Propaganda allein in Sozialisten zu verwandeln, warum ist es dann nicht auch möglich, auf die gleiche Weise die österreichischen Fabrikanten und Grundbesitzer zu Sozialisten zu machen?

Wir sehen also, was sich hinter den revolutionären Phrasen Otto Bauers verbirgt, wie er, gestützt auf das neue Agrarprogramm, an die Spitze der breiten Bauernmassen treten und also von der Bevölkerungsmehrheit unterstützt den Sozialismus verwirklichen will. Das muß berücksichtigt werden, wenn sein Buch „Der Kampf um Wald und Weide“ richtig bewertet werden soll.

Der Verfasser stellt sich das Ziel, dem neuen Agrarprogramm der österreichischen Sozialdemokratie eine historische Begründung zu geben. Zu diesem Zweck schildert er die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse auf dem flachen Lande seit der Besiedelung der österreichischen Länder durch die Germanen bis zur Jetztzeit. Er zeigt, wie das alte Gewohnheitsrecht, dem die Regulierung der freien gemeinsamen Nutznießung des Landes, der Wälder und Weiden durch die Bauern einerseits und durch die Fürsten und Ritter andererseits oblag, der Zersetzung anheimfiel, und zwar infolge einer Reihe wirtschaftlicher und sozialer Umwälzungen, die von der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation hervorgerufen waren; er schildert, wie auf dieser Grundlage der Klassenkampf zwischen Bauern und Herren und zwischen den verschiedenen Schichten innerhalb der Bauernschaft selbst sich entfaltete und die Gestalt der Bauernkriege annahm; er beschreibt, wie der alte juridische Ueberbau auf dem Gebiet der Agrarverhältnisse gewaltsam der siegreichen Entfaltung des Kapitalismus angepaßt wurde und wie gleichzeitig mit der Entwicklung des Privateigentums an Aeckern, Wäldern und Weiden die Ausplünderung der Bauernschaft und die Entstehung der Proletarierklassen stattfand; er zeigt ferner, wie in der Epoche des Absolutismus und der wachsenden Verschuldung des Staates der Kampf zwischen Monarchen und Adel aus Anlaß der Frage ausbrach, wem das größere Recht auf die Besteuerung der Bauern zustehe. In der Folge gelangt er zur Revolution 1848, die die Bauern befreite, und zu der Zeit der russischen Revolution im Jahre 1905, die in Oesterreich Wiederhall fand und zur Wiedergeburt des politischen Lebens bei den österreichischen Bauern führte. Zum Schluß spricht er davon, daß die weitere Entwicklung des Kapitalismus im österreichischen Dorfe neue Bedürfnisse hervorgerufen habe, die im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft nicht zu verwirklichen sind und die Gesellschaft einer neuen Umwälzung entgegenführen, die Rechtsverhältnisse auf dem Lande dem Sozialismus näherbringen wird.

Der Verfasser ist bestrebt, in seiner geschichtlichen Analyse den Weg einzuhalten, den Marx gegangen war, als er im ersten Bande des „Kapital“ die Geschichte der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation darstellte. Marx hatte „das Geheimnis der ursprünglichen Akkumulation“ in England entdeckt und stellt fest, daß dem kapitalistischen System die Scheidung von Produzenten und Produktionsmitteln, die Expropriation des Landmannes zugrunde liegt. Otto Bauer verfolgte, wie dieser von Marx entdeckte Prozeß unter den österreichischen Bedingungen verlief, die in einem gewissen Sinne für ganz Mitteleuropa kennzeichnend sind; er lieferte neue Belege für das Gesetz der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation und ging den Erscheinungsformen dieses Gesetzes in Mitteleuropa nach. In diesem Sinne ist das Buch Otto Bauers ein wertvoller Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte Westeuropas und insbesondere zu seiner Agrargeschichte. So sehr aber der Verfasser auch bemüht war, in seiner Geschichtsdarstellung dem orthodoxen Marxismus treu zu bleiben, der aufmerksame Leser kann sich doch davon überzeugen, daß der Verfasser sich nur die eine Seite des Marxismus zu eigen gemacht hat, — und zwar die objektive Tendenz der ökonomischen Entwicklung, — daß aber bei ihm die Rolle des subjektiven Faktors in der Geschichte sehr häufig im Schatten bleibt und daß also sein Marxismus zu meist in ökonomischen Fatalismus ausartet.

Marx gab uns die wissenschaftlichen Gesetze der historischen Entwicklung, die objektiven Gesetze der dialektischen Gesellschaftsentwicklung; das bedeutet aber durchaus nicht, daß er den historischen Geschehnissen gegenüber die Stellung eines über den Klassen stehenden, unbeteiligten Beobachters, eines Verkünders der „historischen Notwendigkeit“ einnahm. Daß er an die Geschichte wissenschaftlich heranging, hinderte ihn keineswegs daran, bei der Bewertung jedes einzelnen historischen Ereignisses als Beteiligter, als Anwalt bestimmter Klasseninteressen aufzutreten, wobei seine Sympathie für die eine oder andere geschichtliche Bewegung durchaus nicht mit dem unmittelbaren Erfolg dieser Bewegung, mit ihrer unmittelbaren Rechtfertigung durch die Geschichte zusammenhing. Er unterwarf sich durchaus nicht der Resultante des historischen Prozesses. Dessen eingedenk, daß diese Resultante das Ergebnis des Kampfes antagonistischer Klassenkräfte ist, stellte er sich immer auf die Seite einer dieser Kräfte, manchmal derjenigen, die unmittelbar der Niederlage geweiht war und erst in ferner Zukunft siegen konnte..

Ganz anders geht Otto Bauer an die Geschichte heran. Obwohl er die von Marx formulierten Gesetze der historischen Entwicklung anerkennt, ist ihm dennoch die Klasseneinstellung Marxs gegenüber den historischen Auswirkungen dieser Gesetze fremd. Er behandelt die Geschichte mit der objektiven Leidenschaftslosigkeit eines Professors, der sich der „historischen Notwendigkeit“ fatalistisch unterwirft, und darin äußert sich die opportunistische, sozialdemokratische Auslegung des Marxismus. Um aufzuzeigen, wie sehr der professorale Marxismus Otto Bauers sich vom lebendigen revolutionären Marxismus unterscheidet, wollen wir auf drei in seinem Buche behandelte Momente näher eingehen.

Bei der Schilderung der ökonomischen Gründe der im Blut erstickten Bauernkriege des 15. und 16. Jahrhunderts schreibt der Verfasser:

„Aber in diesem blutigen grausamen Prozeß setzte sich eine ökonomische Notwendigkeit durch. Mit dem Wachstum der Bevölkerung der Städte, des Bergbaues wurde die Regelung und Beschränkung der Waldnutzungen notwendig. Damit erst wurde der Uebergang von der rein okkupatorischen Nutzung des Waldes zu planmäßiger, auf die Reproduktion der Bestände bedachten Forstwirtschaft, damit erst die dauernde Sicherung des Holzbedarfes der Städte, des Bergbaues, der Industrie ermöglicht. Daß sich dieser ökonomische Fortschritt nicht anders vollziehen konnte als mittels der „ursprünglichen Akkumulation“ . . . beweist nur, daß sich die Entwicklung der Produktivkräfte, die die alten, in der Zeit der ursprünglichen Besiedlung entstandenen Produktionsverhältnisse gesprengt hat, in jener Epoche nicht anders vollziehen konnte als in den antagonistischen Produktionsverhältnissen des entstehenden Kapitalismus.“

Wir sehen, daß der Verfasser hier die Beraubung der Bauernschaft und die Abwürgung der Bauernaufstände mit den unerbittlichen Gesetzen der ökonomischen Notwendigkeit rechtfertigt: es sei der zur damaligen Zeit einzig mögliche Weg des „ökonomischen Fortschritts“ gewesen. An anderer Stelle äußert er sich in dem gleichen Sinne:

„Die blutigen Strafexpeditionen der kaiserlichen Heere gegen die aufständischen Bauern — sie erst ermöglichten den großen Raub der adeligen und der kirchlichen Grundherren an Weide, Acker und Wald. Sie erst schufen damit die Gutsherrschaft im Flachlande und die Forstherrschaft im Gebirge, den für den Markt produzierenden Großbetrieb, der notwendig war, um den Nahrungsmittelbedarf anschwellender Städte, den Holzbedarf aufblühenden Bergbaues, den Schafwollbedarf wachsender Manufakturen zu decken.“

Auch hierin deutet sich der Wunsch des Verfassers an, das, was er selbst einen Raub nennt, als ökonomische Notwendigkeit zu rechtfertigen.

Wie bewertete Marx die ursprüngliche kapitalistische Akkumulation, die Beraubung der Bauern und die dadurch hervorgerufenen Bauernkriege? Entsprech ihre Einschätzung durch Marx der Bewertung durch Otto Bauer?

1. Wir wissen erstens, daß Marx die „historische Notwendigkeit“ der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation durch bestimmte historische Bedingungen einschränkte. Aus seinen Briefen an Vera Sassulitsch, an Nikolai-On und aus seiner Vorrede zur russischen Uebersetzung des Kommunistischen Manifests wissen wir, daß er dagegen auftrat, daß das Gesetz der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation zum Allgemeingesetz der Gesellschaftsentwicklung erhoben werde. Aus diesen Dokumenten wissen wir, daß Marx noch im Jahre 1881 die Möglichkeit zuließ, daß Rußland unter gewissen Umständen die ursprüngliche kapitalistische Akkumulation vermeiden werde. Er hielt es noch zu jener Zeit für möglich, daß der damalige russische gemeinschaftliche Landbesitz der Obschtschina der „Ausgangspunkt der kommunistischen Entwicklung“ sein wird, wenn Rußland eine Revolution haben wird und „wenn die russische Revolution das Signal für die Arbeiterrevolution im Westen sein wird“. Er erblickte in dem in Rußland noch vorhandenen und in Deutschland bereits seit langem überwundenen Gemeindebesitz einen „Dualismus“, der unter gewissen historischen Bedingungen „den Quell einer starken Lebenskraft bilden kann“, jedoch unter anderen Bedingungen „zum Quell der Zersetzung werden kann und in Westeuropa auch tatsächlich geworden ist“. Deshalb äußerte er sich in dem Entwurf zu einem Briefe an Vera Sassulitsch recht beißend über diejenigen, die den Zerfall der russischen Obschtschina unter allen Bedingungen für absolut unabwendbar hielten:

„Während die russische Obschtschina bestohlen und gepeinigt wird“, schrieb er, „während ihr Land unfruchtbar gemacht wird, stellen die literarischen Lakaien der ‚neuen Gesellschaftsgeschichte‘ die ihr beigebrachten Verletzungen als Anzeichen ihrer natürlichen und unbestreitbaren Hinfälligkeit hin und versichern, daß sie eines natürlichen Todes sterbe und daß die Abkürzung ihres Todeskampfes eine gute Tat wäre“. „Was der russischen Obschtschina droht“, schrieb er, „ist weder die historische Notwendigkeit noch die Theorie; es ist die Unterdrückung durch den Staat und die Ausbeutung durch die sich an sie anbietenden Kapitalisten, die von eben demselben Staat auf Kosten der Bauern gehegt und gepflegt werden“.

2. Marx betonte im Brief an Vera Sassulitsch, daß er in seinem „Kapital“ die „historische Notwendigkeit“ der Expropriation der Bauern deutlich auf die Länder Westeuropas beschränkt habe. Aber obwohl er für diese Länder den Prozeß der ursprünglichen Akkumulation für unvermeidlich hielt, erachtete er es auch hier nicht für notwendig, ihn durch die Bedürfnisse des „ökonomischen Fortschritts“ zu rechtfertigen. Als er im „Kapital“ den unvermeidlichen Prozeß der ursprünglichen Akkumulation darstellte, hielt er es für sein Ziel, die barbarischen Methoden zu entlarven, mit denen der Kapitalismus sich seinen Weg bahnte, und er äußerte sich verächtlich über diejenigen, die die Geschichte der Akkumulation mit stoischer Ruhe beschrieben. Er schreibt im „Kapital“:

„Die stoische Seelenruhe, womit der politische Oekonom frechste Schändung des ‚heiligen Rechts des Eigentums‘ und größte Gewalttat wider Personen betrachtet, sobald sie erheischt sind, um die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise herzustellen, zeigt uns unter andern der überdem noch torystisch gefärbte und ‚philantropische‘ Sir F. M. Eden. Die ganze Reihe von Raubtaten, Greueln und Volksdrangsalen, welche die gewaltsame Volksexpropriation vom letzten Drittel des 15. Jahrhunderts bis zum Ende des 18. Jahrhunderts begleiten, treibt ihn nur zur ‚komfortablen‘ Schlußreflexion: ‚Die richtige (due) Proportion zwischen Acker- und Viehland mußte hergestellt werden‘“ usw.

Es kann nicht gelegnet werden, daß die oben angeführten Gedankengänge Otto Bauers bis zu einem gewissen Grade an die „komfortablen“ Betrachtungen Sir Edens erinnern. Wir sagen — „bis zu einem gewissen Grade“ —, weil Otto Bauer zum Unterschied vom Konservativen Sir Eden immerhin die Expropriation der Bauern als Raub bezeichnet. Aber — wie Eden — betont er die historische Notwendigkeit dieses Raubes im Interesse des „ökonomischen Fortschritts“.

3. Es muß endlich im Auge behalten werden, daß Otto Bauers Verhältnis zur Geschichte der Bauernexpropriation nicht nur der Form nach, sondern auch dem Wesen nach von Marxens Verhältnis verschieden ist. Wenn Marx an die Geschichte der Bauernkriege nur vom Standpunkt der „historischen Notwendigkeit“ und der Fortschrittlichkeit der kapitalistischen Entwicklung herangegangen wäre — wie dies Otto Bauer tut —, dann hätte er diese Kriege für reaktionär erklären müssen, weil sie ja gegen die ursprüngliche kapitalistische Akkumulation gerichtet waren. Und wir wissen, daß beispielsweise Ferdinand Lassalle in seinem Briefwechsel mit Marx aus Anlaß des Lassalleschen Dramas „Franz von Sickingen“ eben das Folgende geschrieben hat:

„Die Bauernkriege sind nicht revolutionär — und sogar im höchsten Maße — in letzter Instanz — reaktionär, ganz so reaktionär, wie es . . . die historische Adelspartei war“.

Wie verhielt sich nun Marx zu dieser Frage? Er warf Lassalle vor, daß er zum Helden seines Dramas den Ritter Franz von Sickingen und Hutten gewählt habe, die nur „in ihrer Einbildung Revolutionäre waren . . . in der Tat aber ein reaktionäres Klasseninteresse vertraten“. Marx schrieb, Lassalle hätte als Helden seines Dramas nehmen müssen

„die Vertreter der Bauern (namentlich dieser) und der revolutionären Elemente in den Städten“, die „die modernen Ideen in ihrer reinsten Form sprechen lassen“ . . . „Bist Du nicht selbst“, schrieb Marx an Lassalle, „gewissermaßen wie Dein Franz von Sickingen, in den diplomatischen Fehler gefallen, die lutherisch-ritterliche Opposition über die plebejisch-münzerische zu stellen?“

Ein fatalistisches, professoral objektives Verhältnis zur Geschichte offenbart Otto Bauer auch in seiner Bewertung der revolutionären Ereignisse in Oesterreich im Jahre 1918, in denen er selbst und seine Partei eine aktive und, offen gesagt, sehr häßliche Rolle gespielt haben. Nach Otto Bauer war der Uebergang der österreichischen Bauern auf die Seite der Gegenrevolution im Jahre 1919 eine historisch unabwendbare Tatsache:

„Das erste, was der Bauer von der Revolution forderte, war die Befreiung von der Kriegswirtschaft. Aber diese Forderung konnte die Revolution nicht erfüllen . . . Der Bauer sah, daß statt der militärischen Requisitionskommanden nunmehr die Arbeiterräte die Aufbringung erzwangen, den Schleichhandel verfolgten, die Uebertretung der Höchstpreisvorschriften bekämpften. Der Bauer sah im Proletariat den Feind, der ihm die freie Verfügung über seine Arbeitsprodukte verweigerte“.

Wenn man dem Verfasser Glauben schenken wollte, dann ergab sich der Uebergang der österreichischen Bauern zur Gegenrevolution im Jahre 1919 schicksalsmäßig aus ihrer Klassennatur. Vertieft man sich aber zum mindesten darin, was Otto Bauer selbst in seinem Buche schreibt, dann kann man sich davon überzeugen, daß der Uebergang der Bauern auf die Seite der Gegenrevolution nur insofern „historisch unvermeidlich“ war, als die österreichische Sozialdemokratie selbst, die damals im Besitze der Macht war, die Revolution verraten hatte und mit ihrer Politik die Abwendung der Bauern von der Revolution begünstigt hatte. Der Verfasser selbst sagt:

„Die Bauernschaft war am Anfang der Revolution nicht in konterrevolutionärer Stimmung. Sie war, durch den Krieg erbittert, republikanisch, antimilitaristisch, antiplutokratisch gestimmt, sie drängte selbst nach der Umwälzung der ländlichen Eigentumsverhältnisse“.

Was aber tat die an der Macht befindliche österreichische Sozialdemokratie, um diese revolutionäre Stimmung der Bauernschaft zu verstärken? Otto Bauer gesteht ein:

„Die Sozialdemokratie setzte einige Reformen im Interesse des besitzlosen Landproletariats durch . . . In der Gesetzgebung über die Neugestaltung der bäuerlichen Besitzverhältnisse aber behielt die christlichsoziale Partei die Führung“.

Der „wissenschaftliche“ Sozialist Otto Bauer stellt die Sache so hin, als sei diese Arbeitsteilung zwischen den Sozialdemokraten und den Christlich-sozialen historisch unvermeidlich gewesen, da sie den Interessengegensatz der Arbeiter und Bauern widerspiegelte. In Wirklichkeit aber spiegelt diese Arbeitsteilung bloß die Verräterpolitik der Sozialdemokratie in bezug auf die Revolution wider. Otto Bauer gesteht, das einzige damals zugunsten der Bauern erlassene Gesetz sei das vom Jahre 1919 über die Rückgabe der den Bauern im Jahre 1870 genommenen Grundstücke und über die Wiederherstellung der ihnen seit damals verloren gegangenen Rechte auf Nutznießung des Grund und Bodens; dieses Gesetz sei nicht auf Veranlassung

der Sozialdemokratie, sondern auf Betreiben der Christlichsozialen erlassen worden, und die Geistlichen hätten ebenso wie der bürgerliche Flügel der Christlichsozialen dieses Gesetz als einen „revolutionären Raub“, als eine Uebertretung des „christlichen Sittengesetzes“ bekämpft. Es ist klar, daß die Partei der Christlichsozialen mittels dieses Gesetzes die Bauern für sich gewonnen hat, aber diese Partei hat das Gesetz selbstverständlich nicht im Interesse der Revolution, sondern umgekehrt zur Befriedung der Bauernschaft durchgeführt, um nachher das auf diese Weise gewonnene Vertrauen der Bauernmassen auszunutzen und die Bauern gegen das Proletariat und gegen die Revolution vorzuschicken. Es ist klar, daß, wenn die Sozialdemokratie es gewollt und verstanden hätte, die Initiative zu revolutionären Agrarreformen zu ergreifen, anstatt der gegenrevolutionären christlichsozialen Partei die Initiative der Agrarreform zu überlassen, die Geschichte Oesterreichs sich dann anders gestaltet hätte. Wir sehen, daß der Verfasser vergeblich die Niederlage der Revolution in Oesterreich durch die historische Notwendigkeit erklärt. Die Niederlage ergibt sich unmittelbar aus dem verräterischen Verhalten des „subjektiven Faktors“ der Geschichte, der österreichischen Sozialdemokratie, aus einem Verhalten, das selbstredend ebenfalls seine objektiven Gründe hat.

In den letzten drei Kapiteln seines Buches skizziert Otto Bauer diejenigen „revolutionären“ Agrarreformen, die die österreichische Sozialdemokratie unter den entsprechenden revolutionären Umständen, ausgehend von den objektiven Entwicklungstendenzen der österreichischen Landwirtschaft, durchzuführen haben wird. Diese Kapitel zeigen besonders deutlich, daß der professorale Objektivismus des Verfassers, sein Bestreben, eine sich über die Klassen erhebende Stellung einzunehmen, wie sie dem Verfechter der Bedürfnisse der ganzen Gesellschaft und dem Anwalt der Resultante des geschichtlichen Fortschritts geziemt, — daß sie ihn praktisch auf den Weg des Opportunismus und des unfruchtbaren Projektmachens führen.

Der Verfasser sagt richtig, daß in den großen Agrardebatten der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die Fragestellung durch die deutsche Sozialdemokratie unfruchtbar gewesen sei. Die Frage wurde damals so gestellt: führt die Entwicklung der Landwirtschaft bei freier Konkurrenz zwischen Groß- und Kleinbetrieb zum Siege des ersteren oder des letzteren? Es war, wie der Verfasser sagt, unmöglich, auf diese Frage eine bestimmte Antwort zu geben, weil das Ueberdauern des einen oder anderen Wirtschaftstypus nicht nur davon abhängt, ob der Großbetrieb produktiver ist als der Kleinbetrieb, sondern auch noch davon, ob der kleine Pächter bereit ist, für seine wirtschaftliche Selbständigkeit eine Prämie zu zahlen, daß er bereit ist, einen höheren Pachtzins als den normalen zu zahlen, um nur nicht zum Proletarier zu werden. Es ist klar, daß in denjenigen Fällen, in denen die Produktivitätsdifferenz zwischen den zwei Wirtschaften höher ist als die Selbständigkeitsprämie, der große Pächter den kleinen verdrängt, während in den Fällen, in denen die Selbständigkeitsprämie höher ist als die Produktivitätsdifferenz, der Kleinpächter den Großpächter verdrängt. Die Voraussage für den Ausgang des Kampfes zwischen den großen und kleinen Landwirtschaftsbetrieben ist also durchaus nicht maßgebend.

Die Agrarfrage müsse, wie der Verfasser sagt, jetzt ganz anders gestellt werden. Man müsse sich fragen:

„Welche wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse werden durch die Entwicklung der Landwirtschaft geweckt? Welche Maßregeln wird der Staat ergreifen müssen, um diese Bedürfnisse im Einklang mit den gesellschaftlichen Notwendigkeiten zu befriedigen?“

Es muß zugegeben werden, daß diese Fragestellung durch Otto Bauer ein Schritt vorwärts ist im Vergleich zu der Fragestellung durch die deutsche Sozialdemokratie in den neunziger Jahren. Ihre Fragestellung führte zum Verzicht auf jedwedes Agrarprogramm. Otto Bauer dagegen kommt durch seine Untersuchung der „Entwicklung der österreichischen Forstwirtschaft“, der „Entwicklung des Kampfes der Agrarwirtschaft mit der Forstwirtschaft“ und der „sozialen Entwicklungstendenzen im Dorfe“ zu der bestimmten praktischen Schlußfolgerung, daß in Oesterreich das Bedürfnis nach Sozialisierung der Fortswirtschaft, nach Ausdehnung des ländlichen Gemeindebesitzes und nach Nationalisierung der Landgüter reif geworden sei.

Das ist alles sehr schön. Aber wie und mittels welcher Methoden soll diese radikale Agrarreform durchgeführt werden? Die Beantwortung dieser Frage hängt von der einen oder anderen Klasseneinstellung ab. Die russischen Bolschewisten verfaßten ihr Agrarprogramm ausschließlich vom Standpunkt der weitschauend erfaßten Interessen der Arbeiterklasse und der proletarischen Revolution. Sie bauten es so auf, daß es die Bauern für die proletarische Revolution gewinnen und sie zu Verbündeten des Proletariats in dessen erbarmungslosem Kampf gegen die Bourgeoisie machen konnte. Deswegen schlossen sie in das Programm die von den Bauern geforderte Sozialisierung von Grund und Boden ein, obwohl die Sozialisierung zunächst der Linie des Wirtschaftsprogresses zuwiderlief und nicht zu einer vergrößerten, sondern zu einer verminderten Produktivität der Landwirtschaft führte. Sie waren bereit, zugunsten des Sieges der proletarischen Revolution zeitweilig die Interessen des ökonomischen Fortschritts auf dem flachen Lande zu opfern, da sie wußten, daß die Erhaltung der Diktatur des Proletariats und die Nationalisierung der Industrie es in der Folge ermöglichen werden, den bäuerlichen Kleinbetrieb im sozialistischen Schmelztiegel aufzulösen.

Betrachtet Otto Bauer die Methode zur Lösung der Agrarfrage auch vom Standpunkt der Arbeiterklasse und der proletarischen Revolution? Durchaus nicht! Er beruft sich bei der Aufwerfung der Agrarfrage, wie wir bereits gesehen haben, auf unbestimmte „soziale Bedürfnisse“, ohne darauf hinzuweisen, welche Bedürfnisse welcher Klasse gemeint sind; er spricht von den Maßnahmen, die der Staat zu treffen haben wird, ohne sich darüber zu äußern, ob der proletarische oder der bürgerliche Staat gemeint ist; er sagt, der Staat werde seine Agrarmaßnahmen in Einklang mit der „sozialen Notwendigkeit“ zu bringen haben, zeigt aber nicht, was für eine soziale Notwendigkeit welcher sozialen Klasse gemeint ist. Otto Bauer geht an die Lösung der Agrarfrage nicht vom Standpunkt der Interessen der Arbeiterklasse heran, sondern vom Standpunkt der Interessen der Gesellschaft im allgemeinen und der „sozialen Notwendigkeit“ überhaupt. Das verleiht seiner Lösung der Agrarfrage im voraus einen bestimmten Cha-

rakter. Obwohl Otto Bauer uns eine derartig radikale Reform verkündet, die eine „Umwälzung in den Eigentumsverhältnissen, welche nur in einer revolutionären Zeit vollzogen werden kann“, bedeuten wird, läuft diese Reform bei näherer Betrachtung auf unfruchtbares Projektmachen hinaus.

Bei dem Vorschlag, die Ländereien der Gutsbesitzer zu nationalisieren, macht der Verfasser den Vorbehalt, daß der Staat im Interesse des landwirtschaftlichen Fortschritts genötigt sein wird, die nationalisierten Güter denjenigen früheren Gutsbesitzern oder anderen kapitalistischen Großpächtern in Pacht zu geben, die sich als „tüchtige Landwirte“ bewährt haben. Die ungeduldigen Sozialisten tröstet er folgendermaßen:

„Erst in dem Maße, als die landwirtschaftlichen Arbeiter die erforderlichen intellektuellen und moralischen (!!) Fähigkeiten zur Führung gemeinwirtschaftlicher Betriebe erwerben, werden wir die kapitalistischen Pächter der staatlichen landwirtschaftlichen Großbetriebe abstreifen und die Großbetriebe gemeinwirtschaftlichen Organisationen übergeben“ . . .

Bei dem Vorschlag zur Enteignung des Großgrundbesitzes und der Großforstwirtschaft befürwortet der Verfasser zwecks Vermeidung von Wirtschaftskatastrophen und Bürgerkrieg die Zahlung einer Entschädigung; er sagt folgendes:

„Die Verstaatlichungsaktion zerfällt in zwei Phasen. Die erste Phase gibt dem Staat die Verfügungsmacht über die Forsten; die Macht, die Verwertung der Forsten den Bedürfnissen der Volkswirtschaft anzupassen. Dagegen bleibt die Grundrente noch den bisherigen Waldbesitzern; sie beziehen sie in Gestalt der Obligationenzinsen weiter. Die zweite Phase, die allmähliche Tilgung der Obligationen aus dem Erträgnis von Besitzsteuern, befreit im Verlauf von höchstens zwei Generationen die verstaatlichten Wälder von der auf ihnen lastenden Zinsverpflichtung“ . . .

Der Verfasser hat vor, eine ganze Agrarrevolution durchzuführen; er will sie aber so schmerzlos durchführen, daß die enteigneten Besitzer sie gar nicht merken werden, denn diese Revolution wird von vornherein in der Richtung der Resultante zwischen den antagonistischen Interessen verlaufen und wird nicht die engherzigen Interessen irgendeiner Klasse widerspiegeln, sondern die Interessen der Gesellschaft als Ganzes genommen! Es ist nur schade, daß die Natur eine solche Revolution noch nicht gesehen hat!

Die von Otto Bauer in seinem Buch entwickelten Gedanken haben in dem von der österreichischen Sozialdemokratie auf ihrem letzten Parteitag angenommenen Agrarprogramm eine greifbare Form gefunden. Aus Anlaß dieses Agrarprogramms schrieb die Wiener „Neue Freie Presse“:*

„Eine kleine Frage wird von Dr. Otto Bauer systematisch umgangen — und zwar die Frage von entscheidender Bedeutung: wer wird die Kosten für die Durchführung seines Agrarprogramms tragen? Wer wird dafür zu zahlen haben, daß der Forstbesitz enteignet und der Gesellschaft übergeben wird? — Wir setzen voraus, daß Dr. Otto Bauer nicht an eine unentgeltliche Enteignung, an eine offene Beraubung der früheren Besitzer denkt; wer soll da dem Staat die notwendigen Finanzmittel zur Ausfüllung der Lücke gewähren, die sich nach Abschaffung der Steuern, insbesondere nach Abschaffung der Weinststeuer, ergeben wird? . . . Wer soll endlich die Verluste decken, die daraus entstehen werden, daß der Bauer höhere Arbeitslöhne zur Hebung der Ausbildung seiner Knechte wird zahlen müssen, ohne die Preise für seine Erzeugnisse zu erhöhen? Das würde doch nichts anderes bedeuten als einen Zwang, ausgeübt auf die städtischen Verbraucher, dafür zu bezahlen, daß die

* Aus dem Russischen rückübersetzt.

Sozialdemokratie das Landproletariat für sich gewinnen will. Hier klafft eine ungeheure Lücke . . . es wird fühlbar, daß wir es hier mit gewöhnlichen Utopien zu tun haben, deren wesentliches Ziel ein demagogisches ist."

Die bürgerliche Zeitung ist im Recht: das Agrarprogramm Otto Bauers ist eine in der Luft hängende Utopie, ebenso wie der Traum der „Arbeiter-Zeitung“ von der Gewinnung der heutigen österreichischen Gendarmen, Polizisten und Offiziere für den Sozialismus auf dem Wege der republikanischen Propaganda.

Zum Schluß kann gesagt werden, daß Otto Bauers Buch von zweifachem Nutzen ist: es bietet erstens eine recht gute Geschichte dessen, wie die österreichischen Bauern im Interesse der Entwicklung des Kapitalismus ihrer Wälder und Ländereien beraubt wurden; es enthüllt zweitens, daß der Verfasser, der gegenwärtige Führer des „linken Flügels“ der II. Internationale, nach der Bewertung zu schließen, die er den von ihm beschriebenen Tatsachen zuteil werden läßt, und nach den praktischen Schlußfolgerungen zu schließen, die er daraus zieht, derselbe bleibt, der er immer war — ein unentwegter Opportunist. Obwohl er Anspruch darauf erhebt, ein orthodox-marxistisches Buch geschrieben zu haben, hat er in Wirklichkeit ein Buch verfaßt, in dem vom Marxismus nur noch die Gesetzmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung über den Kapitalismus zum Sozialismus übrig geblieben ist. Von der revolutionären Dialektik Marxens jedoch ist keine Spur darin zu finden. Wir können über dieses Buch das sagen, was Franz Mehring über eine Schrift des „Vorwärts“-Redakteurs Kurt Eisner gesagt hat: „Die Stute ist gut, aber sie ist tot.“

PAUL FRÖLICH: WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE

„Realpolitik“ als Utopie

Wenn die Reformisten die Auseinandersetzung mit uns in besonders höflichen Formen, mild verzeihend führen, dann formulieren sie den Gegensatz zwischen uns und ihnen so: Ihr Kommunisten habt zu viel Temperament und zu wenig Verstand; ihr jagt in der blauen Luft nach bunten Schmetterlingen und verliert den festen Boden der Wirklichkeit unter den Füßen; ihr seid Utopisten. Wir aber, wir Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer, gewesene und künftige Minister, wir sind Männer der Wirklichkeit, Realpolitiker. Wir nehmen die Tatsachen, die die Wirklichkeit uns bietet, und bauen damit Stein für Stein eine neue Welt! Wir machen uns nichts vor, sehen die Dinge wie sie sind, nicht wie wir sie wünschen, und darum leisten wir positive, praktische Arbeit, führen die Arbeiterklasse von Erfolg zu Erfolg.

Wie verführerisch klingt dieser Text. Wer wird sich nicht vertrauend dem Manne der Tat und der Tatsachen ergeben und den Utopisten seinen Träumen überlassen? Ja, er hat gewirkt, dieser „Positivismus“. Millionen sind den Vogelstellern mit ihren klugen, verständigen, nüchternen, sachlichen Reden und ihren Versprechungen, die so gar nichts von utopistischer Kühnheit hatten, ins Netz gegangen. Man schwitzt gerne am Ofen und läßt sich die Peitsche gefallen, wenn gesagt wird, heute gibt es hausbacken Brot, morgen aber Kuchen, heute noch Schläge, nach getaner Arbeit aber den Versöhnungskuß. Aber mancher hat mit Verwunderung feststellen müssen, daß das Schwarzbrot Kleie mit Mäusedreck, der Kuchen Chimäre und die Realpolitiker Phantasten waren. Phantasten oder Betrüger! Als Fritz Ebert im März 1919 proklamierte, das Kohlensyndikat ist sozialisiert — die Sozialisierung marschiert! da tat er es, um seine militärischen Kräfte gegen Berlin, Mitteldeutschland und das Ruhrgebiet konzentrieren zu können. Er war ein Betrüger. Als aber Karl Kautsky vor dem „Weiter-treiben der Revolution“ warnte und sich zu Stinnes in die Sozialisierungskommission setzte, tat er das reinen Herzens. Er war Phantast und Utopist.

Die Erfolge der „Realpolitik“ unserer Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer in Deutschland sind heute ein einziger Scherbenhaufen. Die Demokratie hat gelebt als Ausnahmezustand und hat Junkern und Schwerindustrie, Reaktionären und Monarchisten das Staatsruder übergeben. Die Klassenversöhnung und der Wirtschaftsfrieden erwiesen sich als Bürgerkrieg gegen das Proletariat. Die Sozialisierung hat mit der Abschaffung des Achtstundentages und dem Abbau der Sozialgesetze geendet. Die Koalitionspolitik hat Klassensteuern, Zollwucher und Verwaltungsreaktion gebracht. Die Dawes-Sonne bestrahlt die permanente Krise und hinter dem völker-versöhnenden Locarno droht der Krieg. Kleie mit Mäusedreck! Von den Betrügern haben es einzelne geschafft, sie sind arriviert. Die Utopisten

aber hecken neue Pläne aus mit dem Vorsatz, noch nüchterner, noch bescheidener, noch „realpolitischer“ vorzugehen.

Die neueste „realpolitische“ Utopie nennt sich Wirtschaftsdemokratie. Im Grunde ist sie so alt, wie der Reformismus selber. Schon Bernstein hat sie in seinen „Voraussetzungen“ gepredigt. Aber sie tritt jetzt positiver und anmaßender auf. Ihre Verfechter rechnen nicht mehr, wie Bernstein, mit einer langen Entwicklung, deren Resultat einst die Demokratie im Betriebe und in der Wirtschaft sein soll. Diese Demokratie ist die Aufgabe des Tages. Der Plan ist fertig, er heischt nur guten Willen und Tatkraft, um verwirklicht zu werden. Selbst die Fundamente sind schon gelegt.

Aber man braucht von dem Plane noch nichts zu wissen, schon die Losung Wirtschaftsdemokratie als Weg zum Sozialismus genügt, um zu erkennen, daß das Utopische dieses Gedankens heute viel plastischer hervortritt als zu Bernsteins Zeiten. Damals war es noch leicht, zu glauben und zu hoffen. Anno 1898 stand die europäische Wirtschaft gerade vor dem Abschluß einer langen Aufstiegsperiode. Voreiliges, oberflächliches Urteil konnte tatsächlich glauben, der Kapitalismus überwinde seine immanenten Widersprüche. Die Krisen schienen abgeschwächt, wenn nicht aufgehoben. Die Arbeiterklasse schien sich ebenfalls im ständigen Aufstieg zu befinden. Die Gewerkschaften hatten große Erfolge. Die Sozialpolitik war der große Schlagler des Tages. Die Wissenschaft predigte den Bourgeoisiesöhnchen das Evangelium der Klassenversöhnung. Jeder Professor der Nationalökonomie, der etwas auf sich hielt, mußte mit dem Sozialismus kokettieren. Das Manchestertum hatte in der Theorie ausgespielt. Aber heute? Der Kapitalismus stürzt aus einer Krise in die andere. Jeder Rettungsversuch bringt neue Schwierigkeiten. Die Vertrustung der Industrie — zu Bernsteins Zeit noch in den Anfängen — ist zu gewaltiger Höhe gediehen. Die Vormundschaft fremder Kapitalmacht erhöht noch das Uebergewicht des Kapitals über die Arbeiterklasse im wirtschaftlichen Kampf.

Das Unternehmertum ist seit Jahren in der Offensive, die Gewerkschaften in verzweifelter Verteidigungsstellung. Die Sozialpolitik geht zurück. Kathedersozialisten, die einst mit den Flügeln schlugen und über Wilhelm II. Ausspruch: „Die Kompottschüssel der Arbeiter ist voll!“ gackerten, sie zetern heute in den Unternehmerblättern über die Begehrlichkeit der Arbeiter und den Terrorismus der Gewerkschaften und Betriebsräte. Die neueste Mode der Nationalökonomie ist das Neo-Manchestertum, das in der schrankenlosen Bewegungsfreiheit des Kapitals das Heil der Gesellschaft sieht und die These aufstellt, dem Arbeiter sei am besten gedient, wenn der Unternehmer bestimme, was ihm frommt (vergl. Professor Ludwig Mises. Die Gemeinschaft, Jena 1922). Die Staats- und Gemeindebetriebe, auf die einst so große Hoffnungen gesetzt wurden (Staats- und Munizipalsozialismus), werden vom Privatkapital aufgefressen. Die Konsumgenossenschaften werden immer mehr von rein kapitalistischen Gesichtspunkten geleitet. Die Grenzen ihrer Wirksamkeit treten deutlich zutage. Das Unternehmerideal und zugleich der idealisierte Unternehmer war gestern Hüge Stinnes, der Hamsterer, und ist heute Henry Ford, die Verkörperung des aufgeklärten Absolutismus in der kapitalistischen Welt.

Absolutismus, offene, brutale Diktatur des Kapitals — das ist zum mindesten die Tendenz der Entwicklung. Sie marschiert schnell und sie findet

auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung keine Gegenströmung von einiger Kraft. Angesichts dieser Tatsachen von Wirtschaftsdemokratie reden, das ist etwas anderes als 1898. Das ist nicht mehr vertrauensseliger Spießbürger-Optimismus, das ist keine kindliche Illusion, sondern eine Flucht. Es ist die Flucht vor der Erkenntnis, daß der Absolutismus, der aufgeklärte wie der bornierte, nicht reformiert werden kann, sondern gestürzt werden muß.

Auch eine Weltwende

Der Gedanke der Wirtschaftsdemokratie stand im Mittelpunkt der Verhandlungen auf dem letzten deutschen Gewerkschaftskongreß in Breslau. Ueberzeugender noch als die ausdrückliche Betonung zeigte die Armseligkeit der übrigen Debatten, daß diese Wirtschaftsdemokratie nach dem Willen der Gewerkschaftsführer künftig den ganzen Inhalt der Gewerkschaftsarbeit bilden soll. An die praktischen Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes wurden kaum Worte verschwendet. Der Kampf um Lohn und Arbeitszeitverkürzung, der jahrelang von den Gewerkschaftsleitungen unter Betonung nationalistischer Gründe sabotiert wurde, soll auch fernerhin erdrosselt werden. Das erfordert die reformistische Politik der Gewerkschaftsführer und der gesamten sozialdemokratischen Führung, deren Ziel die Beseitigung der Revolutionsgefahr und die Stärkung des nationalen Kapitals ist. Beide Aufgaben zwingen die Reformisten zu einem Handeln, das in diesen Zeiten tiefgehender, politischer und wirtschaftlicher Erschütterung, starker Labilität der sozialen Verhältnisse ganz ausgesprochen gegen Reformen gerichtet ist. Dieser Bankrott des Reformismus kann natürlich weder den Massen gegenüber eingestanden werden, noch können ihn diejenigen sich eingestehen, die weder eine revolutionäre Politik wollen noch bewußte Ueberläufer ins feindliche Lager sind. Den unvermeidlichen Ausweg bilden reformistische Utopien zur Beruhigung des eigenen Gewissens und zur Vertröstung und Bändigung der zweifelnden Massen.

Die deutschen Gewerkschaftsführer sind für solche Utopien immer empfänglich gewesen. Sie bildeten vor dem Kriege den Kern der revisionistischen Fronde und sahen ihr Ideal in der bornierten Politik der englischen Trade Unions. Aber die Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, die eigene Herkunft der Führer aus der Arbeiterklasse zügelten sie noch immer etwas. Die Burgfriedens- und später die Arbeitsgemeinschaftspolitik haben die letzten Hemmungen beseitigt. Zugleich sind in die Gewerkschaften ziemlich viel Intellektuelle als Sindici, wirtschaftliche Berater, Redakteure usw. eingedrungen, die jetzt das geistige Leben der Verbände stark beeinflussen. Sie decken seit dem Kriege den Bedarf an theoretischer Begründung für die konterrevolutionäre Politik. Sie haben auch die neuere Theorie der Wirtschaftsdemokratie geschaffen.

Der entschiedenste Verfechter dieser Theorie ist Karl Zwing, der Herausgeber der offiziellen Zeitschrift „Gewerkschaftsarchiv, Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung“. In einer Schrift „Soziologie der Gewerkschaftsbewegung“* macht er sich anheischig, überhaupt eine grundlegende Theorie der Gewerkschaften zu geben. Der

* Karl Zwing. Soziologie der Gewerkschaftsbewegung. I. Gewerkschaften und Wirtschaft. Jena 1922.

Beifall, den die Schrift bei der Gewerkschaftsbürokratie gefunden hat, die Tatsache, daß ihre Gedankengänge die Auffassungen dieser Schicht widerspiegeln, rechtfertigen eine eingehendere Darstellung seiner Auffassungen.

Zwing begründet sehr breit die angebliche Notwendigkeit, eine Theorie der Gewerkschaftsbewegung zu schaffen. Die große Rolle der Partei sei nämlich mit der Erringung der politischen Demokratie ausgespielt. Das Primat in der Arbeiterbewegung gehe jetzt an die Gewerkschaften über. Es scheint, so erklärt er,

„als wenn die große geschichtliche Aera für die Gewerkschaften erst mit dem Kriegsende und mit dem gegenwärtig großen fließenden, gesellschaftlich-wirtschaftlichen Umschichtungsprozeß begonnen hätte..., daß die Gewerkschaften immer mehr dem Milieu der Vereine zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen entwachsen (!) und zu Ideenträgern moderner Neuorientierung im wirtschaftlichen Umbildungsprozeß und damit zu geschichtswirkenden Kräften im gesellschaftlichen Gesamtentwicklungsprozeß werden.“ (S. 7.)

Worin soll denn diese, mit solchen Posaunenstößen inaugurierte große geschichtliche Aera bestehen, in der die Gewerkschaften auf den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen wie auf die zerschlagenen Kinderschuhe herabblicken können? Nun, eben in der Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie. Man wolle, bitte, den Zwing nicht mißverstehen. Er weiß sehr wohl, was falsch verstandene Worte anrichten können. Er weiß sehr wohl, daß das Wort Demokratie einst einen roten Anstrich gehabt hat, und ihm liegt es ferne, den Gewerkschaften eine weltbewegende Rolle zuzumuten, die auch nur mit einem Buchstaben an Revolution anklagen könnte. Deshalb übersetzt er Demokratie in das herrliche Spießbürgerwort: **E b e n b ü r t i g k e i t**. Der Arbeiter soll dem Kapitalisten so ebenbürtig werden, wie einst blaublütige Potentaten ihre Sprößlinge leutseliger Launen durch geheimnisvolle Manipulationen ebenbürtig machten. Hören wir, was diese Ebenbürtigkeit welthistorisch zu bedeuten hat:

„Zur Gewißheit wird es aber immerhin, daß wir gegenwärtig eine geschichtliche Phase durchlaufen, die, mit Neugestaltung und Neuordnung der gesamten Oekonomie ausgefüllt, mit der Ebenbürtigkeit (Demokratie) der beiden in der Oekonomie wirkenden absoluten, aber jetzt noch unebenbürtigen Kräfte enden wird. Um die Kämpfe in dieser Phase zur Herbeiführung des vorstehenden Resultats zu führen, ist auf Arbeiterseite die wirtschaftliche Säule der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaftsbewegung geschichtlich berufen. ... Es gehört mit zu den Erkenntnissen der Jetztzeit, daß die jahrhundertelangen Kämpfe um die Gleichberechtigung in der Politik, die mit den Novemberereignissen im deutschen Sprachgebiet zu einem gewissen Abschluß gebracht sind, so wichtig und bedeutungsvoll sie im Gesamtergebnis auch waren, an der gesellschaftlichen Lage der Arbeitnehmer nicht viel geändert haben. Nur wenn die formale politische Demokratie durch die wirtschaftliche Ebenbürtigkeit ergänzt und vervollständigt werden kann, wird von einer grundsätzlichen Aenderung des Arbeiterlebens und damit auch des Staatsbürgerlebens gesprochen werden können.“ (S. 8.)

„Die Idee der Ebenbürtigkeit der Arbeit in der Gesamtwirtschaft ist bestimmt, zum Leitgedanken aller gewerkschaftlichen Arbeit in der Gegenwart und nächsten Zukunft zu werden, und leitet eine Weltwende in der Stellung der Arbeit zur Oekonomie und zur Gesamtgesellschaft ein.“ (S. 124.)

Ja, eine Weltwende! Indem die Gewerkschaften ihr „Zentralproblem“ lösen, bleiben sie nämlich „nicht mehr Organisationen, die innerhalb der kapitalistischen Ordnung ihren Wirkungskreis haben, sondern es sind Organisationen, die die kapitalistische Ordnung verändern“. (S. 39.) Hat nicht Marx einmal etwas von einer Uebergangsperiode zwischen Kapitalis-

mus und Kommunismus gesprochen? Zwing erinnert sich dunkel daran, jedenfalls weiß er, daß Kautsky diese Uebergangsperiode in der Koalitions-politik verwirklicht sah. Aber er ist viel radikaler als Kautsky, der in der formalen Demokratie stecken bleibt. Nein:

„Die nächste Phase ist die zwischen den beiden Weltphasen Kapitalismus und Kommunismus liegende große Zwischenperiode, die der Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsgedankenwelt gehört.“ (S. 65.)

Nachdem Zwing diesen tiefen Gedanken von der Gemeinschaftsgedankenwelt (eine wirkliche Welt? Gedankenwelt? Gedachte Welt? Welt des Gemeinschaftsgedankens? Welt eines Gedankens? — die Begriffe dieses Theoretikers sind süß, fade und zähflüssig wie Sirup) — nachdem er also diesen Gedanken produziert, sieht er seine Gemeinschaftsgedankenwelt wackeln. Wie: nur eine Zwischenperiode? Er fährt sich selber in die Parade und macht folgende überaus aufklärende Fußnote:

„Ob und wann diese zweite Weltphase eintreten wird, ist gänzlich unübersehbar. Selbst Karl Kautsky spricht vom Kommunismus als von einer Phase, „von der wir heute noch gar nicht wissen, ob sie jemals mehr sein wird als ein frommer Wunsch, ähnlich dem Tausendjährigen Reich“. Karl Kautsky: Die proletarische Revolution.“

Wie ein Helfer in der Not kommt dieser Kautsky. Die Wirtschaftsdemokratie, die Ebenbürtigkeit ist wahrscheinlich keine bloße Zwischenperiode. Auf den Schultern dieses Atlas' Kautsky steht die Gemeinschaftsgedankenwelt fest, nicht nur für tausend Jahre, sondern für alle Ewigkeit. Mögen alle Kapitalisten den Verzicht der Gewerkschaften auf das Ziel der Arbeiterbewegung hören, damit sie ihre Ohren öffnen für die übrigen weltenstürzenden Gedanken, die ihnen eingehen werden wie Nachtigallensang. Wenn ihnen das noch nicht deutlich genug klingt, so ist Herr Zwing bereit, es in noch schöneren Worten zu wiederholen:

„Mit dem Erfassen dieses Prinzips (der Ebenbürtigkeit) durch die Gewerkschaften, schob sich eine neue Entwicklungsperiode zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Denn das sozialistische Prinzip will eine Beseitigung jedes Unternehmertums, also eine grundsätzliche Aenderung der Besitzverhältnisse durch Enteignung für die Gesamtgesellschaft, dieses letzte Ziel wird aber mit dem neuen gewerkschaftlichen Interessengebiet der Gesamtbeteiligung der Arbeit an der Gesamtwirtschaft nicht erreicht, sondern damit vielmehr eine Zwischenphase zum Endziel durchlaufen, eine Entwicklung, wie sie auch durch Karl Kautsky gegeben wird. Diese, mit den neuen gesellschaftlichen Interessen angefüllte Zwischenperiode ist eine Entwicklungsphase, wo die Wirtschaft nicht mehr rein kapitalistisch (den Kapitalisten wird in ihr kein Haar gekrümmt und kein Pfennig genommen! P. F.), aber auch noch nicht rein sozialistisch orientiert ist... Ob, wenn dieser Prozeß bis in die letzte Zelle sich ausgewirkt hat, und neben der weiteren Entwicklung der Arbeitergeistigkeit (Sirup!) über das Privateigentum und der hergestellten Parität des Geistes (Sirup!), dann noch ein Kampf um Aenderung der Besitzverhältnisse und Beseitigung des Unternehmertums überhaupt zu führen ist, bleibt in diesem Zusammenhang eine offene Frage! (S. 123.)

Muß Zwing betonen, daß er gegen die Diktatur ist? Was geschieht denn in Rußland? Dort versucht eine Geistesaristokratie ein neues System mit Gewalt zur Geltung zu bringen. Aber:

„Die größere Bildung der deutschen Arbeiterklasse lehnt eine Geistesaristokratie schon heute ab. Die gesamte soziale Struktur der deutschen Arbeiterklasse erfordert zur Errichtung oder richtiger zur Entwicklung neuer ökonomischer Prinzipien eine Geistigkeit der Massen (Geistigkeit der Massen — schon wieder ein Löffel Sirup!) und ein Durchdemokratisieren bestehender Verhältnisse von unten aus auf den verschiedensten Gebieten.“ (S. 20..)

„Die Arbeiterklasse muß die Illusion aufgeben, daß nach der Eroberung der politischen Gewalt mit dieser Gewalt auch die Oekonomie umgestaltet werden könnte. ... Es muß heißen: Durch Eroberung von wirtschaftlicher Macht Schaffung anderer politischer Verhältnisse.“ (S. 23.)

Keine Diktatur! Und darum auch kein Klassenkampf! Denn die Wirtschaftsdemokratie, die Ebenbürtigkeit, das ist doch die Liebe, die Versöhnung, der Handkuß für den Herrn der Welt. Das Thema der Klassenversöhnung wird in der Schrift zum Ueberdruß abgeklappert, damit auch ja kein Zweifel bleibe. Da wird von den Gewerkschaften gefordert, sie sollen „sich befreien aus in Vorkriegsideologien wurzelnder Negation der Staats- wie der Produktions- und Wirtschaftsverhältnisse“. Als ob bei den Führern das noch nötig wäre! Da wird ein kurioser Gedanke von Holzmann* entlehnt, den dieser von Karl Liebknecht zu haben behauptet: der Feudum-Gedanke. Der besagt nämlich bei Holzmann-Zwing, daß die Produktion in einem Lohnverhältnis zur Gesellschaft stehe. Der Kapitalist habe sein Kapital nur zum Lehen aus dem Eigentum der Gesellschaft. Die „wirtschaftstätigen Kräfte Kapital und Arbeit“ arbeiteten in Wirklichkeit für die Gesellschaft. Aus dieser scholastischen Idee spinnt Zwing uns ein ganzes Netz voll versöhnender Gedanken:

„Dieser Feudum-Gedanke wird auch dem Klassenkampf eine neue Richtung geben und diesen mit moralisch-ethischen Gedanken erfüllen und zu einer Geistigkeit werden lassen. (Der Klassenkampf wird Geistigkeit: Sirup oder Fusel?) Denn der Feudum-Gedanke geht in der Richtung gesellschaftlicher Versöhnung. Dieser Versöhnungsgedanke ist aber nicht identisch mit den zahlreichen Versuchen bürgerlicher Reformer, die Klassengegensätze zu überbrücken, Versuche, die sämtlich gescheitert sind. Klassengegensätze überbrücken heißt doch in seiner letzten Konsequenz wieder Unterordnung. Das will der Feudum-Gedanke nicht, denn das würde bedeuten, daß jeglicher Widerstreit in der menschlichen Gesellschaft aufhörte. ... Die Versöhnungstendenz des Feudum-Gedankens liegt nicht beim Ausgleich, sondern bei der Ebenbürtigkeit. Der Feudum-Gedanke will alles ebenbürtig machen, den Arbeiter aristokratisieren und damit den Klassenkampf versittlichen und vergeistigen im Gegensatz zum Kommunismus, der den Klassenkampf zu militarisieren sucht, ihn damit zu einem Instrument der Gewalt macht. ... Streitigkeiten wird es (nach dem Sieg des Feudum-Gedankens) geben, aber sie müssen in vornehmeren Formen ausgetragen werden als in der militärischen Form der Streiks und der Ausspernung. So hat der unglückliche Karl Liebknecht mit seinem Feudum-Gedanken der Arbeiterschaft einen großen erhabenen Gedanken hinterlassen.“ (S. 54.)**

* Holzmann, Grundzüge einer Philosophie der Volkswirtschaft, Jena 1920.

** Die „Klassenversöhnung“, die „Versittlichung des Klassenkampfes und all dieses ethische Brimborium eines „Feudum-Gedankens“ sind natürlich Erfindungen des Herrn Zwing (oder Holzmann?) und nicht Karl Liebknechts; und der Dank, der Liebknecht ausgesprochen wird, ist eine Niedertracht. Liebknecht hat nämlich dem ganzen nur ein Wort beigesteuert, d. h. sechs Buchstaben: Feudum. Im übrigen ist Liebknecht gefälscht, in sein Wort ein ihm absolut fremder Begriff hineingelegt. Mit dem Worte Feudum bezeichnet Liebknecht den gesamten Kulturfonds der Gesellschaft, resp. Menschheit, also den stofflichen Reichtum, die physischen Kräfte, Fertigkeiten usw. Es gehört dazu auch das konstante Kapital wie das variable Kapital. „Das Feudum in seiner Gesamtheit ist die wesentliche Grundlage der schöpferischen Kraft der Gesellschaft auf einer gegebenen Kulturstufe.“ (Liebknecht: Studien über die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung. S. 73.) Das Feudum ist — wenn man so will — das Gesamtlehen der menschlichen Vergangenheit an die Gegenwart. Zwing (oder Holzmann?) nimmt das Wort, die sechs Buchstaben, legt einen völlig anderen Sinn hinein und macht damit Liebknecht zum Klassenversöhner, ihn, der sich mit Stolz „Implacabilis“, den Unversöhnlichen, nannte und es war.

Klassenversöhnung! Wenn die Arbeiter nur den Marx des großen Gewerkschaftstheoretikers Zwing lesen wollten, dann würden sie glauben, daß Marx im Kapitalisten den Bruder sieht, den großen Bruder natürlich. Denn Marx hat nach Herrn Zwing „die Katastrophpolitik und die Politik der gewaltsamen sozialen Revolution aufgegeben und durch das System der stufenweisen Entwicklung ersetzt“. (S. 164.) Aber man hat leider diesen Zwingschen Marx nicht gekannt: „Man kehrte zum Teil zu der einst überwundenen Katastrophen- und Gewaltpolitik zurück. Das zeigt, wie gering die marxistischen Entwicklungstheorien des sozialen Umstellungsprozesses in der Arbeiterschaft wirklich verwurzelt waren.“ (S. 166.) Was hat der Mann nur für eine Marx-Ausgabe? Aber Herr Zwing wird die Arbeiterschaft zu dem Marx, den er versteht, zurückführen:

„Die beiden, als unentbehrlich für die Oekonomie anerkannten, wirkenden Kräfte stehen sich zum guten Teil noch klassenmäßig feindlich gegenüber. Diese Feindschaft ist klassenpsychologisch durchaus erklärbar (hört, hört!) aus dem Kampf, den beide um den Anteil am Arbeitsertrag führten (führten! hört, hört!) ... Aber diese Disharmonie zweier, zum Zusammenwirken in jetziger Wirtschaftsepoche noch aufeinander angewiesener Kräfte, wird sich wandeln, je mehr das Ebenbürtigkeitsprinzip in den Vordergrund gewerkschaftlicher Theorien kommt. Das heute als feindlich Gesehene ist es vielfach nur, weil zusammengehörige Interessen zur Zeit noch bei unausgeglichenen Klassen liegen, die Anerkennung der Ebenbürtigkeit der Kategorie der Arbeit und die Durchsetzung der Wirtschaft mit diesem Prinzip werden zeigen, daß beide „wirkende Kräfte“ der Oekonomie nicht feindliche, sondern gemeinsame Interessen haben.“ (S. 134.)

Vielleicht weckt es Verwunderung — nicht, daß Gewerkschaftsführer solche Klassenversöhnung treiben, sondern — daß sie es wagen, solche Gedanken offen auszusprechen. Die offizielle Gewerkschaftspresse ist voll davon. So schreibt, um nur ein Beispiel zu geben, Lothar Erdmann, der Chefredakteur einer anderen Gewerkschaftszeitung: „Die Arbeit“ (Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Th. Leipart), die „geistige Ueberwindung des Klassenkampfes, insbesondere seiner kleingeistigen und niedrigsten Formen des Klassenegoismus und des Klassenhasses“, müßte heute von Hunderten und Tausenden erstrebt werden. Die Voraussetzung für die objektive Ueberwindung des Klassenkampfes sei die „geistige Ueberwindung der Klassengegensätze im Denken der Einzelnen, in der Gesinnung der verantwortlichen Führer“ usw.* Ob Erdmann damit meint, daß alle Arbeiterführer zur Ueberwindung der Klassengegensätze in ihrer Gesinnung bei Barmat u. Co. frühstücken müssen, ist nicht ganz klar zu erkennen.

Zwing sagt in der oben angeführten Stelle, die Disharmonie werde sich wandeln, d. h., der Klassengegensatz werde der Interessenharmonie weichen, wenn das Ebenbürtigkeitsprinzip in die gewerkschaftliche Theorie aufgenommen wird. Dann wird der Wolf das Lamm nicht mehr zerfleischen. Daß man über solche Kraft der Theorie nicht erstaune! Sie tut noch ganz andere Wunder. Wagen wir uns auf das Seil, auf dem Herr Zwing seine Theorien tanzen läßt:

„Man denke nur daran, wie die Theorie der Ebenbürtigkeit auf den Arbeitsmarkt wirken muß. Nach der liberalen Theorie vom Preis der Ware (Angebot und Nachfrage)

* Lothar Erdmann. Gewerkschaften und Sozialismus. Heft 11 der „Arbeit“, Jahrg. 1925.

ist auch eine Reserve menschlicher Arbeitskraft erwünscht (!), die den Preis dieser Ware „reguliert“. Nimmt man aber der Kategorie „menschliche Arbeitskraft“ den Charakter einer Ware und gibt ihr den Charakter einer mitwirkenden Persönlichkeit, so wird nach sittlichen Grundsätzen wie denen der Produktionsergiebigkeit eine industrielle Reservearmee zur faktischen Unmöglichkeit. Denn man kann wohl eine Ware stapeln, verwenden oder nicht verwenden, aber nicht eine Geistigkeit, wie den in Theorie und Praxis zur mitwirkenden Persönlichkeit aufgestiegenen Arbeitsmenschen. Eine Persönlichkeit wird auch nach dem Gesetz des „Willens zum Leben“ sich aus dem sozialen Prozeß gar nicht ausschalten lassen, wie man eben eine Ware beliebig ausschaltet.“ (S. 137.)

Wischt euch die Augen aus, auf daß ihr sehend werdet, denn Wunder geschehen hier. Wunder über Wunder! Warum gab es bisher eine Reservearmee, warum mußten Hunderttausende und Millionen in dieser herrlichsten aller Welten hungern, frieren und krepieren? Nicht weil der Kapitalismus eine reale Tatsache ist, nicht weil die Wirtschaft anarchisch ist, nicht weil der Profit statt des Lebensbedarfs die Produktion beherrscht. Nein, weil die Menschen eine falsche liberale Theorie im Kopfe hatten! Holt die falsche Theorie aus den Köpfen, und die Welt ändert sich von Grund aus. Gebt dem Arbeiter die Theorie der Ebenbürtigkeit und er wird zur Persönlichkeit, seine handgreifliche Realität verflüchtet sich dann in eine Geistigkeit. Und wenn nun gar noch die sittlichen Grundsätze mit dem Gesetz der Produktionsergiebigkeit und dem Gesetz zum Leben eine offenbar unmoralische Verbindung eingehen, dann ist die Reservearmee verschwunden. Hokuspokus fidibus, schripps, schrapps, schrull! Aber das ist noch nicht alles. Die Ebenbürtigkeit wird auch „die Wertlehre, die Krisentheorie, den Reichtumsbegriff und andere volkswirtschaftliche liberale Ideen“ umwälzen. Jedenfalls steht fest:

„Die These, daß die Arbeit eine Ware wie jede andere sei, läßt sich nach soziologischen Forschungsergebnissen über die Zusammenarbeit gesellschaftlicher Klassen und Kräfte, zum mindesten in der bisherigen Interpretation, nicht mehr aufrecht erhalten.“ (S. 156.)

Der Mann dividiert die ganze Welt durch den ebenbürtigen Floh, den er im Kopfe hat, und plötzlich sind alle Schatten weggewischt und das kapitalistische Inferno verwandelt sich in das Tal der Seligen. Wer aber dem Hokuspokus nicht trauen will, den bezwingt unser Zwing mit der Drohung des Nirvana, mit der Auflösung im Nichts:

„Man übersehe nicht, daß die Arbeiterklasse ein Teil des kapitalistischen Systems ist. Der Untergang dieses Systems wäre auch ihr Untergang. Darum hat die Arbeiterklasse die große historische Pflicht, durch ihre Einordnung in dieses System die Vervollkommnung des gesamten Gesellschaftszustandes, der wieder identisch mit ihrer eigenen Gesellschaftsgesamtlage ist, herbeizuführen.“ (S. 161.)

Damit ist dem kapitalistischen System das ewige Leben gesichert und der Apostel der Ebenbürtigkeit hat sein Glaubensbekenntnis hergeben. Die Schlußformel lautet: „In fortgesetzter Veredelung durch die soziale Theorie wird das kapitalistische System schließlich sozial durchtränkt, um dann so über den Weg der Ebenbürtigkeit der wirtschaftlichen Kräfte zur reifen Vollsozialisierung und der Harmonie der Gesamtgesellschaft zu kommen.“ (S. 171.) Denn: Dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit. Amen!

Vergessen wir bei alledem nicht, daß Zwing „Marxist“ ist und die Welt vom Standpunkt des „historischen Materialismus“ aus betrachtet. Er sagt es jedenfalls selber.

Sollen wir dieses ganze abstruse Geschwätz von der geschichtlichen Aera der Ebenbürtigkeit, von der Arbeitergeistigkeit, der Parität des Geistes, dem Feudum-Gedanken, dem Sittengesetz, der Aufhebung der Reservearmee, der wunderwirkenden Theorie und all dem übrigen Unsinn auseinanderklauben? Lassen wir den Parterreakrobaten seine Purzelbäume schlagen und meinen, er schaffe eine Weltwende, wenn er sich auf den Kopf stellt. Das jedenfalls ist klar, daß dieser „Theoretiker“ nicht einmal den Versuch macht, die wirkliche Welt zu sehen, daß er aus seinem Hirn heraus ein Spinnwebgewebe produziert, das schon beim ersten Lufthauch zerreißt. Es wäre eine Beleidigung für die großen Utopisten, für einen Fourier, einen Owen, wenn man auch nur feststellen wollte, daß sie diesem Zwing gegenüber das Wesen der Klassengesellschaft mit überraschender Klarheit gesehen haben.

Aber warum muß man sich überhaupt mit einem solchen Zwerg und Phantasten beschäftigen?

Weil Zwing ein berufener und auserwählter Theoretiker der Gewerkschaften ist.

Weil er als Leiter eines bedeutenden Gewerkschaftsorgans einen starken Einfluß auf die geistige Entwicklung der Gewerkschaftsfunktionäre ausübt.

Weil er in der Gewerkschaftspresse starken Beifall gefunden hat. In den Besprechungen seines Buches wurde kaum eine Kritik seiner Grundfassungen und Abgeschmacktheiten versucht. Höchstens verwahrte man sich gegen einen zu kühnen Optimismus und seine Unterschätzung der Rolle der SPD.

Weil sich die Gewerkschaftstheorie in seiner Richtung bewegt.

Weil schließlich ein Gewerkschaftskongreß — wenn nicht seine Anschauungen, so doch seine Konsequenzen zum Beschluß erhoben hat.

Dieser Karl Zwing ist die Verkörperung der höheren deutschen Gewerkschaftsbürokratie. In seinen Auffassungen spiegelt sich deren ganze geistige Verlotterung, sie prägen das Gefühl der Hilflosigkeit aus, das die Führer zum primitiven Wunderglauben führt.

Die Utopisten an der Arbeit

Es ist klar, die Theorie des Zwing und der Seinen haben zum praktischen Ziel die Rechtfertigung der reformistischen Gewerkschaftspolitik post bellum, die im ewigen Burgfrieden und der Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter besteht. Der ewige Burgfrieden wird von dieser Theorie zum Prinzip erhoben. Sehen sich die Gewerkschaften gezwungen, noch Streiks zu führen, so ist dies zwar erklärbar, weil die famose „Geistigkeit“ noch nicht den inneren Menschen bezwungen hat, aber es sind Atavismen einer Periode, die jetzt überwunden wird. Die Entwicklung treibt nach Ansicht dieser Leute zur Wirtschaftsdemokratie. Die bisherigen Wandlungen im gegenseitigen Verhältnis der Unternehmer und Arbeiter sollen das beweisen. Zwing versucht diesen

Nachweis an der Gestaltung des Arbeitsvertrages, der Arbeitsordnung im Betrieb und des sogenannten autonomen Arbeitsrechts zu führen.

Beim Arbeitsvertrag unterscheidet Zwing ganz richtig drei Stadien:

1. Rein individueller Vertrag zwischen Unternehmer und Arbeiter,
2. Vertrag zwischen Einzelunternehmer und Gewerkschaft,
3. Vertrag zwischen Unternehmerorganisation und Gewerkschaft.

In diesen Phasen sieht Zwing die Vorbereitung der Demokratie im Arbeitsvertrag. In Wirklichkeit bezeichnen diese drei Stadien gerade die Dialektik des Klassenkampfes und seiner Verschärfung, soweit er innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geführt wird. Denn die erste Phase charakterisiert den Zustand der Arbeiterklasse, die noch nicht zum Klassenbewußtsein erwacht ist. Die zweite Phase ist die Periode der ersten großen Erfolge der Gewerkschaften, in Deutschland besonders die Zeit der 90er Jahre mit ihrer bedeutsamen Hebung der beweisen, ist gerade die des schärfsten Klassegegensatzes. In ihr sind die sozialen Lage. Die dritte Phase, weit entfernt, etwas von Demokratie zu beiden Heere in geschlossener Front und in ihrer höchsten Machtentfaltung aufmarschiert. Bei gleicher Organisations-Intensität haben hier die Unternehmer das Uebergewicht. In dieser Periode zeigt die Lage der Arbeiterschaft die Tendenz zum Sinken, wenn nicht bei stürmischer Steigerung der Produktion der Mangel an Arbeitskräften entgegenwirkt. So sank der Reallohn der deutschen Arbeiter von 1905 bis zum Kriegsbeginn um etwa 25 Prozent. Von der Nachkriegszeit nicht zu reden. Verliert in dieser Periode der offene Klassenkampf an Schärfe, so nicht dshalb, weil sich irgendein demokratisches Prinzip geltend macht, sondern weil sich die Gewerkschaften ihrer relativen Schwäche bewußt werden. Das Klasseninteresse der Arbeiter heischt dann das Durchbrechen der Schranken der kapitalistischen Ordnung, den Uebergang zum revolutionären Kampf. Das Reden von der Demokratie zeugt nicht von einem Sieg, er vertuscht die Kapitulation.

Bei der Arbeitsordnung unterscheidet Zwing folgende Stadien:

1. Einseitiger Erlaß der Arbeitsordnung durch den Unternehmer,
2. Prüfung durch staatliche Behörden,
3. die Arbeiterschaft muß vor dem Erlaß gehört werden,
4. Vereinbarung zwischen Unternehmer und Betriebsrat.

Haben wir da nicht die Entwicklung zur Demokratie? Aber das letzte Stadium war das Ergebnis revolutionärer Aktionen des Proletariats, und es wird Schritt für Schritt liquidiert, weil die revolutionäre Aktion stecken geblieben ist. Die Unternehmer praktizieren wiederum das Prinzip: Herr im Hause!

Schließlich das autonome Arbeitsrecht. Zwing gibt diesen Namen den Tarifverträgen. Er erklärt, daß mit dem ersten Abschlusse eines Tarifvertrages im deutschen Buchdruckergewerbe 1896 der demokratische Gedanke in das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit seinen Einzug gehalten habe. Die weiteren Etappen seien die prinzipielle Anerkennung der Tarifverträge durch den Gewerkschaftskongreß in Frankfurt 1899, und schließlich die Verpflichtung zum Abschluß von Tarifverträgen, die am 15. November 1918 die Arbeitgeberverbände und die Spitzenverbände der

Gewerkschaften gegenseitig eingingen. Nun ist ja bekannt, daß von allem Anfang an den Tarifverträgen eine pazifistische Bedeutung gegeben wurde. Man nannte sie Friedensdokumente in dem Sinne, als leiteten sie den Klassenfrieden überhaupt ein. In Wirklichkeit waren sie Friedensdokumente, mit denen ein Kampf abgeschlossen wurde, der weder als Ziel noch als Ergebnis die Vernichtung des einen der Gegner gehabt hatte. Sie fixierten das augenblickliche Machtverhältnis zwischen beiden Parteien in der Formel der Lohnhöhe und der Arbeitsbedingungen. Sie galten so lange, bis das Machtverhältnis in neuem Kampfe erprobt oder durch Demonstration abgeschätzt wurde. Insofern sind die Tarifverträge unvermeidlich und berechtigt. Legt man ihnen die Bedeutung bei, Ausdruck einer „höheren Demokratie“ zu sein, verzichtet man um des Vertrags willen grundsätzlich auf den Kampf, dann zeugen sie von reformistischer Knochenerweichung der Arbeiterklasse und leiten sie den Niedergang der Klasse ein.

Aus der „Vorgeschichte der Wirtschaftsdemokratie“, an die so ziemlich alle Gewerkschaftsführer glauben, verflüchten sich die demokratischen Erregenschaften vollkommen. Die tatsächliche Lage der deutschen Arbeiterschaft ist ein grausamer Hohn auf dieses Geschwätz. Mitbestimmungsrecht haben die Arbeiter gerade so viel, als die Macht ihrer Organisation, ihr Wille und ihre Fähigkeit zum Kampfe erzwingen. Zwischen Unternehmer und Arbeiterklasse herrscht trotz aller Tarifverträge gerade so viel Demokratie, wie zwischen zwei kapitalistischen Ländern, die Handelsverträge abschließen und sich zugleich bis an die Zähne bewaffnet gegenüberstehen.

Nun hat der Krieg und die Nachkriegszeit den Wirtschaftsdemokraten neue „Errungenschaften“ gebracht. So die *A r b e i t s g e m e i n s c h a f t e n*, die schönste Blüte des Burgfriedens. Aber da geraten diese Leute schon untereinander in Krakehl. Die einen sehen in der Arbeitsgemeinschaft den Gipfel sozialer Weisheit — das sind die bedeutendsten der Gewerkschaftsführer. Die anderen konstatieren ihren Bankrott, und das sind gerade von den pazifistischen Pläneschmiedern zumeist diejenigen, die außerhalb der Gewerkschaftsbewegung stehen, bürgerliche Sozialpolitiker u. a. Unser Zwing wird bei diesem Thema elegisch. Nachdem er ihren Entwicklungsgang bis zur Auflösung der Zentralarbeitsgemeinschaft im Januar 1924 geschildert, konstatiert er: „*D e r A r b e i t s g e m e i n s c h a f t s g e d a n k e* hat inzwischen jede Bedeutung verloren.“ Man weiß nicht recht, wie er dazu kommt, denn sein ganzes Buch ist ein Preislied auf die Arbeitsgemeinschaften und man hört nichts von Totenklage. Auch sachlich ist es nicht berechtigt. Die Arbeitsgemeinschaften, im Kriege geboren, in den Novembertagen 1918 zur Rettung des Kapitals zentral zusammengefaßt, sind zugrunde gegangen, erstens wegen des heftigen Widerstandes der oppositionellen Gewerkschaftsmitglieder, zweitens, weil die Unternehmer während der Seeckt-Diktatur glaubten, auf sie verzichten zu können. Aber inzwischen ist durch peinliche Indiskretion bekannt geworden, daß Vertreter der Arbeitgeberverbände und der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften über die Auferstehung der Arbeitsgemeinschaften verhandelt haben.

Wir kennen heute die Wirkungen der Arbeitsgemeinschaften ziemlich genau. Im Kriege machten sie die vollkommene Versklavung der Arbeiter-

klasse, die im Hilfsdienstgesetz gipfelte, überhaupt erst möglich. Nach dem Kriege waren sie das Mittel, die Arbeiter zu verwirren, in den Kämpfen zu spalten und damit die kapitalistische Wirtschaft zu retten. Ohne die Arbeitsgemeinschaften wäre die Beseitigung des Achtstundentages nicht möglich gewesen. Diese Art Wirtschaftsdemokratie ist zum Fluch der Arbeiterklasse geworden.

Eine besondere Form der Arbeitsgemeinschaften sind die sogenannten Selbstverwaltungskörper. In ihnen fand die Wirtschaftsdemokratie bisher ihre höchste Vollendung. Sie waren gesetzlich anerkannt, hatten formell bedeutsame Rechte auf Regelung der Wirtschaft und sie waren durchaus auf demokratischem Prinzip aufgebaut. Es bestanden: Der Reichskohlenrat, der Reichskalirrat und der Eisenwirtschaftsbund.

Der Eisenwirtschaftsbund hatte die gesetzlich festgelegte Aufgabe: „Die Eisenwirtschaft einschließlich der Ein- und Ausfuhr nach gemeinschaftlichen Grundsätzen unter Oberaufsicht des Reiches zu leiten.“ Der Eisenwirtschaftsbund hatte in der Zeit der Inflation, als die schamlose Ausplünderung der Arbeiter ein Preisdumping auf dem Weltmarkt ausübte, dafür zu sorgen, daß nicht alles Eisen ausgeführt wurde, sondern der deutschen Wirtschaft noch etwas blieb. Außerdem hatte der EWB (Eisenwirtschaftsbund) die Preise für das Inland festzusetzen. Alle Beschlüsse konnten vom Wirtschaftsministerium kassiert werden. Die Aufgabe machte eine tiefe Einsicht in die Produktionsverhältnisse, die Kalkulationen usw. notwendig. Die einzelnen Werke mußten dem EWB deshalb jede Auskunft geben. Das war die erste Kollision mit den Profitinteressen. Die Schwierigkeit wurde leicht gelöst. Die Auskunft mußte dem Vertrauensmann (Präsidenten) des EWB, einem Unternehmer gegeben werden, der aber hatte Schweigepflicht selbst gegenüber den Mitgliedern des EWB. Eine schnöde Demagogie. Die Zusammensetzung des EWB war: 34 Vertreter der Erzeuger (Eisenhütten usw.), 12 Vertreter des Handels, 24 Vertreter der Verbraucher. In allen drei Kategorien waren Unternehmer und Arbeiter zu gleichen Teilen vertreten. Eine ideale Lösung! Nun sind die Eisenhandelsfirmen überwiegend reine Tochterunternehmen der großen Werke und des Eisenkartells. Sie sind außerdem an der Preissteigerung interessiert, da sich ihr Profit nach prozentualen Zuschlägen bemißt. Wehmütig mußte das Reichswirtschaftsministerium gelegentlich konstatieren: „Die Stimmen des Handels sind in den bisherigen Verhandlungen fast restlos auf die Seite der Erzeuger getreten.“ Als Vertreter der Verbraucher gelten die Maschinenfabriken usw., die auch wieder zum großen Teil unter der unmittelbaren Herrschaft der Trusts stehen. Blieb die Parität der Unternehmer und Arbeiter. Aber die Arbeitervertreter zersplittern sich regelmäßig, weil sie von den freien, den christlichen und den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften gewählt waren und damit verschiedene wirtschaftspolitische Grundsätze vertraten. Dieser Selbstverwaltungskörper war ein Instrument in der Hand der Schwerindustrie. Enttäuscht konstatiert einer unserer Wirtschaftsdemokraten*:

„Damit zeigt sich die Schwäche paritätischer Wirtschaftskörper: Stehen sich beide Gruppen geschlossen gegenüber, so kann es zu keinem Beschluß

* W. Schliestedt. Wege zur Wirtschaftsdemokratie. „Arbeit“, Jahrgang 1925, Heft 7.

kommen. Da aber die Arbeiter viel leichter auseinanderfallen als die Unternehmer, so kommen die Beschlüsse in der Regel nur auf Kosten der ersteren zustande. Eine Wirtschaftsdemokratie ist auf diese Weise nicht zu erzielen, denn dann müßte der Wille der Unternehmer, keinen Einfluß der Arbeiter auf die Wirtschaft zu dulden, niedergekämpft werden. Das wird aber nicht möglich sein, ohne das Eigentum der Unternehmer zu beschneiden, resp. aufzuheben.“

Natürlich hofft der Mann auf den bürgerlich-demokratischen Staat. In Wirklichkeit spricht er das Todesurteil über die Wirtschaftsdemokratie aus.*

Diese Art der Arbeitsgemeinschaft hat besonders zu einem schweren Schaden für die proletarischen Klasseninteressen geführt. Sie hat die Zunftinteressen der einzelnen Berufe gefördert. Ein Beispiel erzählt August Müller, den diese Seite als Vertreter der Konsumvereine besonders interessiert. Im Reichskohlenrat wurden die Kohlenpreise nach den Prinzipien der Arbeitsgemeinschaft festgesetzt. Am 1. September 1922 sollten die Kohlenpreise neu festgesetzt werden. Die Reichsregierung wollte eine Preissteigerung um nicht ganz 100 Prozent zugestehen. Vor der Eröffnung der Sitzung machten die Unternehmer den Vertretern des Bergarbeiterverbandes den Vorschlag: Die Löhne werden pro Schicht um 300 Papiermark erhöht, dafür bewilligen die Arbeiter die Kohlenpreiserhöhung um 160 Prozent. Das wurde abgemacht. Eine Hand wusch die andere, und der Kohlenpreis im Inlande wurde über den Weltmarktpreis hinausgetrieben. Bündnis der Arbeiter und Unternehmer zur Ausplünderung der Konsumenten, wobei natürlich der Profit den Löwenanteil davonträgt. Das heißt Wirtschaftsfrieden!

Diese Selbstverwaltungskörper sind jetzt samt und sonders beseitigt worden. Das Ergebnis aller Versuche, eine Wirtschaftsdemokratie durchzuführen, ist ein Scherbenhaufen. Nichts ist geblieben als Lähmung der Arbeiterklasse in ihrem Kampf, Vernichtung fast aller Errungenschaften aus den Sturmtagen des November, Elend der Arbeiterklasse und Eroberung der Vormachtstellung durch die Bourgeoisie, besonders die Schwerindustriellen. Diese Spuren sollten schrecken. Aber die Wirtschaftsdemokraten und Apostel der Ebenbürtigkeit pflanzen noch am Grabe die Hoffnung auf. Alle möglichen Utopien werden gesponnen. Da begeistern sich die einen für den alten Ladenhüter, die Wirtschaft durch die Konsum- und Produktivgenossenschaften zu erobern. Die anderen fördern die Pläne der Unternehmer, Betriebsgemeinschaften nach dem Muster der Ohio-Baltimore-Bahn einzurichten. Wieder andere empfehlen den Gewerkschaften

* Sehr lustig führt Fritz Kummer, ein alter Gewerkschaftsjournalist, die Hoffnung auf den demokratischen Staat, d. h. praktisch auf die Koalitionspolitik ab. Wenn die Wirtschaftsdemokratie von der politischen Macht abhängt, so meinte er, dann müsse man die Mehrheit im Parlament haben. Das dauere zu lange:

„Nun, man kann meinen, daß zwar an eine politische Herrschaft der Sozialisten nicht zu denken sei, wohl an eine Regierungskoalition, in der die sozialistischen Minister zahlenmäßig überwiegen. Das ist gewiß so uneben nicht, allein, von einer solchen Regierung kann doch nur der etwas Nennenswertes für die neue Gesellschaftsordnung erwarten, der über eine himmlische Glaubensstärke verfügt. Die Erfahrung mit der Koalitionsschaukel schlägt jede Hoffnung nieder.“ (Arbeit 1925, Heft 8.) Kummer hat natürlich ein anderes Rezept.

das Sparen, um der Industrie das nötige Kapital zuzuführen und sich damit das Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft zu verschaffen. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, **Leipart**, hat diesen Plan ausdrücklich unterstützt. Einer dieser Pläneschmieder weist dem anderen immer wieder nach, daß er ein unheilbarer Phantast ist und von der sozialen Dialektik keine Ahnung hat. Er tut das, um ein neues Rezept vorzulegen.

Jetzt stehen im Vordergrund des Interesses zwei Projekte: Die **Wirtschaftsräte** und die Beteiligung der Arbeiter an der **Rationalisierung der Wirtschaft**. Tief enttäuscht sind die Leute durch das Betriebsrätegesetz. Sie tun so, als sei der § 165 der Reichsverfassung jemals mehr als eine billige Phrase gewesen, die da heißt: „Arbeiter und Angestellte sollen in gleichberechtigter Gemeinschaft mit den Unternehmern an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Produktivkräfte mitwirken.“ Sie haben vergessen, daß Gewerkschaftsführer und Sozialdemokraten es waren, die das Betriebsrätegesetz verpfuscht haben. Und mit scheelen Augen betrachten sie die Tatsache, daß die Betriebsräte dort, wo sie aktiv sind, Instrumente des Klassenkampfes sind und nichts anderes, daß sie besonders nicht den demokratischen Illusionen dienen. Sie setzen ihre Hoffnungen auf einen Reichswirtschaftsrat, die famose Institution, die die Sozialisierung beraten sollte, nachdem bereits die Sozialisierungskommission an dieser Quadratur des Zirkels gescheitert war. Dieser vorläufige Reichswirtschaftsrat war ein Parlament, in dem sich über wirtschaftliche Ideen gut schwätzen ließ, und der nur das Recht hatte, Gutachten für die Regierung auszuarbeiten. Sein praktischer Nutzen war gleich Null. Jetzt liegt der Entwurf eines Gesetzes für einen neuen Wirtschaftsrat vor, der die Vollmachten noch weiter einschränken, den Einfluß der Arbeiter noch stärker drosseln will. Das zeigt jedenfalls den Weg, den auch diese „demokratische Einrichtung“ nimmt. Es ist klar, daß es eine lächerliche Illusion ist, zu glauben, mit einem solchen ohnmächtigen Wirtschaftsrat ein Mitbestimmungsrecht auf die Gestaltung der Wirtschaft zu erhalten. Aber der Breslauer Gewerkschaftskongreß hat sich ausdrücklich zu diesem Glaubensartikel bekannt.

Ist die Idee des Wirtschaftsrates eine harmlose Spielerei, so ist die der **Rationalisierung der Wirtschaft** eine schwere Gefahr für die Arbeiter. Die sozialdemokratische und die Gewerkschaftspresse haben sich auf die Frage geworfen, zunächst weil sie ein Ablenkungsmanöver brauchen, um die Arbeiter von ihren Kämpfen zurückzuhalten. Im weiteren Horizont gesehen, handelt es sich um eine gemeinsame nationalistische Politik der Unternehmer und der Reformisten, um die Stellung des Kapitals auf dem deutschen Weltmarkt zu stärken. Die Kosten sollen die Arbeiter tragen. Wie bei vielen dieser wirtschaftsfriedlichen Projekte ist auch hier Amerika das Vorbild. Ganz zu schweigen von der Gelbsucht der amerikanischen Gewerkschaften, vergessen die deutschen Adepten dieser Idee die gewaltig überragende Macht des amerikanischen Kapitalismus, der mit reichen Extraprofiten rechnet und wenigstens einen Teil der Arbeiterklasse an der Ausplünderung der Welt teilnehmen lassen kann. In dem wirtschaftlich schwachen Deutschland ist diese Rationalisierung nur durchzuführen durch die Bildung einer ständigen, überaus zahlreichen Reservearmee, den Lohn-

druck, die Verlängerung der Arbeitszeit und die Taylorisierung der Arbeit unter den schlimmsten Bedingungen. Die Arbeiterklasse wird alle ihre Kräfte anspannen müssen, um diese Unternehmeroffensive von sich abzuwehren. Die Propaganda der Reformisten für die Rationalisierung wird dieselben Folgen haben wie seinerzeit die Parole der Produktionssteigerung zur Zahlung der Kriegskontributionen, die die Gewerkschaften zum Verrat des Achtstundentags führte. Vom Burgfrieden bis zur Rationalisierung ist eine Linie: Verrat der Arbeiterinteressen, Stärkung der Kapitalmacht im Klassenkampf.

Es ist außerordentlich charakteristisch, daß bei allen Theorien über die Wirtschaftsdemokratie eine Kleinigkeit vergessen wird: das kapitalistische Eigentum. Die Voraussetzung dieser „Demokratie“ ist ja gerade, daß Unternehmer und Arbeiter als „Gleichberechtigte“ zusammentreten sollen. Wie aber ist Gleichberechtigung, Ebenbürtigkeit möglich, wenn den Kapitalisten die Grundlage ihrer Macht gelassen wird, das Kapital, und wenn der Staat ein kapitalistischer Staat bleibt? Ueber diesen entscheidenden Punkt schweigen sich die Reformisten aus. Durch ihr Schweigen bestätigen sie, daß es keine Wirtschaftsdemokratie geben kann, daß es keine Uebergangsperiode geben kann vor der Eroberung der Macht, und daß diese Uebergangsperiode die Periode der proletarischen Diktatur sein wird.

J. PIATNITZKI:
DIE FRANZÖSISCHEN RECHTEN UND DIE
ORGANISATIONSFRAGE IN DER KPF

Wir wollen in diesem Artikel die Argumente gegen die Reorganisation der französischen Kommunistischen Partei auf der Grundlage von Betriebszellen beleuchten, die von seiten der rechten Parteimitglieder (Loriot) wie auch von seiten der außerhalb der Partei stehenden Rechten (der Anhänger von Souvarine, Rosmer und Monatte) vorgebracht werden.

In der „Humanité“ vom 18. 10. 1925 lesen wir in den Thesen der Genossen Loriot-Hairius unter dem Titel „Die Organisationsfrage und die Rechte“:

„Der 5. Kongreß der Komintern hat durch seine Losung von der Bolschewisierung der Partei die langsame aber methodische und sichere Umstellung der Parteien überstürzt. Ohne ausreichende allseitige Prüfung der Frage schuf er Betriebszellen auf den zerstörten Ruinen der alten territorialen Organisationen und errichtete über den neuen Parteien die absolute unkontrollierte Herrschaft eines Apparats ernannter Funktionäre“; weiter: „Der absolute, militarisierte Zentralismus wird überall zur Regel.“

Ist in der von mir zitierten Stelle auch nur ein Körnchen Wahrheit enthalten? Sehen wir einmal näher zu. Bereits der 3. Kongreß der Komintern hat eine lange und eingehende Resolution zur Organisationsfrage angenommen, worin den Betriebszellen der Ehrenplatz angewiesen wird. Für diese Resolution hat wahrscheinlich auch Genosse Loriot gestimmt. Vom 3. bis zum 5. Kongreß sind mehr als zwei Jahre vergangen, und in dieser Zeit ist in Frankreich nicht eine Betriebszelle organisiert worden. Worin besteht denn da, Genosse Loriot, „das langsame, aber sichere und methodische Tempo der Reorganisation der Partei“ auf Grundlage von Betriebszellen? Ich bin sicher, wollte sich das ZK der KPF nach den Ratschlägen des Genossen Loriot richten und die Reorganisation der Partei nicht in die Hand nehmen, so würde sich das „langsame, aber sichere und methodische Tempo der Reorganisation“ bis in alle Ewigkeit ausdehnen.

Ebenso richtig ist die Behauptung, „auf den Ruinen der alten, territorialen Parteiorganisation seien Betriebszellen errichtet worden“. Wie sahen denn die alten territorialen Organisationen in der KPF vor der Reorganisation aus?

Die Grundlage der Parteiorganisation der KPF vor der Reorganisation war die sogenannte Sektion, die die Parteimitglieder eines bestimmten Gebietes (Ort, Stadtteil) nach ihrem Wohnort zusammenfaßte. Die Sektionen hatten ihr Komitee, das die Beiträge einzog, Versammlungen der Mitglieder der Sektion zur Besprechung von Parteiangelegenheiten einberief (nicht eben oft), hauptsächlich zur Zeit von Wahlkämpfen. Darauf beschränkte sich die Tätigkeit der Sektionen. Lebten alle Parteimitglieder ein intensives Parteileben, erfüllte jedes Parteimitglied irgendwelche Parteipflichten? Natürlich nicht. Bei einer solchen Passivität der Parteimitglieder ist es gewiß kein Wunder, daß die Leiter der Sektionen in den Sektionsversammlungen häufig ihnen genehme Beschlüsse durchbringen konnten (diese Organisationsform und organisatorische Praxis ist den Sozialisten entlehnt), da die

Parteimitglieder nicht zur aktiven Parteiarbeit herangezogen wurden. Teilweise gestattete auch die Organisationsform der Partei selbst nicht ihre Heranziehung. Am schlimmsten war jedoch, daß die Mitglieder der Sektionen, in denen sie nach ihrem Wohnort vereinigt waren, nur äußerst selten in der gleichen Fabrik arbeiteten. Infolgedessen kannten die Kommunisten in den Fabriken einander nicht, sie kamen nicht zusammen und besprachen nicht die Fragen der Parteiarbeit in der Fabrik, d. h. der Schwerpunkt der gesamten Parteiarbeit lag in den nach dem Wohnbezirk organisierten Sektionen. Da die Parteiarbeit und die Gewinnung neuer Mitglieder nicht in den Fabriken vor sich ging — während bei dem Betriebszellensystem der Schwerpunkt der ganzen Parteiarbeit nach dort verlegt wird, wo ja doch die Arbeiterklasse konzentriert ist —, überwogen damals die kleinbürgerlichen Elemente in der Kommunistischen Partei, und diese hatte keinen entscheidenden Einfluß auf die französische Arbeiterklasse.

Wenn die Dinge so liegen — und daß dem so ist, wissen alle Mitglieder der KPF —, von was für Ruinen sprechen Sie dann, Genosse Loriot und Bürger Hairius?

Ebensowenig ist auch an Ihrer weiteren Behauptung betreffend den Apparat und die Ernannten. Soweit mir bekannt ist, gibt es in der KPF von unten bis oben (von der Zelle bis zum ZK) gewählte Parteiorgane. Natürlich ist das auf dem Parteitag gewählte ZK berechtigt und sogar verpflichtet, die lokalen Parteiorgane durch die Mitglieder des ZK zu instruieren und, wenn nötig, zu kontrollieren. Was den Apparat der Partei anbelangt, so gibt es in den großen Stadtteilleitungen nicht einmal einen einzigen bezahlten Parteiarbeiter und in den Bezirksleitungen gibt es nur ein bis zwei Parteiarbeiter, die sich ausschließlich mit Parteitätigkeit beschäftigen. Und das nennen Sie „Herrschaft des Apparats“! Ich muß Ihnen zu Ihrem Kummer mitteilen, Genosse Loriot und Bürger Hairius, daß es in jedem beliebigen der sechs Moskauer Stadtteilleitungen mehr bezahlte Parteiarbeiter gibt als im ZK der KPF.

Nicht besser liegen die Dinge mit Ihrem militärischen Zentralismus (und Disziplin). Wir verstehen den Zentralismus und die Parteidisziplin so: Die Mitglieder der Partei beraten und beschließen in ihren Organisationen (Zellen, Konferenzen usw.) alle Partei-, politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und sonstigen Fragen. Während der Beratung kann es verschiedene Meinungen geben. Aber nach Annahme irgendeiner Entscheidung muß diese von allen Mitgliedern der betreffenden Organisation durchgeführt werden, darunter auch von denen, die einen anderen Antrag gestellt hatten, der von der Mehrheit des betreffenden Organs oder der betreffenden Organisation abgelehnt worden ist. Entscheidungen der übergeordneten Parteiorgane müssen von den untergeordneten Organisationen durchgeführt werden, was natürlich die Möglichkeit der Kritik einer unrichtigen Entscheidung nicht ausschließt, sagen wir einmal bei Entgegennahme des Tätigkeitsberichts eines höher stehenden Organs, das diese vielleicht unrichtige Entscheidung getroffen hat. Das sind Binsenwahrheiten, ohne die keine Partei gebildet werden oder existieren kann, die befähigt wäre, das Proletariat im Kampf gegen die Bourgeoisie zu leiten. Sie nennen das militärischen Zentralismus?

Worin besteht der Unterschied zwischen militärischem Zentralismus und Disziplin und der wenn auch eisernen Disziplin und dem demokratischen Zentralismus einer proletarischen Partei?

Der Staat nimmt als Soldaten auch diejenigen, die nicht dienen wollen; die Soldaten und selbst die untersten militärischen Vorgesetzten haben kein Recht, eine Meinung auszusprechen, zu beraten oder etwas vorzuschlagen. Sie haben zu tun, was ihnen befohlen wird. Das nennt man militärische Disziplin und militärischen Zentralismus. Die proletarische Partei zieht niemand zwangsweise zu sich heran. Ihr treten freiwillig Mitglieder bei, die ihr Programm annehmen und mit der Taktik der Partei einverstanden sind. Die Parteimitglieder und die lokalen Parteioorganisationen können diskutieren, und diskutieren auch alle Fragen, die die Partei betreffen. Sie fassen durch ihre gewählten Vertreter auf Konferenzen und Parteitagen Beschlüsse und bestimmen die Politik der Partei in allen Fragen. Es scheint doch, daß der Zentralismus und die Disziplin der proletarischen Partei, wie ich sie oben geschildert habe, und wie sie tatsächlich von unseren Parteien geübt werden, keine Ähnlichkeit besitzen mit der militärischen Disziplin und dem militärischen Zentralismus. Das ist es ja eben, daß die Rechten vom Schläge der Lorient und Co., sobald sie sich in irgendeiner Partei oder Organisation in der Minderheit befinden, jegliche Disziplin und alle Organisationsnormen als „militärisch“ qualifizieren. Die Rechten sehnen sich einfach nach den früheren Organisationsformen zurück, wo sich die Organisationen nicht nur Föderationen nannten, sondern tatsächlich Föderationen in der Partei waren. Daher konnten weder das ZK der KPF noch die Komitees der Föderationen eine allgemeine Aktion durchführen, die Aufmerksamkeit der ganzen Partei auf diese oder jene Frage richten, eine einheitliche Taktik einhalten oder einen einheitlichen Organisationsplan durchführen. Alles das wurde nach der Reorganisation möglich.

Wie die französischen Rechten die Parteidisziplin auffassen, dafür nur ein Beispiel:

Ich hatte die Möglichkeit, den Bericht des Genossen Victorine kennen zu lernen, der die Zelle inspiziert hat, der Genosse Lorient zugeteilt ist. In diesem Bericht lesen wir:

„Der der Zelle zugeteilte Genosse Lorient verhält sich gegenwärtig völlig passiv, er besucht die Versammlungen der Zelle, aber verweigert jede praktische Arbeit, die die Zelle ihm aufträgt. So wurde kürzlich im 19. Arrondissement, wo sich die Zelle des Schlachthofs befindet, ein Wahlkampf geführt. Genossen Lorient wurde vorgeschlagen, in den Wahlversammlungen zu sprechen, aber er weigerte sich mit der Motivierung, mit der Arbeit des Zentralkomitees nicht einverstanden zu sein und darum passiv zu bleiben. (Ist diese Taktik der Passivität oder diese taktische Passivität nur Ihnen eigen, Genosse Lorient, oder ist das die Taktik der Rechten im allgemeinen? J. P.) Früher war er sehr aktiv, er redete, stellte Anträge; gegenwärtig tut er nichts mehr.“

Wenn alle mit der einen oder anderen Entscheidung dieser oder jener Parteioorganisation nicht einverstanden sind, Parteimitglieder dem Beispiel des Genossen Lorient folgen wollten, so würde sich die Kommunistische Partei in einen Diskussionsklub verwandeln, und sie wäre nicht länger die Partei des kämpfenden Proletariats.

Weiter lesen wir in den Thesen Lorient-Hairius:

„Nicht einer der Vorschläge des ZK ist geeignet, die Betriebszelle von den Mängeln, an denen sie leidet, zu befreien: sie können im Gegenteil nur ihren Ruin beschleunigen

und damit den Ruin der Partei. Die gegenwärtige Schwäche der Zellen ist nicht das Werk des Zufalls, nicht eine Kinderkrankheit. Unter den jetzigen Umständen werden die Zellen die Grundlage der kommunistischen Organisation in Frankreich nicht bleiben können, ohne die Krise der Mitgliedergewinnung und des Einflusses zu verstärken, die die Partei zerstört, und ohne ihre revolutionäre Bestimmung ernstlich zu gefährden.“

Nach einer solchen Beurteilung der Reorganisation auf der Grundlage der Betriebszellen seitens der Loriot-Hairius konnte man erwarten, daß sie im Namen der Bewahrung der KPF vor dem Untergang die sofortige Auflösung der Zellen und die Rückkehr zur alten territorialen Organisationsform fordern würden. Aber dazu fehlt ihnen die Courage, denn sie wissen, daß die Betriebszellen trotz der bei der Reorganisation begangenen Fehler, von denen unten die Rede sein wird, das Wertvollste gegeben haben, was eine proletarische Partei haben muß — die unmittelbare Verbindung mit der Masse der Arbeiter in den Fabriken. Durch ihre Arbeit, ihr Verhalten, ihre Agitation, ihre Vorschläge und ihre Tätigkeit können dort die Kommunisten beweisen, daß sie Kommunisten sind und daß sie nicht nur mit dem Munde, sondern durch die Tat die Interessen der Arbeiterklasse wahrnehmen. Darum machen Loriot-Hairius ihre Vorschläge vorsichtig, listig.

Hören wir sie weiter. In den gleichen schon von uns zitierten Thesen schreiben sie:

„Es handelt sich nicht um die Frage der Existenz der Zellen. Aber das sicherste Mittel, sie lebensfähig zu machen, ist, ihnen nur solche Aufgaben zuzuweisen, die zu erfüllen sie fähig sind. Weit davon entfernt, zu einem Absterben der Zellen zu führen, würde die Präzisierung ihrer praktischen, konkreten Rolle ihren Aufschwung begünstigen. Als Grundlage der Partei ist die Zelle ohne fruchtbares Leben; sie offenbart sich allein durch eine fieberhafte Agitation, die den Kämpfer erschöpft und deren Unfruchtbarkeit ihn entmutigt. Befreit von der schweren Aufgabe, die Partei politisch zu beleben, bleibt die Zelle wesentlich ein Organ der direkten Aktion (?). Gestärkt durch die Erfahrungen, die Autorität, das Klassenbewußtsein, die ihre Mitglieder in den Grundorganisationen (in den territorialen Organisationen? J. P.) und in den Versammlungen der Partei gewonnen haben, trägt die Zelle die kommunistischen Lösungen in das Betriebsleben. Gerade durch sie kann die Durchdringung der Arbeiterklasse mit dem Geist des Kommunismus am schnellsten und am wirksamsten vollzogen werden. Die gewerkschaftliche Agitation, die Aufrollung der Gewerkschaftsfrage, die Bildung von Aktionsausschüssen, wo eine spontane Bewegung dies erfordert, — das sind die nächstliegenden Aufgaben der Zelle.“

Ich bin der letzte, der da glauben würde, die Belebung der Arbeit der Gewerkschaften gehöre nicht zu den Aufgaben der Zelle, aber nur einige Zeilen vorher schreiben Sie, „die Arbeitermassen werden durch die Zellen schneller von kommunistischem Geiste durchdrungen“, somit kann die Arbeit der Zellen nicht allein auf die Werbung von Mitgliedern für die Gewerkschaften und die Belebung der gewerkschaftlichen Sektionen beschränkt werden.

In dem langen Zitat — das ich absichtlich wiedergegeben habe, damit nicht vonseiten Loriot und Hairius die Anschuldigung erhoben werden kann, ich hätte ihre Thesen nicht richtig zitiert —, drehen sie sich im Kreise herum, wagen aber nicht, gerade heraus zu sagen, was sie wollen. Was bedeutet die Phrase: „die Erfahrungen, die die Mitglieder der Zelle in den Grundorganisationen und Parteiversammlungen sammeln...?“ Was sind das für Grundorganisationen und Parteiversammlungen, von denen in Ihren Thesen die Rede ist? Es sind das die alten territorialen Sektionen! Die Auflösung der Zellen zu verlangen, obwohl sie die Partei Ihrer Meinung nach

ins Verderben führen oder sogar schon geführt haben, das wagen Sie nicht, aber Sie wollen sie zu einem Anhängsel der alten territorialen Gruppen machen, wenn Sie das auch nicht klar aussprechen. Sehen wir einmal, was bei Ihrer Vereinigung herauskäme, wenn sie durchgeführt würde. Die territorialen Gruppen („Grundorganisationen“) werden Parteifragen besprechen und entscheiden, woraufhin die teilnehmenden Mitglieder, „gestärkt durch die Erfahrungen, die Autorität und das Klassenbewußtsein“, durch ihre Zellen „kommunistische Losungen in das Betriebsleben tragen“. Aber die Verfasser der Thesen haben vergessen, daß die Mitglieder der territorialen Gruppen, in denen sie nach ihrem Wohnort zusammengefaßt sind, in verschiedenen Fabriken und Betrieben arbeiten, d. h. die Mitglieder irgendeiner Betriebszelle werden nach Ihrem Plan verschiedenen territorialen Gruppen angehören, also werden die „Erfahrungen“ und die „kommunistischen Losungen“ ebenfalls verschiedenartige sein, denn in verschiedenen territorialen Gruppen können verschiedene Fragen behandelt werden. Wozu wird das führen? Jedes Mitglieder der Zelle bringt in die Fabrik seine „Erfahrungen“ und seine „Losungen“. Außer Verwirrung und Chaos kommt bei Ihrer Kombination nichts heraus. Natürlich kann man auch eine andere Methode anwenden. Die „Erfahrungen“ und „kommunistischen Losungen“ der Mitglieder der Zelle, die gleichzeitig verschiedenen territorialen Gruppen angehören, werden in der Zellenversammlung zur Debatte gestellt, ehe sie zur Agitation unter den Arbeitern der Fabrik verwendet werden, und die Zelle bestimmt dann, welche dieser Losungen und welche dieser mitgebrachten Erfahrungen der Partiarbeit innerhalb der Fabrik zugrunde gelegt werden sollen. Aber auch letzteres muß abgelehnt werden, denn dann verwandeln sich die Zellen in Diskutierklubs. Da ist es schon weit zweckmäßiger, alle Fragen von vornherein in der Zelle zur Diskussion und Entscheidung zu stellen. Das wird sehr viel nützlicher und zweckentsprechender sein.

Es ist schwer, die Logik der Verfasser der Thesen zu verstehen. Nach diesen Thesen können die Zellen Gewerkschaftsarbeit leisten. Sie können eine intensive Agitationsarbeit leisten (wenngleich „zum Schaden der Gesundheit der Mitglieder der Zelle“), die Zellen können Organe der direkten Aktion sein (die Verfasser der Thesen haben sich nicht der Mühe unterzogen, zu erklären, worin die „Aktion“ sich ausdrücken soll). Endlich können durch die Zellen die Losungen der Partei in den Betrieb getragen werden, und dank ihnen werden die Arbeitermassen von kommunistischem Geist durchdrungen. Aber trotz alledem können nach Lorient und Hairius die Betriebszellen nicht zum Fundament der Partei werden! Ja, Genosse Lorient, die alten territorialen Sektionen haben die oben geschilderten Aufgaben nicht erfüllt, konnten sie nicht erfüllen, aber weder Sie noch Ihre Freunde haben dagegen protestiert, daß die territorialen Gruppen sich als Grundlage der Partei bezeichneten. Und der ganze Gallimathias in den von mir angeführten Zitaten aus Ihren Thesen ist nur zu dem einen Zweck verfaßt worden, um die alten territorialen Organisationen zurückzubringen, wo Krämer, Handwerker, Literaten diskutieren, führen, „Losungen“ herausgeben und ihre „Erfahrungen“ mitteilen konnten.

Ich benutze diese Gelegenheit, zu bemerken, daß die oben von mir angeführte Argumentierung Lorient's voll und ganz den Verfassern des Briefes

der 250 entlehnt ist. Leider befanden sich unter den Unterzeichnern dieses Briefes auch Arbeiter. Dennoch muß bemerkt werden, daß die Gründe, die Lorient und Co. veranlaßten, gegen die Reorganisation aufzutreten, und die Gründe, die die Arbeiter veranlaßt haben, diesen Brief zu unterschreiben, keineswegs die gleichen sind. Wenn durch Lorient's Mund jene kleinbürgerlichen Schichten der Partei sprechen, die wir oben erwähnten, so drückten die den Brief der 250 unterzeichnenden Arbeiter in besonders entschiedener, aber vom Standpunkt der Partei schädlicher Form oft auch jene Unzufriedenheit mit den bei der Reorganisierung unterlaufenen Unebenheiten und Fehlern aus, die in gewissen Kreisen der kommunistischen Arbeiter zu beobachten war. In dem gleichen Maße, wie jene mit der Reorganisation unzufriedenen Arbeiter sich durch die Praxis davon überzeugten, einerseits, daß die Arbeit der Zellen der Partei mehr Nutzen bringt als die Arbeit der alten Sektionen, andererseits, daß die bei der Reorganisation gemachten Fehler wieder gut gemacht werden, und daß die angeblich im Sterben liegenden Zellen wieder zu aktivem Leben erwacht sind, da machte das kritische, abwartende Verhalten dieser Arbeiter gegenüber der Reorganisationsarbeit einer aktiven Beteiligung daran Platz. Dieses kritische, abwartende Verhalten ihr gegenüber drückte übrigens andeutungsweise und unvollständig der auf der 6. Sitzung des Erweiterten EKKI auftretende französische Arbeiter Engler aus, einer der Unterzeichner des Briefes der „250“. Er sagte:

„Es herrscht kein Leben in den Zellen. Wenn Sie wollen, daß die Zellen zu Organen werden, die Parteiangelegenheiten entscheiden, wenn Sie in diesem Sinne volle Genugtuung haben wollen, so geben Sie uns etwas Konkretes, beweisen Sie uns, daß die Zellen effektiv zu solchen Organen werden können. . .“

Es ist natürlich klar, daß dieser Gedanke des Genossen Engler sich von dem Lorient's stark unterscheidet. Wenn letzterer überhaupt ein Gegner der Reorganisation ist, so lehnt Genosse Engler sie nicht ab, ist bereit, sie anzunehmen, an ihrer Durchführung mitzuarbeiten, aber unter der Bedingung und insoweit, als die Praxis ergibt, daß sie durchführbar ist. Heute ist ihre Durchführbarkeit bereits durch Tatsachen bewiesen. Die KPF muß aus den begangenen Fehlern lernen und noch mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit auf die Erzielung konkreter, greifbarer Erfolge durch die Arbeit der Partei-reorganisation richten. Das wird, nebenbei bemerkt, dazu führen, daß die mit der Reorganisation unzufriedenen Arbeiterelemente sie nicht nur voll und ganz anerkennen, sondern sich auch aktiv daran beteiligen werden.

Ich möchte noch auf eine andere, in den Thesen Lorient-Hairius berührte Frage eingehen, nämlich auf die Frage der Straßenzellen. In den oben von mir zitierten Thesen lesen wir hinsichtlich der Straßenzellen:

„Der Vorschlag, Straßenzellen zu bilden, die für bestimmte Parteimitglieder reserviert sind, die keine Arbeiter sind, ist antimarxistisch, antikommunistisch, antileninistisch. Die Erklärung des ZK, die wahre Grundlage einer kommunistischen Partei sei die Betriebszelle, sein Vorschlag, den Intellektuellen und den Handwerker vom Arbeiter zu trennen, indem man diesen stets einer Betriebszelle zugesellt, zeigt deutlich daß die französische Partei neben der wahren noch eine falsche Grundlage haben würde.“

Und weiter:

„Die Straßenzellen müssen aufgelöst werden.“

Tatsächlich verdient das ZK der KPF kritisiert zu werden, nicht, weil es vorschlägt, neben den Betriebszellen Straßenzellen zu bilden, sondern weil

die Straßenzellen nicht ein Jahr früher gebildet worden sind in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des 5. Kongresses. Wozu sind denn die Straßenzellen notwendig?

Es versteht sich von selbst, daß in allen Unternehmungen, in Kontoren, Läden, Gütern usw., wo nicht weniger als drei Kommunisten beschäftigt sind, kommunistische Zellen organisiert werden müssen. Nun gibt es ja doch aber in den kapitalistischen Ländern auch ehrliche Elemente, die würdig sind, Parteimitglieder zu sein, die nicht in Betrieben arbeiten und nirgends angestellt sind (Hausfrauen, Portiers, Krämer, Kleinhandwerker, Literaten, Angehörige der freien Berufe usw.). Soll man diesen denn die Möglichkeit nehmen, in die Partei einzutreten? Natürlich nicht! Für sie sind nach den gefaßten Beschlüssen ihrer Wohnung nach Straßenzellen zu bilden, die die gleichen Parteirechte besitzen wie die Betriebszellen. Wozu denn da Ihr Geschrei über das „falsche Parteifundament“? Natürlich, die Grundlage der Kommunistischen Partei müssen die Betriebszellen sein, denn wir sind die Partei der Arbeiterklasse, auf die wir uns in unserer Tätigkeit auch in erster Linie stützen. Daraus folgt, daß wir auch unsere Organisation dort haben müssen, wo die Arbeiterklasse vereinigt ist, d. h. in den Fabriken und Betrieben. Aber die Unterstreichung dessen, daß die Betriebszellen die Grundlage der Kommunistischen Partei bilden, schließt nicht die Notwendigkeit der Schaffung von Straßenzellen aus. Sie sind nötig, um die Parteiarbeit dem Wohnort nach unter den Arbeitern und den proletarischen Schichten des Kleinbürgertums zu leisten. Außerdem sind die Straßenzellen noch aus einem anderen Grunde notwendig.

Die Parteimitglieder — die Arbeiter in den großen Städten — arbeiten weit entfernt von ihrer Wohnung. An Feiertagen und selbst an Werktagen nach der Arbeit können die den Betriebszellen angehörenden Parteimitglieder durch die Straßenzellen an ihrem Wohnort herangezogen werden zur Hausagitation, zur Verbreitung von Literatur, zum Abonentensammeln für die Parteipresse, zur Teilnahme an Fraktionsversammlungen von Mieter-, Sport-, genossenschaftlichen und anderen Organisationen. Es versteht sich von selbst, daß die Organisation von Betriebszellen die Parteimitglieder nicht von der Notwendigkeit befreit, auch unter den Arbeitern Propaganda zu treiben, die nicht in ihrer Fabrik arbeiten, in der Straßenbahn, im Eisenbahnwagen, im Restaurant, in den Häusern, wo Arbeiter wohnen. Wie kann da also von zwei Fundamenten die Rede sein? Fabrikzellen, Zellen in Kontoren, Werkstätten und sogar auf Gütern irgendeines Städtchens oder großstädtischen Bezirks bilden das Fundament der lokalen und Bezirksorganisation. Die lokalen oder Bezirkskomitees werden von den Zellen gewählt. Das auf diese Art gewählte Parteikomitee leitet, instruiert, vereinigt und kontrolliert die Arbeit aller Zellen. Wie Sie sehen, Genosse Lorient, hat die Partei nicht zwei oder drei Fundamente, sondern nur ein einziges — die Zelle. Sie verlangen in Ihren Thesen vom ZK die Beibehaltung der falschen Maßnahme der Zugewählten, von der es sich, leider nur allzu spät, schon abgewendet hat. Sie verlangen, daß an Stelle der Straßenzellen alle Parteimitglieder, die nicht in Betrieben arbeiten, den Betriebszellen zugewählt bleiben. Das heißt die Idee der Zellen nicht durch Worte, aber durch Handlungen diskreditieren und ihnen die Möglichkeit zur Arbeit vorent-

halten. Das oben Gesagte ist keine Phantasie, sondern gründet sich auf Tatsachen aus der Praxis der KPF. Noch jetzt gibt es Betriebszellen, in denen die Parteimitglieder aus der betreffenden Fabrik den fünften Teil ausmachen, die übrigen Mitglieder setzen sich zusammen aus zugeteilten Intellektuellen, Friseuren, Handwerkern und Ladeninhabern. Es versteht sich von selbst, daß die Zugeteilten für die Fragen der Fabrik, deren Zelle sie angehören, nur wenig Interesse haben. Daher sind die Fragen, mit denen sich solche Zellen beschäftigen, abstrakte, die nicht mit der Arbeit unter den Arbeitern dieser Fabrik zusammenhängen. Wir sind natürlich auch jetzt, trotz der schlechten Erfahrungen mit den Zugeteilten in Frankreich, nicht dagegen, daß in den Zellen einige Zugeteilte sind zur Verbesserung der Arbeit der Zellen, aber sie sollen durch ihr Verhalten den Zellen kein schlechtes Beispiel geben oder sie bei der Arbeit stören (das oben von mir angeführte Verhalten Loriots in seiner Zelle!), sondern sie sollen wirklich die Arbeit der Zellen, denen sie zugeteilt sind, erleichtern. Die den Zellen Zugeteilten müssen von den örtlichen, Bezirks- oder Unterbezirks-Parteileitungen verteilt werden.

Ich bedaure sehr, daß ich die Thesen Lorient-Hairius nicht sogleich nach ihrem Erscheinen besprechen konnte. Aus den Artikeln zur Organisationsfrage, die in letzter Zeit erschienen sind, ersehe ich, daß meine verspätete Besprechung nicht überflüssig sein wird.

In den die Organisationsfragen behandelnden Artikeln des „Bulletin Communiste“, zu deren Besprechung ich jetzt übergehe, finden sich analoge Argumente gegen die Reorganisation der KPF, wie in den Thesen Lorient-Hairius. Ich beschränke mich auf die Untersuchung nur der neuen Argumente.

In Nr. 10 des „Bulletin Communiste“ vom 25. Dezember 1925 schreibt Souzy:

„Das ‚BC‘ hat richtig bemerkt, die weltfremden Leiter der französischen Partei hatten bei ihrer servilen Nachahmung der russischen Partei die Tatsache außer acht gelassen, daß die gegenwärtige Lage der Bewegung in Frankreich in nichts den Situationen ähnelt, die die russische Partei durchlaufen hat. Bei einer Partei, wie der unsrigen, wo die proletarischen Elemente wenig zahlreich sind, könnte die Zellenverfassung nicht auf eine feste, dauerhafte Weise aufgebaut werden . . . Das hindert nicht die Arbeit der Zellen überall da, wo es möglich ist, sie als Arbeitsgruppen ins Leben zu rufen. Natürlich könnten sich die Umstände ändern, und die Zellen könnten in einer Periode illegaler Tätigkeit die wirkliche Grundlage der Partei abgeben. Bis dahin haben wir Zeit, die Frage zu prüfen.“

In Gourgets Artikel „Die neue Basis der Partei“ in Nr. 8 des „Bulletin Communiste“ vom 11. Dezember 1925 wird hinsichtlich der Uebertragung der russischen organisatorischen Maximen nach Frankreich ungeachtet der Verschiedenartigkeit der Bedingungen fast mit denselben Worten das gleiche Argument vorgebracht, wie von Souzy. Gourget hat Sehnsucht nach der alten territorialen Organisation, aber er gestattet gütigst neben der alten, nach dem Wohnort aufgebauten Organisation, auch Zellen zur Propaganda in den großen Betrieben. Leon Noel, der zwar nicht behauptet, die Zellen seien eine russische Besonderheit, schreibt in Nr. 12 des „Bulletin Communiste“ vom 8. Januar 1926, dennoch, die Erfahrung habe gelehrt, die Zellen entsprächen einer vorrevolutionären oder illegalen Periode. Da nun

nach Noels Ueberzeugung weder das eine noch das andere auf Frankreich zutrifft, so gelangt er zu dem Schluß:

„Jedermann versteht, daß die territoriale Organisation jetzt die einzige Grundlage der Partei ist.“

Leon Noel hat nichts dagegen, daß die Zellen als „Organe der Propaganda“ und „des Eindringens in die Massen“ fortbestehen.

Eins von beiden — entweder taugen die Zellen nur für Rußland oder „für illegale Parteien“, dann muß man klar und deutlich sagen, daß sie für Frankreich schädlich sind und aufgelöst werden müssen. Oder die Zellen sind nützlich, nötig: dann muß man sie verstärken und nicht zum bloßen Anhängsel der früheren Organisation nach dem Wohnort machen. Das letzte Jahr hat genügend Material zur Beurteilung der Frage geliefert, ob die Organisationsform der KP der USSR annehmbar ist als Grundlage für Westeuropa und Amerika, oder ob unsere ausländischen kommunistischen Parteien an der Organisationsform der Sozialdemokratischen Parteien hängen bleiben sollen, wie dies Lorient, Hairius, Souzy, Gourget und Noel verlangen. Schon allein die Tatsache, daß die oben genannten Personen, obwohl sie kein gutes Haar an den Betriebszellen lassen, ihre Beibehaltung, wenngleich mit beschränkten Funktionen, fordern, beweist, daß die Zellen sich auch in Frankreich bewährt haben.

Die 2. Organisatorische Beratung konstatierte auf Grund des durchgearbeiteten Materials über die Betriebszellen und nach Entgegennahme der Berichte der Zellensekretäre der größten Länder, daß die Betriebszellen als Grundlage der Parteiorganisationen ausgezeichnete Resultate ergaben, nicht nur in den illegalen, sondern auch in den legalen Kommunistischen Parteien (Deutschland, Frankreich, Schweden, Oesterreich, Norwegen, England, Amerika usw.).

Im Bericht des Bezirkskomitees von Troyes (die Organisation des Bezirks Troyes hat 1700 Mitglieder, darunter 1200 Arbeiter, 450 Bauern, zehn Angehörige der freien Berufe und 40 ohne Berufsangabe) lesen wir:

„Die alten Sektionen, besonders in den Dörfern, pflegten sich nur einige Male im Jahre zu versammeln. Jetzt versammeln sich die Zellen in den Städten alle 14 Tage und in den Dörfern alle sechs Wochen. . . Vor der Reorganisation erschien nur jedes zehnte Mitglied zu den Versammlungen der sieben städtischen territorialen Sektionen, jetzt hat die Aktivität der Parteimitglieder zugenommen. Es läßt sich feststellen, daß die aktiven Zellen nicht allein ihren Mitgliederbestand halten, sondern ihn sogar langsam steigern: Eine Zelle in der Stadt hatte 40 Mitglieder vor der Reorganisation, jetzt hat sie 50. In einer anderen Zelle stellt der Sekretär immer die Tagesordnung der Sitzung auf. Alle Losungen der Partei werden hier diskutiert und die Arbeit wird unter den Mitgliedern der Zelle verteilt. Zu jeder Zellenversammlung gibt es ein Referat über die Aufgaben der Partei oder allerlei andere Fragen auf der Tagesordnung.“

Aus diesem Bericht geht hervor, daß die Reorganisation die Parteimitglieder zur Parteiarbeit herangezogen hat, daß die Zahl der Parteiversammlungen zugenommen hat und die Mitgliederzahl ebenfalls gestiegen ist.

Nehmen wir den Bericht des Bezirkskomitees von Lyon.

„Die Mitgliederzahl ist mit der Fusion der Föderationen sehr gestiegen. In der Stadt Lyon haben wir dank der Arbeit der Zellen jetzt 4100 Mitglieder, vor der Reorganisation waren es 700. Ihrer sozialen Lage nach verteilen sich die 4100 Mitglieder des Bezirks Lyon folgendermaßen:

Metallarbeiter	2000
Bergarbeiter	800
Andere Arbeiter	130
Landarbeiter und Bauern	500
Intellektuelle	10
Ohne Angaben	660

Zusammen: 4100

„Die Zellen des Bezirks geben 40 Zeitungen heraus. In den Industriezentren finden die Zellenversammlungen alle acht Tage statt, sonst alle 14 Tage. Der Versammlungsbesuch beträgt in den Industriezentren bis zu 70 Prozent, in den Dörfern 40 Prozent.“

Statt eines Verfalls finden wir in der Organisation von Lyon dank der Arbeit der Zellen eine Zunahme der Mitgliederzahlen, Verbesserung des Versammlungsbesuchs und Stärkung des proletarischen Elements innerhalb der Parteiorganisationen. Wenn die Zellen nur für illegale Parteien brauchbar sind, wie konnten dann die oben angeführten Ergebnisse erzielt werden?

Aus dem Bericht des Bezirkskomitees von Tourangelles vom 12. Januar 1926 geht hervor, daß die Parteiorganisation durch die Reorganisation nicht nur keine Mitglieder verloren hat, im Gegenteil: vor der Reorganisation betrug die Mitgliederzahl in diesem Bezirk: 1923: 1077; 1924: 1370; Ende 1925: 1400 (während der letzten Mitgliederagitation wurden 100 neue Mitglieder gewonnen).

Die Parteimitglieder des Bezirks Tourangelles verteilen sich ihrer sozialen Lage nach folgendermaßen: Arbeiter 75 Prozent, Bauern 20 Prozent, Intellektuelle und Kleinhändler etwa 5 Prozent.

(Von den Parteimitgliedern haben nur 25 Prozent früher der Sozialistischen Partei Frankreichs angehört, 75 Prozent sind nach der Spaltung beigetreten.)

In dem Bezirk gibt es 10 Stadtteileitungen, denen 74 Zellen angehören. Die Zellen verteilen sich folgendermaßen: Betriebszellen 45, Dorfzellen 27, Straßenzellen 2.

Es ließen sich noch eine Menge von Angaben anführen sowohl über die Arbeit der Zellen wie über die soziale Zusammensetzung der KPF aus den Berichten der französischen Bezirke, aber die von mir angeführten Angaben reichen völlig aus, die Unrichtigkeit der Anschuldigungen von Souzy und Co. zu beweisen.

Die Kritiker der Reorganisation werden sagen, in Berichten könne man wohl allerlei schreiben, aber im praktischen Leben sehen die Dinge ganz anders aus. Dieses Argument wird sich aber auch gegen die Kritiker richten, denn diese tragen alles Ungünstige zusammen, um damit unter allen Umständen die Schädlichkeit der Reorganisation zu beweisen.

Auf der 2. Organisationsberatung berichtete der Sekretär einer Pariser Zelle, die der Genosse Victorine inspiziert hat, über deren Arbeit wie folgt:

„Der 24stündige Proteststreik gegen den Marokkokrieg wurde in unseren Zellen sorgfältig vorbereitet. Vier allgemeine Versammlungen fanden statt. Ein proletarisches Einheitskomitee wurde nominiert. Am Vorabend des Streiks verbreiteten wir unsere Zellenzeitung. Am 12. Oktober nahmen unsere Genossen trotz der Anwesenheit der Polizei vor den Toren der Fabrik das Wort. Der Erfolg der Arbeit der Zelle zeigte sich bald: 780 Arbeiter der Fabrik von 800 nahmen am Streik teil.“

Konnten wohl früher solche Bewegungen in den Fabriken durch die territorialen Parteisektionen durchgeführt werden? Haben diese nach dem Wohnort zusammengefaßten Sektionen vielleicht Betriebszellenzeitungen herausgegeben? Ist es möglich, eine solche Arbeit in anderen Fabriken zu leisten? Natürlich ist das möglich. Man muß nur alle Kräfte auf die Bildung und Stärkung von Betriebszellen richten, in ihnen tätige Zellenkomitees schaffen, Unterbezirkskomitees, die ihre Arbeit leiten, sie instruieren und die Durchführung der ihnen von der Partei übertragenen Aufgaben kontrollieren, einsetzen, statt sich philosophischen Erörterungen darüber hinzugeben, ob das eine russische Maxime ist und ob sie sich für Frankreich eignet. Wenn die KPF über ein Jahr ohne die alten, nach dem Wohnort zusammengefaßten Sektionen bestanden hat, während welcher Zeit allein die Zellen die Grundlage der Partei bildeten, und die Partei daran nicht nur nicht zugrunde gegangen ist, sondern ihre soziale Zusammensetzung noch verbessert hat, so ist das eine so schwerwiegende Tatsache, daß es an der Zeit wäre, aufzuhören, die alte Organisationsform zurückzuersehnen und die Partei zurückzuziehen. Unter Ausmerzung aller Mängel und Fehler müssen die Betriebszellen als Grundlage der Parteiorganisation der KPF mit aller Kraft ausgebaut werden.

Souzy und Gourget weisen in ihren oben angezogenen Artikeln im „Bulletin Communiste“ darauf hin, daß die Betriebszellen dem Unternehmerterror ein Ziel bieten. Ich bestreite nicht, daß es für die Parteimitglieder weit ungefährlicher ist, in den Sektionen nach ihrem Wohnort zu verbleiben. Leute wie Souzy könnten dort bis zum Umsinken schreien, und die Unternehmer, bei denen sie arbeiten, würden sicherlich niemals von ihren Redern etwas erfahren noch überhaupt davon, daß sie Mitglieder der Partei sind. Aber da taucht eine andere Frage auf: wußten die Arbeiter, mit denen sie zusammen beschäftigt sind, daß Parteimitglieder à la Souzy Kommunisten sind, und hielten sie ähnliche Reden, wie in den Sektionen am Wohnort vor den Arbeitern ihrer Fabrik? Ich bezweifle das!

Zweifellos führt es zu vielen Schwierigkeiten, daß die französische Partei, sagen wir einmal, legal ist, während die Zellen wegen des Terrors der Unternehmer nicht offen arbeiten können.

Haben denn vor dem Kriege, als Sozialisten und Sozialdemokraten die Interessen der Arbeiterklasse nur sehr lau verteidigten, die Unternehmer die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei nicht auch aus ihren Betrieben herausgeworfen? Haben die Unternehmer nicht schon vor dem Kriege die aktiven Gewerkschaftsmitglieder herausgeworfen, und tun sie dies nicht auch heute noch? Was meinen Sie wohl, Kritiker Souzy, wenn die Unternehmer erfahren, daß bei ihnen Kommunisten arbeiten, ohne daß diese einer Zelle angehören: sind diese ihnen kein Ziel für ihren Terror? Das ist nun einmal das Los der Kommunistischen Partei, daß sich alle Schläge der Reaktion in erster Linie gegen sie richten, denn nur sie schützt die Interessen der Massen der Arbeiter und Bauern. Aber deswegen hört die Kommunistische Partei nicht auf, ihre unverkürzten Losungen zu propagieren, in Versammlungen und in der Presse aufzutreten, obwohl sie weiß, daß dafür alle Skorpione der Kapitalisten auf die Arbeiter herabsausen werden. Wie können die Kommunistische Partei oder ihre Organisationen es ablehnen,

kommunistische Arbeit unter den Arbeitern und Angestellten in den Betrieben zu leisten, wo die ganze Arbeiterklasse konzentriert ist? Die Kommunisten in den Fabriken können nur dann erfolgreich unter den Arbeitern wirken, wenn sie vereint sind, ihre Leitung besitzen, ihren Arbeitsplan, mit einem Wort: wenn in den Fabriken und Betrieben, wo Kommunisten arbeiten, Zellen sind. Ich will damit absolut nicht sagen, daß die Zellen offen arbeiten sollen, daß die Unternehmer die Mitglieder der Zelle kennen müssen, ihr Komitee, ihren Sekretär und alle aktiven Arbeiter. Im Gegenteil. Die Arbeiter der Fabrik müssen um die Existenz der kommunistischen Zelle wissen durch ihre Vorschläge und allgemeinen Beschlüsse, durch ihr Auftreten und ihre Arbeit. Die Zelle muß ihre Arbeit so einrichten, daß die Unternehmer möglichst wenig von der Zelle wissen. Natürlich das ist sehr schwer, aber die Praxis der Zellenarbeit lehrt sie diese Kunst. Die Zellenzeitungen können viel dazu beitragen, eine Kompromittierung der aktiven Zellenmitglieder zu verhindern, denn eine gut redigierte Zellenzeitung kann mitunter ein offenes Hervortreten der Zellenmitglieder während eines Konflikts oder einer Bewegung ersetzen. Damit will ich natürlich nicht sagen, daß die Zellenmitglieder niemals hervortreten sollen. Im Gegenteil. Aber das Hervortreten muß vom Komitee der Zelle organisiert sein. Mitunter muß man riskieren. Wo gehobelt wird, fallen Spähne. Da ist nichts zu machen. Ein Kommunist muß nötigenfalls seine Arbeitsstelle zu opfern wissen.

In Nr. 15 der „Révolution Proletarienne“ (März 1926) befindet sich ein redaktioneller Artikel, betitelt „Organisationsfragen“. In diesem Artikel spielt die Redaktion die Rolle der Beschützerin der Betriebszellen. Der Artikel beschuldigt den Leiter der Betriebsorganisationsabteilung des ZK der KPF, den Genossen Thorez, daß er durch seinen Vorschlag, die Mitglieder der Betriebszellen, die weit entfernt von ihrem Arbeitsplatz wohnen, noch zur Parteiarbeit in ihrem Wohnbezirk heranzuziehen, die Betriebszellen zerstören wolle. Dadurch würden die entfernt wohnenden Arbeiter von den übrigen Zellenmitgliedern abgesondert. Ich habe schon oben erklärt, wozu die Heranziehung solcher Parteimitglieder im Wohnbezirk nötig ist. Es ist spaßig, daß die Rechten die Rollen unter sich verteilt haben, — die einen kritisieren das ZK der KPF deshalb, weil es die Zellen als Grundlage der Parteiorganisation anerkennen will, die anderen greifen das gleiche ZK deswegen an, weil es die Grundlage der Partei zerstören will. Es wäre nötig gewesen, logischere Argumente zu wählen.

Der gleiche redaktionelle Artikel bringt Zitate aus meiner Rede auf der 2. Organisationsberatung, worin die Anzahl der Zellen in verschiedenen Ländern aufgeführt und für Frankreich ein Bestand von 2300 Zellen angegeben wird. Der Verfasser ruft aus:

„Welche Uebertreibung! Welcher ernst zu nehmende Parteiarbeiter wagt zu behaupten, daß in Frankreich 2300 Betriebszellen existieren, die wirklich am Organisations- und politischen Leben teilnehmen?“

Was Recht ist, muß Recht bleiben. Ich tue Buße. Ich habe wirklich die Zahl der Zellen mit 2300 angegeben. Diese Behauptung nehme ich auch jetzt nicht zurück, denn eine solche Anzahl von Zellen besteht in Frankreich tatsächlich. Aber was nicht wahr ist, und was ich nicht gesagt habe und nicht sage, ist, daß alle 2300 Zellen normal funktionieren und „am Organi-

sations- und politischen Leben teilnehmen“. Wenn die Redaktion der „Révolution Proletarienne“ sich der Mühe unterzogen hätte, das Erscheinen der Protokolle und Beschlüsse der 2. Organisationsberatung abzuwarten, so hätte sie sich überzeugt, daß wir nicht „übertrieben“ haben, daß für uns die Anzahl der Zellen eine weit geringere Rolle spielt als ihre Arbeit. Die 2. Organisationsberatung hat eine eingehende Instruktion über die Arbeit der Zellen und über Zellenzeitungen ausgearbeitet, wo die Erfolge und Mängel in der Arbeit der Zellen besprochen werden und erklärt wird, was jetzt zur Verbesserung ihrer Arbeit zu tun ist. Wenn ich anlässlich dieser Besprechung gesagt hätte, daß alle von mir erwähnten Zellen in den verschiedenen Ländern, darunter 2300 französische Zellen, gut funktionieren, so hätte das EKKI wohl kaum diese Besprechung einberufen und Berichte der Zellensekretäre (darunter auch aus Frankreich) auf die Tagesordnung gestellt.

Aber bedeutet nicht allein die Tatsache, daß in Frankreich, wo noch niemals richtige, klare, gut funktionierende Organisationsformen bestanden haben, 2300 Zellen vorhanden sind, von denen kein geringer Teil nicht schlecht funktioniert, einen bedeutenden Erfolg? Bestand doch die Organisationsform der französischen Sozialisten, die von der Kommunistischen Partei übernommen worden war, seit mehreren Jahrzehnten. Und da verlangen die französischen Rechten, daß die auf den Betriebszellen aufgebauten Lokalorganisationen schon nach einem Jahr ohne alle Schwierigkeiten tadellos funktionieren sollen, ungeachtet dessen, daß der Organisation der Zellen viel größere Schwierigkeiten entgegenstehen als den alten Sektionen im Wohnbezirk.

Natürlich, das ZK und die ganze französische Partei müssen viel mehr Aufmerksamkeit als bisher auf die Arbeit der Zellen in ihrer ganzen Vielseitigkeit verwenden. Und die objektiven Schwierigkeiten, die man bei Betrachtung der Mängel in der Organisation der Zellen zu berücksichtigen hat, sind nicht gering. Die ungenügende Erfahrung der französischen Arbeiterorganisationen (die Gewerkschaften haben noch immer nicht ihre Basis in den Fabriken) sowie der Umstand, daß die rechten Elemente, die sich in der KPF befinden, gegen die Reorganisation Front machten, hat natürlich die glatte Durchführung der Reorganisation auf Grundlage der Betriebszellen erheblich erschwert.

VICTORIS CODOVILLA:
DAS EINDRINGEN DES IMPERIALISMUS
IN SÜDAMERIKA

Das Eindringen des Imperialismus in Südamerika vollzieht sich in immer beschleunigterem Tempo. Der nach dem Kriege zwischen dem englischen und dem nordamerikanischen Imperialismus entbrannte Kampf, in dem der erstere um die Wahrung seiner Vorkriegspositionen bemüht ist, während der letztere diejenigen Länder unter seinen Einfluß bringen will, die bisher englische Halbkolonien waren, — dieser Kampf spitzt sich mit jedem neuen Tage zu. Infolgedessen stehen in all den Ländern, die der Herrschaft des englischen Imperialismus unterworfen sind, ebenso wie in den Ländern, in denen der amerikanische Imperialismus die Herrschaft ausübt, alle nationalen Fragen im Zusammenhang mit dem Imperialismus. Die nationale Politik der südamerikanischen Regierungen ist in bedeutendem Maße von den politischen Zielen des in jedem von ihnen herrschenden imperialistischen Einflusses abhängig. Die zwar von nationalen Organen verwalteten Finanzen, der Handel und die Produktion stehen unter dem ökonomischen Druck des Imperialismus, einem Druck, der gleichzeitig ein politischer ist.

Vermittels seiner mächtigen Trusts, seiner Bankunternehmungen, seiner Institutionen des Land- und Wassertransports fördert oder behindert der Imperialismus die Entwicklung der nationalen Industrie, fördert oder behindert er die Industrialisierung eines bestimmten Landes, wobei er alles im Einklang mit seinen Interessen vornimmt.

Wenn die Stellung des imperialistischen Nebenbuhlers die mächtigere ist, dann greifen die Vertreter des gegnerischen Imperialismus zu den äußersten Methoden. Sie bedienen sich der Korruption der herrschenden Parteien und schaffen Verwicklungen zwischen einem ihnen unterworfenen Lande und demjenigen Lande, in dem sie herrschen möchten, und das zu dem Zweck, Konflikte hervorzurufen, in denen sie nachher als Schiedsrichter auftreten und Schiedssprüche fällen, die ihren imperialistischen Interessen entsprechen.

Wir berufen uns auf manche kürzlich vorgekommenen Tatsachen auf dem Gebiete einer solchen Politik und erinnern an die Aufteilung von Tacna und Arica und an die nordamerikanische Vermittlung in diesem Konflikt.

Chile befand sich bis jetzt unter der Herrschaft des englischen Imperialismus. Die Ausbeutung der Salpetervorkommen, der Kupferminen, der Steinkohlengruben und der Weinberge, des Wassertransportes und eines Teils des Eisenbahntransportes — alles das liegt in den Händen englischer Firmen. Peru dagegen ist eine Halbkolonie der Vereinigten Staaten von Nordamerika geworden. Der alte Streit um Tacna und Arica konnte als Ergebnis der von den Vereinigten Staaten aufgedrängten Vermittlung dazu führen, diesen

letzteren das Eindringen in das Land zu erleichtern. Die Nordamerikanischen Vereinigten Staaten legten ein „gerechtes“ Projekt vor, das eine radikale Lösung des Konfliktes bringen sollte. Von den zwei Provinzen sollte die eine an Peru, die andere an Chile übergeben werden, und auf diese Weise sollten die Interessen beider imperialistischen Beschützer dieser Länder gewahrt werden. Dabei begann indessen der Streit um die Aufteilung, da jeder Beschützer bestrebt war, den größeren Teil der Beute zu ergattern. Im Zusammenhang damit zerschlug sich das ganze Verständigungsprojekt.

Angesichts dieser Wendung beschlossen vor kurzem die streitenden Parteien, ein Plebiszit vorzunehmen. Während der Vorbereitungen zur Volksabstimmung wurden mehrere Alternativen in den Vordergrund gerückt und allerhand politische Ränke gesponnen, die nicht den Interessen der zwei streitenden Länder, sondern den Vorteilen und Wünschen ihrer imperialistischen „Beschützer“ entsprachen.

Eine der letzten Phasen des Falles, die die ganze Fragestellung völlig verändern sollte, ist die Einmischung der Republik Bolivien als dritte streitende Partei. Dieses Land sandte an die Abstimmungskommission ein Memorandum, in dem es erklärte, daß es einen Ausgang ans Meer wünsche und daß dieser Wunsch bei der Lösung des Streites über Tacna und Arica berücksichtigt werden müsse.

Diese Erklärung Boliviens wurde unverzüglich von der U. S. A. unterstützt mit der Erklärung, daß eine solche Lösung das Mittel zur Vermeidung künftiger Konflikte sei. Die Vereinigten Staaten setzten sich energisch für die Befriedigung dieses „Wunsches“ Boliviens ein und drohten den streitenden Parteien, daß, falls eine Uebereinstimmung nicht zu erreichen sei, die einzige von Washington vorgeschlagene Lösung der Frage die Uebergabe dieser Provinzen an Bolivien gegen Ausbezahlung einer bestimmten Entschädigung an die streitenden Länder sein werde. Die dazu nötigen Geldmittel würden in den Vereinigten Staaten aufzubringen sein.

Wodurch war diese veränderte Politik der Vereinigten Staaten bewirkt worden? Durch die Tatsache, daß dieses Land Ende des vorigen Jahres in Bolivien eine Naphthakonzession bekommen hat, die ein Territorium von 3 145 000 Hektar umfaßt. Diese Konzession bildet zusammen mit derjenigen, die bereits den Vereinigten Staaten in Argentinien gehört und Chuqui sowie Salta umfaßt, die Basis für die ausgedehnte Naphthagewinnung, die jetzt von den Vereinigten Staaten in Angriff genommen wird. Damit dieses Naphtha und Petroleum die Konkurrenz auf dem Europamarkte aushalten können, wollen die Vereinigten Staaten die „alten Bestrebungen“ Boliviens nach einem Ausgang ans Meer verwirklichen.

Wird dieser Konflikt auf friedlichem Wege gelöst werden? Es bestehen darüber begründete Zweifel. Wenn die nordamerikanischen Imperialisten die Regierungen beider Länder bestechen werden, indem sie ihnen im Austausch von Konzessionen Anleihen gewähren, dann werden die „Wünsche Boliviens“ verwirklicht werden, und Bolivien wird einen Ausgang ans Meer unabhängig davon erhalten, ob die strittigen Gebiete dem einen oder anderen Staate übergeben werden. Wenn aber diese Bestechungstätigkeit keine positiven Resultate zeitigen sollte, was in bedeutendem Maße durch den Wider-

stand von seiten des englischen Imperialismus bedingt werden kann, dann wird zwischen Peru und Chile ein Krieg ausbrechen, der das Vorspiel zu einer Reihe anderer Kriege zwischen den südamerikanischen Staaten sein wird.

Die infolge dieses Krieges geschwächten und verarmten Staaten werden dann leicht die Beute des „friedlich“ eindringenden Finanzkapitals der Vereinigten Staaten und für die Kolonisierung zugänglicher werden.

Die zweite für den Imperialismus aktuelle Frage bildet Brasilien. Dieses Land stellt bis auf den heutigen Tag einen unverrückbaren Stützpunkt des englischen Imperialismus dar. Der amerikanische Imperialismus versucht mit allen Mitteln, die Herrschaft in Brasilien an sich zu bringen; bis jetzt jedoch konnte er sein Ziel nicht erreichen. Kaffee, Kautschuk, Naphtha, Eisen, Kohle, Manganerz, — das sind nur einige der wichtigsten Produkte, die einen genügend wichtigen Grund dafür bilden, die Vereinigten Staaten zu einem Kampfe mit jedweden Mitteln zwecks Verdrängung des englischen Imperialismus zu veranlassen. Bisher waren die Resultate des Eindringens des amerikanischen Imperialismus verhältnismäßig unbedeutend. Auf finanziellem Gebiet gewährten die Vereinigten Staaten an Brasilien Anleihen auf 150 Millionen Dollar, während die Summe der von England gewährten Anleihen 140 Millionen Pfund Sterling erreicht. Während England in der Industrie ein Kapital von 170 Millionen Pfund investiert hat, plazierte Nordamerika im ganzen nur 250 Millionen Dollar. Wenn man den unlängst gewonnenen Vorsprung vor England auf dem Gebiete der Kaffeegewinnung außer acht läßt, so bleiben die Vereinigten Staaten mit ihrem Einfluß auf Brasilien bedeutend hinter England zurück.

Es bestehen indessen gegenwärtig günstige Bedingungen für ein mögliches Eindringen des amerikanischen Imperialismus in Brasilien. Der Kampf, der nationalen Charakter trägt und in der industriellen Bourgeoisie und ländlichem Kleinbürgertum gegen die Latifundienbesitzer entbrannt ist, nötigte die Vertreter beider imperialistischen Länder zu einer bestimmten Stellungnahme. Der englische Imperialismus als Vertreter des Finanzkapitals und Rohstoffexporteur aus Brasilien stützt sich auf die mehr reaktionären Parteien, denen er in ihrem Kampfe gegen die industrielle Bourgeoisie Beistand leistet. Der amerikanische Imperialismus dagegen vereinigt in sich die Eigenschaften des Finanzimperialismus mit den Eigenheiten des Industrieimperialismus und ist deshalb bestrebt, die alte halbfeudale Ordnung Brasiliens zu zerstören. Deshalb unterstützte der amerikanische Imperialismus die Vertreter der Industrie während des vor kurzem stattgefundenen (und auch noch heute, wenn auch weniger intensiv andauernden) bewaffneten Zusammenstoßes zwischen der Agrar- und Industriebourgeoisie.

Andererseits ist der Kampf um die finanzielle Vorherrschaft in Brasilien für den Imperialismus von ungeheurer Bedeutung, weil dieser Kampf mit seiner Politik der Durchdringung der südamerikanischen Staaten im Zusammenhang steht. Als Brasilien auf der letzten Tagung des Völkerbundes für sich einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat beanspruchte, handelte es im Auftrage von Großbritannien. Das geschah erstens zu dem Zwecke, um den möglichen Eintritt Polens und das Uebergewicht Frankreichs im Völker-

bund zu neutralisieren, und zweitens zu dem Zwecke, um Brasilien den Vorrang vor den anderen südamerikanischen Staaten zu sichern und diesen Vorrang im Interesse des englischen Imperialismus auszunutzen. Das unter der Leitung Großbritanniens stehende Brasilien wäre der einzige südamerikanische Staat mit einem ständigen Ratsitz gewesen. Das hätte den Einfluß Englands auf die anderen Staaten des Lateinischen Amerikas gestärkt und hätte die Möglichkeit geschaffen, der Expansion des amerikanischen Imperialismus Widerstand zu leisten.

In Uebereinstimmung mit dieser Politik wird der zukünftige Kampf um die — sei es friedliche oder bewaffnete — Einmischung zweier verschiedener Imperialismen sich um die zwei mächtigsten Staaten: um Brasilien und Argentinien polarisieren, was in Wirklichkeit den Kampf des englischen Imperialismus gegen den amerikanischen bedeutet.

Es ist kein Zufall, daß die ganze anglophile Presse dem Verhalten Brasiliens während der letzten Völkerbundstagung Lob spendete und gleichzeitig von einer neuen in England realisierten Anleihe Brasiliens in Höhe von 10 Millionen Pfund Mitteilung machte.

Kein Zufall ist auch der Umstand, daß alle die südamerikanischen Zeitungen, die die Interessen der Vereinigten Staaten verteidigen, gegen die unsinnigen Ansprüche Brasiliens protestierten, alle südamerikanischen Staaten im Völkerbunde zu repräsentieren. In Argentinien brachten die Wünsche Brasiliens einen sehr tiefen Eindruck hervor, und alle nordamerikanisch eingestellten Zeitungen forderten für Argentinien den Vorrang vor Brasilien bezüglich dieser Frage, wobei sie sich darauf beriefen, daß Argentinien ein in industrieller Beziehung fortgeschritteneres Land sei, daß sein Außenhandel 1 590 000 000 Pesos betrage, und so den Export aus allen anderen südamerikanischen Staaten zusammen übersteige.

Bezüglich Argentinien kann gesagt werden, daß hier die Vereinigten Staaten allmählich und methodisch den Einfluß Großbritanniens verdrängen. Vor dem Kriege war Argentinien dem Wesen nach eine Halbkolonie Großbritanniens. Die Engländer exportierten aus diesem Lande alles zur Bearbeitung taugliche Rohmaterial und brachten nachher die bereits bearbeiteten Rohstoffe teilweise als Fertigfabrikate wieder auf den argentinischen Markt. Mit anderen Worten — die englischen Kapitalisten zogen doppelten Profit: aus den Rohstoffen und aus den Fertigfabrikaten.

Während des Krieges mußte England seine Tätigkeit auf die Befriedigung seiner eigenen Bedürfnisse beschränken und Argentinien sich selbst überlassen. Um den Ausfall der englischen Einfuhr wettzumachen, wandte sich Argentinien an Nordamerika. Und seither wuchs der Handel zwischen diesen zwei Staaten ununterbrochen an.

Indessen war die Tatsache, daß Argentinien zur Befriedigung seiner inneren Bedürfnisse eine eigene Industrie ins Leben gerufen hat, von der allergrößten Bedeutung für die Aussichten der imperialistischen Politik. Textil- und Schuhfabriken sowie metallurgische Werke wuchsen und entwickelten sich ununterbrochen im Laufe der Kriegsjahre. Sofort nach Beendigung des Krieges versuchte England, wieder den argentinischen Markt zu erobern und seine Kolonisationspolitik fortzusetzen. Es übersah in-

dessen zwei ganz neue Faktoren: die Konkurrenz der Vereinigten Staaten und die Entwicklung der nationalen Industrie in Argentinien.

Die objektive Lage entsprach nicht der kolonialisatorischen Politik Englands. Die Rohstoffausfuhr konnte nur solange in großen Ausmaßen vor sich gehen, als noch keine lokale Industrie geschaffen war; sobald sie jedoch bestand, machte ihre Entwicklung nur noch die Investierung neuer Kapitalien, also Anleihen erforderlich. Diesem Bedürfnis kamen die Vereinigten Staaten entgegen. Die nordamerikanischen Kapitalisten finanzierten die Industrieunternehmungen und förderten so ihr ungeheures Wachstum; gleichzeitig saugten sie allmählich alle die Unternehmungen auf, die ihrem Expansions- und Vertrustungsplan im Wege standen. Auf diese Weise wurden die Lederproduktion, die Textil- und Holzbearbeitungsindustrie, die Elektrizitätswerke und die Metallurgie vertrustet. Alle diese Industriezweige weisen jetzt ungeheure Unternehmungen auf, die mit den letzten technischen Errungenschaften nach dem Muster der nordamerikanischen Fabriken ausgestattet sind.

Die von den Vereinigten Staaten betriebene Politik bezweckt die Verdrängung Englands von den Märkten durch die Konkurrenz der lokalen Industrie, die nur dem Namen nach eine argentinische ist, weil das meiste Kapital den Nordamerikanern gehört. Die Entwicklung dieser Industrie stellte ihrerseits die Regierung vor neue Fragen: Aufbau des Transportwesens, Bautätigkeit, Befriedigung einer Reihe sozialer Bedürfnisse. Zwecks Lösung dieser Fragen mußte zu Auslandsanleihen gegriffen werden, die mit jedem neuen Tag Argentinien immer fester an die Politik des nordamerikanischen Imperialismus schmiedeten.

Während der letzten vier Jahre herrschte in den südamerikanischen Staaten, insbesondere in Argentinien ein wahres Anleihefieber. Allen diesen Ländern, mit Ausnahme von Brasilien und Chile, wurden die Anleihen von den Vereinigten Staaten gewährt, wodurch England vom Geldmarkte verdrängt wurde. Viele dieser von Argentinien in letzter Zeit aufgenommenen Anleihen dienten dazu, die fälligen englischen Anleihen zu liquidieren.

Eine bedeutende Rolle in allen diesen Finanzoperationen spielt die Bevorzugungstaktik der herrschenden Klassen. So nahm beispielsweise die argentinische Regierung eine Anleihe von 45 Millionen Dollar bei Morgan zu ungünstigen Bedingungen auf, obwohl die alte englische Bankfirma Blyer ein günstigeres Angebot gemacht hatte. Die Sache ist die, daß die nordamerikanischen Geschäftsleute es besser verstanden haben, die Interessen der herrschenden Klassen mit ihren eigenen Interessen in Einklang zu bringen.

In vielen Verzweigungen des argentinischen Wirtschaftslebens herrschen die Vereinigten Staaten unumschränkt. So z. B. haben in der Kühlanlagenindustrie die ungeheuren nordamerikanischen Trusts einen unbestrittenen Vorsprung vor den englischen Trusts und beherrschen auf diesem Gebiet die argentinische Industrie, indem sie die Ausfuhrpreise regulieren. Die großen nordamerikanischen Banken, insbesondere die Boston Bank und die City Bank, führen alle großen Handelsgeschäfte durch und geben den Industrieunternehmungen Darlehen, während die englischen Banken sich nur mit Operationen befassen, die mit den Staatsfinanzen oder mit rein englischen

Unternehmungen im Zusammenhang stehen, und die argentinischen Banken ihre Tätigkeit auf die Finanzierung der Landwirtschaft beschränken.

Die nordamerikanischen Banken üben kraft der Art ihrer Operationen eine vollkommene Kontrolle über den argentinischen Handel und die Industrie aus, indem sie aufmerksam die Entwicklung der Produktion verfolgen, diejenigen ihrer Zweige fördern, die der Ausfuhr der USA nicht hinderlich sind, wogegen sie die für den amerikanischen Export schädlichen Produktionszweige verkümmern lassen.

Die unlängst im Süden Argentiniens entdeckten neuen reichen Naphthaquellen haben die Gelüste der Vereinigten Staaten noch verstärkt; die USA versuchen jetzt mit allen Mitteln, in dieser Zone Konzessionen zu bekommen und das Eindringen Englands zu verhindern. Aus diesem Grunde kam es zu einer regelrechten „Schlacht“ zwischen den Agenten der englischen Erdöl-Gesellschaft „Royal Dutch Shell“ und der amerikanischen Firma „Standard-Oil“. Um diese Konzession zu bekommen, bedienen sie sich aller Korruptionsmachenschaften, zu denen nur sie sich hergeben können.

Die Analyse einiger der auffallendsten Züge, die dem heute in Südamerika ausgebrochenen Kampf um die imperialistische Herrschaft anhaften, zeigt klar, daß Argentinien und Brasilien die künftigen Zentren dieses Kampfes sein werden. Um diese Staaten werden sich die Interessen der anderen gruppieren, und zwar nach Maßgabe der Interessen der in ihnen herrschenden Imperialismen. Die Vereinigten Staaten verfolgen ihre „friedliche“ Politik der Durchdringung der südamerikanischen Länder. Das heißt indessen keineswegs, daß sie in dem Kampf um die Verdrängung Englands eine bewaffnete Einmischung verschmähen werden.

Es sind viele Symptome dafür vorhanden, daß für die Zukunft die Anwendung gerade dieser äußersten Durchdringungsmethode zu erwarten ist.

Es ist gewiß kein Zufall, daß die gegenwärtig von Brasilien in England aufgenommene Anleihe teilweise zur Verstärkung der brasilianischen Flotte und zur Vervollkommnung der militärischen Ausrüstung verwandt werden wird und daß in Chile das Heer zahlenmäßig verstärkt und neues Kriegsmaterial erworben wird.

Argentinien bleibt seinerseits in diesem Rüstungswettstreit nicht zurück. Im vorigen Jahre verwandte es 40 Prozent der in Nordamerika realisierten Anleihe (in einer Gesamthöhe von etwa 114 Millionen) zur Reorganisierung seiner Flotte und zur Verbesserung seiner Heeresausrüstung. Der Umbau der Flotte wurde auf nordamerikanischen Werften vorgenommen und das Kriegsausrüstungsmaterial in den USA angekauft.

Ein Krieg zwischen Brasilien und Argentinien, in den sich die anderen unter dem Einfluß des einen oder anderen Imperialismus stehenden südamerikanischen Staaten einmischen werden, stellt sich den Vereinigten Staaten nicht nur als eine Möglichkeit, sondern auch als ein wünschenswerter Ausweg dar. Dieser Krieg soll die Aufgabe haben, die Herrschaft des nordamerikanischen Imperialismus endgültig zu festigen und den englischen Imperialismus vom südamerikanischen Markt zu entfernen. Die Vereinigten Staaten zweifeln nicht an ihrem endlichen Triumph, und auf diese Weise werden die in der Monroe-Doktrin: „Amerika den Nordamerikanern“ zum Ausdruck gebrachten imperialistischen Gelüste ihre Verwirklichung finden.

Leider steht die imperialistische Regierung der USA in ihrer „Amerikanisierungs“-Tätigkeit nicht allein; sie wird darin von der „Panamerikanischen Konföderation der Arbeit“ unterstützt. Saint-Jago Iglesias, ein gelber Führer der Amerikanischen Föderation der Arbeit, empfiehlt in einem an die Führer der reformistischen Gewerkschaftsorganisationen Südamerikas gerichteten Geheimzirkular, den ganzen Einfluß aufzubieten, um ihre Organisationen der gelben Zentralorganisation anzugliedern. Er sagt da: „Es ist durchaus klar, daß durch die „Amerikanische Föderation der Arbeit“ den Ländern Spanisch-Amerikas die Möglichkeiten wirksam übermittelt werden können, sich den Geist des Realismus und die menschenfreundlichen Ideale unserer Nation anzueignen.“ Selbstredend meinte er mit dem Ausdruck „unsere Nation“ die imperialistische Expansion Nordamerikas.

Das Problem der imperialistischen Ausdehnung in Südamerika ist eine Frage von internationaler Bedeutung. Falls in Europa die Revolution siegen wird, wird der nordamerikanische Imperialismus seine ökonomische Herrschaft über ganz Amerika ausdehnen und es zum letzten Stützpunkt der kapitalistischen Reaktion machen.

Die Kommunisten Zentral- und Südamerikas müssen die wichtige Rolle erkennen, die ihnen in diesem Kampfe zufällt. Wenn sie in dem täglichen Kampf gegen ihre nationale Bourgeoisie ausschließlich mit der Kraft des Industrieproletariats zu rechnen haben, so können sie in einem antiimperialistischen Kampf den Beistand der breiten Schichten der Intellektuellen, des städtischen Kleinbürgertums und der Bauernschaft in Rechnung stellen. Der ökonomische Druck, den der Imperialismus auf diese sozialen Gruppen ausübt, nötigt diese zur Schaffung von Abwehrorganisationen. Diese Organisationen auszunutzen, und da, wo sie noch nicht bestehen, ins Leben zu rufen, — das muß die Politik der kommunistischen Parteien sein, wenn sie einen erfolgreichen Kampf gegen den Imperialismus führen wollen.

Viele von uns haben die Wichtigkeit des antiimperialistischen Kampfes erfaßt und sind gegenwärtig bemüht, zu diesem Zweck eine das ganze Festland umfassende Organisation zu schaffen.

Eine machtvolle antiimperialistische Liga in den Ländern des Lateinischen Amerika wird der Stützpunkt sein, der dem Vorrücken des kolonialisatorischen Imperialismus ein Ende machen wird, und wird als Basis für den künftigen Kampf um die wirkliche Unabhängigkeit der vom kommunistischen Ideal geeinten amerikanischen Völker dienen.

P. LAVIANAS:
DIE POLITISCHE UND SOZIALE LAGE
IN BRASILIEN

1. Der Kampf zwischen Agrariertum und Industrialismus

Die politische Lage Brasiliens macht den Eindruck eines ausgesprochenen Chaos. Sie ist jedoch tief in dem ökonomischen Kampf verwurzelt, der sich zwischen dem allmächtigen Agrariertum und der industriellen Bourgeoisie abspielt, die seit der Ausrufung der Republik ununterbrochene Fortschritte macht und über ihre politisch untergeordnete Stellung hinausstrebt, indem sie den Kampf um die Macht aufnimmt. Dieser Kampf dauerte seit Einführung der Republik ununterbrochen an und trat unter verschiedenen Formen in Erscheinung: als offene Gewalt oder als gedämpftes unterirdisches Ringen. Im Augenblick ist er auf die Spitze getrieben, und die industrielle Bourgeoisie im Verein mit dem Kleinbürgertum, das in die vordersten Reihen der Kämpfer getreten ist, sucht vermittels des Heeres, das sich zum großen Teil aus diesem Stande rekrutiert, zur politischen Herrschaft zu gelangen, indem sie die Positionen ihrer mächtigen Rivalin zerstört.

Es muß vor allem in Betracht gezogen werden, daß das Heer während dieses ganzen Kampfes immer auf seiten der industriellen Bourgeoisie stand und gegen das Agrariertum Partei ergriff. Die ganze Geschichte der Republik trägt den Stempel dieser Mitwirkung des Heeres an allen politischen Kämpfen, die seit Aufhebung der Sklaverei bis zur Ausrufung der neuen bürgerlichen Ordnung und auch späterhin in Brasilien stattfanden.

2. Die Vorherrschaft des Agrariertums in Brasilien. — Der Großgrundbesitz. — Der Feudalismus. — Die Abhängigkeit der armen Bauern: die „seringueiros“ von Amazonas, der „cassaco“ der Zuckerpflanzungen von Pernambuco, die Landarbeiter der Kaffeepflanzungen

Das Agrariertum ist der allmächtige Herr Brasiliens; der „colonel“, der Grundbesitzer, ist noch der mittelalterliche Lehnsherr. Seine Besitzungen sind äußerst ausgedehnt und stellen richtige Latifundien dar. Sein Gold ist der Kaffee, dessen Verwertung durch Anleihen und das Monopol gewährleistet wird.

Ein einfacher statistischer Ueberblick über die industrielle und landwirtschaftliche Zusammensetzung Brasiliens gibt uns eine Vorstellung von der ganzen Macht des Agrariertums.

Brasilien hat nur 13 000 Industrieunternehmungen. Die Industriearbeiter bilden eine Minderheit; ihre Zahl beträgt 275 000, 14 000 davon sind in der Metallindustrie beschäftigt. Im Gegensatz dazu befinden sich 9 000 000 über das Land hin verstreute, von keiner Organisation zusammengefaßte Landarbeiter in mittelalterlicher Fron. Im Jahre 1920 wies Brasilien 13 336 Industrierwerke auf gegen 648 153 Landwirtschaftsbetriebe. Die getätigten Geschäfte der ersteren betragen 1 815 000 (eine Million acht-

hundertfünfzehntausend Contos), die der letzteren 10 568 000 (zehn Millionen fünfhundertachtundsechzigtausend Contos). Der kleine Grundbesitz umfaßt nur den zehnten Teil des Territoriums: 9 Prozent. Allein 461 landwirtschaftliche Betriebe sind im Durchschnitt 59 082 ha groß, und 1207 Betriebe haben eine durchschnittliche Größe von 15 725 ha. Folglich besteht der Großgrundbesitz aus 1668 Betrieben; diese spielen die führende Rolle. Eine Minderheit übt auf das Leben des Volkes einen Druck aus und beherrscht es wirtschaftlich und politisch. Daher stammt die agrarische Politik Brasiliens, die sich um den Kaffeeabsatz dreht; daher stammt die Feudalordnung, unter der Brasilien lebt.

Die Kolonen der Farmen des Süden, die Landarbeiter im Norden leben wie die Leibeigenen unter der Herrschaft ihrer allgewaltigen Lehnsherren. Die „cassacos“ von Pernambuco, im Norden der Republik, die „seringueiros“ oder „cancheiros“ von Amazonas, sie alle sind infolge der übermäßigen Arbeit und der Hungerlöhne fast am Ende ihrer Kräfte. In den ungesunden Bezirken des Amazonenstromes, in der „grünen Hölle“, wie sie von einem brasilianischen Schriftsteller genannt werden, gehen sie am Klima und an Entbehrungen zugrunde. Der Bau der Eisenbahnstrecke Madeira—Mamoré, auf den die nationale Bourgeoisie so stolz ist, kostete über 10 000 Arbeitern das Leben, die, vorher nur an Landarbeit gewöhnt, der „Malaria“ zum Opfer fielen. Der bürgerliche Schriftsteller Enclydes da Cumba sagt folgendes darüber: „An demselben Tage, an dem er die Ceara verläßt, um Arbeit anzunehmen, beginnt der „seringueiros“ Schulden zu machen; er schuldet bereits die Fahrkarte bis Para (354 Milreis). Dazu kommen das Fahrgeld für die „gaiola“ (den „Käfig“ — ein Fahrzeug von dieser Form), die ihn aus Belem (in Para) bis zum entlegenen „barracao“, einem mit Zink gedeckten Holzhaus, bringt; dieses Fahrgeld macht im Durchschnitt 150 Milreis aus. Außerdem muß er noch etwa 800 Milreis Schulden für das Arbeitswerkzeug aufnehmen. Noch ist er ein „brabo“ (Neuling), noch hat er nicht gelernt, das Holz zu schneiden, doch schuldet er bereits 1 135 000 Reis (eintausendeinhundertfünfunddreißig Milreis). Er begibt sich auf seinen weltabgeschiedenen Posten, begleitet von einem Führer, der sein Gepäck und für drei Monate Lebensmittel transportiert; alles das kostet ihn 955 Milreis. Er hat noch keinen Schnitt in den Kautschukbaum getan und schuldet doch schon die bedeutende Summe von 2 090 000 Reis (zweitausendneunzig Milreis) — ungefähr 60 Pfund Sterling“. Die Wirtschaftsmisere der „seringueiros“ wächst in demselben Maße wie die Entwertung des Kautschuks.

In diesem Rahmen spielt sich das Leben der brasilianischen Landarbeiter ab. Hinzu kommt noch das Analphabetentum, der „cachaca“ — der nationale Schnaps — und der von der Geistlichkeit gesäte Aberglaube, der geistige „cachaca“ zu ihrer Einschläferung und stärkeren Versklavung an ihre Herren, die Großagrarien. Vor kurzem erst fand man auf einer Farm in Minas-Geraes, dem brasilianischen Bayern, wo sich die stärkste Reaktion konzentriert und sich das „Mittelalter“ am nacktesten zeigt, Arbeitsverhältnisse, die nichts anderes als Sklaverei waren. Ueber 100 schlecht genährte Arbeiter bestellten das Feld ohne jegliche Entlohnung unter den Schlägen der „chibata“, der nationalen Knute.

3. Die Anzeichen eines Aufbruchs bei den „sertanejos“ (armen Bauern) Der „cangaco“

Manche unerwarteten Ereignisse verkünden einen nahen Aufbruch der „sertanejos“ gegen ihre ökonomische und folglich auch politische Versklavung. Auf den Farmen von S. Paulo, in den Zuckerfabriken von Pernambuco, haben sich bereits Arbeiteraufstände ereignet, die unverzüglich mit Gewalt unterdrückt wurden. Eine für diesen Aufbruch kennzeichnende Erscheinung ist der „cangaco“. Beherzte „sertanejos“, die fast durchweg mit der Klassenjustiz ihrer Herren in Konflikt geraten sind, bilden eine Bande („bando“), um sich selbst Recht zu verschaffen, und plündern die Farmen der Agrarier. Antonio Silvino ist in Pernambuco als Anführer eines Trupps „cangacairos“ berühmt geworden. Da sein Vater ermordet worden war und die mächtigen Mörder unbestraft blieben, tötete er sie selbst, suchte Zuflucht in der „sertao“ (Ebene), tat sich mit kampflustigen Männern zusammen und unternahm Streifzüge durch die Staaten, indem er die Schwachen schützte und die Mächtigen bestrafte: eine neue Abart von Stenka Rasin. Der berühmte Lampeao ist heute der angesehenste Hauptmann der „cangacairos“ im Norden.

Der cangaco“ ist zum chronischen Uebel der nördlichen Gegenden Brasiliens geworden. Durch die Leiden der Arbeiter in diesen Bezirken hervorgerufen, von den bürgerlichen Politikern in ihren Händeln geschickt ausgenutzt, bildet er bereits eine der häufigsten Erscheinungen des nationalen Lebens, wie die „candilhos“ des Rio Grande, die an der Spitze ihrer Armeen bald für die Regierung, bald gegen sie kämpfen.

4. Analphabetentum der Bauernmassen. — Ihr Aberglaube. — Antonio Conselheiro. — Padre Cicero. — Santa Dica

Es gibt im brasilianischen „sertao“ (Flachland) keine Schulen. Der Bauer kennt nur die Kneipe, in der er seine „Pinga“ (Branntwein) trinkt, den Geistlichen, der ihm die Furcht vor der Hölle und dem Arbeitgeber einimpft, und den Schutzmann, der sich des brutalsten Vorgehens befleißigt, um ihn von der Macht der Unternehmer und der bürgerlichen Regierung zu überzeugen. In seiner physischen, moralischen und geistigen Rückständigkeit bietet er einen vorzüglichen Nährboden für den unmöglichsten Aberglauben. Daher kommen hier sehr häufig Fälle von religiöser Erleuchtung vor.

Antonio Conselheiro in Canudos (in der Bahia-Ebene) gab sich für einen Heiligen aus, der gesandt sei, die Erde von der Sünde zu läutern; er sammelte eine ganze Gemeinde von „Sertanejos“ um sich. Die bürgerliche Regierung zerstörte diese Bewegung mit allen ihr zu Gebote stehenden Machtmitteln, indem sie gegen sie Truppen, Artillerie und die ganze Kriegstechnik in Anwendung brachte. Es kam zwischen den Fanatikern und den Truppen zu Kämpfen, in denen die letzteren mehrmals Niederlagen erlitten. Alle Sertanejos wurden erbarmungslos niedergemacht; das war ein gutes Verfahren zur Aufklärung der Massen.

Der Priester Cicero in Joazeiro (in Ceara) stellt einen anderen Fall dar, der für den Aberglauben der brasilianischen Bauern kennzeichnend ist. Als

angeblicher Gottgesandter übt er in diesem Bezirk eine außerordentlich große Macht aus. Er ist der „Schutzpatron“ der Sertanejos. Eine Medaille mit seinem Bild wird den Gläubigen als wundertätig verkauft. Und dieser katholische Geistliche nutzt die Gläubigkeit der einfachen Bauern aus, um sich zu bereichern und die feudale Reaktion in Brasilien zu unterstützen. Die Regierung drückt gegenüber seinem Treiben beide Augen zu und läßt sich die guten Dienste des mächtigen Hauptes der Fanatiker gern gefallen, wie gelegentlich der Kämpfe gegen die aufrührerischen Truppen, die im Norden siegreich vordrangen.

Einen anderen Verlauf nahm die Angelegenheit der Santa Dica in Goyaz, im Süden des Landes. Die Heilige Dica, eine Bäuerin, war in eine langanhaltende Lethargie verfallen und als tot betrachtet; aber sie kehrte wieder ins Leben zurück, — als „Auferstandene“, wie ihre Getreuen glaubten. Aus dem Todesschlaf erwacht, begann sie Sachen zu predigen, die den Agrariern unangenehm sein mußten: unter anderem auch die Aufteilung der Ländereien der großen Grundbesitzer. Sie war in ihrer Erleuchtung unbewußt die Wortführerin des Elends, in dem die Arbeiter dieser Gegend lebten. Die Regierung duldet dies alles nicht. Der Aberglaube war diesmal gefahrdrohend. Ein Truppenteil wurde ausgesandt, Maschinengewehre wurden aufgeföhren, und nach einem kurzen Kampf ergoß sich das Blut der Bauern, die an die wunderbare Wahrheit der Rede der Heiligen Dica glaubten, über die Ebenen von Goyaz. So eifrig geht hier das Agrariertum dem Aberglauben zu Leibe, wenn dieser ihm nicht dienlich ist.

5. Die Einigkeit der Agrarier. — Die Republikanische Partei. — Das Fehlen einer ernsthaften Opposition gegen deren unbeschränkte Macht. — Die reaktionären Gesetze. — Das Bündnis mit der Geistlichkeit. — Das Eingreifen der Geistlichkeit zur Rettung schwieriger Situationen in Krisenzeiten und die religiöse Beeinflussung des Heeres

In diesem feudalen Milieu entfaltet sich die politische Tätigkeit der Agrarier hauptsächlich in San Paulo und Minas-Geraes, den größten Kaffeeproduktionsgebieten. Die Republikanische Partei San Paulos und die Schwesterpartei von Minas-Geraes, fest geeint und mit sicherem Rückhalt in dem gut funktionierenden Wahlapparat, bedienen sich Brasiliens zur Befriedigung ihrer Ansprüche und verteidigen hartnäckig den Teil der Bourgeoisie, den sie repräsentieren.

In den Industriestädten an der Küste, in Rio, Recife, Santos und in der Hauptstadt San Paulo ist der revolutionäre Geist schärfer ausgeprägt; eben infolge dieser Tatsache haben die Agrarier beschlossen, alle Aeußerungen von Widerstand zu vereiteln. Da sie keine organisierte Opposition zu berücksichtigen hatten und über ein Parlament von ergebenen Dienern verfügten, die fast alle aus Agrarierkreisen stammten und in der Fabrikation von Abstimmungen geübt waren, forderten sie die Ausarbeitung von Ausnahmegesetzen. Das erste dieser Gesetze war die Ausweisung von Ausländern, die der öffentlichen Ordnung gefährlich werden konnten. Sodann das Gesetz über die Presse, oder vielmehr *gegen* die Presse, das alles zu sagen gestattete, was als Lob der bestehenden Obrigkeit gelten konnte, und alles zu sagen verbot, was sich etwa gegen sie richten könnte, unter Androhung von Ge-

fängnisstrafen bis zu einem Jahr und bedeutender Geldbußen; außerdem noch das Recht, das Erscheinen von Zeitschriften zu verhindern. „Die Arbeiterklasse“, ein Blatt der brasilianischen Arbeiterschaft, sollte bald die Folgen dieses Gesetzes verspüren. Es wurde verboten und konnte nicht mehr erscheinen, um die Arbeitermassen für den revolutionären Klassenkampf zu erziehen. Letzthin wurde an der Zustandbringung einer Verfassungsreform gearbeitet, in der alle kleinen bürgerlichen Freiheiten der ursprünglichen Verfassung unterdrückt wurden und die Willkürmacht der Regierung noch verstärkt wurde. Die bürgerliche Diktatur kommt immer weniger verhüllt zum Vorschein. Und um dieses Bild des „Mittelalters“ zu vervollständigen, erfolgte der Anschluß der Geistlichkeit an die Politik der Agrarier, im Waffenbündnis mit der Regierung und ihren getreuen Offizieren des Landheeres und der Flotte. In den politischen und sozialen Krisen nahm man seine Zuflucht zu den Geistlichen. Als in Matto-Grosso eine politische Meinungsverschiedenheit zwischen den Großagrariern Antonio Azeredo und Pedro Caestino entsteht, wird der Bischof D. Aquino Correa, in seiner Eigenschaft als Schiedsrichter zwischen diesen zwei unersättlichen Profitjägern, zum Statthalter in diesem Bezirk ernannt.

Die Regierung hat den Priestern gestattet, den Armen (gemeint sind die Arbeiter) abends Unterricht zu erteilen, und zwar in Volksabendschulen, die durch den für die Bourgeoisie zurechtgestutzten Katechismus verseucht sind.

Der gegenwärtige Präsident der Republik, Arthur Besnardes, ein Agrarier, der von der „Rückkehr zur Scholle“ träumt als dem einzigen Mittel, Brasilien von der bolschewistischen Anarchie zu erretten, läßt aus Anlaß eines Jubiläums dem Kardinal Arcovercle sein Gesamtministerium in großer Uniform einen Besuch abstatten.

Während des Aufruhrs in San Paulo, als die aufrührerischen Truppen gegen die regierungstreuen Soldaten kämpften, zitierte der Bischof dieser Stadt im Einverständnis mit der Regierung die Aussprüche des Paulus von Tarsus, um die Soldaten davon zu überzeugen, daß der „Aufruhr eine Todsünde“ und daß die Macht göttlichen Ursprungs sei. Noch vor kurzem, als die Rekruten sich nicht dazu hergeben wollten, für die Grundherren ihr Leben einzusetzen, wandte sich auf Veranlassung der Regierung der Erzbischof D. Sebastiao Leme im Namen Gottes und der bedrohten Regierung an die jungen Männer mit einem Aufruf. Dieser Hirtenbrief blieb ohne Erfolg; die Ausgehobenen wollten nicht für die Sicherheit der Grundherren ihre Haut zu Markte tragen. Daß in den katholischen Kirchen die Offiziersdegen der Mutter Gottes geweiht und unter freiem Himmel für die Soldaten Gottesdienst abgehalten wurde, das alles offenbart das enge Bündnis zwischen der Regierung und der Geistlichkeit. Die Trennung von Staat und Kirche in Brasilien besteht nur in den Köpfen einiger Positivisten, die der Betrachtung der Clotilde de Vaux hingegeben sind.

6. Die Politik in Brasilien

Fassen wir zusammen. Die Politik Brasiliens ist vom Agrariertum gekennzeichnet und trägt folglich feudalen Charakter. Es ist dies die Politik des Kaffees, dessen Verwertung mit Hilfe der Kampferspritzen der Auslands-

anleihen die Finanzen ruiniert, und zwar zur großen Befriedigung des englischen Imperialismus, dessen Kämpfe gegen den amerikanischen Imperialismus um den brasilianischen Markt gleichfalls das Spinngewebe ökonomischer und politischer Tatsachen zerreißen, indem er die Agrarier gegen die Industriellen unterstützt, die sich ihrerseits der Sympathien des interessierten amerikanischen Imperialismus erfreuen. Eben gegen diese feudale Ordnung hatte sich die kleinbürgerliche Schicht des brasilianischen Heeres empört, deren Sympathien für den Industrialismus und den demokratischen liberalen Geist nicht den engen Zusammenschluß der Wirtschaft mit der mittelalterlichen politischen Ordnung der Agrarier dulden konnten.

7. Die Ereignisse des 5. Juli

In dieser Stimmung griff das von all den wirtschaftlichen, psychologischen und moralischen Faktoren angespornte Heer im Bezirk von San Paulo zu den Waffen und nahm gemeinsam mit der Militärpolizei dieses Bezirks seine Hauptstadt ein, wo es einen Monat lang verblieb und von wo es sich in das Innere Brasiliens zurückzog; hier hält es sich im Norden, in Bahia, auf und kämpft noch mit den regulären Truppen, die in der Mehrzahl aus der Polizei der Bezirke und aus Söldnern bestehen.

Einige Erhebungen fanden in Rio, Ceara, Sergipe, Maranhao, Para, Amazonas, Pernambuco statt; sie wurden alle von der Regierung niedergeschlagen; ebenso in der Kriegsmarine, bei der das Großkampfschiff „S. Paulo“ revoltierte.

8. Die Aussichten in Brasilien

Die Aussichten sind nicht ungünstig für eine neue revolutionäre Welle und nicht gut für die Agrarier. Das Kleinbürgertum proletarisiert sich immer mehr; es verliert in den Niederlagen und angesichts des erbarmungslosen Vorgehens der Reaktion seine demokratischen Illusionen. Viele kleinbürgerliche Elemente sehen bereits, daß nach dem Siege der Revolution der industriellen Bourgeoisie eine neue Bewegung beginnen wird. Der Mittelstand sinkt auf eine niedrigere Stufe der Lebenshaltung herab als diejenige, die das Kleinbürgertum im Jahre 1914 innehatte. Die kapitalistische Konzentration macht Fortschritte. Die Fabrikation von San Paulo, die im Jahre 1918 556 000 000 Contos betrug, erreichte im Jahre 1921 die Summe von 804 000 000 Contos. Die Kaffeeproduktion erreicht dieses Jahr mit Mühe die Summe von 913 000 000 Contos. Das besagt, daß die industrielle Politik sich anschickt, der feudalen Politik ein Ende zu bereiten, und die wirtschaftliche und also auch die politische Vorherrschaft zu erringen.

Es entstehen zwei Parteien: die Partei der Jugend und die Demokratische Partei. Beide repräsentieren Schichten der Kleinbourgeoisie und der industriellen Bourgeoisie. Es sind baldige Kämpfe zu erwarten.

Hinzu kommen die Not der Arbeiterklasse, Vorkriegslöhne bei entwertetem Gelde, wachsende Teuerung der Lebenshaltung, Mangel an gesunden Wohnungen, Fehlen der Versammlungsfreiheit, unbeschränkte Ausbeutung durch den Kapitalismus und schwärzeste Reaktion. Das durch diese Leiden geschärfte Klassenbewußtsein der Proletarier wird nunmehr ausgeprägter, die

Arbeiterklasse wendet sich den Kommunisten, der Kommunistischen Partei zu, der einzigen Partei, die sich den Verfolgungen, den Verhaftungen, den Verbannungen widersetzt, die diesen blutigen Abschnitt der Geschichte der brasilianischen Arbeiterklasse kennzeichnen, der Klasse, die sich durch den erbittertsten Kampf und das vergossene Blut vieler ihrer Kämpfer gefestigt hat.

eng:
eria:
m
7

chen
i den
seine
das
und
izei

ja-
n:
o"

id
er
en
r-
ri-
kt
as
on
is
on
he
tik
irt-

he
i-

L
-
-
-
-

JOSEPH F. PENELON: CHILE UND DER ANGLO-AMERIKANISCHE IMPERIALISMUS

I.

Chile war eine englische Halbkolonie. Die Mehrzahl der Bergwerke und der Großindustrie befand sich im Besitz englischer und deutscher Kapitalisten. Seit dem Kriege entwickelte sich das nordamerikanische Kapital sehr schnell, und allmählich verdrängt Nordamerika den früher vorherrschend gewesenen englischen Einfluß.

„La Defensa Obrera“, das Organ der Kommunisten von Tocopila, äußerte darüber folgendes: „Das englische Kapital verfügt über vier Eisenbahnlinien im Salzgebiet (Norden). Es hat auch die Salpeterausbeute in seiner Hand. Seine großen Industrieunternehmungen werfen beträchtliche Gewinne ab und erlangen Konzessionen aller Art. Große Handelshäuser und zahlreiche Banken sind von ihm abhängig. Zusammen mit dem nordamerikanischen Kapital hält es sozusagen das Getreideverwertungsmonopol in seiner Hand. Sie haben auch das Monopol über die beträchtliche Ausbeute an Wolle (Süden).“

Der finanzielle Einfluß, den es durch Anleihen ausübt, ist sehr bedeutend. Seit dem Jahre 1885 bis zum Jahre 1912 hat das englische Kapital an Chile Darlehen in der Höhe von 35 610 600 Pfund Sterling gegeben, gegen 5 246 400 Pfund, die Chile bei den deutschen Banken aufgenommen hat. Seither verdrängen die Bankiers der Vereinigten Staaten die englischen Banken. Allein in den zwei Jahren 1921 und 1922 erhielt Chile durch die nordamerikanischen Bankiers Darlehen in einer Gesamthöhe von 33 628 678,36 amerikanischen Dollars.“

In den kommerziellen Unternehmungen Chiles waren die englischen Kapitalisten im Jahre 1916 durch 143 Unternehmungen mit einem Kapital von 14 563 140 chil. Pesos vertreten; im Jahre 1919 waren es 205 Unternehmungen mit einem Gesamtkapital von 42 136 736 Pesos. Nordamerika, das im Jahre 1916 durch 68 Unternehmungen mit 9 274 504 Pesos repräsentiert wurde, wies im Jahre 1919 97 Unternehmungen mit einem Kapital von 46 985 462 Pesos auf.

Im Ein- und Ausfuhrhandel wurde England durch Nordamerika aus seiner überragenden Stellung verdrängt. Während der Kriegsjahre hat Nordamerika seinen Handel mit Chile außerordentlich erweitert, und heute macht es England eine vernichtende Konkurrenz, so daß Großbritannien seine privilegierte Stellung der Vorkriegszeit nicht mehr zurückgewinnen kann.

Die englischen und nordamerikanischen Kapitalisten haben während der letzten Ereignisse in Chile eine wichtige Rolle gespielt. Der Staatsstreich gegen den Präsidenten Alessandri, den die militärische Diktatur ans Ruder gebracht hatte, wurde von den englischen Bankiers finanziert und unterstützt. Die neue militärische Bewegung, die der Diktatur Altamiranos ein

Ende gemacht hat, wurde durch die nordamerikanischen Banken mit Geld unterstützt.

Die Intervention der Vereinigten Staaten aus Anlaß der Frage Tacna-Arica ist ein Prüfstein für den wachsenden Einfluß des Imperialismus auf Chile und für die politischen Konsequenzen, die sich aus der ökonomischen Vorherrschaft der Vereinigten Staaten in den südamerikanischen Ländern ergeben können.

II.

Die Lage der Arbeiterklasse und der Kleinbauern

Die Lage der Arbeiterklasse in Chile ist für eine großangelegte kommunistische Agitation sehr günstig. Die proletarische Lebenshaltung ist recht niedrig. Die Durchschnittslöhne der Arbeiter können laut Angaben der Gewerkschaften mit etwa 8 chil. Pesos angenommen werden und sind durchaus unzureichend. Diese Durchschnittszahl wird errechnet, wenn die in der Industrie gebräuchliche Lohnbasis von 5 bis 15 Pesos pro Tag angenommen wird. Nur eine sehr kleine Zahl der Arbeiter erhält einen höheren Lohn als 15 Pesos.

Die Arbeitsbedingungen, soweit sie die Arbeitszeit, die Wohnungsverhältnisse usw. betreffen, sind nicht besser. Die Arbeitslosigkeit nimmt im Zusammenhang mit den industriellen Krisen, insbesondere im Bergbau periodisch große Ausmaße an. Die die Wohnungsverhältnisse betreffenden Fragen bringen jetzt eine sehr interessante, über das ganze Land ausgehende Agitation in Fluß.

In der Landwirtschaft ist die Lage ebenfalls schlecht. Nach Angaben des Blattes der Gewerkschaften und der Kommunistischen Partei von Tocopila macht sich das Getreidemonopol recht fühlbar. Die Lage der Kleinbauern, die die Eigentümer ganz unzureichender Bodenparzellen sind, ist ein sehr deutliches Kennzeichen für die Zustände innerhalb der Landwirtschaft.

In gewissen Bezirken wird den Arbeitern die elementarste Versammlungs- und Koalitionsfreiheit vorenthalten; die Kapitalisten gebärden sich wie wirkliche Feudalherren, und die kommunistischen Propagandisten müssen unzählige Hindernisse überwinden, wollen sie sich mit den Arbeitern in Verbindung setzen, die unter der von den Arbeitgebern und der Regierungspartei im Interesse der großen Besitzer ausgeübten schamlosen Reaktion seufzen.

Miserable Lebensbedingungen — des Namens würdig, mit dem gewöhnlich das chilenische Proletariat belegt wird: der „roto“ (der Zerlumpte) — bilden die notwendige Vervollständigung dieser Ausbeuterordnung. Die Zahl der Analphabeten ist sehr groß und beträgt fast 60 Prozent der Bevölkerungszahl; der Alkoholismus stellt eine wahre Plage dar. Die Teuerung hat schreckliche Ausmaße angenommen; kürzlich wurde die Aufhebung der Steuer auf die Einfuhr von argentinischem Vieh gefordert, weil der Preis für ein Kilo Fleisch eine märchenhafte Höhe erreicht hatte: 5 Pesos pro Kilo, d. h. für eine große Anzahl Arbeiter fast den Gegenwert eines Arbeitstages.

Die furchtbaren Folgen dieser Lage der Arbeiterklasse und der Kleinbauern möge das folgende Detail illustrieren: die Kindersterblichkeit (soweit sie Kinder unter einem Jahre betrifft) macht in einigen Bezirken über ein Drittel der Geburten aus; für das ganze Land kommen 264 Sterbefälle auf

1000 Geburten. Die Tuberkulose ist außerordentlich verbreitet, ebenso unzählige Krankheiten, die zu wahren Epidemien ausarten und das Resultat der Existenzbedingungen der armen Klassen darstellen.

III.

Die Lage des Mittelstandes — Die Intellektuellen

In gewissen Schichten des Mittelstandes besteht eine Mißstimmung, die von der anhaltenden Verschlechterung seiner ökonomischen Lage herrührt. Die Unzufriedenheit des Kleinbürgertums, der Beamten und Intellektuellen stellt einen wichtigen Faktor dar, der die bürgerliche Partei veranlaßt, sich einer demagogischen Politik zu befleißigen und so in der Arbeiterklasse und den unzufriedenen Elementen des Mittelstandes eine Stütze zu suchen. Ein kleiner Teil der Intellektuellen sympathisiert mit der Arbeiterklasse; ein Teil der Studenten unterstützt die Kämpfe der Werktätigen.

Die finanzielle Lage Chiles ist nach der letzten Krisis in der Salpeterindustrie (1921—1922), eine der Haupteinnahmequellen des Staates, sehr gefährdet und ist nicht imstande, der Beamtschaft gedeihliche Existenzbedingungen zu garantieren. Das Mißvergnügen erstreckt sich sogar bis auf das Heer. Diese politischen Zustände werden von dem großen, englischen wie amerikanischen Finanzkapital ausgenutzt, die sich ihrer zur Verschleierung der Austragung ihrer kapitalistischen Gegensätze bedienen und deren jeder auf ihre Kosten dem imperialistischen Nebenbuhler seine Vorherrschaft aufzwingen will.

Die Studenten spielen hier, ebenso wie in vielen anderen südamerikanischen Staaten, eine mehr oder minder revolutionäre Rolle, obgleich ihre Bewegung letzten Endes bürgerlich liberale Tendenzen verfolgt. Diese Tatsache hängt zweifellos damit zusammen, daß der Prozeß der Klassendifferenzierung noch nicht die Stufe der europäischen Länder erreicht hat und daß an den Hochschulen eine recht große Anzahl Studenten von proletarischer und halbproletarischer Abkunft zu finden ist. In dem Maße, wie mit dem Proletarisierungsprozeß der schneller als notwendig anwachsenden freien Berufe die Schwierigkeiten für die ärmeren Studenten steigen, nimmt die Hochschule allmählich einen ausgesprochenen Klassencharakter an; gleichzeitig jedoch beschwört sie in der Schicht der armen Studenten und Kopfarbeiter einen Widerstand herauf, indem sie gewisse Kategorien auf die Stufe des Proletariats zurückweist und auf diese Weise innerhalb dieser Kategorien eine mehr oder minder radikale Bewegung auslöst, die sich oft anarchistisch gebärdet, aber die Kennzeichen eines kleinbürgerlichen Revolutionarismus trägt.

IV.

Die politische Lage

Die politische Lage Chiles ist sehr interessant. Wir erleben einen Wechsel der entscheidenden Rolle innerhalb der politischen Macht, in der die alten Klassen, namentlich die großen, vom englischen Kapital unterstützten Salpeterbergwerksbesitzer von der liberalen Bourgeoisie verdrängt werden, die dem amerikanischen Kapital unterworfen ist und eine demagogische Politik betreibt, um in der Arbeiterschaft und in der armen Bauernschaft

eine Stütze zu finden. Folgende Umstände kennzeichnen die politische Lage in Chile:

1. Die rasend schnelle Entwicklung und Konzentration des Kapitalismus, die eine rapide Klassendifferenzierung und eine wachsende Proletarisierung des Mittelstandes begünstigen.

2. Der Gegensatz zwischen den bürgerlichen Klassen, der die Zersetzung der alten bürgerlichen Parteien und den Beginn einer neuen Umgruppierung herbeiführte, der die Formen des Machtkampfes annahm und das infolge dieser politischen Fragen uneinige Heer desorganisierte.

3. Die Folgen der durch den Weltkrieg heraufbeschworenen internationalen Krisis: die industriellen Krisen, die Desorganisation der Staatswirtschaft, die Verlegung der Handelswege und die rapide Entwicklung des amerikanischen Kapitals.

4. Die Ausbeutung des Landes durch das große imperialistische Industrie- und Finanzkapital, die die außerordentlich schnelle Umwandlung Chiles in ein Kolonialland zur Folge hat; das Bündnis des imperialistischen Kapitals mit gewissen Schichten der chilenischen Bourgeoisie.

5. Der Widerstreit der Imperialismen bei der ökonomischen Eroberung Chiles; die Versuche des amerikanischen Kapitals, den althergebrachten englischen Einfluß zu verdrängen, — ein Widerstreit, der immer deutlicher die Formen eines politischen Kampfes um den vorherrschenden Einfluß auf den Staat annimmt.

Alle diese verschiedenartigen, aufeinander zurückwirkenden Tatsachen führten zu einer überaus wichtigen politischen Krisis, in deren Verlauf sich eine Aenderung der entscheidenden Rolle ergeben mußte, die die bürgerlichen Klassen im Staate spielen. Der offene Kampf wurde durch den Sieg der liberalen Bourgeoisie entschieden, die eine demagogische Politik anwandte und mit dem Siege des Präsidenten Alessandri in der Arbeiterklasse eine Stütze suchte.

Diese Politik fand den Beistand des nordamerikanischen Kapitals, das das größte Interesse daran hatte, die Macht der alten Bourgeoisie zu zerstören, die sich besonders aus den großen Besitzern und den englischen Kapitalisten zusammensetzte.

Der militärische Staatsstreich Altamiranos war nur ein Versuch, die Macht dieser großen Besitzer und der englischen Großkapitalisten aufrechtzuerhalten, die von den Gegnern beschuldigt wurden, der Entfaltung des nordamerikanischen Einflusses Hindernisse entgegenzusetzen. Altamirano wurde von den englischen Bankiers finanziell unterstützt. Aber die alten Klassen, die im Staate die entscheidende Rolle gespielt hatten, waren nicht in der Lage, ihre Macht weiter zu behaupten und Zugeständnisse zu erlangen, die ihren Interessen gegenüber denjenigen der unter nordamerikanischem Einfluß stehenden Industriellen und Kaufleute günstig wären. Es genügt zu sagen, daß die Eigentümer der meistens von den Engländern ausgebeuteten Salpetergruben verlangten, infolge ihrer ungünstigen Lage von den Ausführsteuern befreit zu werden, die zu den wichtigsten Hilfsmitteln des Staates gehören (71 973 876 Pesos von 317 314 652 Pesos, ausschließlich der staatlichen Eisenbahnen) und einen wichtigen Posten im Budget darstellen, das infolge der die Staatseinnahmen bedeutend herabmindernden

Krisis dieser Industrie in einer kläglichen Verfassung war. Diese Steuern hätten naturgemäß durch andere Steuern auf andere Industrie- und Handelszweige ersetzt werden müssen. Sie haben die Aufhebung dieser Steuer nicht erreicht. Aber das war die Politik, für die sich die Anstifter des ersten Staatsstreichs hatten einsetzen müssen, obwohl sie vollkommen unmöglich war. Bald darauf fand ein zweiter Staatsstreich des Heeres statt, das, nachdem es anfangs das Instrument der Reaktionäre der alten Klassen gewesen war, nun die gleiche Demagogie spielen ließ, indem es in der Arbeiterschaft einen Stützpunkt suchte und mit finanzieller Unterstützung durch das nordamerikanische Kapital Alessandri wieder ans Ruder brachte. Der vom nordamerikanischen Kapital unterstützte industrielle und kommerzielle Mittelstand bemühtigte sich von neuem der Macht. Die Arbeiterklasse spielte bei diesem neuen Staatsstreich eine sehr wichtige Rolle. Die demagogische Politik der bürgerlichen Klasse und die darauffolgende politische Krisis hatten in der Arbeiterklasse eine sehr ausgedehnte Agitation entstehen lassen. Die Arbeitermassen erwiesen sich als ein entscheidender Faktor; in manchen Momenten hatte man den Eindruck, als würde das revolutionäre Proletariat in der Konstituante die Mehrheit bekommen. Ein engeres Band knüpfte sich zwischen Studenten und Arbeitern, und dementsprechend mußten die verschiedenen bürgerlichen Klassen zur Verteidigung ihrer Interessen ein gegen das Proletariat gerichtetes Bündnis zustande zu bringen suchen. Die Reaktion gegen die Arbeiter der Salpetergruben des Nordens, die die am stärksten konzentrierte und organisierte Arbeitermasse bilden und eine immer revolutionärere Haltung einnahmen (über die noch in einem besonderen Kapitel zu sprechen sein wird), hatte doppelte Arbeit zu leisten vermocht: die zeitweilige Vernichtung der Organisationen und der kommunistischen Aktivität der stärksten proletarischen Kräfte und damit die Möglichkeit, den Grad der Massenausbeutung durch das Salpeterkapital zu erhöhen, ohne ihm die Ermäßigung oder die Abschaffung der Salpeterexportsteuer zuzugestehen, die für den finanziell bankrotten Staat unerlässlich ist.

Die Regierung Alessandris füsilierte die Arbeiter, die ihr zur Macht verholfen hatten, zugunsten derjenigen, die den ersten Staatsstreich unternommen und Alessandri abgesetzt hatten, um die Militärdiktatur aufzurichten.

V.

Das Referendum für die Verfassung

Zusammen mit anderen Vorlagen der neuen Arbeitergesetzgebung, mit der die Regierung Alessandris ihre Demagogienpolitik weiter verfolgen und die proletarischen Massen für sich gewinnen will, brachte Alessandri ein neues Verfassungsprojekt ein, das Chile eine „starke“ Regierung geben und berufen sein sollte, die Herrschaft des Militärs zu ersetzen, das mit jedem Tage unpopulärer wurde und trotz seines am 23. Januar zugunsten Alessandris erfolgten Staatsstreiches immer noch das zuverlässigste Werkzeug in den Händen der alten politisch einflußreichen Klassen in Chile bleibt.

Diese Vorlage sichert dem Präsidenten eine außerordentliche, übermäßige Macht, die jede Möglichkeit der Kontrolle und der Autonomie zu-

nichte macht, einschließlich der Rechtsprechung, die zu einem einfachen Werkzeug in den Händen des Präsidenten wird. Beim Plebiszit aus Anlaß dieser Verfassungsvorlage stimmten die Parteien der Kommunisten, Radikalen und Demokraten gegen sie und bildeten eine Art Einheitsfront unter der Losung einer parlamentarischen Regierung. Der durch die Regierung, insbesondere durch das Militär ausgeübte Druck war sehr stark; die Verhaftung von Kommunisten, der Belagerungszustand in den nördlichen Bezirken, — alle möglichen Maßnahmen wurden ergriffen, um eine Gegenpropaganda zu verhindern. Diese Wahl hatte folgendes Ergebnis, das indessen nicht das Kräfteverhältnis widerspiegelt: 127 509 Stimmen für die Vorlage Alessandris; 6825 Stimmen der kommunistisch-demokratisch-radikalen Opposition dagegen; 1249 Stimmenthaltungen. Dieses Resultat — wir wiederholen es — gibt nicht das wahre Bild des Kräfteverhältnisses; die Wahlen waren bestellte Arbeit.

VI.

Die Einheitskonvention

In den Momenten, in denen die Arbeiterklasse eine unmittelbare Gefahr für die kämpfenden bürgerlichen Klassen darstellte, die die Konsequenzen dieser politischen Krise fürchteten, suchten die bürgerlichen Fraktionen eine Möglichkeit, sich zu verständigen und zu einem Uebereinkommen zu gelangen. Das Kräfteverhältnis innerhalb der bürgerlichen Klassen gestattete nicht das sichere Ueberwiegen der einen oder der anderen Klasse; man mußte sich also zu einer Abmachung bequemen. Darin eben bestand der Versuch Alessandris, eine Konvention aller Parteien zu erreichen, um einen Einheitskandidaten für den Präsidentschaftsposten der Republik aufzustellen. Die Kommunisten hatten beschlossen, an dieser Konvention teilzunehmen, um eine Militärkandidatur zu vermeiden.

Nach dem reaktionären Regime gegen die Kommunisten und der Zerstörung ihrer Organisationen, Druckereien usw. erschien das Proletariat den bürgerlichen Klassen nicht mehr als so gefährlich. Der Versuch eines allgemeinen Uebereinkommens erreichte nicht sein Ziel, da die bürgerlichen Gegensätze zu stark waren. Die Radikalen beschlossen die Aufstellung eines eigenen Präsidentschaftskandidaten. Diese wohl stärkste Partei, die die liberale Bourgeoisie vertritt, machte die Möglichkeit des Bündnisses zunichte.

Die militärische Gewalt sollte aufs neue eine bestimmende Rolle spielen. Der Kriegsminister Oberst Ibanez, ein aktiver Teilnehmer am Januarestreich, der zur Wiedereinsetzung Alessandris geführt hatte, beschloß, Alessandri zur Abdankung zu bestimmen; dieser übergab seine Funktionen seinem alten Nebenbuhler bei der Präsidentschaftswahl, Luis Barros Borgono, der diese Funktionen bis zum Schluß der Amtszeit Alessandris versehen wird.

Der Kriegsminister Oberst Ibanez kandidiert für den Präsidentenposten der Republik, und diese Tatsache, zusammen mit dem Umstand, daß Ibanez nicht als Kriegsminister demissionieren wollte, hat den Rücktritt Alessandris provoziert.

VII.

Die Unruhe in der Arbeiterschaft und die soziale Gesetzgebung

Die Regierung Alessandris hatte im Verfolg ihrer Demagogienpolitik die fortgeschrittenste soziale Gesetzgebung versprochen, um die Arbeiterklasse zufriedenzustellen, die in all den Ereignissen eine sehr wichtige Rolle gespielt hat. Aber diese soziale Gesetzgebung sollte in Wirklichkeit dazu dienen, die Ausbeutung der Arbeiter zu steigern, dem Staat neue Stützen zu verschaffen und die Beamtenschaft zu vergrößern. Ein Gesetz zur Linderung der Wohnungsnot, die zu den schwierigsten Fragen im Leben der Arbeiterklasse gehört, entfacht gegenwärtig eine starke Bewegung in den Massen, die seine Anwendung fordern, weil es bis heute nur auf dem Papier geblieben ist.

Ein anderes „soziales“ Gesetz des Präsidenten Alessandri, das Gesetz über die Pflichtversicherung gegen Krankheit und Invalidität und über das Recht auf Altersversorgung, rief eine bedeutsame Gegenaktion der Gewerkschaften hervor.

Nach der Berechnung der „Justicia“ sollte dieses Gesetz, das den Monatslohn um 2 Prozent und die Arbeitslöhne der Grubenarbeiter um 3 Prozent vermindern mußte, ohne — wie im allgemeinen alle bürgerlichen Gesetze — den Arbeitern wirkliche Vorteile zu gewähren, dem Staate 113 200 000 Pesos jährlich einbringen. (Im Jahre 1924 betrug das Defizit des Staatshaushalts 131 449 033 Pesos.) In dieser Summe waren die 3 Prozent auf die Arbeitslöhne enthalten, die von den Unternehmern getragen werden sollten.

Die Hauptkasse, die zur Durchführung dieses Gesetzes gegründet wurde, konnte auf Hypotheken Geld zu 10 Prozent Zinsen ausleihen.

Die in Chile schon ohnehin zahlreiche Beamtenschaft wurde zur Durchführung des Gesetzes um fast 2000 Leute vermehrt. Die 3 Prozent, die von den Unternehmern gezahlt werden sollten, würden für die Arbeiter eine neue Last bedeuten, wie an verschiedenen Beispielen in dem Manifest aufgezeigt wird, das über die Opposition der Gewerkschaften Aufklärung bringt. Die „Wohltaten“ dieses Gesetzes waren wahrhaft lächerlich gering: Pension nach dem 65. Lebensjahr, ärztliche Hilfe, Invaliditätsrente von 50 bis 100 Prozent nach Maßgabe der Zeitdauer der gezahlten 2prozentigen Versicherung, eine kleine Summe bei Todesfällen usw. — das war alles.

In Wirklichkeit stellen diese sozialen Gesetze im gegenwärtigen Moment reaktionäre Verlockungen der bürgerlichen Klasse dar, die sich gegen die proletarische Organisation in verschiedenen südamerikanischen Ländern richten; sie verfolgen ein ganz anderes Ziel als das vorgebliche und sind ein Anzeichen für die schwierige finanzielle Lage der bürgerlichen Staaten Südamerikas, die gezwungen sind, nach neuen Formen der Massenausbeutung zu suchen, indem sie bestrebt sind, die Massen innerlich zu spalten, eine Arbeiteraristokratie künstlich großzuzüchten und gleichzeitig die Ausbeutung der Massen zugunsten der Beamtenschaft zu verstärken.

Die chilenische soziale Gesetzgebung ging von keinen anderen Voraussetzungen aus; aber ebenso wie in dem Fall der Wohnungs- und Sozialversicherungsgesetze in Argentinien dient sie dazu, eine proletarische Unruhe gegen die bürgerlichen Klassen hervorzurufen, ja, sie spaltet selbst

die bürgerlichen Klassen, insbesondere das Kleinbürgertum und den Mittelstand, die mehr als die Großbourgeoisie unter den unmittelbaren Folgen dieser Unruhe zu leiden haben.

VIII.

Die Reaktion im Norden

Die hier summarisch dargestellte politische Situation und die zwei Staatsstreiche, die mit der Militärdiktatur über Chile hereinbrachen, entfachten eine starke Bewegung innerhalb der Arbeiterklasse, eine Bewegung, die die herrschenden Klassen in außerordentliche Unruhe versetzte. Intellektuelle, Studenten, Lehrer usw. brachten öffentlich ihre Sympathie für die Arbeiterklasse und für Sowjet-Rußland zum Ausdruck.

Die Besorgnis der Bourgeoisie war groß. Die Regierung Alessandris behielt zwar die Interessengegensätze unter den Kapitalisten im Auge und setzte ihre demagogische Politik auf der Basis der sozialen Gesetzgebung fort, deren wahren Sinn nur die Arbeiterschaft zu deuten versuchte und die der Arbeiterklasse nur leere Worte brachte; gleichzeitig aber traf sie die nötigen Schutzmaßnahmen gegen diese Bewegung innerhalb der Arbeiterschaft. Das Hauptpolizeiamt sandte an alle Polizeiamter ein Rundschreiben über die Schaffung einer neuen Abteilung, den „Sozialen Informationsdienst“, der folgende Aufgabe hatte:

1. Die Ueberwachung der Gründung von Vereinigungen im allgemeinen und insbesondere von Arbeitervereinigungen, in der Hauptsache von Gewerkschaftsverbänden.

2. Die Ueberwachung der Tätigkeit dieser Vereinigungen, insbesondere ihrer Zusammenkünfte oder Versammlungen, zwecks Informierung über die daselbst angenommenen Resolutionen und die Namen der „Anstifter“ dieser Zusammenkünfte.

3. Die Ueberwachung der gesamten Bewegung und insbesondere der Tätigkeit der Lohnarbeiter.

4. Die Aufstellung von Statistiken über diese Vereinigungen und ihrer Genossen oder Mitglieder nebst Angabe der sozialen Lehren, zu denen sie sich bekennen.

Dieses Rundschreiben zeigt mit genügender Beredsamkeit die Besorgnis der Regierung angesichts der Agitation der Arbeiterklasse.

Einige Monate später sah sich die Regierung veranlaßt, im Norden, im Salpeterbezirk mit seiner dichten Arbeiterbevölkerung, der stärksten Arbeiterorganisation und kommunistischen Bewegung, die Organisationen zu zerstören, die Arbeiterdruckereien niederzubrennen, die Arbeiter niederzumetzeln, in Haft zu nehmen und mehrere Hunderte der aktivsten Kämpfer zu verbannen.

In der Provinz Tarapaca hatte es die Arbeiterorganisation bis auf 12 000 Mitglieder im Hafen Iquique gebracht; 1500 Eisenbahner traten dem Gewerkschaftsverband bei. Die Sozialgesetze und ihre Anwendung erzeugten mehrere Konflikte zwischen der Eisenbahnverwaltung, dem englischen Kapital und den Eisenbahnern. Die Eisenbahner errangen einen vollständigen Sieg. Im ganzen Salpeterbezirk bestand eine Arbeiterbewegung zugunsten einer Lohnerhöhung, der Versammlungsfreiheit und der freien Verbreitung der Arbeiterpresse. Der Widerstand der Salpetergrubenbesitzer

gestattete nicht einmal die Anwendung der Sozialgesetze und wurde zum Anlaß eines Streiks, der durch die Einsetzung eines von der Obrigkeit vorgeschlagenen Schiedsgerichts und den Abschluß eines Kollektivvertrags zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern beendet wurde. Dieser Vertrag erfüllte einige Forderungen der Arbeiter und untersagte die Anwendung von Repressalien gegen die Streikenden.

Aber die Kapitalisten hielten diese Bedingungen nicht ein. Sie wandten eine ganze Reihe von systematischen Provokationen gegen die Arbeiter an — und entließen viele Arbeiter in Uebertretung der Vertragsklauseln. Währenddessen suchten die Behörden um militärische Hilfe nach zur „Aufrechterhaltung der Ordnung“.

Gleichzeitig nahm man die Eintragung in die Wählerlisten für die kommenden Wahlen in Angriff. Die Arbeiter trugen sich massenhaft ein, um die Kommunistische Partei zu unterstützen und den Kandidaten der Partei einen großen Erfolg zu sichern, wenn nur die Freiheit der Wähler im mindesten gewährleistet und das Wahlrecht respektiert war. Das bildete eine große Gefahr für die Kapitalisten, die ein sehr großes Interesse daran hatten, ihre Herrschaft der Kontrolle der Vertreter zu entziehen, die das Proletariat erwählen würde.

Gleichzeitig unternahmen die Arbeiter eine systematische Kampagne zugunsten der Anwendung der Sozialgesetze, die von den Kapitalisten mißachtet wurden, sobald sie den Arbeitern auch nur im mindesten dienlich sein konnten. „El Despertar“, ein proletarisches und kommunistisches Blatt, leitete eine Kampagne ein gegen das Monopol und die Mißbräuche, die eine staatliche Eisenbahngesellschaft beim Transport von Salpeter sich zuschulden kommen ließ, um eine Herabsetzung der hohen, durch das Monopol bedingten Transportkosten durchzusetzen. Dieser Feldzug der Arbeiter fand die Unterstützung der ganzen Bevölkerung.

Die Provokationen der Unternehmer erfuhren die ausgesprochene Unterstützung von seiten der Behörden. Die Salpetergrubenbesitzer verlangten die Aufhebung der Besteuerung der Salpeterproduktion. Die Regierung konnte ihnen die Aufhebung dieser Steuer nicht zugestehen, die, wie bereits erwähnt, eine der größten Einnahmen des finanziell heruntergekommenen Staates ausmacht; doch versprach sie ihnen, im Salpeterbezirk „die Ordnung aufrechtzuerhalten“. Das sollte bedeuten, wie nachher festgestellt werden konnte, daß die englische Gesellschaft die Steuer aus den Arbeitern herauspressen durfte, indem sie deren Ausbeutung steigerte und ihnen alle Ertragschaften entriß, nachdem die blindwütige Reaktion der Militärbehörden die Arbeiterorganisation zerstört hatte.

In dem Bezirk Pisagua nahm die Reaktion ihren Anfang. Die Behörden wollten es zur Pflicht machen, daß bei allen Arbeiterveranstaltungen die Nationalflagge getragen würde. Um der Reaktion, die offensichtlich im Anzuge war, aus dem Wege zu gehen, beschlossen die Arbeiter, keine Generalversammlungen zu veranstalten, solange diese Verfügung bestehe. Am 31. Mai, um Mitternacht, wurden ohne jeden Anlaß 33 Arbeiter dieses Bezirks unter Hausfriedensbruch aus den Betten gerissen und als Gefangene nach dem Hafen gebracht. Nachher wurden sie nach dem Orte Quinteras transportiert und auf einen Kreuzer gebracht. Am 2. Juni wurde das Blatt

„El Despertar“ geschlossen. Am 3. Juni wurde in San Antonio gewaltsam eine Gewerkschaftsversammlung aufgelöst, ohne daß bis heute dieser schwerwiegende Vorfall genügend geklärt wäre.

Angesichts dieser Tatsachen proklamierten die Arbeiter einen 24stündigen Generalstreik im ganzen Bezirk als Protest gegen die Anschläge auf ihre Rechte.

Während dieses Streiks wurde in der Niederlassung Coruna ein Zwischenfall provoziert, wobei ein Kantinenwirt tödlich verwundet wurde. Diese Tatsache wurde dazu benutzt, um die brutalste Reaktion auszulösen, indem das Gerücht ausgestreut wurde, die Arbeiter hätten in dieser Niederlassung einen Sowjet errichtet und wären mit Geschützen und Dynamit ausgerüstet. Die Militärbehörden setzten unbedenklich die Artillerie in Tätigkeit und mordeten erbarmungslos Männer, Frauen und Kinder. Im Orte Huera vollführten die Militärbehörden während einer Generalversammlung im Lokal der Gewerkschaft die gleichen Verbrechen.

In den anderen Orten dieses Bezirks war die Reaktion ebenso wild, obwohl die Arbeiter als Friedenszeichen weiße Fahnen herausgehängt hatten. Die Militärbehörden, gefolgt vom Vorstand und Nachtwächter der Niederlassung, drangen gewaltsam in die Häuser ein und fahndeten nach den in einer Liste vermerkten Arbeitern, die verhaftet, mißhandelt und am Abend erschossen wurden. Weder Frauen noch Kinder wurden geschont. Von den Soldaten vergewaltigt und mißhandelt, wurden einige von ihnen angesichts dieser Schrecknisse wahnsinnig.

Die Regierung schrieb an den mit dieser Metzelei betrauten General: „Nutzen Sie das Kriegsrecht aus, um mit allen Kommunisten Schluß zu machen.“

Dem Parteiaufruf nach beweisen sogar die militärischen Informationen die Haltlosigkeit der Gerüchte über die Bewaffnung der Arbeiter; denn sie besagen, daß 30 Arbeiter (ihre Zahl war in Wirklichkeit viel größer) getötet und viele verwundet wurden, ohne daß ein einziger Soldat gefallen ist. Das beweist die Niedermetzelung schutzloser Arbeitermassen.

Zuverlässigere Mitteilungen nehmen die Zahl der Getöteten und Erschossenen mit ungefähr 3000 an, die Verwundeten waren ebenfalls sehr zahlreich; hinzu kommen noch über 600 Eingekerkerte und 1000 Verbannte. Es wurden außerdem die Druckerei des Blattes „El Despertar“ und die Arbeiterlokale zerstört.

Nach diesen Ereignissen verbreitete sich die Reaktion über den ganzen Bezirk. In Antafagasta wurden Hunderte aktiver Arbeiter und Kommunisten in die Verbannung geschickt. Ein lächerlicher Prozeß wurde in dieser Stadt gegen elf unserer Genossen angestrengt, die nach den Akten des Kriegsrates folgender Handlungen beschuldigt waren: „Ohne gegen die Regierung zu rebellieren, haben sie mit List und anderen Mitteln den Umsturz der öffentlichen Ordnung propagiert, organisiert und betrieben, indem sie versuchten, einen Bürgerkrieg, eine Aenderung der Staatsverfassung und der Regierungsform herbeizuführen, um in Chile eine Regierung der Sowjets einzusetzen.“ Sie wurden auch beschuldigt, mit den „Rebellen“ von Iquique in Verbindung gestanden zu haben; auch wurde ihnen vorgehalten, daß

mehrere von ihnen sich nach der Art der sowjetrussischen Soldaten gekleidet hätten.

Unter solchen lächerlichen Vorwänden verurteilte das Kriegstribunal elf Genossen aus Antafagasta zu drei bis fünf Jahren Verbannung nach den südlichen Inseln, die wegen ihres Klimas sehr gefürchtet sind.

Dieses ungeheuerliche Urteil hat eine heftige Erregung hervorgerufen; sogar in den konservativen Klassen machte sich eine Protestbewegung gegen das Urteil bemerkbar.

Sogar bürgerliche Politiker der Radikalen Partei mußten den Bezirk verlassen, weil sie zu eifrig gegen diese Mißbräuche protestiert hatten. Unter dem Druck dieser Bewegung änderte die Regierung den Verbannungsort unserer Genossen; aber sie bestätigte das ihnen zudiktierte Urteil, obgleich sogar ein Minister die Bestechlichkeit der Behörden in dem Bezirk nachwies, der unmittelbar den englischen Salpetergrubenbesitzern unterstellt ist.

In Tocopila wurden die Genossen gleichfalls verbannt, auch wurde dort das Blatt „La Defensa Obrera“, ebenso wie „El Comunista“ in Antafagasta verboten. Sieben Kommunisten aus Tocopila, unter ihnen die vier Redakteure von „La Defensa Obrera“, wurden auf eine einfache administrative Verfügung hin verbannt. Nachher wurden sie wieder freigelassen.

Nach diesen Ereignissen begann eine allgemeine, wenn auch weniger heftige Reaktion gegen die Kommunistische Partei. In dem Bezirk der Kohlengruben wurden gleichfalls viele Kämpfer in die Verbannung geschickt.

Heute ist die Partei fast illegal. Die Militärzensur verbietet unsere noch in Chile erscheinenden Zeitungen, diese Tatsachen mit gebührender Eindringlichkeit zu behandeln.

SPEKTATOR: DIE SOZIALEN PROBLEME DER VEREINIGTEN STAATEN IN DER BELEUCHTUNG ZWEIER DEUTSCHER VERFASSEN

In letzter Zeit begann eine wahre Wallfahrt deutscher Ingenieure, Volkswirtschaftler, Industrieller und Bankiers nach den Vereinigten Staaten. Jeder von ihnen fühlt sich verpflichtet, seine Eindrücke von diesem Lande mitzuteilen, und zwar zur Belehrung seiner Mitbürger . . . Die Amerika-Literatur ist unglaublich angeschwollen, — doch erfreut sie sich in Deutschland selbst keiner besonderen Wertschätzung. Eine Ausnahme davon bilden ganz wenige Verfasser, die mehr oder weniger interessante Untersuchungen vornehmen oder zum mindesten einige Probleme anschnitten. Zu diesen wenigen Ausnahmen gehören unbedingt zwei in Deutschland erschienene Bücher: „Das wirtschaftliche Amerika“, von Carl Köttgen, und „Amerika-Europa“, von Arthur Feiler.*

Der Dr.-Ingenieur e. h. Carl Köttgen ist ein Leiter des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit; er wurde von dieser Unternehmerorganisation nach den Vereinigten Staaten entsandt, um die Arbeitsbedingungen in Amerika im Vergleich mit denjenigen in Deutschland zu untersuchen. Sein Buch, das reichhaltiges Material aufweist, gehört jetzt zum eisernen Bestand der Unternehmerliteratur und dient für diese Kreise als Quelle, aus der die Unternehmer die Beweisgründe für die Rechtfertigung ihres Angriffs auf die deutschen Arbeiter schöpfen. Köttgen ist auf dem Gebiete der ökonomischen Theorie ein ausgesprochener Analphabet. Und der Umstand, daß sein Buch so populär geworden ist und von der Bourgeoisie so hoch eingeschätzt wird, bietet nur noch einen weiteren Beweis für den Verfall der europäischen Volkswirtschaft und gleichzeitig auch des „theoretischen“ Denkens der bürgerlichen ökonomischen Wissenschaft.

Arthur Feiler, der Chefredakteur der „Frankfurter Zeitung“, verfügt im Gegenteil über ein ungewöhnliches volkswirtschaftliches Wissen und über ein feines Wirklichkeitsgefühl; aber er ist Demokrat, und dieser Umstand färbt auf alle seine Ansichten ab. Er sieht auch die schwachen Seiten der Entwicklung Amerikas, ist aber nicht imstande, sich von manchen demokratischen Illusionen frei zu machen, die ihn hindern, mit genügender Schärfe zu betonen, wie sehr angefault und altersschwach das ganze politische System der Vereinigten Staaten ist, wie unerträglich der Druck geworden ist, den der Geldsack auf das ganze Leben des Landes ausübt. Nichtsdestoweniger gehört das Feilersche Buch, von Details abgesehen, zu den besten Publikationen über Amerika. Die Gegenüberstellung dieser zwei Bücher wird aus dem Grunde vorgenommen, weil Feiler, der doch in diesen Fragen auch für die Unternehmer eine anerkannte Autorität darstellt, in vielen Beziehungen das von Köttgen Gesagte widerlegt.

Die Aufgabe Köttgens ist es, zu beweisen, daß Europa — und insbesondere Deutschland — die gleichen Arbeitsmethoden wie in Amerika einführen müsse, jedoch ohne die Arbeitslöhne, die dort der Arbeiter erhält . . . Zu diesem Zwecke will er vor allem eine „Erklärung“ für die hohen Arbeitslöhne in den Vereinigten Staaten geben.

Die „Theorie“ Köttgens ist sehr einfach: „Alles Erzeugte wird verbraucht. Es muß so sein, wo sollte es sonst bleiben?“ Daraus leitet er seine prinzipielle These ab: „Der Verbrauch ist gegeben durch die Menge des Erzeugten.“ (S. 3.) Alles Erzeugte wird also verbraucht; wo kommt dann aber die Akkumulation des Kapitals

* Carl Köttgen, Das wirtschaftliche Amerika, Berlin 1925; Arthur Feiler, Amerika-Europa, Frankfurt a. M. 1926.

her? Wie kann heutzutage irgendeiner, der noch dazu Ingenieur ist, die Akkumulation des Kapitals vergessen! Wenn aber ein bedeutender Teil der Produktion als Grundkapital zurückbleibt, dann ist es klar, daß die Grenzen des individuellen Konsums nicht vom Umfange der erzeugten Produkte, sondern vom Wechselverhältnis zwischen dem individuellen Verbrauch und der kapitalistischen Akkumulation bestimmt werden. In dem Falle, daß der Verbrauch das ganze Erzeugnis aufzehrt, muß er sich selbstverständlich darauf beschränken, was (im gegebenen Moment und früher) erzeugt worden ist, da doch die Erzeugnisse nicht vom Himmel fallen, sondern erst hergestellt werden müssen. Folglich ist die prinzipielle, von Köttgen durch Sperrdruck hervorgehobene These entweder die Feststellung einer Selbstverständlichkeit oder die Behauptung eines offenbaren Unsinn, als gebe es bei der gegenwärtigen Ordnung keine Akkumulation.

Nachdem Köttgen diese erste Entdeckung gemacht hat, geht er weiter und erteilt auf Seite 48 den deutschen Arbeitern folgende Lehre: „Der Lohn ist abhängig von der Gesamterzeugung des ganzen Landes und eines jeden Einzelnen.“ Wiederholt er in der Frage der Reproduktion die Klassiker, so wird er hier bereits vulgär, da er annimmt, daß die Arbeiter ihr ganzes Erzeugnis erhalten und daß folglich die Höhe des Arbeitslohnes dem ganzen Produkt gleich ist. Daß irgendein Teil auch in die Taschen der Unternehmer, Bankiers und Großgrundbesitzer fließt, weiß dieser moderne Ingenieur nicht, der die Wirtschaftsordnung Amerikas und Europas untersucht.

„Wenn aber mehr erzeugt als unmittelbar verbraucht wird“, fährt er fort, „dann dient dieses Mehr zur Verbesserung der Erzeugung, also wieder zu ihrer Steigerung. Deshalb ist Kapitalbildung notwendig, schädigt nicht den Einzelnen, sondern kommt allen zugute“.

Hier erinnert er sich anscheinend daran, daß es auch eine Akkumulation des Kapitals gibt; aber er vergißt doch, daß es einen unproduktiven Verbrauch der Kapitalisten und ihrer Sippschaft gibt. Der Kampf gegen den Verbrauch dieser Art bildet neben dem Kampf gegen die Produktionsanarchie den grundlegenden ökonomischen Gehalt des gesellschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse. Alles das ist Köttgen unbekannt. Ist es aber möglich, daß auch der Verein Deutscher Ingenieure, der das Buch verlegt hat und auf jede Weise anpreist, nichts von allen diesen Problemen des heutigen Klassenkampfes weiß? Kann man sich noch nach alledem wundern, daß die deutschen Ingenieure (und nicht nur die deutschen) so wenig von der gegenwärtigen Arbeiterbewegung verstehen, und dem Kapital nicht nur für Geld, sondern aus ganzer Seele dienen, da sie überzeugt sind, daß alles Seiende vernünftig ist und gar nicht anders sein kann? . . .

Köttgen versucht es aber auch, seine Lehrsätze statistisch zu beweisen. Sehen wir uns seine Angaben näher an. Er sagt, in Amerika seien die Löhne 3 bis 4mal höher als in Deutschland . . . Wie läßt sich diese Tatsache erklären? Durch die größere Fruchtbarkeit des Bodens, die kleinere Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten. In den Vereinigten Staaten befassen sich nur 29 Prozent der werktätigen Bevölkerung mit der Erzeugung von Lebensmitteln; in Deutschland dagegen sind es 43,3 Prozent. Die übrige Bevölkerung erzeugt alles andere, was zum Leben und zum Komfort gehört, an dem auch die Arbeiter teilhaben (S. 17—18). Was beweisen diese Zahlen, vorausgesetzt, daß sie richtig sind? Sie beweisen, daß die Produktivität der Arbeit in den Vereinigten Staaten um einige Prozent höher ist als in Deutschland. Aber wie erklärt es sich, daß die Erzeugnisse dort (nach seinen Angaben um das Doppelte) teurer sind als in Deutschland? Durch den höheren Arbeitslohn? — der indessen in der höheren Produktivität des Bodens seine Erklärung findet. Es gibt doch aber nur eines von beiden: entweder wird der hohe Arbeitslohn durch die hohe Produktivität wettgemacht, und dann ist es unklar, weshalb die Warenpreise in Amerika hoch sind; oder aber er wird durch die hohe Produktivität nicht wettgemacht, und dann ist es unverständlich, weshalb man in Amerika höhere Löhne zahlt, und wozu dann diese ganze „Theorie“ der Abhängigkeit des Arbeitslohnes von der Ertragsfähigkeit des Bodens.

In der Tat, seine Zahlen sind nicht besonders zuverlässig! Der nominelle Arbeitslohn in den Vereinigten Staaten übersteigt nach Köttgen den deutschen Arbeitslohn um das Drei bis Vierfache, oder im Durchschnitt um das Dreieinhalbfache (nach den Angaben Feilers, die auch von den Angaben der „Wirtschaftskurve“ bestätigt werden, ist der amerikanische Arbeitslohn 4 bis 5mal höher als der deutsche); der Reallohn in Amerika übertrifft den Lohn in Deutschland um das 1,7fache (nach Feiler bedeutend mehr), während der Unterschied in der Produktivität der Arbeit 1,49 beträgt.

Aber das ist noch nicht alles. Wie ist Köttgen zu seinen Zahlen gekommen? Er errechnet, wieviel Leute in der amerikanischen Landwirtschaft bei Getreidebau, Viehzucht usw., mit Abzug der Baumwollproduktion, beschäftigt sind, und bringt 12 Prozent auf den Teil der Lebensmittel in Abzug, der ausgeführt wird. Weiterhin zählt er den Teil der Arbeiter hinzu, die in der Erzeugung der Produktionsmittel für die Landwirtschaft sowie in der Bearbeitung und Verteilung der Erzeugnisse beschäftigt sind, ohne jedoch die Arbeiter einzubeziehen, die an den zum Transport der Erzeugnisse dienenden Eisenbahnen beschäftigt sind. Er erhält indessen dieses Resultat infolge der Annahme, daß der Austausch zwischen den landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnissen nach ihrem Wert vor sich geht und daß die ganze Ausfuhr gegen industrielle Gebrauchsartikel ausgetauscht wird oder daß umgekehrt die eingeführten landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit Industrieerzeugnissen bezahlt werden. Weder die eine noch die andere Annahme ist richtig. Hier ist offenbar die Rolle der sogenannten „unsichtbaren Ausfuhr“, der Einkünfte vom Kapital, aus dem Transport, vom Kapitalexport und -import usw. außeracht gelassen!

Luft, der Amerika nicht nur aus Büchern kennt, und bereits mehrere Schriften über amerikanische Probleme veröffentlicht hat, macht in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik“ (1926) aus Anlaß des Köttgenschen Buches einige sehr interessante Bemerkungen. Er stellt vor allem fest, daß die amerikanische Landwirtschaft hochwertige Waren erzeugt, während in der deutschen Landwirtschaft nach wie vor minderwertige Massenartikel produziert werden. Ferner seien die Produkte in Amerika nicht teurer als in Deutschland; in Amerika bestehe überhaupt ein sozial höheres Verbrauchsminimum, was nicht dasselbe sei wie das wirtschaftliche höhere Verbrauchsminimum; der amerikanische Arbeiter sei gar nicht imstande, so schlecht zu leben wie der deutsche Arbeiter. Schließlich weist er darauf hin, daß die Lage des deutschen Arbeiters vollkommen unsicher sei, während der amerikanische Arbeiter unter den gleichen Bedingungen wie früher immerhin für 1—2 Jahre Arbeit finde.

Er erklärt schließlich, die soziale Frage des heutigen Deutschlands bestehe durchaus nicht darin, wieviel Stunden gearbeitet werden müsse, damit sich der Arbeiter seinen Lebensunterhalt verdiene, sondern darin, ob es genügend Arbeit wenigstens für acht Stunden gebe.

Der Standpunkt Lufts läuft darauf hinaus, daß das Unglück Deutschlands in der Entwicklung des Klassenkampfes und Klassenhasses zu suchen sei . . ., was für die Psychologie dieser „Intellektuellen“, die ihr Zukunftsideal gleichfalls in Amerika sehen, sehr kennzeichnend ist.

Auch an einer anderen Berechnung kann die ganze Unhaltbarkeit der Köttgenschen Konstruktion aufgewiesen werden.

Nehmen wir beispielsweise England. Dort waren im Jahre 1911 12 Prozent der selbständigen Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt; dazu kommen noch 2 Prozent, die mit der Bearbeitung der Landwirtschaftserzeugnisse beschäftigt waren; mit denjenigen zusammen, die in der Erzeugung von landwirtschaftlichen Maschinen usw. arbeiten, ergeben sich insgesamt 14 bis 15 Prozent. Da England selbst 60 Prozent der Lebensmittel erzeugt (im Jahre 1907 wurden für 235 Millionen Pfund Sterling Lebensmittel eingeführt, während der Gesamtkonsum 600 Millionen Pfund Sterling betrug*, so waren ungefähr

* First Report of the Royal Commission on the food prices. I 19.

25 Prozent damit beschäftigt, die englische Bevölkerung zu ernähren. Wenn noch ein Viertel der in Handel und Transport Beschäftigten hinzugefügt werden, so ergeben sich 30 bis 31 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung, die im Heranschaffen, Verteilen und Bearbeiten der Nahrungsmittel beschäftigt sind. Ist daraus zu schließen, daß die Arbeitsproduktivität in England nicht niedriger ist als in Amerika? Wieso ist dann aber der Arbeitslohn in England niedriger ist als in Amerika? Wir glauben, daß auch Köttgen nicht zu dieser Schlußfolgerung kommt. Es ergibt sich also, daß die Theorie Köttgens weder methodologisch noch tatsächlich irgendwie der Kritik standhalten kann.

Was empfiehlt nun Köttgen den Deutschen als Rettungsmittel? Verlängerung der Arbeitszeit und Rationalisierung, Normalisierung und Standardisierung der Arbeit (er lehnt indessen das Ford-System ab, als einen Einzelfall, der sich nach seiner Meinung nicht einmal in Amerika, geschweige denn in Europa wiederholen kann). Was sich hinter all diesen Schlagworten in Wirklichkeit verbirgt, erfahren wir aus Feilers Buch. Feiler gibt eine anschauliche Schilderung dessen, wie die Maschine den Arbeiter an sich kettet, wie sie seine Arbeit, die Intensität und Ergiebigkeit seiner Arbeit, reguliert. Feiler sagt folgendes:

„Wo keine das Tempo regelnden Verträge mit den Arbeitern und Angestellten bestehen, holt das Band aus den Menschen das Aeüßerste an Arbeit heraus, und oft mehr als das Erträgliche. Denn dann ist die Entscheidung darüber, welche Menge Arbeit jeweils in einer bestimmten Zeit auf das Band gegeben werden kann, ja einfach eine Frage der Erfahrung. Und wenn schon der Wettbewerb unter den unorganisierten Angestellten hier dem Unternehmer schärfste Anspannung ermöglicht, so soll es sogar vorkommen, daß manche Unternehmungen eigene Rekordbrecher einstellen, die für doppelten Lohn entsprechend vergrößerte Erfahrungsmengen erarbeiten; dann müssen die anderen zum alten Lohn folgen, um so wehrloser, je bescheidener ihre Stellung... Wohltätigkeitsanstalten sind, wie Ford gesagt hat, die amerikanischen Betriebe wirklich nicht; und sein Ingenieur hatte schon recht, daß man bei solchem System den Anreiz des Akkordlohnes nicht brauche. Ich habe bei ihm und anderswo stellenweise furchtbare Auspressung der Menschen durch den Conveyor (das laufende Band) gesehen, die schlimmsten Fälle bemerkenswerterweise nicht in einem Industriebetriebe, sondern in einem Handelsbetriebe...“

Und Feiler erzählt, daß die Angestellten 350 bis 400 Briefe in einer Stunde zu bearbeiten haben. In einer Fabrik mußte eine Arbeiterin auf die sich drehende Scheibe Messingplättchen zum Durchbohren legen, und zwar hatte sie diese Arbeit 12 000 mal am Tage auszuführen; d. h., sie mußte während einer achtstündigen Arbeitszeit ein- und dieselbe Bewegung fast zweimal in der Sekunde machen. Man kann sich denken, was aus einem Menschen wird, der täglich acht Stunden lang in einer derartigen Anspannung arbeitet.

Die Automatisierung kann bis zur Vollständigkeit gehen: wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen, in Reihen eng nebeneinander gepreßt, auf Stühlen, die sie niemals verlassen dürfen, an dem Bande sitzen, mit Teilarbeiten beschäftigt, deren Zweck ihnen gänzlich verborgen ist, weil sie niemals sehen, was vorher geschah und was nachher daraus wird (s. S. 172 f.).

Wie ist die tatsächliche Lage der Arbeiter in den Vereinigten Staaten? B. Goldschmidt weist („Abriß der wirtschaftlichen und sozialen Politik“, Verlag Planwirtschaft, Seite 45) richtig darauf hin, daß es bei der großen Verschiedenheit in der Entlohnung und Arbeitszeit schwierig ist, den Stunden- und Tageslohn in einzelnen Industriezweigen sogar an demselben Orte festzustellen, wenn dort das System der Open Shop Policy herrscht, d. h. die Zulassung auch solcher Arbeiter, die keiner Gewerkschaft angehören, da deren Arbeitsbedingungen nicht durch die Abmachung zwischen Arbeitnehmer und Verband bestimmt werden, sondern von dem privaten Uebereinkommen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer abhängen. Die Lage der organisierten Arbeiter erhellt aus folgenden Angaben. Die Entlohnung gleicht meistens dem durch Tarifvertrag festgesetzten Mindestlohn, der aber für die unorganisierten Arbeiter nicht in Betracht kommt.

Reallohn der organisierten Arbeiter*

(1913 = 100)

Jahr	Nominal- Lohn- index	Lebens- haltungs- index	Kaufkraft des Reallohnes	Veränderung des Lohnes gegen 1913
1913	100,0	100,0	100,0	— 0,0
1914	101,9	103,0	98,9	— 1,1
1915	102,8	105,1	97,8	— 2,2
1916	107,2	118,3	90,6	— 9,4
1917	114,1	142,4	80,1	— 19,9
1918	132,7	174,4	76,1	— 23,9
1919	154,5	188,3	82,0	— 18,0
1920	199,0	208,5	95,4	— 4,6
1921	205,3	177,3	115,8	+ 15,8
1922	193,1	167,3	115,4	+ 15,4
1923	210,6	171,0	123,2	+ 23,2
1924	228,1	170,7	133,6	+ 33,6
1925	237,9	173,5	137,1	+ 37,1

Hierbei ist indessen nicht die Verkürzung der Arbeitszeit berücksichtigt. Das wirkliche Wocheneinkommen betrug (bei voller Arbeitswoche)**:

Jahr	Arbeitsstunden (1913 = 100)	Wochenlohn
1913	100,0	100,0
1914	99,6	101,6
1915	99,4	102,3
1916	98,8	106,2
1917	98,4	112,4
1918	97,1	129,6
1919	94,7	147,8
1920	93,8	188,5
1921	93,9	193,3
1922	94,4	183,0
1923	94,3	198,6
1924	93,9	214,3
1925	93,0	222,3

Wird der Wochenlohn in das Lebenshaltungsminimum umgerechnet, dann ergibt sich beispielsweise für das Jahr 1925 im ganzen 128, was für zehn Jahre eine recht unbedeutende Steigerung ausmacht, insbesondere, wenn die riesigen Gewinne in Betracht gezogen werden, die von den Unternehmern in diesem Zeitraum eingestrichen worden sind. Das ist jedoch nur der Lohn der organisierten Arbeiter. Die Lage der unorganisierten Arbeiter ist noch schlimmer. So betrug im amerikanischen Baugewerbe der am 15. Mai festgestellte Lohn:

	1913	1923	1924	1925	1925 im Verhält- nis zu 1923 (in Prozent)
	(in Cents pro Stunde)				
Maurer	67,1	132,1	135,1	139,2	207
Stukkateure	64,9	113,6	139,0	142,8	220
Tischler	49,8	108,4	104,9	107,0	215
Maler	47,1	110,8	101,8	104,8	223
Hilfsarbeiter	29,7	72,8	67,5	70,7	238

* Monthly Labour Review. Januar 1926.

** Monthly Labour Review. November 1925.

Diesen verhältnismäßig hohen Arbeitslohn erhalten indessen nur die wenigen organisierten Arbeiter; die ungeheure Mehrzahl der Bauarbeiter erhält nach der Rundfrage des Arbeitsnachweises (National Association of Builders Exchanges) einen viel niedrigeren Arbeitslohn, und zwar am 1 Oktober:

	(in Cents pro Stunde)		
	Nach Angaben der Gewerkschaften (1. Mai 1925)	Arbeitslohn eines Nichtorganisierten (1. Oktober 1925)	Mindereinnahme des Nichtorganisierten
Maurer	139,2	138,0	1,2
Stukkateure	142,8	138,6	4,2
Tischler	107,0	96,2	10,8
Maler	104,8	95,1	9,7
Hilfsarbeiter	70,7	49,4	21,3

Es kann folglich festgestellt werden, daß die nichtorganisierten Arbeiter (die die riesige Mehrheit der Arbeiterklasse der Vereinigten Staaten bilden) einen bedeutend niedrigeren Arbeitslohn erhalten als die organisierten, wobei die gelernten Arbeiter einen viel kleineren Ausfall zu verzeichnen haben als die ungelerten Arbeiter, bei denen der Lohnunterschied mitunter 40 Prozent ausmacht. Im Durchschnitt bekommen die Hilfskräfte 64 Prozent, die Maler 77 Prozent und die übrigen Berufskategorien 81 bis 84 Prozent des Arbeitslohnes der Organisierten*. Die Schilderung des Arbeiterwohlstandes in Amerika bedarf also einer bedeutenden Korrektur... Es muß noch hinzugefügt werden, daß die Vereinigten Staaten auch noch ihre Parias haben, deren Ausbeutung wohl noch über die Grenzen der Arbeiterausbeutung hinausgeht, wie sie in den kapitalistischen Ländern Europas bestehen. Ganz zu schweigen von der Ausbeutung der unmittelbar in der Produktion beschäftigten 5 Millionen Neger, deren Lage sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft sogar als Pächter viel schlimmer ist als die Lage der europäischen Arbeiter. Auch die Ausbeutung der Kinderarbeit hat in Amerika äußerst verbreitete abstoßende Formen angenommen.

„Hunderttausende von amerikanischen Kindern in zartem Alter gehen wie in den schlimmsten Zeiten des europäischen Frühkapitalismus auch heute noch die Straße zur Fabrik statt zur Schule... Die Kinderarbeit ist einer der schwersten Krebschäden Amerikas“ — sagt Feiler auf Seite 100.

Es ist also klar, daß es sich hier um den Wohlstand einer Handvoll Arbeiteraristokraten handelt, während die breiten Massen der amerikanischen Arbeiterklasse, aus denen die letzten Säfte herausgepreßt werden, einen trotz allem unzureichenden Lohn bekommen. Es ist allgemein bekannt, daß in Amerika die Produktivität der Arbeit bedeutend höher ist als in Europa, manchmal drei- bis viermal, wie beispielsweise im Bergwerksbetriebe, und trotzdem diese traurige Lage der Kinder und unorganisierten Arbeiter, von den Negern ganz zu schweigen!

Es ist schwierig zu sagen, in welchem Maße die Arbeitslöhne der unorganisierten und der erwähnten am schlechtesten bezahlten Arbeiterschichten in den letzten zehn Jahren gestiegen sind; jedenfalls stimmen die Angaben Köttgens, daß der Reallohn in den Vereinigten Staaten 1,7 mal höher ist als in Deutschland, nicht für die unorganisierten Arbeiter. Im Vergleich zu dem Arbeitslohn der englischen Arbeiter wird der Arbeitslohn in den Vereinigten Staaten nicht bedeutend höher sein. Wie erklärt sich aber trotz allem die unbezweifelbare Tatsache, daß die Arbeitslöhne in Amerika höher sind als in Europa? Feiler beantwortet diese Frage mit dem Hinweis auf den kolonialen Charakter der Vereinigten Staaten.

„Amerika,“ sagt er, „ist heute in einem Uebergang. Noch ist es nicht eigentlich es selbst, ist vielmehr noch europäische Kolonie, koloniales Europa. Doch die Ablösung hat begonnen.“

* Wirtschaft und Statistik 1926. Seite 163.

Bekanntlich sah auch Marx Amerika als eine europäische Kolonie an, und zwar auf Grund des Umstandes, daß die Vereinigten Staaten noch über freies Land verfügen und bessere Arbeitsbedingungen gewähren.

„Der Lohnarbeiter von heute,“ schrieb er als Antwort auf die Ausführungen E. G. Wakefields, „wird morgen unabhängiger, selbstwirtschaftender Bauer oder Handwerker. Er verschwindet vom Arbeitsmarkt, aber nicht ins Workhouse. Diese beständige Verwandlung der Lohnarbeiter in unabhängige Produzenten, die statt für das Kapital für sich selbst arbeiten, und statt den Herrn Kapitalisten sich selbst bereichern, wirkt ihrerseits durchaus schadhaft auf die Zustände des Arbeitsmarktes zurück. Nicht nur bleibt der Exploitationsgrad des Lohnarbeiters unanständig niedrig. Der letztere verliert obendrein mit dem Abhängigkeitsverhältnis auch das Abhängigkeitsgefühl vom entsagenden Kapitalisten. Daher alle Mißstände, die unser E. G. Wakefield so brav, so beredt und so rührend schildert.“ („Das Kapital“, Band 1, Auflage 7, Seite 734.)

Sodann zitiert er denselben Verfasser, der darüber klagt, daß es an Arbeitskräften fehle und daß die Arbeiter einen zu großen Teil des Gesamtprodukts erhalten. Ganz dasselbe sagt auch Feiler:

„Die Naturgüter sind im Ueberfluß vorhanden, aber knapp ist die Zahl der Menschen, um sie fruchtbar zu machen. Das Material ist billig, aber um so teurer die Arbeitskraft, die ihm zugesetzt wird...“

Wenn aber noch Marx den Bürgerkrieg als Ende der Kolonialperiode annimmt, so wird es von Feiler an den Anfang der neunziger Jahre verlegt, als der Bestand des Freilandes sich zu erschöpfen begann. Dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen. Der Krieg und die Nachkriegskrisis haben ihn sehr beschleunigt, und man kann, wie wir an anderer Stelle (in einem in Vorbereitung befindlichen Werk über die amerikanische Landwirtschaft als Faktor des Inlandmarktes) beweisen werden, jetzt annehmen, daß die Kolonialperiode endgültig der Vergangenheit angehört. Gleichzeitig hat sich auch die soziale und wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse bedeutend verändert. Es gibt keinen freien Grund und Boden mehr; die Landbevölkerung vermindert sich nicht nur relativ, sondern auch absolut. Man kann bereits einen Druck der überzähligen Landbevölkerung auf die Lage der Arbeiter in den Städten bemerken.

Und nun erreichte die „Arbeiteraristokratie“ zur Rettung ihrer Position die Einschränkung der Einwanderung, um sich ihre privilegierte Stellung auf dem Arbeitsmarkte zu bewahren. Feiler hat den Sinn dieses Schrittes außerordentlich deutlich erkannt.

„Bisher,“ schreibt er, „war es Ziel und Ergebnis der amerikanischen Maschinisierung, daß sie gelernte Arbeit durch ungelernete ersetzte, indem sie die Maschine an die Stelle der hochwertigen Arbeitskraft brachte und den Menschen auf die Bedienung der Maschine beschränkte. Das wird jetzt schon zusehends schwieriger, weil eben gerade die ungelernete Arbeit keinen genügenden Zuwachs mehr von draußen erfährt. Maschinisierung, Elektrifizierung durch Ausnutzung der Wasserkräfte und ähnliche Mittel zur Ersparung von Menschenkraft bleiben weiter möglich. Aber wenn die Erschließung Amerikas nicht einen ganz schweren Rückschlag erfährt, werden solche Mittel den jetzt schon bestehenden Mangel an Menschenkraft nicht aufheben. Dann wird dieser Mangel weiter wachsen. Und wachsen wird mit ihm die Macht der Arbeiterschaft in ihrem Kampfe um den Anteil am Sozialprodukt — wachsen wird zugleich die Organisierbarkeit der Arbeiterschaft, die nun nicht mehr durch den dauernden Zustrom schwer oder gar nicht organisationsfähiger Einwanderer gehemmt wird —, wachsen wird die Macht der Gewerkschaften und die Aussichten auf Erfolge ihres Kampfes. Das ist die Prognose, die sehr gute Kenner für die nächste Periode sozialer Entwicklung in Amerika stellen.“

Zweifellos ist dies die Stimmung der Gewerkschaftsspitzen. Aber daß alle diese Berechnungen falsch sind, ergibt sich klar aus folgendem: die Einhaltung des hohen Lohnniveaus ist möglich, wenn die Industrie sich weiter entwickelt. Dazu bedarf es jedoch einer proletarischen Reservearmee, die sich jedoch wohl kaum in genügendem Maße aus der Landbevölkerung ergänzen wird. Amerika tritt ferner auf dem Weltmarkt auf und wird natürlich danach streben, daß das Niveau seiner Arbeitslöhne nicht viel höher sei

als das europäische. Bisher wurde die gute Entlohnung einer kleinen Arbeiterschicht durch die gesteigerte Ausbeutung der ungeheuren Mehrheit wettgemacht; jetzt wollen die amerikanischen organisierten Arbeiter ihre Position wahren, ohne gleichzeitig eine bedeutende Vermehrung der schlechter Entlohnten zuzulassen. Mit einem solchen Zustand können sich die Kapitalisten nicht abfinden, für die die Frage des ausländischen Absatzmarktes und folglich auch die Frage der verhältnismäßigen Lohnangleichung immer dringlicher wird.

Wie dem auch sei, die amerikanischen Arbeiter verlieren bereits jetzt die Hoffnung auf Selbständigkeit und versuchen, ihre Lage durch Methoden zu verbessern, deren sich die Zünfte in der Periode ihres Verfalls bedienten: durch die Einschränkung der Zulassung zur Arbeit in Amerika. Indessen war gerade diese Illusion der „künftigen Selbständigkeit“ das größte Hindernis für die Entwicklung des Klassenkampfes. Auf diesen Zusammenhang wird bereits im „Kapital“ hingewiesen; auch von Sombart wird er besonders betont als Grund für die Rückständigkeit der sozialen Bewegung in den Vereinigten Staaten. Auch Feiler spricht darüber. „Unsere Arbeiter sind nicht ewige Bettler (Our laborers are not permanent beggars),“ wurde ihm zur Erklärung der Schwachheit des Sozialismus gesagt. Er fügt außerdem noch verschiedene psychologische Momente hinzu: der Kampf gegen die Staatsgewalt ist oft der Anlaß zur Auswanderung nach Amerika, und die Einwanderer bringen jeglicher staatlichen Einmischung starkes Mißtrauen entgegen; ein weiteres Moment bildet die individualistische Einstellung der eingewanderten Bauern, die Vielsprachigkeit, die Schwäche der Staatsgewalt gegenüber den Unternehmern, die Bestechung der Spitzen der Arbeiterklasse durch Aktienbeteiligung usw. Aber die Grundlage dieser Einstellung wurde doch von der Hoffnung auf eine wirtschaftlich „selbständige Existenz“ gebildet, einer Hoffnung, die von der Industrie- und Landwirtschaftskrisis nach dem Kriege endgültig zerstört worden ist. Wie bereits erwähnt, wird auf diese Frage an anderer Stelle näher eingegangen werden. Hier wird zur Genüge festgestellt, daß, wie auch Feiler bemerkt, die Lage sich verändert hat.

Nach dem Jahre 1890, „seitdem der industriellen Reservearmee kein Raum zum Entweichen mehr offensteht, muß sich alles folgerichtig entwickeln, und nur das Tempo konnte zweifelhaft sein. Die Klassen sind noch nicht stabilisiert, aber sie werden sich stabilisieren. Der Aufstieg aus der Besitzlosigkeit ist heute noch möglich, aber er ist schon schwerer, als er war, und er wird immer schwerer werden. Auch in Amerika wie in jedem großkapitalistischen Industrielande wird ein Proletariat heranwachsen, das zu dauernd proletarischem Dasein verdammt sein wird. Und dann wird die soziale Frage, wird der soziale Kampf auch hier in aller Schärfe aufbrechen — wie in Europa.“

Das, was Feiler als Zukunftsproblem ansieht, existiert bereits in Wirklichkeit; denn der Ausweg ins Dorf ist für die Arbeiterschaft der Städte bereits gesperrt, und der Andrang aus dem Dorfe* angesichts der schwachen Entwicklung der Industrie innerhalb dieses Zeitraumes (die Zahl der in den amerikanischen Fabriken Beschäftigten betrug im Jahre 1925 nur 95 Prozent verglichen mit 1919) drückt bereits auf die Lage der Arbeiter... Die Lage derjenigen, die noch Arbeit haben, ist besser geworden. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß in den Städten das Heer der Arbeitslosen wächst, das auch auf die Arbeitenden einen Druck ausüben wird.

* Feiler verhält sich noch der Entwicklung der amerikanischen Landwirtschaft gegenüber optimistisch; bedenkt man aber, daß die Landbevölkerung, die Anzahl der Farmen und die Zahl der Landarbeiter seit 1919 zurückgegangen ist, so erkennt man, daß seine Prognose in dieser Hinsicht falsch ist.

R. SONTER:

JULIUS HIRSCH, DAS AMERIKANISCHE WIRTSCHAFTSWUNDER*

Der Verfasser dieser Schrift, die in manchem Berührungspunkte mit der von Feiler „Amerika und Europa“ hat, ist ein bekannter Professor und ehemaliger Staatssekretär. Er wird gemeinsam von den demokratischen Blättern, besonders von denen, die stärker zum Handelskapital hin orientiert sind, aber auch vom „Vorwärts“ sehr geschätzt. Sein Spezialgebiet als Professor sind Handelsfragen. Natürlich sieht er in allen Auswüchsen und Spekulationen im Kapitalismus, die besonders kraß beim Handel aufzutreten pflegen, nur Schönheitsfehler des kapitalistischen Systems, die durch Vernunft und guten Willen von seiten der Kapitalisten und der Regierung beseitigt werden können. Also er gehört zu dem Typ von Kleinbürgern, die Marx schon grimmig im „Elend der Philosophie“ mit ihrer Suche nach den guten und den schlechten Seiten und ihren Illusionen, daß diese schlechten Seiten beseitigt werden könnten im kapitalistischen System, verhöhnte.

Diese allgemeine Grundeinstellung liegt auch der vorliegenden Schrift über Amerika zugrunde, die dadurch in manchen Punkten erheblich schwächer ist als die von Feiler, der sich eine gesunde Portion von Skepsis trotz derselben demokratischen Illusionen gegenüber dem amerikanischen Wirtschaftswunder erhalten hat. Besonders aber auch gegenüber den Uebertragungsversuchen der amerikanischen Erfahrungen auf Europa. Der Optimismus von Hirsch läßt ihn daher nicht die Grundtatsachen des amerikanischen Wirtschaftswunders erkennen. Er geht vollständig an dem spekulativen Charakter des immer noch im gewissen Sinne kolonialen Aufbautypes, den der amerikanische Kapitalismus darstellt, verbunden mit teilweise noch jungfräulichen Naturschätzen in einem solchen Umfange, wie sie nur noch Sowjetrußland aufzuweisen hat, vorüber. Zwar erkennt er in einem gewissen Umfange die Bedeutung der amerikanischen Einwanderungssperre für das Lohnniveau der amerikanischen Arbeiterschaft, dennoch sieht er durchaus nicht die ganze Tragweite dieses stark arbeitendaristokratischen Gesichtspunktes, der die amerikanischen Gewerkschaften zu den wütendsten Verfechtern dieser Maßnahme gemacht hat. Es ist selbstverständlich, daß er glaubt, die Schönheitsfehler, die auch dieser Kapitalismus hat und die er besonders im amerikanischen Handel scharf erkannt hat, leicht beseitigen zu können, besonders, wenn sich in diesem Punkte Amerika „europäisieren“ wollte.

Aus seiner Gläubigkeit an das amerikanische Wirtschaftswunder folgt weiter, daß er mit der obersten Erscheinungsform des amerikanischen Kapitalismus in seiner Schilderung beginnt. Er stellt dem verhungerten Europa den Reichtum Amerikas in einer Reihe ausgewählter Beispiele dar. All die mehr oder weniger bekannten Geschichten von dem je sechsten Einwohner, der ein Automobil hat, usw. werden erzählt. Den Angelpunkt aber all diesen Reichtums sieht er in der Tatsache, daß das Lohnniveau Amerikas viermal so hoch ist als das Europas, bei nur zweifach höherem Preisniveau. Von hier aus fällt es ihm dann nicht schwer, die Erlösung Europas im amerikanischen Sinne auf die bei den Sozialdemokraten so beliebte Formel: Erhöhung des Lohnniveaus gleich Aufhebung der Wirtschaftskrise, zu kommen.

Nach dieser Schilderung des Reichtums folgt ein Spaziergang durch all die berühmten rationalisierten und standardisierten, fordisierten usw. Werke, wie das Chicagoer Schlachthaus, Ford selbst und große Warenhäuser.

An Uebelständen innerhalb des amerikanischen Wirtschaftssystems bemerkt er die außerordentliche Uebersetzung des amerikanischen Handels. Es ist einigermaßen erstaun-

* S. Fischer Verlag, Berlin, 1926. 247 Seiten.

lich, zu hören, daß in Amerika die Kosten der Produktion und die Kosten der Verteilung mindestens gleich sind, manchmal sogar für die Verteilung größer. Weiter ist interessant, zu hören, daß innerhalb der letzten 10 Jahre die Zahl der im Handel beschäftigten Personen im Verhältnis achtmal schneller gewachsen ist als die Zahl der in der Produktion tätigen. Die Uebersetzung des Handels ist etwa 50 Prozent höher als in Deutschland, was bei der in Deutschland herrschenden Uebersetzung außerordentlich viel heißt. Aber Hirsch konstatiert nur diese Tatsache, bedauert sie, weiß sie aber nicht zu erklären, denn er sieht eben nicht das spekulative des kapitalistischen Aufbaus dieses Landes. Einseitig erkennt er nur die ausgezeichneten Wirkungen einer sich jetzt schon leise bemerkbar machenden Gegenteilstendenz, die besonders von der amerikanischen Regierung genährt wird. Er sieht nicht, daß diese Gegenteilstendenz einmal zusammenhängt mit dem sich immer mehr verändernden Charakter dieses amerikanischen Kolonialkapitalismus zu einem Kapitalismus nach dem Typus der europäischen Mutterländer. Außerdem sieht er nicht, daß mit einem scharfen Abbau dieses Handelsapparates das Problem verstärkter Proletarisierung der davon betroffenen Schichten auftaucht, in Verbindung mit der Flucht der Farmer vom Land in die Stadt, eine, die Linie der Gewerkschaften durchkreuzende Entwicklung. Die Krise in der Landwirtschaft sieht er natürlich. Doch die soziale Bedeutung, die sie in der eben erwähnten Beziehung hat, erkennt er nicht. Im Gegenteil, für ihn ist Amerika das klassische Land, in dem die Frage der Reservearmee in einem absolut günstigen Sinne für immer gelöst ist.

Weiter vermeidet er, auf den Charakter der riesenhaften Vermögen einzugehen, geschweige denn die Geschichte dieser schlimmsten aller Hyänen auch nur anzudeuten. Auch das Problem der Arbeiteraristokratie, der Gegensatz zu den außerhalb dieser feudalen Gewerkschaften stehenden Massen und das teilweise Elend dieser Schichten hat er überhaupt nicht gesehen oder will er nicht sehen. Er sieht in diesen korruptierten Gewerkschaftsführern und ihrem Apparat, in ihrem Kampfe gegen die in ihnen nicht Organisierten, den Beginn der Wirtschaftsdemokratie. Die Tiefe seiner Untersuchung dieses Problems geht daraus hervor, daß er es in 2½ Seiten abtut.

Noch schamhafter behandelt er die wichtige Negerfrage unter dem Titel einer „Skizze zum Negerproblem“. Diese Propheten des Amerikanismus, die starke Aehnlichkeit mit den Bettelmönchen früherer Jahrhunderte haben, sind sehr darauf bedacht, alles für den reichen Onkel Unangenehme zu verschweigen. Es ist ganz selbstverständlich, daß von dem brutalen Imperialismus Amerikas gegenüber Mexiko und den südamerikanischen Staaten überhaupt nichts in seinem Buche steht.

Der Wert dieses Buches besteht eigentlich nur in einigen gut getroffenen Detailschilderungen amerikanischer Wirtschaftsmethoden und in einem nicht allzu bekannten Zahlenmaterial. Seinen sonstigen Schwächen entsprechend ist dann der eigentliche Hauptteil seines Buches, die eigentliche Nutzenanwendung auf Europa. Hier unterscheidet er sich dadurch von anderen, daß er gar nicht mehr über das Problem der Amerikanisierung als Frage spricht, sondern offen zugesteht, daß politisch, kulturell und ideologisch die Amerikanisierung Tatsache ist, er verlangt nur stärkere Konsequenz in ökonomischer Beziehung, d. h. nicht bloß eine Beschränkung auf amerikanische Kreditgewährung, sondern eine bewußte Anwendung aller von ihm gut befundenen Wirtschaftsmethoden. Er geht scharf gegen all die „Pessimisten“ im deutschen Unternehmerlager an, die nur zögernd an dieses Problem herangehen. Es ist klar, daß diese Anlehnung an Amerika einen doppelten Charakter hat, und er spricht von dieser Beziehung, die nicht bloß die eines Kompagnons von Amerika werden kann, sondern auch die Möglichkeit hat, die eines Klienten zu werden. Was er hier als Möglichkeit andeutet, dürfte nur die einzige Wirklichkeit sein.

Damit aber auch die Arbeiterschaft möglichst in diesen Apfel der Amerikanisierung beißen möge, erklärt er echt sozialdemokratisch, daß durch eine solche Amerikanisierung auch dieselben Erscheinungen in bezug auf den Lebensstandard der breiten Massen erzeugt werden würden, wie sie in Amerika heute Wirklichkeit sein sollen; d. h. nicht nur wesentlich erhöhter Lebensstandard für das europäische Proletariat, sondern auch Aufhebung der bisher nicht zu leugnenden Wirklichkeit des Gesetzes von der Reservearmee. Mangel

an Arbeitskräften prophezeit er schon für die nächsten Jahre dem europäischen Kapital wenn es ihm gelingt, sich zu amerikanisieren.

Er beweist hiermit nur, daß er weder etwas von der Eigenart Amerikas verstanden hat noch von der Allgemeingültigkeit des europäischen Abstieges als Abstieg eines Kapitalismus, der seine Blütezeit hinter sich hat. Ganz abgesehen davon, daß eine solche Rationalisierung und Standardisierung, wie sie ihm vorschwebt, sogar nicht mal mehr möglich ist innerhalb des europäischen Wirtschaftssystems, ohne die Gesetze des kapitalistischen Eigentums zu verletzen. Der Kampf der englischen Bergarbeiter und die bis zum äußersten gehende Hartnäckigkeit der englischen Grubenbesitzer, den englischen Bergbau überhaupt nur einigermaßen kapitalistisch rationell zu betreiben, weist deutlich darauf hin, daß der Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Eigentumsverhältnissen die größte Schärfe erreicht hat.

S. KLENOWITSCH:

EINE MUSTERUNG DER MACHT AMERIKAS

(Robert W. Dunn. American Foreign Investments, Neuyork, Wiking Preß, 1924. XI + 421 S.)

Das Buch Robert W. Duns enthält fast ausschließlich Zahlen, Tatsachen, statistische Tabellen und offizielle Dokumente. Wieviel jedoch sagen dem Leser diese nüchternen Tatsachen und Zahlen! Vor uns rollt sich die ganze Geschichte ab, die Wachstum und Entwicklung der Finanzmacht der Vereinigten Staaten widerspiegelt, der ganze einschneidende Umschwung, der in dem Zeitraum 1914 bis 1924 stattfand und zur Verlegung des Schwerpunktes der Weltwirtschaftsfinanzierung aus London nach Neuyork führte.

Es sind im ganzen zehn Jahre vergangen, seit die Vereinigten Staaten aus einem Schuldner sich in den größten internationalen Geldgeber verwandelt haben. Die Wirtschaftsgeschichte Nordamerikas vollzog sich im Laufe der letzten fünfzig Jahre vor dem Weltkriege unter dem Zeichen des immer stärker werdenden Zuflusses ausländischen Kapitals, das die amerikanische Volkswirtschaft befruchtete und die Vorbedingung für ihre ungewöhnlich machtvolle und schnelle Entwicklung schuf. Obwohl die amerikanische Bourgeoisie schon vor dem Kriege Kapital ausführte, blieben die Vereinigten Staaten immer noch Schuldner des Auslandes, mit dessen Kapital das kolossale Eisenbahnsystem gebaut und die Landwirtschaft intensiviert wurde, die ungeheuren Industriezentren zum Aufblühen kamen und das Kreditnetz eine Verstärkung erfuhr. Kurz vor dem Kriege schuldete Amerika dem Auslande (vor allem England und Frankreich) etwa 7 Milliarden Dollar; zur selben Zeit betrug seine im Ausland investierten Kapitalien ungefähr 2,6 Milliarden und befanden sich fast ausschließlich auf dem amerikanischen Festlande, wobei der Anteil der Nachbarstaaten Kanada und Mexiko 1,8 Milliarden ausmachte. Die wirkliche Verschuldung der Vereinigten Staaten betrug also etwa 4,5 Milliarden Dollar.

Der Krieg veränderte diesen Zustand von Grund aus. Im Laufe von fünf Jahren zog der amerikanische Markt etwa 2 Milliarden seiner Wertpapiere aus Europa heraus, das gezwungen war, die in seinem Besitz befindlichen Aktien und Obligationen gegen Nahrungsmittel und Kriegsmaterial auszutauschen. Gleichzeitig beginnt die verstärkte Finanzierung des Auslandes sowohl durch den Markt als auch unmittelbar durch die amerikanische Regierung (interalliierte Schulden). Der Stand der Kriegverschuldung wurde um die Mitte des Jahres 1925* vom Washingtoner Schatzamt auf 12,151 Milliarden Dollar geschätzt, wobei Amerika an Prozenten und Schuldabschreibungen bereits über 1¼ Milliarden Dollar eingenommen hatte, obwohl um diese Zeit von den bedeutenden Schuldnern nur England seine Schulden gedeckt hatte.

Es ist bekannt, mit welcher Energie die Regierung der Vereinigten Staaten die Konsolidierung der Kriegverschuldung Europas durchführt, ohne selbst vor recht bedeutenden Opfern zurückzuschrecken. Diese Konsolidierung wurde in erster Linie im Interesse des Finanzkapitals unternommen, dessen Bestreben dahin ging, vermittels der Regelung der interalliierten Schulden der tiefgehenden Durchdringung der europäischen Volkswirtschaft den Weg zu bereiten. Die Regierung Coolidges ließ sich dabei wenig von dem Umstande stören, daß der Gewinn des Finanzkapitals gleichzeitig einen Verlust der breiten Schichten der amerikanischen Steuerzahler bedeutete, die gezwungen waren, sich anstelle Europas einen ungeheuren Teil der Last aufzubürden, die die Deckung der während des Weltkrieges aufgeschwemmten Staatsschuld der Vereinigten Staaten darstellt. Es war wichtig, die Kapitalausfuhr und die Unterwerfung der Weltwirtschaft unter das amerikanische Finanzkapital zu fördern.

* Obwohl das Buch vom Jahre 1924 datiert ist, benutzt der Verfasser viele Angaben bis zum 1. November 1925.

Ohne die endgültige Lösung dieser Frage zu erwarten, betrieb Amerika immer intensiver den Kapitalexport und hielt dabei die Linie ein, wie sie sich während des Krieges angedeutet hatte. Wenn während der vier Jahre 1914 bis 1918 die Summe der ausländischen Emissionen am amerikanischen Markte im Durchschnitt etwa 350 Millionen Dollar jährlich beträgt, so ergibt das folgende Jahrfünft einen jährlichen mittleren Betrag von über 730 Millionen. Aber erst seit dem Jahre 1924, nach den ersten Erfolgen der europäischen „stabilisierenden“ Politik der angloamerikanischen Bourgeoisie, ergoß sich das Kapital in machtvollem Strom aus Amerika in die Weltwirtschaft. In jenem Jahre überstieg die Summe der ausländischen Emissionen nach den vorsichtigsten Berechnungen 1200 Mill. Dollar (einschließlich der Anleihen zur Tilgung früherer Schulden); fügt man zu dieser Kategorie von am amerikanischen Markte im Umlauf gebrachten Werten die Aktien und Obligationen der Unternehmen, die vorwiegend außerhalb der Vereinigten Staaten arbeiten, dann erhält man die eindrucksvolle Summe von 1633 Millionen Dollar. Selbstredend sind hier nicht miteingerechnet die dem Auslande eröffneten kurzfristigen Kredite sowie die im Auslande in Verkehr gebrachten und von Amerika in sehr hohen Summen erworbenen ausländischen Wertpapiere. Der Verfasser bringt für das Jahr 1925 keine bestimmten Zahlen. Aber es ist aus anderen Quellen bekannt, daß die Ausfuhr amerikanischen Kapitals im vergangenen Jahr jedenfalls nicht kleiner, aller Wahrscheinlichkeit nach sogar noch größer war als im Jahre 1924. (Jedenfalls überstiegen die rein ausländischen Emissionen 1350 Millionen Dollar gegen 1200 Millionen Dollar im vergangenen Jahre.)

Dieser machtvolle Strom um die Mitte des Jahres 1925 bewirkte, daß die amerikanischen Anlagen im Auslande — die europäischen Kriegsschulden nicht eingerechnet — 9,5 Milliarden Dollar überstiegen und sich gegen Ende des vergangenen Jahres auf 10 Milliarden abrundeten. In diesen Zahlen sind weder die kurzfristigen Kredite noch die ausländischen Fonds enthalten, die 1925 besonders eifrig von den Amerikanern gesucht wurden. Und da die Vorkriegsschulden an Europa wenigstens um die Hälfte zurückgegangen sind und zweifellos nicht 3,5 Milliarden Dollar übersteigen, so beträgt der reine Saldo zugunsten Amerikas etwa 6,5 Milliarden Dollar und erreicht zusammen mit den Kriegskrediten 18,5 Milliarden Dollar.

Der Verfasser weicht der Frage über die Einkünfte aus, die der Weltwucherer aus seinen ausländischen Anlagen erhält. Indessen spielt dieses Moment eine außerordentlich wesentliche Rolle in der Bewertung der Aussichten für das weitere Tempo der Kapitalausfuhr, ohne die anderen Seiten der amerikanischen Oekonomik auch nur zu berühren. Unsere Berechnungen können nur im allgemeinen orientierend sein. Dabei gehen wir von folgenden Momenten aus: 1. Vor dem Kriege bediente sich Amerika des billigen europäischen Kredits zu dem mittleren Prozentsatz von $4\frac{1}{2}$ Prozent. 2. Die von Amerika zur Verfügung gestellten Kredite bringen einen viel höheren Gewinn — im Durchschnitt nicht unter $6\frac{1}{2}$ Prozent. 3. Die Kriegverschuldung Europas ist nur zur Hälfte des Umfanges mobilisiert und ergibt eine Rentabilität von 3 Prozent. 4. Die Schuldentilgung beträgt im Durchschnitt 2 Prozent jährlich. Von diesen Erwägungen ausgehend, kann man den Umfang der von Amerika gezahlten Prozente und Schulden auf rund 230 Millionen und der an Amerika ausgezahlten auf 1150 Millionen Dollar schätzen; der Saldo zugunsten Amerikas übersteigt also 900 Millionen Dollar. Zusammen mit dem Aktivsaldo der Handelsbilanz gibt dies eine jährliche Ausfuhrmöglichkeit von bis zu anderthalb Milliarden Dollar. Diese Berechnungen hat wahrscheinlich (im geheimen!) auch der Verfasser gemacht, der voraussagt, daß im Jahre 1935 die ausländischen Anlagen 25 Milliarden Dollar erreichen werden. Von der unbezwinglichen Macht des amerikanischen Kapitals überzeugt, versteigt sich R. Dunn bis zu einer Anlage von 60 Milliarden Dollar im Jahre 1950 (!) Welch ungeheurer Glaube an die unzerstörbare Herrschaft des Kapitals!

Indessen enthält sein Werk außerordentlich wertvolles Material für die Bewertung der Hindernisse, die sich das in die Weltwirtschaft siegreich eindringende amerikanische Kapital selbst auf seinem Wege errichtet.

Von den Mitte 1925 im Auslande angelegten 9,5 Milliarden Dollar entfallen etwa 6,7 Milliarden, d. h. 70 Prozent auf Nord- und Südamerika; 22 Prozent sind in Europa investiert, und 8 Prozent kommen auf die übrigen Erdteile. Der Schwerpunkt der Kapitalausfuhr der Vereinigten Staaten liegt auf der westlichen Halbkugel mit ihren großen Naturschätzen, mit ihren unübersehbaren Perspektiven ökonomischer Entwicklung. Das amerikanische Kapital nimmt seinen Gegnern, dem englischen und französischen Kapital, eine Position nach der anderen weg; Kanada ist bereits dem Wesen nach eine amerikanische Kolonie. Vor dem Kriege betrugen die amerikanischen Investitionen in Kanada 400 Millionen Dollar, und die englischen beliefen sich auf 1860 Millionen; im Jahre 1923 vergrößerten sich die ersteren um das Sechsfache, während die letzteren fast unverändert blieben. In einer ganzen Reihe von Wirtschaftszweigen hat sich das amerikanische Kapital eine überragende und mancherorts eine Monopolstellung erobert. Es hat das Uebergewicht auch in Brasilien, Mexiko, Chile, Peru. Er herrscht bedingungslos in Kuba und in ganz Zentralamerika. Fast nur in Argentinien verfügt das englische Kapital über den vorwiegenden Einfluß. Aber auch hier hat in den letzten zwei Jahren sein nordamerikanischer Nebenbuhler mehr als eine Bresche in die Feste der britischen Herrschaft geschlagen. Und nicht minder erbittert tobt der Kampf an den Ufern des Stillen Ozeans (Japan, Australien, Niederländisch-Indien usw.).

Aber während das amerikanische Kapital und der amerikanische Unternehmer in alle diese unberührten, an schlummernden Kräften reichen Länder eindringen, pflanzen sie in ihnen kapitalistische Wirtschaftsformen an, schaffen sie eine zeitgemäße Produktion und verfahren, kurz gesagt, so, wie in der vorangegangenen Epoche auf dem amerikanischen Territorium das englische Kapital verfuhr. Das Kapitel in dem Buche von R. W. Dünn, in dem das Tatsachenmaterial gesammelt ist, das das Eindringen des amerikanischen Kapitals in eine Reihe von Ländern schildert, ist wohl der wertvollste Teil dieses außerordentlich lehrreichen Werkes.

Der Verfasser zieht aus dem von ihm gesammelten Material keinerlei Schlußfolgerungen. Für uns sind sie klar: Das amerikanische Kapital erzeugt in den kolonialen und halbkolonialen Ländern Gegner, die ihm bedrohlich werden müssen, und unterstützt gleichzeitig — gegen seinen eigenen Willen — den europäischen Konkurrenten. Die objektive geschichtliche Rolle der nordamerikanischen Kapitalausfuhr besteht in der Ausbreitung und Vertiefung der grundlegenden Gegensätze der kapitalistischen Welt.

An unsere Mitarbeiter!

Die Redaktion der Zeitschrift macht ihre Mitarbeiter darauf aufmerksam, daß die Zeitschrift in vier Sprachen erscheint, und daß es infolgedessen notwendig ist, bei der Zitierung ausländischer Verfasser sowie fremdsprachlicher Werke die entsprechenden Originalarbeiten anzugeben, um Rückübersetzungen zu vermeiden. Es empfiehlt sich, die Hinweise auf die einzelnen Zitate jeweils sofort durch Beifügung des entsprechenden Originaltextes zu ergänzen.

In Maschinenschrift angefertigte Abschriften von Manuskripten sind nach Möglichkeit in vier genau durchgesehenen Exemplaren einzusenden.

Die Redaktion.